Das Gruppeninteresse in der Berliner Tagespresse am Dawes-Plan 1924

Wolfgang Gubalke

P 67

Das Gruppeninteresse in der Berliner Tagespresse am Dawes-Plan 1924

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
genehmigt
von der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Berlin

vorgelegt von

Wolfgang Gubalke
aus Forst i. d. Lausitz

BERLIN 1936

H. Schimkus, Hamburg 36, Gänsemarkt 35

Referenten:

Professor Dr. Emil Dovifat

Professor Dr. Ludwig Bernhard †

Tag der mündlichen Prüfung: 23. Februar 1933

Tag der Promotion: 10. Dezember 1936.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Diese Arbeit will dem Soziologen eine Methode, dem Historiker Material bieten. Vom Standpunkt der geeinigten Nation zeigt der Widerstreit der dargestellten Argumentation am historischen Beispiel des Kampfes um den Dawes'schen Tributplan besonders deutlich das Verhängnis der damaligen politisch-parlamentarischen Zersplitterung. Die im letzten Abschnitt gezogenen Schlussfolgerungen über die Meinungsbildung der Gruppen sind als historische Feststellungen über eine heute überwundene Periode der deutschen Geschichte zu verstehen.

D. V.

Inhalt

Seite:

A. Einleitung: 1

I. Wissenschaftliche Orientierung:

1. Aufgabe und Eigenart der Arbeit 1
2. Prinzip der Auswahl und Bewertung 5

II. Geschichtliche Einführung: 7

1. Die grossen Gruppen und ihr reparationspolitisches Interesse 7
2. Zuordnung der Presse 12

B. Hauptteil:

I. Darstellung der Meinungsbildung:

A. Die grundsätzliche Einstellung:

I. Die neue Reparationsregelung:

1. Die Möglichkeit der Erfüllung. 15
2. Der Sinn der Kontrolle 17

II. Die Einstellung der Presse:

1. Das Primat der Sozialpolitik im "Vorwärts" 18
2. Die Wahrung internationaler Goldwährungsstabilität durch die "Vossische Zeitung" und das "Berliner Tageblatt 25
3. Die Idee des Schiedsgerichts in der "Germania" 42
4. Das Primat der Produktion in der Rechtspresse: (Deutsche Allgemeine Zeitung", "Tag", "Berliner Lokalanzeiger", "Deutsche Tageszeitung".). 46

B. Die taktische Haltung:

I. Periode: Allgemeine Orientierung während der pariser Konferenz 77
II. Periode: Erste Entscheidung vor den Wahlen nach der Veröffentlichung 83
III. Periode: Klärung nach den Wahlen für die Konferenz von London 94
IV. Periode: Die Entscheidung während der Konferenz von London 108
V. Periode: Ratifikation bis zum 30. August 117

II. Folgerungen aus der Meinungsbildung:

A. Grenzen, die das Gruppeninteresse zieht:

I. Der Absolutismus der Gruppe 122
II. Was heisst demnach "Allgemeinheit" ?. 122

B. Grenzen, die die Zeitung zieht:. 123

I. Ueberzeugungstreue gegen Gruppeninteresse 123
II. Lesergläubigkeit erspart Argumentation. 124

C. Anhang:

I. Literaturnachweis 125
II. Anmerkungen 130

Inhalt

Seite:

Einleitung 1

I. Wissenschaftliche Orientierung:

1. Aufgabe und Eigenart der Arbeit 1
2. Prinzip der Auswahl und Bewertung 5

II. Geschichtliche Einführung: 7

1. Die grossen Gruppen und ihr reparationspolitisches Interesse 7
2. Entstehung der Presse 12

Hauptteil:

I. Darstellung der Meinungsbildung:

A. Die grundsätzliche Einstellung:

1. Die neue Reparationsregelung:

1. Die Möglichkeit der Erfüllung. 15
2. Der Sinn der Kontrolle 17

II. Die Einstellung der Presse:

1. Das Prinzip der Sozialpolitik im "Vorwärts" 18
2. Die Wahrung internationaler Goldwährungsstabilität durch die "Vossische Zeitung" und das "Berliner Tageblatt 25
3. Die Idee der Industriegerichte in der "Germania" 42
4. Das Prinzip der Produktion in der Fachpresse: (Deutsche Allgemeine Zeitung", "Tag", "Berliner Lokalanzeiger", "Deutsche Tageszeitung"). 46

B. Die taktische Haltung:

I. Periode Allgemeine Orientierung während der pariser Konferenz 77
II. Periode: Erste Entscheidung vor den Wahlen nach der Veröffentlichung 85
III. Periode: Klärung nach den Wahlen für die Konferenz von London 94
IV. Periode: Die Entscheidung während der Konferenz von London 108
V. Periode. Ratifikation bis zum 30. August 117

II. Folgerungen aus der Meinungsbildung:

A. Gruppen, die den Gruppeninteressen steht:

I. Der Absolutismus der Gruppe 122
II. Was heisst demnach "Allgemeinheit" ? 129

B. Gruppen, die die Leitung steht: 135

I. Uebergangsgruppen gegen Gruppeninteresse 135
II. Lösungsmöglichkeit gespart Argumentation. 134

Anhang:

I. Literaturnachweis 135
II. Anmerkungen 150

A

Einleitung.

I

Wissenschaftliche Orientierung.

1.

Aufgabe und Eigenart der Arbeit.

Der Kampf für und wider die Verwirklichung des Dawes-Gutachtens ist ein hervorragendes Ereignis der Geschichte und für das Schicksal Deutschlands von entscheidender Bedeutung geworden. Ein Teil der Meinungen der in diesen Auseinandersetzungen wirksamen Kräfte hat in der führenden berliner Tagespresse 1) einen Niederschlag gefunden, der bei systematischer Untersuchung einer verhältnismässig objektiven Beurteilung zugänglich ist.

Die Haltung des Vorwärts, der Vossischen Zeitung, des Berliner Tageblattes, der Germania, der Deutschen Allgemeinen Zeitung, des Tag, des Berliner Lokalanzeigers und der Deutschen Tageszeitung 2) als der journalistischen Vertreter gewisser grösster und in diesem Kampf entscheidender Gruppen im Rahmen einer Dissertation zu bearbeiten, mag wissenschaftlichen Bedenken begegnen vor allem gegenüber "Qualität" und Umfang des Stoffes, die auch der Verfasser zunächst empfunden und zu überwinden hatte. Indessen: Arbeiten ähnlicher Art lagen nicht vor, die Aufgabe schien neu und - wissenschaftlich entsprechend orientiert und begrenzt - durchführbar sowie von Nutzen.

Die Arbeit beschäftigt sich damit, die leitenden Ideen und Meinungen verschiedener Zeitungen über einen bestimmten Komplex wirtschaftspolitischer Forderungen systematisch darzustellen und zu deuten. Hierbei liegen der wissenschaftlichen Orientierung drei Hauptgedanken zugrunde:

a) Die Zeitungsmeinung ist als Element der sozialen Wirklichkeit den Wirkungen politisch - kollektiver Dynamik unterworfen. Die Arbeit hat sozialwissenschaftliche Objektivität anzustreben.

b) Die letzte Einheit sozialen Denkens und sozialer Wirklichkeit ist die Gruppe, ihr Interesse und ihre Ideen.

c) Die Zeitung und ihre Meinung ist ein Element des Gruppenbewusstseins und Funktion von Gruppeninteressen.

Die Eigenart der Aufgabe liegt nicht in der gewiss vielseitigen Problematik des Dawes - Planes, sondern im dynamischen Wesen der Zeitungsmeinungen begründet, aus dem sich erst Entstehung, Vielseitigkeit und Relativität der Urteile über diesen Reparationsvorschlag und seine Durchführung ergeben. Ein wissenschaftlicher Versuch dieser Art muss sich zuerst die allgemeine, zeitungskundliche Erkenntnis zunutze machen, dass die Zeitung, gewissen, ihrer Existenz eigenen Gesetzen entsprechend, alle Ereignisse, Ansichten und Annoncen unter bestimmten, für sie gültigen Bedingungen vermittelt, deren Schwergewicht in der psychologischen Gestaltung eines geistigen Inhalts liegt.

Die Möglichkeit einer irgendwie systematischen und speziellen Behandlung der Zeitung, einer Zeitungswissenschaft also, ist teilweise von akademischer Seite bezweifelt worden, meist mit dem Hinweis auf die wissenschaftliche "Unreife" des Objekts. Diese Bedenken, sichtlich mehr von einer Abneigung gegenüber dem journalistischen, einer wissenschaftlichen, exakten Bestimmung scheinbar so schwer zugänglichen Wesen und Wirken der Zeitung diktiert, als logisch begründet, haben hier und dort zu einer bedauerlichen Verwechslung von Objekt und Methode geführt. Abgesehen von Irrtümern, wie: "Dass es so grundfalsch ist, die Zeitung mit wissenschaftlichen Massstäben zu messen" 3), waren Vertreter der Zeitungswissenschaft diesen Bedenken gegenüber zu Rechtfertigungen genötigt, die den Vorwurf der journalistischen Unwissenschaftlichkeit - weil richtig - ebenso wenig entkräften, wie den Irrtum klären konnten 4). Letzten Endes besteht ja nur ein - wenn auch erheblicher, so doch - nur gradueller Unterschied zwischen der

wissenschaftlichen und der journalistischen Orientierung 5).Daneben ist es klar, dass die Wissenschaftlichkeit in der B e a r b e i t u n g, in Einstellung, Methode und Zielsetzung angestrebt und - wenn man will - das allzu ungebärdige Objekt qualifiziert, d.h. " reif " gemacht werden muss.

In der Erkenntnis des Wunsch-,Werbe- und Wirkungscharakters der Zeitung haben die Historiker ihrer Meinung nur einen sehr bedingten Quellenwert für die Geschichtsforschung zuerkannt, höchstens als " Keim " oder "Rohmaterial" 6), und ihr mehr oder weniger die Fähigkeit, für die Wahrheit über das Historisch - Tatsächliche einwandfrei zeugen zu können und zu wollen 7), abgesprochen . Man hat vermittelnd Analyse und Synthese der Zeitungs- "bestandteile " vorgeschlagen, um ihren Quellenwert zu erhöhen 8). Indessen: die Fruchtbarkeit einer s y n o p t i s c h e n , sinngemässen Zeitungsbehandlung muss fraglich bleiben, die, den Blick eng aufs Objekt gerichtet , die Zeitung vorwiegend in ihre innerbetrieblichen Elemente zu zerlegen sucht, um die "Wahrheit" einer Zeitungsmeinung zu erkennen. Abgesehen von der praktischen Unmöglichkeit, die Entstehung einer Ansicht, eines Artikels aus soundsoviel - keineswegs mehr wissenschaftlichen - Fraktions-,Verleger-u.Redaktionskonferenzen und Rücksichten auf Leser und Inserenten erklären zu können, müsste eine in erster Linie betriebswissenschaftliche Einstellung die Bedeutung verkennen, die die U m w e l t für die Zeitung hat , das p s y c h o l o g i s c h e Element dieses Produkts als der letzten Einheit eines K o l l e k t i v g e d a n k e n s .

Schliesslich führen alle Wege zur Erkenntnis des Kollektivcharakters der Zeitungsmeinung 9). Daher besitzen Zeitungsurteile für den Historiker mindestens den Wert einer i d e e n geschichtlichen Quelle, die er bei der vollständigen, exakten Deutung dessen, was war, nicht übergehen kann 10). Alles Geschehen ist letzten Endes ein Tatsächlich-Werden. Meinungen schaffen Taten und Tatsachen,die wieder von Meinungen gesehen und beurteilt werden. In unserer Zeit, wo alles entscheidende Handeln kollektiver Resonanz bedarf, besitzen die in den Zeitungen gedruckten Meinungen einen hohen Grad historischer Tatsächlichkeit. Heute, wo gewisse grosse Gruppen die "öffentliche" Meinungsbildung ebenso, wie die "amtliche" Politik gestalten, besteht kein wesentlicher Unterschied zwischen dem historischen Quellenwert und Wahrheitsgehalt der Akten amtlicher Archive und den prägnanten Aeusserungen einer führenden Presse. Man kann daher: " die Zeitung als Quelle gleichwertig neben die bislang anerkannten historischen Quellen treten ..." lassen 11). Letzten Endes e r g ä n z e n sich Geschichts- und Zeitungswissenschaftler mit ihrer Arbeit: wie der erstere den wertvollen, in den Zeitungen gebotenen Niederschlag der gestaltenden Ideen und Interessen für sein Werk nicht entbehren kann, wird ihn der letztere stets über Wert und Wachstum dieses Stoffes unterrichten können.

Das richtige Verständnis und die objektive Beurteilung einer kollektiv und politisch bedingten Meinungsbildung muss mit den Mitteln sozialwissenschaftlicher Erkenntnis erstrebt werden, die u.A. Max W e b e r durchdacht, ausführlich niederge legt hat 12), und deren für diese Bearbeitung unentbehrliche Grundsätze hier kurz festgehalten sein sollen. Die Kritik - und diese gilt grundsätzlich für die zeitungswissenschaftliche! - dürfe vor Werturteilen nicht Halt machen und müsse vor allem "eine prinzipielle Scheidung von Erkenntnis des Seienden und des Sein-Sollenden vollziehen", d.h. von Erfahrungswissenschaft und Spekulation. "...Gerade jene innersten Elemente der Persönlichkeit die höchsten und letzten Werturteile, die unser Handeln (auch das kollektive ! - d.Verf.) bestimmen und unserem Leben Sinn und Bedeutung geben, werden von uns als etwas "objektiv" Wertvolles empfunden... A b e r : die Geltung solcher Werte zu beurteilen, ist Sache des Glaubens, daneben vielleicht Aufgabe spekulativer Betrachtung...Die w i s s e n s c h a f t l i c h e B e h a n d l u n g d e r W e r t u r t e i l e möchte nun weiter die gewollten Zwecke und die ihnen zugrunde liegenden Ideale nicht nur verstehen und nacherleben lassen, sondern vor allem auch k r i t i s c h b e u r t e i l e n . D i e s e Kritik kann freilich n u r d i a l e k t i s c h e n Charakter haben, d.h. sie kann nur formal-logische Beurteilung des in den geschichtlich gegebenen Werturteilen und

Ideen vorliegenden Materials, eine Prüfung der Ideale an dem P o s t u l a t d e r i n n e r e n W i d e r s p r u c h s l o s i g k e i t des Gewollten sein . Sie kann, indem sie sich diesen Zweck setzt, dem Wollenden verhelfen zur Selbstbesinnung auf diejenigen letzten Axiome, welche dem Inhalt seines Wollens zugrunde liegen, auf die letzten Wertmässtäbe, von denen er unbewusst ausgeht, oder - um konsequent zu sein - ausgehen müsste ..."

Als Mittel dieser Kritik sind "I d e a l t y p e n" , "Kollektivbegriffe", "vorstellungsmässige Abbilder der objektiven Wirklichkeit" zu verwenden 13), wobei zu beachten ist, dass derartigen Begriffen, wie "Interessen der Landwirtschaft", oder umfassender: "Interessen der Produktion" usw. noch eine vielfältige Gegensätzlichkeit untergeordneter Interessen innewohnt und bei der Kritik praktisch-politischer Vorschläge "...die Aufklärung der Motive...und Ideale...in ihrer Tragweite sehr oft garnicht anders in anschaulich-verständliche Form zu bringen ist, als durch K o n f r o n t i e r u n g der von ihnen zugrunde gelegten Wertmasstäbe..." - nicht zuletzt mit den eigenen, wie Max Weber hinzufügt.

In der Tat : gerade bei einer solchen Arbeit muss sich in erster Linie der Einzelne, bezw. der Verfasser, über die eigene Position im klaren sein. Indessen spielt das persönliche Werturteil des Verfassers bei dieser Arbeit keine Rolle, deren wissenschaftliche Methode gerade dazu angelegt ist, individuelle Ueberzeugungen im Interesse der Objektivität der Bearbeitung auszuschalten.

Den Ausführungen Max Webers sollen für die Untersuchung z w e i G r u n d s ä t z e entnommen werden: 1) die Kollektivbegriffe in der notwendigen und möglichen Klarheit und Grösse mit ihren konkreten (der Reparationspolitik gegenüber zum Ausdruck gebrachten Interessen) Inhalten festzustellen, 2) die Kritik der Meinungsbildung allgemein unter dem Gesichtspunkt der inneren Widerspruchslosigkeit im Sinne der Echtheit, Lückenhaftigkeit bezw. Vollständigkeit in Bezug auf diese Inhalte zu versuchen.

"...Der grösste Irrtum der individualistischen Psychologie ist die Annahme: der Mensch denke...Was im Menschen denkt, ist seine soziale Gemeinschaft...14). Die G r u p p e muss als eine "...für die menschliche Auffassung...letzte Einheit, also eine s o z i a l e K a t e g o r i e , die Auffassung der sozialen Wirklichkeit mit dieser Kategorie als eine letzte, nicht weiter ableitbare Tatsache, also ein Urphänomen..." erkannt werden 15). Allgemein sind als die zwei grossen Typen der sozialen Gebilde "Gemeinschaften" und "Gesellschaften" 16) , bezw. die Tendenz zur "Vergemeinschaftung" und "Vergesellschaftung" 17) festgestellt worden, d.h. subjektiv gefühlte Zusammengehörigkeit" oder "rational motivierter Interessenausgleich" oder ihre Verbindung 18), "tierhafte, gefühlte Einheiten aus tiefster Verbundenheit des Daseins...und rein menschliche, verstandesmässige Gemeinschaften auf Grund gleicher Meinungen, gleicher Zwecke und gleichen Wissens...19). In ihrer historischen Form sind diese Gebilde als Familie , Stamm, Stände, Völker, Nationen und Kulturen, sowie als Klassen, Parteien und Verbände vorhanden.

Es ist der höchste Zweck der Gruppe, mit allen Mitteln ihre Existenz zu verwirklichen, nicht nur zu erhalten, sondern auszudehnen. Das soziale Handeln strebt danach, die "sozialen Chancen" (die darin bestehen, dass in einer bestimmten Art sozial gehandelt wird nach Brauch und Sitte) zu "schliessen", d.h. zu monopolisieren, zu organisieren 20).21). Wie "...niemand in dieser weiten Welt.. eine Ueberzeugung hat, die mit seinen Interessen streitet..." 22), so besteht innerhalb der Gruppenexistenz eine "Wahlverwandtschaft", eine "soziologische Funktion" und "Affinität der geschäftlichen Interessen" und beherrschenden Ideen 23), eine Gemeinschaft des Schicksals, die allgemein wenig bekannt und in seltenen Fällen völlig bewusst wird:

"...So wirft man dem nationalgesinnten Schwerindustriellen vor, dass das Feuer seiner nationalen Begeisterung im eigenen Hochofen geschürt worden sei, oder dem Bankherrn, dass er Weltbürger sei, weil er deutsche Effekten in New-York und Amsterdam zu emittieren habe.

Diese Vorwürfe werden ihre Wirkung niemals verlieren, weil sie im Grunde genommen richtig sind. In der Tat haben die Grossindustriellen des Ruhrgebie-

tes oder die Grossgrundbesitzer Ostelbiens ihre lebhaften Sympathien für das Betonen nationaler Eigenart, weil sie Hochöfen oder Rittergüter besitzen, und die Bankherren und Grosshändler haben ihre Begeisterung für Völkerbund und Völkerversöhnung, weil sie Effekten emittieren oder in Leder handeln. Das alles ist richtig, aber die als selbstverständlich angenommene Voraussetzung ist falsch. Falsch ist die Annahme, dass die allgemeinen politischen Anschauungen einerseits und die besonderen geschäftlichen Interessen andrerseits von einander wesensverschieden seien. Soziologisch betrachtet, d.h. im Zusammenhang mit der Frage, wie kommen die Gruppenbildungen in der Gesellschaft zustande und in welchen Beziehungen stehen die Gruppen zueinander,-soziologisch betrachtet besteht vielmehr zwischen diesen, scheinbar heterogenen Elementen eine Affinität, die...für die Dynamik des öffentlichen Lebens von grosser Bedeutung, dass man sagen kann: das öffentliche Leben der modernen Grosstaaten wird durch die Affinität von politischen Anschauungen und geschäftlichen Interessen gekennzeichnet..."

Die grossen Ideen und entscheidenden Interessen, die die Gruppe im Erlebnis ihres geschichtlichen Schicksals entwickelt, gewonnen und in Tradition und Gedächtnis niedergelegt hat, bedeuten für die Gruppenpolitik einen Bestand p o t e n t i e l l e r Meinungsenergie, der sich unter dem Eindruck neuer Erlebnisse und Ereignisse a k t u a l i s i e r t 24), oder von einer aktiven Minderheit aktualisiert w i r d . "...die materiellen und ideellen Interessen der Gruppen werden im Filter der Weltanschauungen geläutert und, ihrer Erdenschwere enthoben, gewandelt zur "politischen Idee"...Dieses Grundgesetz...ist das Hauptgesetz aller Soziologie..." 25).

Wie die einzelne Persönlichkeit, so bewertet auch der Gruppenindividualismus die e i g e n e n Interessen und Ideen als " o b j e k t i v " wahr,sieht alle Ereignisse und Meinungen in erster Linie gruppen-zentrisch und entscheidet gruppen-egoistisch über sie. Danach sind Interessen und Ansichten 26)

1) von w e s e n t l i c h e r Bedeutung, die die struktur-eigenen Existenzbedingungen, sowie ihre Organisation und Monopolisierung - die Niederhaltung fremder Interessen, die sich zu einer entscheidenden Gefahr für die eigenen entwickeln könnten - schliesslich die Belastung fremder Interessen, um die eigenen zu entlasten, - betreffen.

2) von z u g e o r d n e t e r Bedeutung, die die Belastung struktur-eigener Interessen betreffen, um die eigenen, aber wesentlichen Interessen durchführen zu können.

3) von u n t e r g e o r d n e t e r Bedeutung, die zu dem eigenen Interessen und Ideenkreis n i c h t gehören, also gruppenfremd erscheinen.

Je klarer die Gruppeninteressen und ihre Gemeinsamkeit erkannt und bewusst gemacht werden, desto widerspruchsloser wird die Gruppe Mittel und Politik ihrer Selbstbehauptung handhaben.

Indessen: wie die Erkenntnis dieser Gemeinsamkeit sowohl durch den Charakter des Ereignisses, als auch die steigende Konzentration, Organisation und Monopolisierung 27) der Gruppenbedürfnisse gefördert wird, so bekommen diese Massenbedürfnisse in ihrer "versachlichten" Form 28) nicht nur Macht, sondern auch ein anderes Aussehen, dem gegenüber der Einzelne sie oft nicht als die "eigenen" oder "öffentlichen" erkennt und anerkennt. Es ist daher notwendig, die Vertretung dieser Gruppeninteressen in einer Form und Formulierung zu vermitteln, die populär, d.h. einfach, eindringlich und klischiert ist.

Viele Organisationen - Parteien und Verbände - sind bestrebt, die Einheit der Gruppe zu vertreten, zu schaffen und zu erweitern. Unter ihnen ist die Z e i t u n g als hervorragendes O r g a n d e s G r u p p e n b e w u s s t s e i n s zum Kollektivgehirn herangewachsen. Sie hat vor allem die t ä g l i c h e Vertretung, Aktualisierung und zwar der a l l g e m e i n e n Gruppenmeinungen zu vollziehen, zu "filtern" und zu "läutern". Dabei ist man sich darüber einig, dass die Zeitung im Wechsel ihrer "periodischen Aktualität" 29) ei-

ne Grundbedingung ihrer E x i s t e n z erfüllen, d.h. grossen Grundlinien und a l l g e m e i n e n I d e e n f o l g e n muss: 30)

"...Die journalistische Tagesarbeit ist eingeordnet in allgemeine und grössere Zusammenhänge. Dass sie bewusst und ü b e r z e u g u n g s t r e u grossen Grundlinien folgt, darin liegt letzten Endes ihre w a h r e M a c h t."

"...Eine grosse Zeitung kann auf die Dauer ihren Kristallisationspunkt nur in einer I d e e finden...Indem wir allgemeine Ideen in den Vordergrund stellen, wird zugleich dem Lebensinteresse der Zeitung Rechnung getragen. Denn die Zeitung ist etwas anderes, als ein Walzwerk oder eine Stickstoffabrik..."

An dieser Notwendigkeit ändert auch nichts die Tendenz der Zeitung, die Prägnanz des Ausdrucks der politischen Haltung im allgemeinen zu neutralisieren.

Wenn es nun die soziologische Bestimmung der Zeitung ist, das Gruppenbewusstsein zu bilden, wenn das Gruppeninteresse als das treibende und die Zeitung als das läuternde Element der Meinungsbildung angesehen wird, so soll die Aufgabe dieser Arbeit nicht in einem möglichst ausführlichen Vergleich etwa darüber missverstanden werden: in welchem Umfange Veröffentlichungen von Interessenverbänden in der Presse zum Ausdruck gekommen sind. Mit der Orientierung auf die Gruppe und ihr Interesse ist diesen Werturteilen vor allem ein bestimmter, a b s o l u t e r S i n n gegeben, ohne den sich die wirklich t y p i s c h e n Gedankengänge weder erschliessen, noch bewerten liessen. Dabei soll sich zeigen, wie und unter welchen massgebenden P r i n z i p i e n die Blätter die grossen, allgemeinen Interessenforderungen gegenüber dem Dawes-Plan erörtert haben. Im übrigen steht die Arbeit ganz im Zeichen eines V e r s u c h s .

2.

Prinzip der Auswahl und Bewertung.

Einer beträchtlichen Reihe von Zeitungsbänden, sowie einer ungeheuren, scheinbar formlosen Meinungsmasse gegenüber, läuft ein Versuch dieser Art ebenso Gefahr, eine Zeitungsschau grosseren Formats 31) zu werden, wie auch den spezifischen Wert der Meinungen zu verkennen, den sie als Ausdruck grundsätzlicher Einstellung, sowie taktische Urteile des Tages haben. Um die Auswahl des Materials sowohl qualitativ, als auch quantitativ zu begrenzen, soll

a) möglichst nur der unmittelbare, redaktionelle Ausdruck der Haltung, wie er sich in Leitartikeln, Entrefilets und Glossen der Redaktion findet, behandelt, sowie

b) dieses Meinungsmaterial dann danach bewertet werden, wieweit es ein, im Verhältnis zu dem als entscheidend erkannten Gruppeninteresse des Blattes mehr oder weniger wichtiges Urteil darstellt.

Es besteht kein wesentlicher Unterschied zwischen "Nachrichten" und "Meinungen" (der Redaktion) in der Zeitung. Der gesamte Zeitungsinhalt stellt den Akt einer Auswahl durch die leitende Redaktionsmeinung dar. Indessen sind persönliche Aeusserungen der Redaktion, die sie gerade aus bestimmten Gründen in besonderen Fällen vornimmt (bzw. unterlässt) durch sich selbst qualifiziert. Selbstverständlich könnte durch Mitbearbeitung des Nachrichtenmaterials und der Nachrichtenpolitik die Haltung der Zeitung zum Problem verdeutlicht und ergänzt werden. Da aber eine Begrenzung unerlässlich ist, soll in erster Linie die p o s i t i v e , unmittelbare Redaktionsmeinung, gewissermassen die l e i t e n d e Meinung, berücksichtigt werden. Dabei ist auch jene Art n e g a t i v e r Meinungsbildung nicht ausser Acht zu lassen, die z.B. an Tagen bestimmter politischer Entscheidungen jenseits aller Aktualität liegende Themen behandelt, bzw. entsprechende Gruppeninteressen nicht zum Ausdruck bringt.

Mitarbeiter-Artikel sind nur in Fällen heranzuziehen, wo sie eine Verdeutlichung der Redaktionsmeinung bringen, indem sie sie ergänzen, oder - als autoritative Aeusserung ununterdrückbar - von ihr abweichen. Grundsätzlich sollen aber alle irrationalen, agitatorischen Inhalte der Meinungen, Aufmachung und

Wiederholung 32) von der Beurteilung ausgeschaltet werden, da sie nur eine Vergröberung bzw. Klischierung der leitenden Meinung bedeuten.

Die Teilung des Materials in jene Meinungen, die eine grundsätzliche Einstellung zum Dawes-Plan selbst darstellen und jene, die sich mit der Erörterung der Taktik und "Bedingungen" bis zu seiner Ratifikation beschäftigen, ist gegeben. Sieht man aber diese Meinungsbildung als den Ausdruck bestimmter, allgemeiner Gruppeninteressen und Ideen an, so können diese Aeusserungen gegenüber dem Dawes-Plan zutreffend nur nach dem Grad ihrer Bedeutung für das jeweils aktuelle Gruppeninteresse bewertet werden als (a) wesentliche, (b) zugeordnete und (c)untergeordnete.

(a.) W e s e n t l i c h e Meinungen sind solche, die einem gruppen-eigenen, grundsätzlich entscheidenden Interesse entsprechen, die conditio sine qua non und ihre kardinalen Argumente für Annahme (oder Ablehnung) des Dawes-Planes zum Ausdruck bringen, Forderungen betreffend den Schutz eigener und die Belastung fremder Bedürfnisse bei der späteren Durchführung.

(b.) Z u g e o r d n e t e Meinungen sind solche, die die Belastung gruppen-eigener Interessen (um der Wahrung der übergeordneten wesentlichen willen) erörtern, die z.B. sehr kritisch, relativ und teilweise ablehnend formuliert sind, ohne indessen zu einer absoluten Ablehnung zu kommen.

(c.) U n t e r g e o r d n e t e Meinungen sind solche, die sich mit gruppen-fremden Interessen beschäftigen, die aber für die Entscheidung der Haltung der eigenen Gruppe ohne besondere Bedeutung sind.

Es soll versucht werden, dieses Bewertungsprinzip so weit, wie möglich, durchzuführen. Der konkrete Inhalt der Gruppeninteressen, wie er von den entsprechenden, grossen Interessenverbänden gegenüber der Reparationspolitik zum Ausdruck gebracht worden ist, ist im zweiten, geschichtlichen Teil der Einleitung kurz und allgemein gegeben. Es ist klar, dass die Unterscheidung sowohl von gruppen-eigenen und fremden, als auch wesentlichen, zugeordneten und untergeordneten Interessen und Meinungen nur in ganz allgemeinem Rahmen vorgenommen werden kann.

Die Haltung der Presse zum Dawes-Plan ist zwar in erster Linie eine Frage der aussenpolitischen Einstellung. Es sollen aber Meinungen über die innerpolitische Durchführung auch berücksichtigt werden, (da die Stellung zum Dawes-Plan wesentlich durch die inner - bzw. gruppenpolitische Machtverteilung gegeben ist) indessen nur dann, wenn sie W e n d e p u n k t e der Orientierung erkennen lassen. Dies erfordert teilweise ausführliches Zitieren.

Die Z i t a t e müssen - dies gilt vor allem für die Darstellung des Grundsätzlichen - der durch den aktuellen Anlass gegebenen Gedankenfolge der Blätter entrissen und nach der hier vorgesehenen Bewertung geordnet werden. Dies ist aber nur bis zu einer gewissen Grenze möglich. Daher ist eine Schwerfälligkeit der Darstellung nicht zu vermeiden. Diese Zitate stellen den jeweils wesentlichen Ausdruck der Haltung dar, über den hinaus eine Verdeutlichung nicht mehr nötig ist. Die Sperrungen sind vom Verfasser vorgenommen worden.

II

Geschichtliche Einführung.

1.

Die grossen Gruppen und ihr reparationspolitisches Interesse.

Mit Max Weber war bereits die "Unwirklichkeit" bestimmter Kollektivbegriffe angedeutet worden. Das beweist nun zwar nichts, weder wider die Verwendbarkeit dieser Begriffe, noch die Existenz gewisser grosser Organismen, zeigt aber die Schwierigkeit, in der sozialen, bzw. historischen Wirklichkeit Gruppeneinheit und Gemeinsamkeit darzustellen. Diese Schwierigkeiten ist umso grösser, je all - gemeiner und umfassender diese Gebilde begriffen werden müssen. Das Mass dieser Allgemeinheit ist bestimmt einerseits durch die "Sphäre der Vergesellschaftung"- die "Spitzenverbände" von Politik und Wirtschaft -, in der die Reparationsforderungen entscheidend behandelt werden, andrerseits durch Art und Umfang, in denen die Presse diesen Forderungen und Entscheidungen Ausdruck geben kann.

Ungefähr um die Wende des 18.Jahrhunderts begann die Wandlung der für das heutige Westeuropa gültigen soziologischen Grundlagen. Bisher vorwiegend agra - risch - feudal und religiös fundiert, wuchsen mit der Ausbildung des Kapitalis - mus neue Interessen und Anschauungen zu Gruppeneinheiten, die ökonomisch bedingt waren, wobei jedoch - gerade unter dem Gesichtspunkt der heute politisch wirk- samen Kräfte - nicht die Bedeutung der historisch zwar älteren, aber immer noch wichtigen kirchlichen Einflüsse und Glaubensbekenntnisse übersehen werden darf. Indessen sind die religiösen Interessen von einem wirtschaftspolitischen Problem nur mittelbar, sozusagen taktisch, berührt.

Im Verlauf des 19.Jahrhunderts hatten sich die Interessen und Anschauungen des allgemein national, weil unbeweglichen industriellen und landwirtschaftli - chen Besitzes gegenüber den Forderungen des beweglichen, international,weil welt- wirtschaftlich orientierten Bank-,Börsen und Handelskapitals zu einem entschei - denden Gegensatz entwickelt: 32)

> "...Auch die Industrie ist noch erdverbunden, wie das Bauerntum. Sie hat ih- ren Standort und ihre dem Boden entströmenden Quellen der Stoffe. Nur die Hochfinanz ist g a n z frei, ganz ungreifbar (ausgenommen: Inflation - d. Verf.) Die Banken und damit die Börsen haben sich seit 1789 am Kreditbedürf - nis der ins Ungeheure wachsenden Indusrie zur eigenen Macht entwickelt , und sie wollen, wie das Geld in allen Zivilisationen, die e i n z i g e Macht sein. Das uralte Ringen zwischen erzeugender und erobernder Wirtschaft erhebt sich zu einem schweigenden Riesenkampf der Geister, der auf dem Boden der Weltstädte ausgefochten wird. Es ist der Verzweiflungskampf des technischen Denkens um seine Freiheit gegenüber dem Denken in Geld..."

Um die Wende des 19. Jahrhunderts gelangten die mit dem Steigen der materi- ellen Bedürfnisse gewachsenen, mehr oder weniger nichts, als ihren Lohn und Ge- halt besitzenden Bevölkerungsmassen teilweise zu entscheidenden Einfluss, derart 34) :

> "...der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, also der Kampf um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung, wird nun entscheidend vorwärts gebracht , weniger durch das Zusammenprallen von Kapitalisten und Sozialisten, als viel- mehr durch den Kampf zwischen verschiedenen kapitalistischen Gruppen, von denen zwar jede am Gedanken des Privateigentums grundsätzlich festhält, aber so, dass die eine mehr oder stärker Reformen (und Steuern - d.Verf.) in Be- zug auf Banken Börsen und Spekulation, Handel, die andere Reformen in Bezug auf Grossgrundbesitz und Industrie vertritt und der öffentlichen Meinung na- he zu bringen versucht. Jede der beiden Gruppen versucht also gewissermassen die Güter der anderen preiszugeben, um ohne eigenen Schaden die Entwicklung weiter zu führen. In jeder der beiden Gruppen weiss man oder fühlt man, dass es sich um eine Auseinandersetzung handelt, die, an die materiellen Grundla - gen rührend, auch die Entscheidung über die eigenen Kulturideale bringt. Daher

die Leidenschaft des Kampfes, daher die Hoffnungslosigkeit einer Verständigung..

... Beweglicher Besitz einerseits, unbeweglicher Besitz andererseits, bilden materielle Kerne für zwei getrennte, gegeneinander kämpfende politische Anschauungen. Denn, indem der unbewegliche Besitz: die Gutsbesitzer, Bergwerkseigentümer, die Grossindustriellen mit ihren geschäftlichen Interessen innerhalb der Grenzen seines Landes festhält, zwingt er diese Eigentümer, Gedanken und Gefühle in steter, enger Berührung mit dem Schicksal des Landes zu halten...

...Der bewegliche Besitz, indem er fremden Ueberfluss zur Befriedigung heimischen Bedarfs heranzieht, unbeschäftigter heimischer Tatkraft lohnende Beschäftgung für ausländischen Bedarf verschafft, den Kreis der Wirtschaft ausdehnt, zwingt er die Handeltreibenden, die Bankiers, ihre Gedanken, ihre gestaltenden Geisteskräfte hinausschweifen zu lassen über die Grenze des Landes, das ja, wie ihre tägliche Arbeit sie lehrt, nur ein Bruchteil ist einer grossen Einheit...

...der äusserste Gegensatz ist der zwischen Besitz und Nicht-Besitz, der andere, gleichsam der "vorletzte", ist der zwischen beweglichem und unbeweglichem Besitz. Solange jener letzte, äusserste Gegensatz sich nicht zur Katastrophe steigert, wirkt im politischen Leben der vorletzte Gegensatz..."

Hier sind im Kampf um die Verteilung der Güter der letzte und vorletzte Gegensatz festgestellt, also drei Interessengemeinschaften: der Arbeiter und Angestellten, der Waren und Kreditvermittelnden Händler und Bankiers, sowie der primär Produzierenden Gruppen der Industrie und Landwirtschaft.

Wie mit Max Weber bereits auf die vielseitige, innere Gegensätzlichkeit allgemeiner Kollektivbegriffe (wie: "Interessen der Produktion", oder "Interessen der Konsumenten") bei ihrer konkreten Darstellung hingewiesen worden war, so müssen für die Zwecke dieser Arbeit noch weitere Spannungen innerhalb der genannten drei Gruppen festgestellt werden, die sozusagen einen "vor-vorletzten" Gegensatz bedeuten. Neben den mehr oder weniger auf weltanschauliche Einflüsse zurückzuführenden Differenzen zwischen sozialistischen und christlichen Arbeitern und Angestellten, sowie denen zwischen Banken und Handel sind vor allem für die Einstellung gegenüber den Reparationsverpflichtungen die S p a n n u n g e n z w i s c h e n d e n P r o d u k t i o n s s t u f e n (Schwerindustrie und Landwirtschaft, Produktionsmittel-, Export- und Fertigfabrikateindustrieen) besonders im Hinblick auf die Aussenhandels- und Kreditbedürfnisse massgebend 35) :

"...So beobachten wir Spaltungen in den Reihen der Bourgeoisie, sobald die Politik der Börse und namentlich des A u s s e n h a n d e l s in Frage kommt. Freihändler von Natur sind: die Vertreter des Bank-,Börsen- und Handelskapitals. Sie erhalten Zuzug aus der I n d u s t r i e , sofern diese stark an der Ausfuhr der eigenen Erzeugnisse und der Einfuhr fremder Rohstoffe und Hilfsstoffe oder fremder Halbfabrikate interessiert sind. Schlechthin f r e i h ä n d l e r i s c h ist natürlich diejenige Industrie, die fremde Produkte für ihre eigenen Ausfuhrartikel verarbeitet, was beispielsweise für die chemische Industrie im weiten Umfange zutrifft. Im allgemeinen ist die Industrie umso freihändlerischer, als sie sich der Fertigfabrikation nähert während die typischen Vertreter der S c h u t z z o l l i n t e r e s s e n die Halbfabrikate-Industrieen, namentlich die Garn- und Eisenindustrie sind..."

Hier muss hinzugefügt werden, dass mit den 80iger Jahren und dem Uebergang Deutschlands zu einer gesteigerten Weltwirtschaftspolitik die Landwirtschaft ein immer stärkeres Schutzzollbedürfnis entwickelt hat, dem gegenüber sich die Konsumenteninteressen grundsätzlich freihändlerisch orientiert haben.

Neben dem Gegensatz zwischen den mehr binnenwirtschaftlich und mehr exportpolitisch orientierten Produktionsinteressen ist auch das bei verschiedener Grösse und Kapitalstärke der Unternehmen verschieden geartete Kreditbedürfnis und damit die Selbständigkeit der Unternehmen gegenüber den Banken und der von ihnen gewünschten Auslandkreditpolitik von grosser Bedeutung. Die Banken, für die Kreditvermittlung Selbstzweck ist 36) und deren Einfluss ebenso durch die eigene Konkurrenz untereinander, wie durch die Kreditpolitik der Reichsbank sowie banmässige Betätigung staatlicher Instanzen bestimmt

ist 37), haben auf die kapitalstarken Schwerindustrien einen geringeren Einfluss, als auf die typischen "Schuldnerindustrien", wie Maschien- und Textilunternehmungen 38).

Mit Abschluss des Vertrages von Versailles haben sich sowohl die deutschen Wirtschaftsgrundlagen, als auch die Machtverhältnisse der Gruppenkräfte zueinander wesentlich verändert. Durch die verkleinerte Boden- und Rohstoffbasis und den Fortfall des Ertrages ausländischer Anlagen war Deutschland zur gesteigerten Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr und vielfach unlohnender Ausfuhr gezwungen.

Mit besonderer und entscheidender Wirkung haben dabei die Reparationsforderungen in die Gestaltung dieser Verhältnisse eingegriffen und zwar vorwiegend als :

(a) Forderungen von unentgeltlichen Leistungen (Bar-und Sachleistungen, Steuerleistungen.) und Steigerung des Kreditbedürfnisses und des Exportzwanges,

(b) Forderungen lokaler und genereller Pfänder und Kontrollen, sowohl auf Reichsvermögen, als auch Privatvermögen,-

(c) Forderungen, die in ihrer Höhe zu einer inflationistischen Besteurung und danach Währungsstabilisierung mit Auslandskredit zwangen.

Unter dem Druck dieser Verpflichtungen war naturgemäss jede Gruppe bestrebt, "...die Güter der anderen preiszugeben, um ohne eigenen Schaden die Entwicklung weiter zu führen...", und dies umso mehr, als aussenpolitischer Widerstand diesen Forderungen gegenüber mehr oder weniger als aussichtslos erklärt wurde.

Mittelbar waren alle Gruppeninteressen als Zwangs- und Schicksalsgemeinschaft diesem grossen Zugriff ausgesetzt. Indessen wurden sie von ihm unmittelbar verschieden berührt, je nach der Gestaltung der Steuerpolitik, dem Charakter der einer Inflation und Verpfändung verfügbaren Werte und ihrem wirtschaftlichen Standort.

Mit der Vertretung der unmittelbar von den Reparationsforderungen berührten Gruppeninteressen sind viele Spitzenorganisationen der Wirtschaft hervorgetreten, von denen für die Zwecke dieser Arbeit als allgemein führend ausgewählt worden sind 39) :

(a) Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. (ADGB.), und
Allgemeiner, freier Angestelltenbund (AFA.) für die sozialistischen Arbeiter- und Angestelltenschichten,

Deutscher Gewerkschaftsbund. (DGB.) für die christlichen Arbeiter und Angestelltenkreise,

(b) Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes. (ZDG.) für die Grossbank- und Grosshandelsinteressen,

(c) Reichsverband der Deutschen Industrie. (RDI.) und
Reichslandbund für die Interessen von Grossindustrie und Grossgrundbesitz.

Ueber die allgemeine parlamentarische Vertretung dieser Interessen ist hier nur zu erwähnen , dass ADGB. und AFA. vorwiegend in der SPD., DGB. in der DZP., ZDBB. und ZDG. in der DDP. und DVP., RDI. und RLB. in der DVP. und DNVP. von führendem Einfluss gewesen sind 40). Nach den Veröffentlichungen dieser Spitzenverbände 41) - deren allgemeine Grundgedanken und Forderungen in den Anträgen der entsprechenden Fraktionen ihren parlamentarischen Niederschlag erfahren haben - stellte sich die Haltung der Gruppeninteressen gegenüber den Reparationsforderungen kurz und allgemein, wie folgt, dar :

Nach dem Kriege weitgehend in den Besitz der staatlichen Funktionen gelangt, war die Reparationspolitik der in den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter- und Angestelltenschichten vor allem bestrebt , dem gesteigerten Leistungs- und Konsumbelastungszwang gegenüber die im allgemeinen und letzten Sinne s o z i a l p o l i t i s c h e n Ansprüche...

(d.h.Anerkennung der Gewerkschaften, des Acht-Stundentages - Kollektivstaatliche Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen: Tarifvertrag, verbindliches Schlichtungswesen und Betriebsräte- Einschränkung der Verbrauchssteuern, Ausbau

der Konsumvereine und der Sozialversicherung usw.)

...zu wahren. Staatsorgane, suchten sie Reichsvermögen und - betriebe auszubauen und , Einfluss auf die Privatwirtschaft erweiternd, ihre Leistungsfähigkeit und Werte weitgehend zur Stärkung der staatlichen Garantie- und Kreditgrundlagen für die Reparationserfüllung...

(d.h. Zwangs-bezw. Plan-oder Gemeinwirtschaft - Aussen-, Innen- und Devisenkontrolle - Substanzsteuern auf Besitz und Erfassung der privatwirtschaftlichen Sachwerte, bzw. Goldwerte ("grossen und fundierten Vermögen") als Quellenbe - steuerung und Sondergarantie für Reichsetat und Stabilisierungsanleihen - Sicherung des Reichsbahnpfandes vor Industriezugriff - Ausdehnung des Reichseinflusses auf Leistungsverbände und Selbstverwaltungskörper und Kreditvermitt - lung usw.)

...heranzuziehen.

Die Hochfinanz- und handelskreise sahen sich zwar zu gemeinsamer Abwehr der staatlichen Wirtschaftsbetätigung und Kontrolle...

(d.h. gegen Aussenhandels- u. Devisenkontrolle, bankmässige Betätigung von Staat und Gemeinden, Preistreibereigesetzgebung, Ausdehnung der Konsumvereine usw.)

...sowie der Steuern auf Börsen-, Devisen- und Warenverkehr...

(d.h. gegen Umsatzsteuer, zu hohe Bewertung der Warenvorräte, Stempelsteuer usw

...gezwungen. Indessen: gleich den Gewerkschaften generell international - freihändlerisch orientiert, vereinigten sich ihre entscheidenden A n l e i h e- und G a r a n t i e interessen mit den Gewerkschaften zu gemeinsamer Reparationslolitik im Zugriff auf das unbewegliche Kapital unter Sicherung des Reichsbahn - pfandes und Reichskredites für die Erfüllung...

(d.h. Anleihegarantien, Verpfändung von Sachwerten, Substanzeingriffen, gegen Privatisierung der Reichsbahn usw.)

...Dies umso mehr, als sich die mit der inflationistischen Wirtschaftsbelebung wachsende Emanzipation von Industrie und Landwirtschaft zu einer Gefahr für die Währungs- und Kreditkontrolle zu entwickeln schien. (Sicherung des Reichsbank - einflusses auf die Rentenbankkredite.)

Industrie und Landwirtschaft, in der Verteidigung der Wirtschaftsfreiheit zwar mit Handel und Finanz vereint, standen indessen, ihren Produktionsstufen und Standorten entsprechend, in einem ganz verschieden gearteten Verhältnis sowohl zu den Gewerkschafts- und Vermittlerinteressen, als auch dem Druck der Reparationen. Teils als Sachlieferungsindustrien mit besonderen Aufgaben, bzw. Einflüssen versehen und als Exportunternehmen mit starken Aussenhandels- und kre - ditinteressen, teils an der Ruhr dem territorialen Zugriff unmittelbar sowie mit grossen, unbeweglichen Vermögen der innerpolitischen Erfassung am ehesten ausgesetzt, war für die vorwiegend weltwirtschaftlich orientierten Wirtschaftskreise eine politische Zusammenarbeit - zeitweilig auch mit den Gewerkschaften - ge - geben.

Allgemein auf gesteigerte R e n t a b i l i t ä t und S e l b s t ä n - d i g k e i t , Leistung und Kredit angewiesen und zunächst der steuer- und sozialisierungspolitischen Erfassunggegenüber, suchten RDI. und RLB., Sondergarantien ablehnend, ihren Privatkredit autonom zu organisieren und dem Staat unter besonderen Bedingungen der Entlastung zur Verfügung zu stellen...

(d.h. v. Jordans Allgemeine Kreditgenossenschaft - Kreditangebot der Industrie 1921 - Gegen die Erfassung der Sach- und Goldwerte sowie Substanzsteuern und Zwangsbewirtschaftung von Arbeit, Lohn, Lebensmitteln und Mieten usw.)

...und im Kampf gegen die Ausdehnung der Staatswirtschaft Einfluss auf das Reichsbahnpfand zu gewinnen. (Gutachten über die Privatisierung 1922). Bald der unmittelbaren Sozialisierungssorge enthoben und mit der inflationistischen Wirtschaftsbelebung gestärkt, sahen sich RDI. und RLB. unter dem Eindruck der Ruhrbesetzung bereit zu einer Sondergarantie über die Ansprüche des V.v.V. hinaus ur versuchten ihr mit der Stabilisierung gesteigertes Kreditbedürfnis durch die Organisation der Rentenbank zu monopolisieren.

Die "Fronten" der gegeneinander kämpfenden Gruppen waren äusserlich in

erster Linie durch den - mehr lauten als letzten Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern, wie sie auf dem Arbeitsmarkte zusammenstossen 42), gekennzeichnet. Daneben konnten die sogenannten Leih- und rentenkapitalistischen Interessen meist im Hintergrunde bleiben und die entscheidenden Ansprüche einer im gemeinsamen Bekenntnis fundierten Gruppe sich ausgleichend 42) über, oder abseits den ökonomischen Kämpfen halten.

Wurden die herrschenden sozialpolitischen Ansprüche der sozialistischen Gewerkschaften mit selbstverständlicher Schärfe...

("...Sozialpolitik als Belastung der Wirtschaft aufzufassen, enthüllt nur die kapitalistische Gesinnung des Betrachters...
Wir sprechen mit Absicht von angeblichen Lasten. Das Argument gilt überhaupt nur vom Standpunkt des Profits. Dagegen ist Sozialpolitik vom Standpunkt der M e n s c h e n ö k o n o m i e eine Quelle grössten Reichstumszuwachses..." 44)

...den kapitalistischen Bedenken gegenüber vertreten,...

("...Hier taucht die innerpolitische Gefahr vor uns auf, dass die Massen, durch Jahrzehnte hindurch auf Opposition und materiellen Aufstieg eingestellt, die G r e n z e n nicht erkennen können, jenseits deren wir als Volk die w i r t s c h a f t l i c h e n Grundlagen a l l e n s o z i a l e n Fortschritt unter den Füssen verlieren. Wir nähern uns dieser Grenze und haben sie in einzelnen Punkten schon überschritten..." 45)

...so mässigten die christlichen Gewerkschaften diese Ansprüche im gemeinwirtschaftlichen Sinne...

("...erster Grundsatz der gewerkschaftlichen Auffassung ist eigentlich, dass die Blüte des Gewerkschaftslebens abhängig ist von der Blüte des Wirtschaftslebens..."
"...Die zukünftige Wirtschaft muss gemeinwirtschaftlich orientiert sein, nicht nur von unserem wirtschaftlichen Standpunkt aus. Das entspricht auch unseren Auffassungen vom Christentum. Das ist die logische Auswirkung der alten christlichen Ideen..." 46).

...Hieraus ergab sich die spezielle politische und einem wirtschaftlichen Problem gegenüber sehr elastische Stellung der entscheidenden katholischen Gruppeninteressen, die in erster Linie auf Sicherung der Erziehung und Ausübung des Gottesdienstes gerichtet sind, 47), die in ökonomischen Kämpfen den Ausgleich ebenso weitgehend vertreten können, wie sie in religiösen jedes Kompromiss vermeiden müssen...

("...Wir sind in Deutschland k o n f e s s i o n e l l gespalten. d a s kann kein Mensch ändern. Was wir aber ä n d e r n können, ist, dass Deutschland nicht für alle Zeiten extrem k l a s s e n p o l i t i s c h gespalten wird..." 48)

Ein Urteil über die Machtverhältnisse der Gruppen ist für die Zwecke dieser Arbeit nicht nötig. Immerhin muss über ihre aussenpolitische Stellung allgemein gesagt werden 49), dass zu Beginn des Jahres 1924 mehr oder weniger alle führenden Verbände und Parteien, tief unter dem Eindruck der Ruhrbesetzung und Micumlasten und eines durch restriktive Stabilität gesteigerten Kreditbedürfnisses, einer Lösung der unerträglich gespannten Lage durch Sachverständigen-Entscheid geneigt und zum Teil grosse Lasten auf sich zu nehmen bereit waren.

2.

Zuordnung der Presse.

In der behandelten Presse haben die gekennzeichneten Gruppeninteressen und Einheiten durchweg ihre journalistische Vertretung gefunden. Als führende b e r l i n e r Presse den Spitzenorganisationen der Wirtschaft und Politik mehr oder weniger benachbart und nahestehend, sahen diese Blätter von der Höhe der hauptstädtischen Plattform über Heimat- und Lokalinteressen hinweg Gruppenideen und Bedürfnisse sozusagen in einer "Sphäre höchster Läuterung", in konzentrierstes - ter und allgemeinster Form 50).

Da hier mehr soziologische Zusammenhänge allgemeiner Art im Vordergrund stehen, ist der Nachweis einer exakten, rechtlichen und finanziellen Bindung der Blätter an Verbände und Organisationen nicht nötig. Es genügt eine kurze Kennzeichnung dieses Verhältnisses, wie es zu Beginn des Jahres 1924 bestanden hat 51). Als "Zentralorgan der SPD." war der "Vorwärts" offizielles Parteiblatt und zugleich hervorragender Vertreter der Sozialistischen Gewerkschaften.

(Ein Blatt "vorzugsweise...gehobener Arbeiter, der Partei- und Gewerkschaftsbeamten und sonstiger kleiner Beamten und Angestellten, also einer Schicht mit einem gewissen kleinbürgerlichen Einschlag... 52).

Weniger eindeutig - mit Ausnehme der "Germania" - war die wirtschaftspoli - tische und parteipolitische Bindung des Restes der Presse. Von der "V o s s i - s c h e n Z e i t u n g" und dem "B e r l i n e r T a g e b l a t t" als führenden Vertretern der Börsen-, Bank- und Handelskreise allgemein demokratischer Richtung kann über die parteipolitische Bindung nur gesagt werden: "...da eine wirkliche organisatorische und materielle Bindung an die Partei nicht möglich ist, so beruht das Verhältnis zwischen ihr (der DDP.-Presse - d. Verf.) und der Parteileitung auf dem Willen, sich gegenseitig in die Hand zu arbeiten... 53). Offiziel ist über die ökonomische Orientierung der VZ. - was allgemein auch für das BT. angenommen werden kann - gesagt worden:

"...Im werktätigen Bürgertum wurzelnd, nicht in einer beschränkten, engherzigen Bourgeoisie, hat die Vossische Zeitung in der wirtschaftlichen Freiheit die sicherste Grundlage für die wirksamste Entfaltung der menschlichen Kräfte gesehen. Darum tritt sie den Bestrebungen entgegen, die bestimmt und geeignet sind, diese Freiheiten zu hemmen oder zu vergewaltigen: der obrigkeitlichen Bevormundungssucht, der Einschränkung der Gewerbefreiheit, der Warenhaussteuer, dem Zunftzwang, der reaktionären "Mittelstandsbewegung", den Ausschreitungen der Kartelle und Trust's, der kurzsichtigen Drangsalierung der Börse. Aus denselben Anschauungen ergibt sich auch die entschiedene Gegnerschaft der Vossischen Zeitung gegen das sogenannte System des "Schutzes der nationalen Arbeit", namentlich gegen die Begünstigung der Landwirtschaft ... " 54)

Im übrigen waren die Chefredakteure dieser Blätter zugleich mit den Leitern des ZDBB. und ZDG. führende Mitglieder der DDP. und die Verlage R. Mosse und Ullstein A.G. massgebend an der Verlagsgesellschaft "Neuer Staat" zusammen mit der Leitung der DDP. beteiligt. 55)

("...Als Leserkreis (des BT.-d. Verf.) dürften daher vor allem H a n d e l s - t r e i b e n d e aller Art, B a n k i e r s, E x p o r t - und G r o s s - h ä n d l e r, v e r a r b e i t e n d e I n d u s t r i e und Gewerbe - treibende, Rechtsanwälte, Aerzte, kurzum jene Schichten in Frage kommen, die man das gebildete Bürgertum nennt..." 56)

Mit einer gewissen Beschränkung auf Finanz- und Intellektuellenkreise dürfte dieser Leserkreis des BT. auch für die VZ. in Frage kommen.

Diesen Blättern der Gewerkschafts-, Finanz- und Handelsinteressen gegenüber wurden in der "D e u t s c h e n A l l g e m e i n e n Z e i t u n g", dem "T a g", dem "B e r l i n e r L o k a l a n z e i g e r" und der "D e u t - s c h e n T a g e s z e i t u n g" die verschiedenen Stufen und Bedürfnisse der Produktion vertreten, deren parteipolitische Einstellung allgemein zwischen DVP. und DNVP. lag. Dabei standen in der DAZ. ...

(im Verlag der "Schmitt-Dümont & Co., Kommanditgesellschaft" im Besitz der "Buch- und Zellstoffgewerbe Hugo Stinnes GmbH.", in der die Verlagsinteressen des alle Produktionsstufen umfassenden Stinnes-Konzerns vereinigt waren.)

weltwirtschaftliche Bedürfnisse teilweise stark im Vordergrund. Hugo Stinnes war Abgeordneter der DVP.

Demgegenüber hatte die DT. als Organ des Reichslandbundes vor allem grossagrarische Interessen wahrzunehmen:

("...Grossgrund- und Mittelbesitz, Landadel, Güterdirektoren, qualifizierte Gutsbeamte, Domänenpächter..."usw. 57).

Im relativ allgemeinen Sinne vertraten Tg. und BLA.(Verlag August Scherl G. m.b.G.) die Wirtschaftsinteressen von den schwerindustriellen (vorwiegend des Ruhrgebiets) und grossagrarischen (Ostelbiens) bis zum Mittelbesitz und Mittelstand, höherem und mittleren Beamtentum, Lehrern, Offizieren, Kaufleuten und Angestellten. Die Mehrheit der Verlagsanteile befand sich im Besitz der " Wirtschaftsvereinigung", die von Alfred Hugenberg geleitet wurde, der Mitglied der DNVP. war, deren Industrie-Ausschuss er vorstand. Politisch beobachteten die Blätter eine allgemein bürgerlich-nationale Orientierung, innerhalb der der Tg. damals mehr die Parteirichtung der DVP., der BLA. die der DNVP wahrte. L. Bernhard hat die Grundauffassungen der Politik des Hugenberg-Konzerns dahin zusammengefasst 58):

1) Heimat- und Nationalgefühl, dren Schwächung die Auflösung eines Volkes bedeutet, sind zu stärken, indem die zwischen diesen Gemeinschaftsgefühlen und Berufen, bzw. materiellen Interessen, letzten Endes dem unbeweglichen Besitz bestehenden Zusammenhänge benutzt und betont werden. - 2) Als kulturelles Gegengewicht gegenüber dem internationalen, beweglichen Kapital ist der immobile Besitz durch Schaffung von geschäftlichen, auf genossenschaftlicher Grundlage ruhenden Zentren zu stärken derart, dass sie denen des beweglichen Besitzes (Grossbanken) ebenbürtig sind. - 3) Dadurch wird die Möglichkeit und Pflicht zu sozialer Wirkung gegeben: Stärkung des ländlichen und städtischen Mittelstandes und Verringerung der Klassengegensätze.- 4) Zu diesen Zwecken muss der unbewegliche Besitz Mittel zur Organisation und Beeinflussung der öffentlichen Meinung zur Verfügung stellen. - 5) Dies soziologisch begründete und politisch erwünschte Zusammenwirken des unbeweglichen Besitzes mit der öffentlichen Meinung ist ein Selbstzweck, dem die Geschäftsgewinne immer wieder zugeführt werden müssen. In dieser Verwendung hochkapitalistischer Formen zu nicht kapitalistischen Zwecken - letzten Endes im Genossenschaftsgedanken also liegen die Schwierigkeiten und Ziele des Konzerns. -

Abgesehen von diesen Zusammenhängen war durch die Mitgliedschaft Hugenbergs und Stinnes' beim Reichsverband der deutschen Industrie, deren schwerindustrielle Fachgruppen sie leiteten, zugleich das Verhältnis zur Interessenorganisation gegeben.

Waren V., VZ.,BT., DAZ., Tg., BLA. und DT. an einem wirtschaftspolitischen Problem, wie dem Dawes-Plan unmittelbar und mehr oder weniger "fachlich" interessiert, so ist von der "G e r m a n i a" ihr entscheidendes Gruppeninteresse folgendermassen umrissen worden 59):

"...weder Konservativismus, noch Leberalismus wurden den Grundanschauungen gerecht, die die aufs tiefste von christlicher Weltanschauung durchdrungenen Volkskreise, vor allem in den katholischen Landesteilen vertreten wissen wollen. Diese Lücke füllte das Zentrum aus, und die Germania ergänzte am Brennpunkt des politischen Lebens im neuerblühten Deutschland die bis dahin schwachen publizistischen Kräfte des Katholizismus aufs Bedeutsamste...Die Konservativen nahmen in erster Linie die agrarischen Interessen wahr, die Nationalliberalen die der Grossindustrie, die Fortschrittler standen dem Handel und dem Börsenkapital nahe und die Sozialdemokraten machten in einseitiger Klassenpolitik für die Arbeiter. Das Z e n t r u m dagegen war von Anfang an und ist bis auf den heutigen Tag eine wahre Volkspartei im besten Sinne des Wortes, ein parteipolitisches Gebilde, das alle Stände und Klassen umfasst . Die damit gegebene Vielheit und G e g e n s ä t z l i c h k e i t der w i r t s c h a f t l i c h e n Interessen hätte niemals zur politischen Einheit zusammengehalten werden können, ...wäre nicht der Rechtssatz, der jedem Stand das Seine gibt, der Leitstern für alle gewesen. ...Indem aber das Zentrum für Wahrung des materiellen Wohles aller die Formel des A u s g l e i c h s g e d a n k e n s ... fand, leistete es zugleich der ähnlich gelagerten

Aufgabe des Staatsganzen auf d i e s e m Gebiet, die bedeutsamste und wichtigste Vorarbeit. ...

...Und heute, nach dem mit dem Erbe Bismarcks die machtpolitischen Träume, die sich an preussisch-deutsche Ueberlieferungen knüpften, endgültig dahin sind, ist unser aussenpolitisches Verhalten noch klarer auf den Rechtsgedanken eingestellt. Es verlangt nach der Definition durch den Reichsausschuss vom 31. Dezember 1918 die Regelung der Beziehungen der Völker und Staaten zueinander durch das e w i g e R e c h t, nicht durch die Gewalt und bekennt sich grundsätzlich zur Schaffung eines Völkerbundes der grossen und kleinen Völker unter Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit für alle Streitigkeiten...

...Die Wahrheit und vorherrschende Stellung des Rechtsgedankens ist nun an sich keine ausreichende Erklärung dafür, dass unsere Partei eine von Haus aus katholische Gründung war. ...Welche Religion aber hat ihn tiefer und konsequenter in die Herzen ihrer Anhänger und damit ins p r a k t i s c h e L e b e n gepflanzt als die R e l i g i o n des "lebendigen Glaubens" die uns nach dem Glauben zu leben zwingt, die k a t h o l i s c h e !. W i r a n e r k e n n e n k e i n "R i g h t o r w r o n g, m y c o u n t r y!"..

Die im gemeinsamen Glaubensbekenntnis zwar zusammengehaltenen wirtschaftlichen Gegensätze des katholischen Volksteils haben sich in ökonomischen Fragen, je nach der Stärke der Arbeiter oder Unternehmerbedürfnisse, entweder nach links oder rechts parteipolitisch orientiert. In der Stellung der G. hat sich dieser "Ausgleichsgedanke" meist als Zurückhaltung und Elastizität entschiedenen, ökonomischen Entschlüssen gegenüber ausgewirkt. Dies umso mehr in einer Zeit, in der sich ein heftiger Aktienkampf um den Besitz des Blattes zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressenten noch nicht entschieden hatte 60).

Die A u s w a h l d e r B l ä t t e r ist vor allem aus Raumgründen auf die genannten beschränkt worden. Daneben war aber auch die nach einigen Stichproben gewonnenen Ueberzeugung massgebend, dass in den untersuchten Zeitungen die typischen Gedankengänge und obersten Prinzipien der Orientierung hinreichend und am deutlichsten enthalten und in anderen berliner Blättern die gekennzeichneten Primate, lediglich in radikalerer oder unklarerer Formulierung erörtert sein würden.

B

Hauptteil.

I

Darstellung.

A

Die grundsätzliche Einstellung.

I

Die neue Reparationsregelung.

1.

Die Möglichkeit der Erfüllung.

Bevor die verschiedenen Urteile der Blätter zu Worte kommen, ist es notwendig, kurz den Standpunkt zu zeigen, den die Sachverständigen selbst der Reparationserfüllung gegenüber vertreten haben, ihr eigentliches Interesse und ihre allgemeine Denkhaltung 61).

In ihrem Auftrag an die Sachverständigen hatte die Reparationskommission das Ersuchen des Kabinetts Stresemann, die augenblickliche deutsche Leistungsfähigkeit und ihre Hilfsmittel zu prüfen, in die beiden Aufgaben geteilt 62): "... Mittel zum Ausgleich des Staatshaushalts und Massnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung zu erwägen...", dem Ausschuss also über den, nach dem VvV gegebenen Prüfungsbereich hinaus währungspolitische Ziele gesteckt.

Dementsprechend hatte der Ausschuss seine Haupterwägungen darin gesehen: 1) unter Hinweis auf die Notwendigkeit der deutschen Wirtschaftseinheit eine Methode der Höchstzahlungen (bzw. Mindest-) unter Sicherung der Stabilität und 2), diese Erfüllungsmöglichkeit zu garantieren, ein System der Pfänder und Kontrollen vorgeschlagen.

Diesem Interesse an Höchstleistungen bei gesicherter Stabilität entsprach eine vorwiegend bankpolitische Denkhaltung. Wenn auch das Prinzip der Stabilität durch das Londoner Protokoll angetastet schien 63), so waren doch die Anti-Dumpinginteressen sowie die Anleihe-Bedürfnisse der alliierten Industrie- und Finanzkreise allgemein massgebend. Arbeiterinteressen sind bei der Abfassung gehört, indessen nicht beteiligt worden. Als ein Kompromiss divergierender Interessen und in der Erkenntnis abgeschlossen, "...dass politische Rücksichten notwendig gewisse Grenzen ziehen, innerhalb deren eine Lösung gefunden werden muss, wenn sie die Möglichkeit der Annahme haben soll...", musste der Plan, sollte er überhaupt funktionieren können, als "unteilbares Ganzes" zur Anwendung gebracht werden.

Die Sachverständigen fassten das Problem der inneren und äusseren Erfüllung einerseits in allgemeine, mehr oder weniger unverbindliche Erwägungen und Grundsätze, andrerseits in obligatorische Bestimmungen. Dem Zwang, jährlich in vorgeschriebener Form unentgeltliche Höchstzahlungen leisten zu müssen, stellten sie sozial- und wirtschaftspolitisch gemeinte Betrachtungen gegenüber, die aber nur dort die Höhe der Belastung zu beeinflussen in der Lage waren, wo ihre Zahlung die Stabilität der Währung und damit die Substanz der Reparationen selbst hätte gefährden können.

Höchstzahlungen bei Stabilität ! Dieser Notwendigkeit waren alle anderen Betrachtungen untergeordnet ! Die Sachverständigen haben sich nicht gescheut, den Widerspruch zum Ausdruck zu bringen, der zwischen der Höhe der von ihnen als tragbar bezeichneten Annuität und den Forderungen ihrer Transfertheorie: Zahlung aus (echten ?) Ausfuhrüberschüssen, bestand. Zur Lösung ist von ihnen "irgendeine Art Valutapolitik"...

"...Um jede Möglichkeit der Entstehung von Valuta- und Stabilitätsschwierigkeiten auszuschliessen, könnte der Reparationsbetrag endgültig auf eine

Summe festgesetzt werden, die sicherlich und ohne jeden Zweifel geringer ist, als der deutsche Ausfuhrüberschuss. In diesem Falle würde das Erreichen dieser Sicherheit eine s o n i e d r i g e Summe bedingen, dass sie für Deutschlands Gläubiger u n a n n e h m b a r wäre und für Deutschland eine u n g e r e c h t f e r t i g t e Vergünstigung darstellen würde.

Andrerseits könnte die Schuld überhaupt ohne Rücksicht auf den Exportüberschuss festgesetzt und die Bezahlung ohne eine Rücksicht auf Valutaschwierigkeiten gefordert werden. Das würde zu künftiger Unbeständigkeit der Währung und zu Katastrophen führen.

Wir sind überzeugt, dass i r g e n d e i n e A r t einheitlicher Politik mit fortgesetzter, sachverständiger Verwaltung in Bezug auf die V a l u t a den K e r n p u n k t des Reparationsproblems bildet und wesentlich für jedes durchführbare System zur Erzielung von Höchstzahlungen Deutschlands zugunsten der Alliierten ist..." (Teil I, Kap. XIII.)

...vorgeschlagen, aber nur negativ und i n d i r e k t angedeutet worden, wie sie positiv durchzuführen sei: Erfüllung durch Verschuldung ! ...

"...Um die Stabilität der Währung dauernd aufrecht zu erhalten, muss nicht nur sein Haushalt ausgeglichen sein, sondern auch seine Gewinne im Auslande müssen die Zahlungen ausgleichen, die es ans Ausland zu leisten hat. Dies schliesst nicht nur die Zahlungen für die eingeführten Güter, sondern auch die Reparationszahlungen ein. Auch das Gleichgewicht des Haushalts kann nur unter denselben Bedingungen aufrecht erhalten bleiben. A n l e i h e o p e r a t i o n e n können die Sachlage verschleiern oder ihre praktischen A u s w i r k u n g e n z e i t l i c h v e r s c h i e b e n , aber ändern können sie sie nicht..." (Teil I, Kap.VII,d.) - Ebenso: Sachlieferungsfinanzierung durch Anleihen: Teil I, Kap. XI.)

...Die Sachverständigen waren sich im klaren darüber, dass diese Methode zeitlich begrenzt sein würde und sahen ihre Regelung in diesem Sinne als eine v o r l ä u f i g e an. Daher ist von ihnen der Beginn der Zahlungen mit einer internationalen Anleihe empfohlen worden, die der Reparationsfinanzierung und Goldwährungsstabilisierung z u g l e i c h dienen solle, während die entsprechende Propaganda die Annahme des Planes zur Voraussetzung und zum Versprechen umfangreichen, internationalen Kapitalzuflusses gemacht hat.

Unter d i e s e n Gesichtspunkten konnten die Sachverständigen zu der Auffassung kommen:

"...Das Komitee ist überzeugt, dass das deutsche Volk befähigtist, eine Belastung zu tragen, wie sie der Plan ihm auferlegt, ohne unter eine Lebenshaltung herunterzusinken, die der alliierten Länder und ihrer europäischen Nachbarn vergleichbar ist...

...Wir möchten schliesslich betonen, dass unser Plan zwar keine Lösung der ganzen Reparationsfrage versucht, was er ja eigentlich auch nicht konnte,wohl aber eine Regelung in Aussicht stellt, deren Durchführung genügend Zeit lässt, um das Vertrauen wiederherzustellen, und die doch gleichzeitig so beschaffen ist, dass sie eine endgültige, umfassende Uebereinstimmung in allen Reparations- und verwandten Fragen erleichtert, sobald die Verhältnisse dies ermöglichen..." (Teil I,Kap.XVII.)

Nach Verwirklichung der im engeren Sinne als Voraussetzungen bezeichneten Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit und Emission der internationalen Anleihe war das Funktionieren des Planes in erster Linie auf eine g e b o r g t e Aktivität der Zahlungsbilanz und einen geborgten Sozial-Standard gestellt. Damit zwang die neue Reparationslösung im erhöhten Masse zum Kapitalimport und Warenexport.

2.

Der Sinn der Kontrolle.

Persönlich und permanent im Interesse der Gläubiger Grundlagen und Vollzug der Leistung, sowie die Währung der Stabilität beaufsichtigen und somit aus eigner Anschauung die Möglichkeit der Durchführung studieren zu können, muss als der Sinn der über frühere, gelegentliche Prüfungsaktionen hinausgehenden Institution der Reparationskontrolle angesehen werden. Indessen war im Londoner Protokoll 64) bereits das Primat der Stabilität zugunsten höchster Leistung angetastet worden. Im übrigen aber bedeutete der Plan seinem eigentlichen 65):

"...Wesen nach ein Nehmen von Pfändern. Das neue Pfändersystem und seine Ausnutzung bilden den eigentlichen Inhalt des Dawes-Planes..." (Cassel)

die Verfasser des Dawes-Planes haben nicht deshalb die fremde Kontrolle und Technik des Planes ersonnen, um einen Druck auszuüben, sondern um für den Fall des Versagens einen Beweis zu liefern, dass jede, nur denkbare Sicherung getroffen war, und dass der Zusammenbruch nur auf die Unmöglichkeit zurückzuführen sei, die in der gestellten Aufgabe lag..." (Keynes)

Dazu sagen die Sachverständigen selbst: (" Privatisierung ")

"...Diese Sicherheiten sind nicht weniger lebenswichtig im Interesse Deutschlands selbst, denn es wird von einem grossen Teil seiner politischen Sorgen befreit werden, wenn die Hauptquelle des politischen Streites durch ein System zum Versiegen gebracht wird, das die Reparationszahlungen nicht mehr von der ständigen Aufrechterhaltung oder Erneuerung von Regierungsbeschlüssen abhängig macht. Insbesondere ist dies lebenswichtig im Interesse unseres Planes, dessen Gelingen von dem festen Vertrauen der ganzen Welt auf die regelmässige Erfüllung eines einmal abgeschlossenen Abkommens abhängt..." (Teil I, Abschnitt XIV.)

Im übrigen war die Institution so eingerichtet, den Gläubigern "bei einem Mindestmass von Einmischung" zunächst zwar alle Möglichkeiten der Kontrolle offen zu halten, aber dabei den deutschen Stellen das Risiko der Durchführung zu überlassen, um erst im Falle sinkender Leistung wachsende Rechte ausnutzen zu können. Nimmt man jedoch an, dass der Empfang von Höchstzahlungen Sinn und Ziel der neuen Regelung gewesen ist, so war der Ausnutzung dieser Rechte mehr oder weniger dort die Grenze gezogen, wo sie zu einer Zerstörung der Leistungsgrundlagen hätte führen müssen.

Wie schon gesagt, mussten nun die Blätter- wie letzten Endes Jeder, der sich zu einem Urteil veranlasst sah - mit ganz verschiedenen Interessen und Urteilsmöglichkeiten an die Erörterung dieser neuen Reparationsregelung herangehen. Auf Grund ihrer, von vornherein festgelegten Orientierung war es den Blättern weder gegeben, gewisse elementare Tatsachen, noch komplizierte Zusammenhänge zu behandeln 66). Die Sachverständigen g a b e n und n a h m e n sozusagen Vieles und damit Manchem etwas. In diesem Sinne war es das Charakteristische der neuen Regelung, dass sie gewissen Gruppeninteressen V o r t e i l und N a c h t e i l z u g l e i c h brachte.

Was die genannte Presse im Rahmen ihrer bestimmten Bindungen hat sagen können und verschweigen müssen, soll nunmehr in seinen Grundgedanken dargestellt werden.

II

Die Einstellung der Presse.

1.

Das Primat der Sozialpolitik im "Vorwärts".

(Zusammenfassung -) Vorwiegend unter dem Eindruck der kaum, und wie es schien, noch keineswegs endgültig gebannten Inflation sowie der in Erfüllung der Micumverträge entstandenen Arbeitskämpfe ist von den im Vorwärts führend vertretenen Interessen der sozialistischen Arbeiter- und Angestelltengewerk - schaften und der SPD. in der neuen Reparationsregelung insofern ein unmittelbarer Vorteil gesehen worden, als sie mit Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit sowie Garantie der Goldwährungsstabilität die zunächst beste Sicherung gegen ein "soziales Dumping" jeder Art zu bieten schien. Neben diesen Motiven hat der V. als allgemeine Folge einer Annahme des Dawes-Planes den "Anschluss an die Weltwirt - schaft" mit den Möglichkeiten umfangreicher Kapitaleinfuhr hervorgehoben.

Von jeher von der ausenpolitischen Unabänderlichkeit der Reparationsverpflic tungen überzeugt, war im V. das Problem der Erfüllung in erster Linie als eine Frage, die Lasten innerpolitisch zweckentsprechend zu verteilen - also als Steu - erproblem- behandelt worden. Daher hat das Blatt den mit den wesentlichen Vorteilen der Annahme verbundenen hohen Verpflichtungen gegenüber vor allem den Gedanken und die Hoffnung einer späteren sozial-entsprechenden Verteilung zum Ausruck gebracht. Im Rahmen seiner staatssozialisierungspolitischen Interessen ist dabei unter besonderer Bewertung und Interpretation der steuer- und dumping-konkurrenzpolitischen Erwägungen der Sachverständigen der Schutz vor Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung, die Uebergabe von Pfändern und der Ausbau der Besitzsteuern in den Mittelpunkt seiner Forderungen gestellt worden.

Hatte das Blatt in diesen Forderungen seine Sorge gegenüber den hohen Ver - pflichtungen überwiegend indirekt zum Ausdruck gebracht, so ist daneben - deutlic im Rahmen der Verständigungstheorie - die Belastung, und zwar gerade der eigener Verbraucherinteressen durch die Haushaltsgarantie, positiv kaum zur Erörterung gekommen.

Bank - und produktionspolitischen Ueberlegungen fern, hat der V. sowohl Fragen der Währungs- und Transferpolitik, (also die Institutionen der Stabilität und den Gedanken einer Erfüllung durch Verschuldung (als Wirtschafts- oder Währungs - kredit)) als auch der Höhe und Wirkung der Belastung und ihrer effektiven Leistungsfähigkeit unerörtert gelassen und die Gefahr einer Ueberfremdung nur gelegentlich erwähnt, um sie allgemein zu verneinen.

a.

(Das Wesentliche -) Dem in erster Linie von der Sorge um sozialpolitischer Anspruch und Schutz beherrschten Denken des V. hätte weder eine währungspoliti - sche, noch eine wirtschaftspolitische Würdigung des Dawes-Planes gelegen. Schar und ausführlich hat das Blatt unter dem Eindruck der Micumverträge argumentiert die von ihm sowohl in ihrer Wirkung auf die Währungslage, als auch auf die Ar beitsverhältnisse (besonders im Ruhrgebiet) als eine unmittelbare, sozialpoliti sche Gefahr für die Arbeiter - und Vorteil für die Unternehmer - dargestellt wor den sind. Vor allen späteren Möglichkeiten lag die politische Ini tiative und Entscheidung, sowie materielle Belastung und das Schicksal über di Währung zunächst im Ruhrgebiet gebunden. In diesem Sinne war die Hoffnung und Forderung auf eine sozial-entsprechende Verteilung der Reparationen solange wert los, als die politische Entscheidung nicht auf die allgemein parlamentarische Ba sis bzw. die Spezialbelastung nicht auf die Schultern der Gesamtheit verlagert worden waren.

Unter der Parole "Nie wieder Inflation" ist daher in Er innerung an die schliesslich zu einer schweren und vor allen ungreifbaren Gefah

für die eigenen Gruppeninteressen umgeschlagenen Geld- und damit Lohnzersetzung die internationale Sicherung der Stabilität als der S i n n d e r A n n a h m e des Gutachtens.....

"...Eine zweite Inflationsperiode müsste für die Arbeiterschaft physische und moralische Vernichtung mit sich bringen. Im Sachverständigengutachten heisst es:

Auch die Arbeiter werden ihren V o r t e i l bei der S t a b i l i t ä t finden, denn ihre I n t e r e s s e n sind v o r a l l e m von der Stabilität abhängig. Einige Volksklassen mögen einen Ausgleich in den erstaunlichen Vermögensumwälzungen finden, welche die Inflation mit sich bringt

...In diesem Zusammenhange können wir auf die Ansichten verweisen, die der Vertreter der Arbeiter uns gegenüber in Berlin zum Ausdruck brachte. Indem Herr G r a s s m a n n n i c h t f ü r die G e s a m t h e i t des deutschen Volkes, sondern nur für die Arbeiter sprach, die er vertritt, stellte er fest, dass die deutschen arbeitenden Klassen eine zweite Inflationsperiode nicht aushalten könnten. Sie müssten an die W e l t a p p e l l i e r e n, um eine wertbeständige Währung zu erhalten, die es ihnen ermöglicht, auch noch vier Wochen nach Empfang des Lohnes etwas dafür zu kaufen.

So die Sachverständigen !

N i e w i e d e r I n f l a t i o n !...Wer diese Gutachten ablehnt, der muss die Konsequenzen hinnehmen, dass wir durch eine neue Periode der Geldentwertung hindurchgehen müssen. Es ist der S i n n d e r A n n a h m e d e s Sachverständigeng u t a c h t e n s, durch Opfer unsere äussere Freiheit zu erkaufen, zugleich aber auch im Innern durch die Sicherung unserer Stabilität die Grundlage zu schaffen für bessere Zeiten. D i e s e Erfüllungspolitik hat nach Annahme des Gutachtens einen k o n k r e t e n I n h a l t ..." (30.4.M.)

.....und der konkrete Inhalt einer neuen Erfüllungspolitik hervorgehoben worden. So wichtig dem Blatte die internationale Sicherung der Stabilität als s o z i a l politisches Postulat gewesen ist, so wenig hat es - und das scheint zeitungssoziologisch interessant - die von den Sachverständigen zur Durchführung dieser Stabilität vorgeschlagenen Institutionen: Anleihe, Goldnotenbank und Transfer, sowie die Durchbrechung des Transferschutzes, beachtet. Als notwendige Funktionen zwar wohlwollend erwähnt (Notenbank und Transfer: 30.4.M.).....

"...Im Mittelpunkte dieser Lösung - wenn sie eine ist - wird das Deutschland zu gewährende Moratorium und die internationale Anleihe stehen, zu deren Verzinsung sichere Pfänder geboten werden müssen. Diese werden aber nur dann zu haben sein, wenn das ganze Wirtschafts- und Verkehrsgebiet des Reiches als eine Einheit behandelt und der "S p e z i a l p f a n d a n a r c h i e " ein Ende bereitet ist..." (17.2.)

.....sind sie indessen mit besonderem Interesse nicht behandelt worden. Wesentlich für diesen Gedankengang war vielmehr seine Voraussetzung: die "Spezialpfandanarchie" zu beseitigen.

In die Forderung, die W i r t s c h a f t s e i n h e i t wiederherzustellen, hat der V. umso weniger die militärische Räumung mit einbezogen, als sie ein Hinderungsgrund für die Beseitigung der Micumlasten hätte werden können 67). Wie von Grassmann eine zweite Inflation im besonderen für die Arbeiter -indessen nicht aber für die Gesamtheit- als unerträglich bezeichnet worden war, so hat auch Dr. Breitscheid die eigentliche Gefahr der Micumverträge darin gesehen, dass sie nicht für a l l e Teile eine unmittelbare Belastung bedeuteten, sondern letzten Endes nur vom Arbeiter - und Reich - getragen.....

"...Diese Micumverträge sind auf die Dauer unerträglich, wenn auch n i c h t f ü r d i e U n t e r n e h m e r, so doch für das Reich und die Arbeiter, auf die man alle Lasten abwälzt..." (Reichstag, V.6.3.)

.....würden. Daher ist vom V. - neben der Sicherung der Stabilität - die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit offen als Vorteil und die Ablösung der Micumverträge durch eine Gesamtbelastung deutlich als Erleichterung dargestellt...

"...Auf der Plus-Seite: die deutsche Wirtschaftseinheit i s t wiederhergestellt...Es gibt keine Reparationsprovinz mehr, die wie eine Zitrone ausgequetscht wird, sondern der Druck wird auf die g a n z e deutsche Wirtschaft gleichmässig verteilt. Ob die ausländischen Soldaten stehen bleiben, wo sie sind, hat die Sachverständigen nicht interessiert, aber das fremde Militär soll mit der deutschen Wirtschaft nichts mehr zu tun haben..." (11.4.M.)

.....worden, ohne die militärische Räumung zum Gegenstand einer Bedingung zu machen. Schliesslich hat das Blatt unter dem Eindruck der im Verfolg der Erfüllung der Micumverträge im Ruhrgebiet entstandenen und sehr ungünstig empfundenen Arbeitskämpfe die Bedeutung dieser parlamentarisch nicht fassbaren Lasten derart zum Ausdruck gebracht, dass sie "praktisch den künftigen Kurs der deutschen Politik".....

"...Es ist höchste Zeit, dass eine Verständigung in der Reparationsfrage herbeigeführt wird. Das Vorgehen der Unternehmer im besetzten Gebiet muss die Erreichung dieses Zieles gefährden.....

Hier wird praktisch der künftige Kurs der deutschen Politik bestimmt..."(18.5.)

.....bestimmten - bis zu der Erklärung, dass eine arbeiterfeindliche Durchführung der Dawes-Gutachten einer " v e r f e h l t e n A u s s e n p o l i t i k " g l e i c h k ä m e ! 68) (18.5.)

Weit über die nur wenigen und erst in den letzten Tagen vor der Annahme veröffentlichten Andeutungen aller anderen Blätter hinaus ist vom V. vonvornherein auf die Notwendigkeit und Bedeutung der s t e u e r p o l i t i s c h e n Folgen einer Durchführung des Dawes-Planes hingewiesen worden.

Dabei ist in der Art, wie das Blatt die E m p f e h l u n g e n der Sachverständigen über "geeignete Gegenstände der Besteuerung" ausführlich als entscheidende F o r d e r u n g e n interpretiert hat, die Hoffnung auf eine spätere, interessenentsprechende Verteilung der Belastung als wesentliches Motiv für die Annahme des Planes hervorgetreten.

Im Rahmen seines Programms der "Erfassung der (privatwirtschaftlichen)Sachwerte" hat der V. unter besonderer Beachtung und Anerkennung der - p r i v a t - wirtschaftlichen - Inflationsgewinne den Ausbau eines Systems umfangreicher Steuern auf Besitz und Entschuldungsgewinn verlangt,.....

"...Erinnert man sich vielleicht noch, dass die Sozialdemokraten es waren,die - jahrelang- die Erfassung der Sachwerte verlangten, um dem Reichshaushalt wertbeständige Einnahmen zuzusichern

...Nun, die Sachverständigen stellen fest:

Man kann zuversichtlich sagen, dass die wohlhabenden Klassen weit weniger, als den ihnen zukommenden Anteil an der nationalen Last zu tragen haben, und wir haben es der deutschen Regierung zum Gegenstand ernster E r w ä g u n g e m p f o h l e n , ob sie nicht selbst, angesichts ernster Verwaltungsschwierigkeiten, die Veranlagungen der letzten Jahre bei diesen Klassen von Veranlagten revidieren und ihre Schuld auf Goldbasis neu aufbauen sollte.

Trockner kann man es nicht sagen.

Und was sagen die Sachverständigen zu den Steuernotverordnungen? Sie erkennen an, dass es sich um "vorübergehende Hilfsmittel mit starkem Notbehelfscharakter" handele, zu denen die deutsche Regierung veranlasst worden sei, aber trotzdem stehen sie nicht an, ihnen eine sehr schlechte Zensur zu erteilen :

"...Diese Notbehelfe geben uns keine Beruhigung über die allgemeine Frage der Besteuerung der wohlhabenden Klassen, und nach unserem Urteil sollte die deutsche Regierung, wenn sie wünscht, dass die Alliierten ebenso, wie ihre eigenen, arbeitenden Klassen sich von ihrem guten Willen in dieser Sache überzeugen, zu einem nahen Zeitpunkt ihre endgültigen Absichten betreffs der Sätze für die Einkommensteuer veröffentlichen, die von den Gewinnen des Jahres 1924 erheben werden sollten..."

Insbesondere zur Frage der Aufwertung der Schulden verhehlen die Sachverständigen nicht ihr Erstaunen über die lächerlichen Steuersätze, mit denen der von der Inflation wie der Steuernotverordnung gleichermassen beglückte

Schuldner beglückt wird: "Unserer Ansicht nach ist eine solche Sonderbesteuerung, wenn sie, wie wir glauben, im Prinzip berechtigt ist, zu viel höheren Sätzen gerechtfertigt". Ueberhaupt haben sie die Tatsache der enormen Inflationsgewinne stark ins Auge gefasst, den, wie sie sagen, "vom Himmel gefallenen Reichtum", und sie fanden, "dass er ein geeigneter Gegenstand für die Besteuerung in Zeiten ausserordentlicher Bedürfnisse ist"..."(17.4.M.)-

.....wobei das Blatt deutlich das Primat der Innenpolitik in seiner grundsätzlichen Einstellung zum Gutachten hervorgehoben, 69).....

"...Auf der einen Seite verweist es (das Gutachten - d.Verf.) auf die Notwendigkeit, mit zunehmender Verbesserung der Lebenshaltung die indirekte Besteuerung anzuspannen, auf der anderen Seite zeigt es mit Nachdruck die Notwendigkeit, die Einkommensteuer erheblich anzuspannen gegenüber der bisherigen Belastung des Besitzes. Es weist namentlich auf die Erbschaftssteuer hin:

"...Der Betrag dieser Steuer ist von jedem Standpunkt ausgesehen, ausserordentlich gering....Ohne die Wirkung dieser Beziehung zwischen den Abgaben und der Kapitalsteuer im allgemeinen ausser acht zu lassen, weist doch nach Ansicht des Komitees die Lage, wie sie in der, von der deutschen Regierung aufgestellten Tabelle dargestellt ist, darauf hin, dass unter diesem Titel für erhöhte Besteuerung reichlich Raum ist..."

Damit sind aber gerade die Punkte angedeutet, in denen die bürgerliche Mehrheit des vergangenen Reichstages den heftigen Widerstand geleistet hat... Der Kampf um die "Erfüllungspolitik" und um die Ausführung des Sachverständigengutachtens darf deshalb n i c h t nur unter a u s s e n p o l i t i s c h e n Gesichtspunkten betrachtet werden. Dieselben i n n e r p o l i t i s c h e n Erwägungen und dieselben Interessen, die in den vergangenen vier Jahren die Rechtsparteien in ihrem Kampf gegen die Erfüllungspolitik,bewegten, treiben sie heute zur Ablehnung des Sachverständigengutachtens. Die Parteien, die eine ablehnende Haltung eingenommen haben, fürchten die innerpolitische Auseinandersetzung, die sich über die Fragen der Steuerpolitik vollziehen wird..." (30.4.M.)

.....indessen die staatliche Entschuldung garnicht und die Verpfändung von indirekten Steuern nur wenig beachtet hat. (dem indessen als Belastung eigener Interessen zugeordnete Bedeutung zugekommen wäre.)

Gleich den steuerpolitischen Empfehlungen sind auch die d u m p i n g - konkurrenzpolitischen Erwägungen der Sachverständigen als "Schutzbestimmungen" g e g e n eine S e n k u n g der L ö h n e und eine V e r l ä n g e r u n g der A r b e i t s z e i t im Interesse der Durchführung des Dawes-Planes behandelt worden. Diese Ausführungen des V., die ebenso weitgehend die r e i n g e s c h ä f t l i c h e n Ueberlegungen der Sachverständigen s o z i a l p o l i t i s c h ausgelegt, wie sich dem Erfüllungs-Optimismus mit "hoffnungsvollem Ausblick auf die künftige Produktion" angeschlossen haben,.....

"...Die Guthaben zielen auf eine E i n g l i e d e r u n g Deutschlands in die W e l t w i r t s c h a f t ab, - nicht, wie die Gutachter mit aller Schärfe feststellen, weil die Sanierung Deutschlands Selbstzweck ist, sondern weil seine Sanierung eine der Voraussetzungen der Sanierung Europas ist.Dabei sind die Sachverständigen von zwei, ganz grundlegenden Voraussetzungen ausgegangen. Die eine ist, dass Deutschland mindestens eine Last auf sich nehmen müsse, die den anderen Ländern gleich ist, die andere ist, dass Deutschland sich nicht eine Vorzugs- und Monopolstellung auf dem Weltmarkt schaffen dürfe mit künstlichen Mitteln....

...Man erkennt, dass der Dawes-Plan sehr zielbewusst auf die Schaffung gleichmässiger Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt abgestellt ist und m a n k a n n a n n e h m e n , dass bei der allgemein w i r t s c h a f t l i c h e n D e n k a r t der Sachverständigen a u c h die Forderungen des Gutachtens, dass die L e b e n s h a l t u n g des deutschen Volkes nicht unter den Standard in den anderen Ländern sinken dürfe, weniger idealistischen Gedankengängen, als wirtschaftlichen Ueberlegungen entsprungen ist. Beeinträchtigung der A b s a t z chancen anderer Länder in Deutschland, wenn das deutsche Lebensniveau sinkt...

...Diese Schutzbestimmungen (Teil I, Abschnitt XVII.) sind von der grössten Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft. Sie zeigen deutlich, dass die Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen unter das Niveau anderer Länder nicht im Sinne des Dawes-Planes liegt, dass die Sachverständigen vielmehr diese Leistungen um diesen Preis nicht wollen ...Bei verschiedenen Gelegenheiten zeigt das Gutachten, dass es den Schutz der ausländischen Unternehmer vor einer deutschen Konkurrenz bezweckt, die auf Kosten der deutschen Arbeiter mit Hilfe eines sozialen Dumpings getrieben würde. So sagt es im Teil I, Abschnitt VIII,b, bei der Besprechung des Grundsatzes der gleichmässigen Besteuerung, es sei "offensichtlich unangemessen und nach keiner Richtung hin wünschenswert, dass der alliierte Steuerzahler

> in seinem geschäftlichen Wettbewerb durch Herstellungskosten - einschliesslich der Löhne - die höher sind, als die seines deutschen Konkurrenten, behindert wird..."
>
> "...Deutschlands wachsende, arbeitsame Bevölkerung aber, seine grosse technische Begabung, der Reichtum seiner Materialquellen, die Entwicklung seiner Landwirtschaft in fortschrittlichen Bahnen, die hervorragende technische Wissenschaft, alle diese Faktoren gestatten uns einen hoffnungsvollen Ausblick auf seine künftige Produktion..."

Mit keinem Wort ist dabei von der Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung die Rede...Die Durchführung des Gutachtens im loyalen Geiste erfordert daher die Beachtung des internationalen Acht-Stundentages und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über seine Gewährleistung..."(24.7.) - Ebenso: 1414.M.,5.7.A.-

.....gipfelten in der Ueberzeugung, dass die Sachverständigen Leistungen um den Preis eines sozialen Dumpings nicht wollten. 70).

In dem gleichen Sinne hat der V. daneben veröffentlichen lassen, dass bei 10-stündiger Arbeitszeit das Volkseinkommen nur um 5.5% gesteigert werden könne (Dr.ing.Wagner, 18.5.), vielmehr den Ausgleich der Wirtschaftsbilanz für vorliegend und Mehrleistungen durch "Neuorganisation von Industrie, Handel und Banken" für möglich erklärt. (24.5.A.) Indessen: jenseits produktionspolitischer Ueberlegungen ist von dem Blatte das Problem der Mehrleistungen durch organisatorische und technische Verbesserungen nicht besonders behandelt worden und im übrigen - wie bei den Sachverständigen - auf den "hoffnungsvollen Ausblick auf Deutschlands zukünftige Produktion" begrenzt geblieben.

Die im Sinne einer internationalen Sicherung der Sozialpolitik dargestellte "Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft" hat der V. nicht nur gefordert, um durch Festlegung gleicher Konkurrenzbedingungen ein soziales Dumping zu vermeiden, sondern auch im Interesse umfangreicher Kapitaleinfuhr. Dabei ist von dem Blatte die konsumpolitische Bestimmung der Auslandskredite ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Umfangreicherer Kredit könne nur von aussen kommen.....

> "...Viele Glieder der deutschen Produktion aber sind innerlich gesund, so gesund, wie ein Betrieb innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft sein kann. Auch sie leiden unter Absatzmangel, oft lediglich nur deshalb, weil ihnen der Kredit fehlt. Dieser kann aber im grossen Umfange nur von aussen komme..."(25.5.S.)

.....und wenn der V. in der Argumentation: Absatzmangel, weil Kredit fehle, bereits den verständlichen Schluss zugelassen hat, dass hier Konsumkredite gemeint gewesen sind, so ist von ihm, besser als mit allen Worten und am deutlichsten von allen Blättern im Symbol einer "Aufgehenden Dollarsonne" wenige Tage vor der letzten Entscheidung über das Gutachten die prinzipiell sozialpolitische Motivierung des sehr dringenden Kreditbedürfnisses illustriert worden,.....

Die aufgehende Dollarsonne.

.....eine Meinung, die hier ausnahmsweise im Bilde dargestellt sein soll. (24.8.S. Beilage.)

b.

(Das Zugeordnete -) Gegenüber den ausführlichen Erörterungen der als Vorteile gekennzeichneten Vorschriften und Erwägungen der Sachverständigen ist im V. die Behandlung der durch die Dawes-Regelung in nicht geringem Masse belasteten eigenen Gruppeninteressen erheblich in den Hintergrund getreten. Neben der fast durchweg überaus günstigen Darstellung der Lösung für die Arbeiterinteressen hat das Blatt die V e r p f ä n d u n g der V e r b r a u c h s s t e u e r n einmal als "einen schweren Eingriff in die deutsche Souveränität"..... "...Ebenso wird ein grosser T e i l (nicht alle !-d.Verf.) der übrigen Reparationszahlungen nach dem Vorschlag der Sachverständigen durch Verbrauchsabgaben sichergestellt. Ob diese Verteilung, die einen schweren Eingriff in die deutsche Souveränität darstellt, sich nach dem Moratorium als zweckmässig erweisen wird oder nicht, lässt sich heute ebenso wenig, wie die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands nach 5 Jahren, voraussehen..." (11.4.M.) - .....verurteilt, indessen dabei die Tatsache der Subsidärhaftung des Reichshaushalts und steuerpolitische Auswirkung nicht beachtet.

Auch die Belastung der R e i c h s b a h n vom V. als eine i n d i r e k t e V e r b r a u c h s b e l a s t u n g dargestellt worden.....

"...Die Privatisierung der Reichsbahn auf Vorschlag der internetionalen Sachverständigen ist ein besonderes Verdienst des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der seit fast drei Jahren öffentlich gleiche Forderungen verficht. Auch hier kann von einer eigentlichen Internationalisierung nicht die Rede sein.

...Die Belastung der Reichsbahn stellt indirekt eine Belastung des Verbrauchs dar..." (11.4.M.) -

.....Indessen hat das Blatt weder die Verbrauchsbelastung durch Verpfändung von Steuern, noch der Reichsbahn zum Anlass einer ablehnenden Kritik gemacht; denn schon sehr früh ist vom V. (17.2.) im Rahmen seiner allgemeinen Forderung der Erfassung der Sachwerte für die Erfüllung auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, dass zur Verzinsung der internationalen Anleihe sichere Pfänder geboten werden müssten. Während das Blatt den Tatbestand einer "eigentlichen" Internationalisierung nicht gegeben gesehen hat, ist von ihm aber - im Gegensatz zu der Auffassung von VZ. und BT. - darauf aufmerksam gemacht worden, dass die deutsche Industrie "jetzt Gelegenheit erhält, sich an der Reichsbahn zu beteiligen"(11.4. M.), eine Möglichkeit, die vom V. bisher konsequent bekämpft worden ist. Im übrigen ist die Belastung der eigenen Interessen in erster Linie indirekt in der Ausführlichkeit und Schärfe zum Ausdruck gekommen, mit der das Blatt S c h u t z vor dieser Belastung bei der Durchführung des Gutachtens gefordert hat.

c.

(Das Untergeordnete -) So entscheidend und ausführlich vom V. die Sicherung der Sozialpolitik bei der Durchführung des Dawes-Planes behandelt worden ist, so wenig hat er sich mit Fragen der tatsächlichen Höhe der Verpflichtungen, ob, und wie sie produziert oder transferiert werden könnten, beschäftigt. Neben der grundsätzlichen Orientierung auf sozialpolitischen Anspruch hätten weder währungs-, noch wirtschaftspolitische Ueberlegungen der Denkhaltung des Blattes entsprochen. So ist in der gesamten Kritik weder die Idee einer transfertechnischen Erfüllung durch Verschuldung 71), noch die Ueberzeugung der Untragbarkeit der Belastung zum Ausdruck gebracht, weder die Organisation der Stabilität, noch die Wirkung der Sachleistungen und Kredite auf sie erörtert worden.

Deutlich unter der Wirkung der Verständigungstheorie hat der V. zwar die Verpflichtungen als "die Grenze des Möglichen hart streifend" gekennzeichnet, im übrigen aber ein verbindliches Urteil über die Leistungsfähigkeit vermieden.....

"...Die Massen der politisch Interessierten in allen Ländern sind weder geneigt, noch imstande, im einzelnen zu untersuchen, ob die Sachverständigen die Leistungsfähigkeit richtig eingeschätzt haben. Sie sind davon ü b e r z e u g t, dass die Sachverständigen u n p a r t e i i s c h und f ü r Deutschland als gegen es eingenommen sind..." (6.4.)

"...Es darf nicht übersehen werden, dass auch die Forderungen des internationalen Komitees die G r e n z e des M ö g l i c h e n h a r t s t r e i f e n . A b e r jeder Versuch zur Reparationslösung wird ein E x p e r i m e n t sein, über dessen Erfolg Deutschland allein nicht entscheiden kann. ..." (11.4.M.)

.....in der Auffassung, dass die Masse zu einer Beurteilung weder geneigt, noch in der Lage, vielmehr von der Unparteilichkeit der Sachverständigen überzeugt und jede Lösung als ein Experiment und - wie schon unter a. angedeutet - im optimistischen Sinne der Sachverständigen anzusehen sei.

Auch die Frage der Ueberfremdung der Wirtschaft, bzw. das Ausmass der R e p a r a t i o n s k o n t r o l l e , ist vom V. zwar mehr, als das Problem der Leistungsfähigkeit, beachtet indessen zu keinem, die Entscheidung bestimmenden Motiv geworden. Wenn auch das Blatt gelegentlich in der Beilage "eine strenge und systematische Kontrolle durch die Alliierten".....

"...so können wir andrerseits nicht bestreiten, dass das Gutachten eine strenge und systematische Kontrolle durch die Alliierten vorsieht..." (3.5.M.) - .....zugegeben und gerade die Haushaltskontrolle als einen "schweren Eingriff in die Souveränität" gekennzeichnet hat, so ist doch sowohl bei der Goldnoten-bank, als auch bei der Reichsbahn weder der Tatbestand der Ueberfremdung, noch die Möglichkeit des Verzuges als vorliegend anerkannt worden.....

"...Die gefürchtete Ueberfremdung der deutschen Zentralnotenbank durch das Auslandskapital hat man zu vermeiden g e s u c h t , ohne auf eine internationale Kontrolle zu verzichten. Deutsch bleibt der Präsident und das Direktorium. Ueber ihm steht ein paritätisch aus Deutschen und Ausländern zusam-

mengesetzter Generalrat, der in der Regel aber seine Beschlüsse nur mit 2/3 Mehrheit fassen darf, So ist eine M a j o r i s i e r u n g der deutschen Interessen a u s g e s c h l o s s e n . Ein erhöhtes Kontrollrecht hat lediglich der Beauftragte der Gläubigerstaaten bei der Beaufsichtigung der Notenausgabe...

...Auch hier (bei der Reichsbahn - d.Verf-) kann von einer eigentlichen Internationalisierung nicht die Rede sein. Der Generaldirektor der Reichsbahn und der Vorsitzende des Verwaltungsrates sind deutsch und von den 18 Mitgliedern des Verwaltungsrates, deren eine Hälfte die Regierung benennt, sind nur 4Ausländer..." (11.4.M.) - Ebenso: Finanzkontrolle, 4.7.M., 30.4.und 1.8.M.-

.....Immerhin ist vom V. im allgemeinen und des öfteren zwar keine "eigentliche" Internationalisierung, aber eine "strenge und systematische Kontrolle" zugegeben, indessen vollkommen im Interesse der Vorteile der Gesamtlösung untergeordnet worden.

2.

D i e W a h r u n g i n t e r n a t i o n a l e r G o l d w ä h r u n g s s t a b i l i t ä t d u r c h d i e " V o s s i s c h e Z e i t u n g " u n d d a s " B e r l i n e r T a g e b l a t t " .

(Zusammenfassung -) Führende Vertreter internationaler Handels-und Finanzinteressen, ist von der " V o s s i s c h e n Z e i t u n g " und dem " B e r l i n e r T a g e b l a t t " übereinstimmend die Sicherung der Goldwährungs - stabilität mit internationaler Hilfe als unmittelbarer Vorteil einer Annahme des Gutachtens und dessen Durchführung als eine Frage des Transfers im Wege der Kreditvermittlung zum Ausdruck gebracht worden.

Diesen entscheidenden Institutionen der Goldnotenbank auf der Basis einer internationalen Anleihe und des Transfermechanismus gegenüber haben die Blätter die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit, Liquidation der Rentenbank, Stel - lung öffentlicher und privater Pfänder sowie eine der Finanzierung der Sachlei - stungen entsprechende Wirtschaftskrediteinschränkung gefordert, indessen eine Belastung wesentlicher, eigener Interessen nicht erörtert.

Danach ist von den Blättern Fragen der Höhe, Auswirkung und effektiven Leistungsfähigkeit der Belastung sowie dem Ausmass der Reparationskontrolle keine wesentliche Bedeutung beigelegt, bezw. die Gefahr einer Ueberfremdung durch die Reparationsgläubiger als nicht gegeben gesehen worden.

a.

(Das Wesentliche -) Den in erster Linie bankpolitisch orientierten Sachverständigen gegenüber haben VZ. und BT. den relativ geringsten Gegensatz der Interessen und des ökonomischen Denkens erkennen lassen. Gleich diesem Ausschuss tief unter dem Eindruck der Inflation, die sich zu einer ebenso schweren Erschütterung der deutschen Reparationsfähigkeit, wie auch Schädigung der eigenen Gruppeninteressen entwickelt hatte, ist von den Blättern scharf und ausführlich die Notwendigkeit einer i n t e r n a t i o n a l e n Garantie der Währungsstabilität und darüber hinaus deutlich - mobil-ökonomischen Interessen und Ueberlegungen entsprechende - E r f ü l l u n g der Reparationen prinzipiell als ein P r o b l e m des T r a n s f e r s und der K r e d i t v e r m i t t l u n g (nicht der Besteuerung !) behandelt worden. Damit haben VZ. und BT. als einzige unter allen Blättern neben ihrem wesentlichen Kreditinteresse positiv und verhältnismässig exakt jene Lösung erötern k ö n n e n , die von den Sachverständigen nur indirekt angedeutet, aber als vorläufig unumgänglich angesehen worden war : Erfüllung durch Verschuldung. Während hierbei die VZ. das Interesse an einer international-bankkreditpolitischen Durchführung des Planes mehr einseitig, als ausführlich gezeigt hat, ist vom BT. darüber hinaus gelegentlich wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten Raum gegeben worden, indessen nur, um mit ihnen das Pri-

dieser Lösung noch tiefer zu fundieren.

In der W ä h r u n g s f r a g e von Anfang an gegen die Rentenbank und ihre Kreditpolitik als einer Schöpfung der Agrar- und Industrieinteressen eingestellt, haben VZ. und BT. ebensosehr aus prinzipiellen, wie unmittelbar taktischen Motiven 72) die von M. Dawes zu Beginn der Verhandlungen in Paris verkündete These: dass die W ä h r u n g v o r der W i r t s c h a f t 73) durch eine neue Goldnotenbank zu sanieren sei, vertreten, wobei das BT. sich besonders deutlich gegen "die Kalkulation der grossen Inflationsgewinner" : "Abwarten bis zur politischen Klärung!" gewandt hat aus der " E r f a h r u n g " heraus, dass die Reform einer zerrütteten Währung die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Gesundung.....

"...Jahrelang haben die Beherrscher der deutschen P r i v a t wirtschaft (allen voran Hugo Stinnes !) in wirtschaftlicher und finanzpolitischer Hinsicht: "A b w a r t e n b i s z u r p o l i t i s c h e n K l ä r u n g " gepredigt, um in dieser Zeit für sich selbst ungestört die regste Tätigkeit zu entfalten und durch ihre Erfolge von vornherein die einmal kommenden, staatlich-wirtschaftspolitischen Massnahmen in die Bahnen zu lenken, die ihnen genehm sind. D i e s e r Endeffekt der K a l k u l a t i o n der grossen I n f l a t i o n s g e w i n n e r kann und m u s s v e r e i t e l t werden..." (BT.G.Stein,1.1.24.)

"...Durch den Vertrag von Versailles hat eine bestimmte Gruppe, die Montanindustrie, deren Einfluss schon früher sehr gross war, einen Zugriff auf die grosse Politik bekommen...Begreiflicherweise haben sie im Kampf um die Abänderung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen die Führung übernommen..... Wir sind in die Inflation geschlittert, wie in den Krieg... Im Brustton der Ueberzeugung hörte man von allen Seiten, erst müsse die Wirtschaft gesunden , dann werde die Währung folgen. Die E r f a h r u n g hat gezeigt, dass, was jeder Student in einem Anfängersemester lernt, die R e f o r m einer zerrütteten W ä h r u n g nicht nur die V o r a u s s e t z u n g jeder wirtschaftlichen Gesundung sein muss, sondern sie durch Umstellung der ganzen Volkspsyche beinahe automatisch einleitet..." (BT.,M.J.Bonn,12.2.)

.....sei. Im gleichen Sinne u.a.VZ.: Bernhard 20.4.M. .

Daher ist von den Blättern in Uebereinstimmung mit den Veröffentlichungen des I. Ausschusses die Umwandlung aller als Devisen, Reichsmark oder Rentenmark vorhandenen Kaufkraft in Goldnoten, d.h. die Konzentration der Kaufkraft- und Kreditkontrolle bei der neuen Goldwährungsbank und Liquidation der Rentenbank gefordert worden. Hierbei ist das Motiv der b a n k m ä s s i g e n K o n t r o l l e des K r e d i t s verhältnismässig deutlich hervorgetreten. Es handle sich um die Umwandlung aus einer "unpraktischen" in eine "kontrollierbarere".....

"...eine Umwandlung also aus einer unpraktischen, schwer beweglichen Form von vorhandener Kaufkraft und von vorhandenen Umlaufsmitteln in eine andere, praktischere, leichter organisierbarere und k o n t o l l i e r b a r e r e..." (BT . Pinner, 16.2.)

.....Form. Wenn auch die Existenz einer Rentenmarkstabilität ohne ausländische Hilfe und Kontrolle.....

"...Man versteht nicht recht, auf welchen Grundlagen sie (die Rentenmarkstabilisierung - d.Verf.) ohne internationale Hilfe und Kontrolle zustande gekommen ist..."(BT.Heymann,26.1.)

"...die in Deutschland seit einiger Zeit, und zwar aus eigener Kraft erreichte, vorläufige Währungsstabilisierung hat, wie von uns seit langem vorausgesagt wurde, dem Auslande das Vertrauen wiedergegeben, mit Deutschland wieder als einem ernstlich in Betracht kommenden Faktor bei internationalen Kombinationen zu rechnen..." (BT.Pinner,22.2.)

.....sowie bei "unvorsichtiger Umwandlung" ruhendem in mobiles Geld zusätzliche d.h. inflatorische Kaufkraft durch Notenausgabe zugegeben werden müsste,.....

"...Wenn auch zugegeben werden muss, dass durch eine schnelle und unvorsichtige Umwandlung Geld, das bisher geruht hat, in mobiles Geld werden und da-

durch zeitweilig eine Vermehrungder bereiten Kaufkraft herbeiführen kann. Bei Errichtung einer r e i n e n G o l d k r e d i t b a n k o h n e N o - t e n a u s g a b e würden derartige Wirkungen zwar bis zu einem gewissen Grade v e r m i e d e n werden können, a b e r auf der anderen Seite würden gewisse günstige und nach u n s e r e r Auffassung n o t w e n d i g e Wirkungen, die mit der Schaffung einer wirklichen Gold n o t e n b a n k verbunden wären, nicht zu erzielen sein. Wir haben hier besonders zwei Dinge im Auge: einmal die Unschädlichmachung der Spekulationsmöglichkeiten, die trotz der ...Entwertungsklausel im Rentenmarkkredit liegen und zweitens die drin - gend notwendige Schaffung eines deutschen Zahlungsmittels für den internationalen Verkehr..." (BT.Pinner, 28.2.,16.2.) - Ferner: VZ. Bernhard 9,3.

.....so seien doch bis zur Errichtung der endgültigen Goldnotenbank alle Lösungen notwendig als deren V o r s t u f e anzusehen und weitere Inanspruchnahme von Rentenmarkkredit zu vermeiden.....

"...Uebergangsgründung (Goldkreditbank mit Notenausgabe -d.Verf.), die a u s l ä n d i s c h e s Kapital auf dem Wege b a n k m ä s s i g e n Kredits nach Deutschland bringt, um zu verhindern, dass durch weitere Inanspruchnahme von Rentenmarkkredit die Inflation wieder in Deutschland einzieht..."

.....dafür aber ausländisches Kapital auf bankmässigem Wege zuzuführen. Es ist klar: um der Kontrolle inländischer und ausländischer (durch Umwandlung in Notenform) Kaufkraft willen wären "zeitweilige" inflatorische Wirkungen hinzunehmen gewesen. Danach war die Rentenbank "ein Institut, das selbstverständlich verschwinden muss, wenn wieder definitive Verhältnisse geschaffen werden..."(VZ. Bernhard, 20.4.M.) und bei seiner Liquidation auf keinen Fall zu einem "mächtigen Agrarkreditinstitut" umgewandelt werden.....

"...Auf eine grosse innerpolitische Gefahr, die bei der Durchführung der Dawes-Gesetze erwächst, weist die "Frankfurter Zeitung" in folgenden treffenden Ausführungen hin: "Bei der Eisenbahntransaktion, wie vielleicht auch bei den Industrieobligationen wird darauf zu achten sein. Am deutlichsten ist diese Warnung aber heute schon angesichts der Pläne auszusprechen, die an die L i q u i d a t i o n der R e n t e n b a n k geknüpft werden. Denn diese nach dem Dawes Bericht vorgesehene Liquidation soll tatsächlich dazu dienen, auf dem Wege über die reichsgesetzliche Errichtung eines mächtigen A g r a r - k r e d i t i n s t i t u t e s dem Reichslandbund und verwandten Organisationen eine neue wirtschaftliche Machtposition ersten Ranges zu schaffen. . " (..."(BT.18.7.M. und 24.7.M.)

Der grundsätzlich entscheidende Gedanke der Blätter gegenüber diesen für sie gefährlichen, innerpolitischen Situation, wie sie in den Entwicklungsmöglichkeiten der Rentenbankpolitik und der bestehenden "Zwischenlösungen" gesehen worden ist, war nun der mit a u s l ä n d i s c h e r Hilfe zunächst vor allem nicht Wirtschafts-, sondern W ä h r u n g s k r e d i t zur Deckung der neuen Goldnoten und internationalen Garantie ihrer Stabilität zu beschaffen, bzw. die Ablösung der umlaufenden Emissionen zu ermöglichen. Dieser Gedanke ist von der V.Z. scharf und konsequent.....

"...In allen Schichten der Bevölkerung ist man sich darüber klar, dass ohne a u s l ä n d i s c h e Finanzhilfe die Stabilisierung deutscher Währung und Wirtschaft nicht herbeigeführt werden kann..."(VZ.Bernhard, 10.2.)

"...das e n t s c h e i d e n d e M o m e n t ist aber n i c h t, dass das A u s l a n d der deutschen W i r t s c h a f t einen K r e d i t zur Verfügung stellt, sondern dass es sich an einer deutschen Notenbank beteiligt, dass also z u m e r s t e n M a l e a u s l ä n d i s c h e F i n a n z - k r e i s e an der S a n i e r u n g der deutschen W ä h r u n g u n - m i t t e l b a r mitarbeiten ..." (VZ.R.L-n 15.3.)

.....unter besonderer B e v o r z u g u n g d e r a m e r i k a n i s c h e n Finanzinteressen.....

"...Bei der Abschätzung dieser amerikanischen Interessen darf man nie ausser acht lassen, dass das beherrschende geschäftliche Interesse in Amerika das finanzielle ist, das sich in den Mächten der Wallstreet verkörpert. Aber auch Wallstreet ist keine einheitliche Macht...Der wirklich allgewaltige ist vor-

läufig immer noch Morgan, und Morgans Interesse an Europa besteht wesentlich in der Konsolidierung Frankreichs, an dem die echt amerikanische Finanz mit Geldmitteln interessiert ist.

Wenn man unter diesen Gesichtspunkten sich noch einmal den Dawes-Plan und seine Vorgeschichte betrachtet, so erkennt man noch deutlicher, als schon vorher, dass dieses Dokument ein wohl erwogener politischer Akt ist, Frankreich die Einigung mit England zu ermöglichen..."(V.Z. Bernhard, 25.5.)

"...Es geht zwischen den führenden Finanzmächten um die führende Rolle im Aussenhandel, der in England von der Exportprämie, die die niedrige Valuta bietet, noch immer einen gewissen Nutzen zieht, und es geht - und darin liegt der Kernpunkt des ganzen Problems - gleichzeitig aber auch vor allem um den Wert der Wertlosigkeit der riesigen amerikanischen Goldreserve. Würde Deutschland jetzt bei der Neuregelung seiner Währungsverhältnisse Anschluss an das nicht vollwertige Pfund suchen, - eine Massnahme, die mit der Verknüpfung der deutsch-englischen Handelsinteressen sehr wohl begründet werden könnte und bei der Schaffung der Golddiskontbank neben der englischen Kredithergabe eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat - so wäre jedenfalls für die Vereinigten Staaten einer der günstigsten Momente zur Rehabilitierung des Goldes und damit der Verwertung ihrer aufgespeicherten Reserven zum vollen (überdies ohnehin bereits an der Kursentwicklung gemessen um 50% verringerten) Werte ungenutzt verstrichen...
Praktisch und tatsächlich können wir garnichts anderes tun, als diese Bedingung (Auslandshilfe und Dollarbasierung - d. Verf.) anzunehmen und uns für die Hilfe, selbst wenn sie für die anderen ein Geschäft ist, zu bedanken..."(VZ.Neisser,17.5.M.) - Ferner: 13.&26.6.

..."...zum Ausdruck gebracht worden, nachdem das Blatt bereits im Januar 1924eine Reparationslösung, die eine Goldnotenbank mit ausländischer Beteiligung bringe, als "folgerichtig erträglich".....

"...Wäre schon die Gründung einer deutschen Goldnotenbank mit ausländischer Beteiligung für uns unmittelbar von grösstem Wert, so würde diese Wirkung noch mittelbar dadurch erhöht werden, dass folgerichtig auch eine für uns erträgliche Lösung des Reparationsproblems Hand in Hand gehen müsste..."(VZ.G.Münch.27.1.)

.....bezeichnet hatte. Mit den Zwischenlösungen hat sich die VZ.wenig beschäftigt.

Gegenüber der sichtlichen Ungeduld der VZ., die für eine schnelle, internationale Stabilisierung jede Lösung als erträglich anzusehen geneigt war, ist vom BT. die hauptsächlich auf englischen Kredit und deutsche Devisenbestände und Schaffung sofortiger Zwischenlösungen ("Kleine Goldbank " , spätere " Golddiskontbank ") gerichtete Politik Dr. Schachts ausführlich und mit Zustimmung gewürdigt worden, da man nicht wissen könne, ob und wann das Gutachten der Sachverständigen verwirklicht würde. Im übrigen ist auch vom BT. "eine international gültige Goldwährung" als "das beste und erste Mittel" - und entscheidende Motiv - dargestellt worden.....

"...das beste und erste Mittel, um ein Wiederaufbrechen des deutschen Krankheitsherdes zu verhüten, ist aber die Festigung der deutschen Verhältnisse durch eine internationale, gültige Goldwährung..."(BT.Pinner,19.1.) - Ferner: 12.1.,10.2. -

....." um ein Wiederaufbrechen des deutschen Krankheitsherdes zu verhüten", wobei das Blatt - deutlicher, als die VZ. - hervorgehoben hat, dass der Deckung einer Währung im Grunde genommen nur funktionelle Bedeutung zukomme, bzw. dass die internationale Anleihe vor allem dem Entlastungsbedürfnis und einer Rücksichtnahme auf die U.S.A. entspreche.....

"...wie die Worte des amerikanischen Sachverständigenführers bei der Eröffnung der Sachverständigenkonferenz in Paris erkennen liessen, beginnt man in Amerika einzusehen, dass auch die Vereinigten Staaten, wenngleich sie auch nur Vorteil von dem Zusammenströmen des Goldes in ihr Land, von der Flucht

der europäischen Gebiete in den Dollar, zu haben scheinen, letztenendes durch eine Zerstörung der physischen und materiellen Kräfte in Europa schwer in Mitleidenschaft gezogen werden..."

"...Vielleicht waren es im übrigen nicht nur währungspolitische Gründe allein, sondern es waren auch finanzpolitische Rücksichten auf die amerikanischen Geldgeber, deren Finanzhilfe ja unausgesprochen im Mittelpunkt nicht nur des von den Sachverständigen aufgestellten Reparationsplanes, sondern im Mittelpunkt des ganzen europäischen Reparations- und Regenerationsproblems steht..... Kein Wunder, wenn die amerikanischen Sachverständigen (das Interesse des BT. scheint hier unmittelbar unbeteiligt - d.Verf.) sich in dem ersten Falle einer grundlegenden europäischen Währungsreform, wie sie der für Deutschland aufgestellte Plan vorsehen musste, gestreubt haben werden, den auf Emanzipation vom Golde abzielenden Währungstheorien auch nur den kleinen Finger zu reichen..." (BT. Pinner, 10.5.A.)

.....Angesichts der Tatsache, dass eine Undexwährung oder reine Kreditpolitik "in starkem Masse den Einflüssen verschiedenartiger Beurteilung und Interessen ausgesetzt ist" - also grundsätzlich die Frage entscheidend sei, wer die Währungsstabilität oder Kreditpolitik kontrolliere - ist von der Redaktion ausführlich die "sichere und automatische Regulative" der international kontrollierten Goldreserve bevorzugt.....

"...Prüft man die Gestaltung der Verhältnisse, die sich in Deutschland unter der Herrschaft der Rentenmark in den letzten Monaten herausgebildet haben, unter dem Gesichtswinkel dieser Theorien (besonders J.M.Keynes "Traktat über Währungsreform" .d.Verf.)so muss man nach den bei uns gemachten Erfahrungen zugeben, dass in der Tat eine Einwirkung auf die Wechselkurse und die innere Kaufkraft mit Hilfe der Kreditpolitik möglich scheint...Trotzdem zeigt gerade das deutsche Beispiel, dass wenigstens in einer nicht normal funktionierenden, den sachlichen und psychologischen Schwankungstendenzen mehr, als den Beharrungstendenzen folgenden Wirtschaft die Regulierung der Währung ausschliesslich durch das Mittel der Kreditpolitik nur sehr unvollkommen und dabei unerwünschte Wirkungen auslöst...Woran sollzunächst einmal das Preisniveau, d.h. der Gradmesser und Regulator der Kreditpolitik selbst gemessen werden?...Zu dieser Unvollkommenheit des Messmittels in einer labilen Wirtschaft kommt noch, dass bei dem Fehlen der durch die Goldbewegung gegebenen sicheren und automatischen Regulative auch die Kreditpolitik selbst der festen Ansatzpunkte entbehrt, dass sie im starken Masse den Einflüssen verschiedenartiger Beurteilung und Interessen ausgesetzt ist..."
(BT.Pinner, 10.5.A.)

.....und die Abhängigkeit der deutschen Diskontpolitik von der amerikanischen und englischen Finanz zugegeben.....

"...Nun...sieht...das Gutachten die volle und sofortige Wiederherstellung der Barzahlungen vor. Wir sagen ausdrücklich: die sofortige Wiederherstellung.Zwischen der Begründung des Sachverständigengutachtens und dem Notenbankentwurf besteht in diesem Punkte ein ausserordentlich wesentlicher und uns sehr bedenklich erscheinender Widerspruch...Zweifellos ist diese uns sehr bedenklich erscheinende Formulierung auf Wunsch der amerikanischen Vertreter trotz der von deutscher Seite geäusserte Einwände gewählt worden. Die Amerikaner wollen eben unter allen Umständen Bresche schlagen in das System der suspendierten Barzahlungen und die deutsche Währung soll in diesem Kampfe den Sturmbock abgeben...Dass die deutsche Diskontpolitik bei Wiederherstellung der Barzahlungen in eine gewisse Abhängigkeit von der amerikanischen und englischen geraten würde, ist zugegeben..."(BT.Pinner,10.5.A.)

.....worden.

In diesem Sinne hat für VZ. und BT. die internationale Anleihe ihre entscheidende, funktionelle Bedeutung gehabt als die unerlässliche Voraussetzung

für die Stabilisierung und Errichtung der endgültigen und a l l e i n i g e n..

"...die w i c h t i g s t e A u f g a b e der neuen Bank fällt ja mit der zusammen, die die Reichsbank vor dem Kriege zu erfüllen hatte: die a l l e i n i g e N o t e n b a n k des deutschen Reiches zu sein..." (VZ.R.L-n,24.4M.

"...Erst die e c h t e Goldwährung gibt die Aussicht auf eine dauerne Stabilisierung. Ihre V o r a u s s e t z u n g aber ist die Gewährung einer A u s l a n d s a n l e i h e , über die gegenwärtig die massgebenden amerikanischen und englischen Bankiers verhandeln..." (VZ.,Elbau,1.5.M.)

.....Notenbank des deutschen Reichs. Damit war allgemein das Mass der für die Annahme des Gutachtens zu stellenden Bedingungen mehr oder weniger von den Ansprüchen der G e l d g e b e r a b h ä n g i g gemacht.

Neben der jahrelang um dieser Währungsanleihe willen vertretenen Forderung, öffentliche und private Pfänder für die Erfüllung zu stellen, hat sich das Währungskreditinteresse als Mass der Bedingungen 1924 in erster Linie in der Behandlung der W i r t s c h a f t s e i n h e i t als "Voraussetzung" gezeigt. Die Bedeutung dieser Voraussetzung war durch den Wert gegeben, der ihr von den G e l d g e b e r n beigemessen wurde. Wenn die Blätter die Notwendigkeit der Wirtschaftseinheit im Verlauf der Ereignisse immer wieder erörtert haben, so ist von ihnen doch eine Forzierung der Räumungsforderungen, vor allem der militärischen Räumung, im Interesse des A n l e i h e e r f o l g e s vermieden worden 74).

Als zweite Institution der Stabilität und Durchführung des Planes, als"das wahrhaft Neue" und entscheidenden Vorteil seiner Vorschläge, haben VZ. und BT. den T r a n s f e r m e c h a n i s m u s a l s K r e d i t v e r m i t t l u n g u n d K e r n p r o b l e m d e r R e p a r a t i o n e n deutlich zum Ausdruck.....

"...Das K e r n p r o b l e m der Reparation ist indessen n i e d i e S t e u e r e r h e b u n g in Deutschland gewesen, s o n d e r n die U e b e r t r a g u n g an andere Länder..." (BT.M.J.Bonn,13.4.M.)

"...Ein starkes Interesse verdienen diejenigen Kapital des Sachverständigenberichts, die sich mit der Uebertragung der deutschen Zahlungen an die ausländischen Reparationsgläubiger befassen..."(BT.Pinner,10.4.A.)

.....gebracht, als echte Finanzblätter bringen k ö n n e n . Zwar sind gewisse Ueberfremdungssorgen vereinzelt durch Mitarbeiter geäussert.....

"...Werden solche (Verhinderungen des Transfers - d.Verf.) festgestellt , dann kann die Begrenzung auf den Höchstbestand von 5 Milliarden aufgehoben werden und der Aufkauf jeglicher Art deutschen Eigentums gestattet werden. Es entsteht dann eine fremde Geldmacht in Deutschland, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat (! siehe dagegen: Bernhard gegen Helfferich - d.Verf.)..." (BT.Bonn,13.4.M.)

"...Die Sachverständigen haben dafür ein geistreiches System erdacht, aber sie haben hier meines Erachtens auf einen wichtigen Punkt nicht das nötige Gewicht gelegt: es bleibt dabei, dass Zahlungen ans Ausland nur aufgrund von Exportüberschüssen gemacht werden können...Solange also diese Käuferstaaten sich mit hohen, insbesondere gegen Deutschland gerichteten Barrieren umgeben. ...wird das mehr, als je auf Veredelungsverkehr angewiesene Deutschland g r o s s e S c h w i e r i g k e i t e n in der E r f ü l l u n g seiner Verpflichtungen haben..."(BT.Dernburg,19.4.A.)

.....oder die Möglichkeiten einer S u s p e n d i e r u n g der Verpflichtungen infolge Erreichung der 5 Milliarden-Grenze erörtert worden.....

"...Diese Grenzsetzung von ins Ausland nicht übertragbaren Inlandszahlungen ist von grosser, g r u n d s ä t z l i c h e r Bedeutung, denn sie funktioniert nicht nur für den Fall, dass Deutschland aus Gründen, die in der Entwicklung seiner eigenen Produktion liegen, ausserstande sein würde, die ihm auferlegten Zahlungen zu leisten, sondern sie funktioniert auch dann, wenn die reparationsempfangenden Länder sich aus irgendwelchen Gründen weigern

sollten, die Leistungen in solcher Form anzunehmen, wie sie Deutschland in ökonomischer legaler Weise bieten kann....
...Die Allierten sind also darauf angewiesen, ihre S a c h b e z ü g e aus D e u t s c h l a n d so stark, wie möglich, auszudehnen und ausserdem den deutschen Ausfuhrhandel nach Möglichkeit zu fördern, wenn sie auf ihre Reparationsrechnung kommen wollen..." (BT.Pinner,19.4.A.) "Verschlechterungsindex",d.h.Minderung der Belastung.

"...2 1/2 Milliarden Goldmark für die Normaljahre sind eine sehr schwere Belastung. Sie sind nach unserer Auffassung unausführbar...Als ob die internationalen Sachverständigen angenommen hätten, Deutschland könne jährlich 2 1/2 Milliarden Goldmark a n s A u s l a n d zahlen...
...Wenn Helfferich in diesem Punkte das sagte, was er als Fachmann wissen muss und daher auch sagen müsste, so würde er allerdings eingestehen müssen, dass gerade in diesem W i d e r s p r u c h zwischen der hohen Papiersumme, die die Sachverständigen festsetzen, und der geringen Möglichkeit, sie ins Ausland zu transferieren, das L i c h t f ü r D e u t s c h l a n d s Z u k u n f t liegt...(VZ.Bernhard.20.4.M.)
.....Auch ist die Verwendung n i c h t t r a n s f e r i e r b a r e r B e t r ä g e a l s L e i h k a p i t a l in der Wirtschaft angekündigt worden...
"...In beiden Fällen kommen zunächst die nicht nach dem Ausland transferierbaren Beträge der deutschen Wirtschaft, sei es als kurzfristiges, sei es als langfristiges L e i h k a p i t a l z u g u t e...Eine solche Zwangskapitalbildung auf Kosten des deutschen Konsums hat zweifellos ihr Gutes, solange sie der deutschen Wirtschaft tatsächlich erhalten bleibt..."(BT.Pinner 19.4.A)

"...Die Sachverständigen sehen vor, dass die nicht transferierbaren Summen zunächst Deutschland verbleiben und hier ausgeliehen werden sollen. Helfferich malt in den schwärzesten Farben den dadurch entstehenden "Goldtrust von geradezu phantastischen Dimensionen, der auf diese Weise sich in den Besitz der deutschen Wirtschaft setzen werde". Er vergisst nur, eins, was er doch als besonders kenntnisreicher Fachmann wissen müsste, dass namentlich die Belassung zu grosser Beträge in Deutschland eine Stärkung der deutschen nationalen Wirtschaft wäre, die das Ausland auf die Dauer gar nicht vertragen kann ..."(VZ.Bernhard,20.4.M.)
.....Aber: die Blätter haben angesichts der im Londoner Protokoll wesentlich erweiterten S a c h l i e f e r u n g s m ö g l i c h k e i t e n ein Scheitern des Planes durch Suspendierung für unwahrscheinlich gehalten,.....
"...Allzu grosse Bedeutung wird man diesem Passus (der Suspendierung wegen Transferunmöglichkeit - d.Verf.) aber nicht beilegen dürfen, denn es ist recht unwahrscheinlich, dass die Umwandlung von Mark in Devisen Jahre hindurch nicht möglich sein sollte...
...Zu dieser für Deutschland günstigsten Notmassnehme wird es wohl auch schon deshalb nicht bald kommen, weil die Reparationszahlungen nicht nur in Devisen konvertiert und als Barzahlungen verwandt werden sollen, sondern auch zur Bezahlung von Sachlieferungen...(VZ.R.L-n.,3.5.M.)

"...Nachdruck wird jetzt darauf gelegt, dass das Transferkomitee freie Hand in der Verwendung der Depots für die Bezahlung der Sachlieferungen haben soll Die Reichsregierung soll darüber hinaus sogar verpflichtet sein, "die Lieferung einer bestimmten Zahl natürlicher Erzeugnisse Deutschlands sicher zu stellen...wenn sie im vorgeschriebenen Umfang unter handelsüblichen Bedingungen nicht zu bekommen sind...Die I d e e d e r G e l d a n s a m m l u n g und Geldverwendung in der deutschen Wirtschaft selbst, wie auch der Kredite des Transderkomitees, wird dadurch fallen gelassen oder wenigstens in den Hintergrund gedrängt..."BT.Dombrowski,9.8.M.)
.....vor allem jedoch - was die Sachverständigen nur indirekt angedeutet hatten - ausführlich dargestellt, dass sowohl ein plötzlicher Entzug von Transferkrediten, als auch die Beseitigung etwaiger T r a n s f e r s c h w i e r i g k e i t e n sowie der ganze Plan durch A n l e i h e o p e r a t i o n e n durchzu-

führen sei.....

"...Praktisch wird man freilich die Gefahr starker und plötzliche Entziehunge nicht allzu hoch zu veranschlagen brauchen. Denn es ist nicht sehr wahrschei lich, dass die der Uebertragungsmöglichkeit zugrundeliegende Zahlungsbilanz sich so schnell und so stark bessern wird, dass die Uebertragung grosser Kapi talsummen auf einen Schlag möglich erscheint. Sollte dies aber doch er Fal sein, so wäre es ein Zeichen für eine so ausserordentliche wirtschaftliche Er starkung (oder Kapitaleinfuhr - d.Verf.) dass die Aussicht für die deutsche Wirtschaft bestünde, dasjenige Kapital, das ihr durch Z a h l u n g e n a n d i e R e p a r a t i o n s g l ä u b i g e r entzogen würde, durch A n l e i h e oder kurzfristige D a r l e h n aus anderen Teilen des Auslandes wiederherein zu bekommen..." (BT.Pinner,1914.A.)

"...Ueber derartige Schwierigkeiten (des Transfers - d.Verf.) liesse sich da durch hinwegkommen, dass die U e b e r t r a g u n g von Markzahlungen an da Ausland d u r c h A u s l a n d s a n l e i h e n erleichtert werden könnt ..." (BT.,Pinner,10.4.A.

.....Hier ist Bernhard in seinem Optimismus soweit gegangen, zu erklären, das ein V e r z u g nach Annahme des Dawes-Projektes n i c h t m e h r m ö g l i c h.....

"...Ob nämlich im Falle eines Verzuges Deutschlands die Reparationskommission oder irgendeine andere Instanz entscheidet, ist praktisch ohne Bedeutung, au dem einfachen Grunde, weil Deutschland nach Annahme des Dawes-Projektes über haupt garnicht mehr in Verzug geraten kann. Nähmen nämlich die Alliierten da Dawes-Projekt an, so hat Deutschland nicht etwa nur den Zinsen- und Amortisa tionsdienst der Eisenbahn- und Industrieobligationen und nicht nur die Beför derungssteuer und die Haushaltsüberschüsse an den Agenten für Reparationszah lungen auszuliefern, sondern auch die Zölle, sowie Abgaben auf Branntwein, Bi und Zucker gehen direkt an den Reparationsagenten, und das, obwohl normaler weise wahrscheinlich schon die Einnahmen aus den Eisenbahnen und die Abgaben aus der Industrie höher sein werden als das, was Deutschland mindestens in de ersten Jahren wirklich zu zahlen hat. Die Ueberschüsse aus den so entstandene Gesamtguthaben bekommt Deutschland zur Verwendung in seinen Finanzen zurück.. (VZ. Bernhard,13.7.)

.....sei.

Als "sehr glückliche Kombination" und entscheidendes Motiv hat schliesslich die VZ. die Verwendung von Reparationsgeldern zur Stärkung der Mittel der Goldno tenbank.....

"...Wägt man das Für und Wider des Transfers ab, so muss entschieden für Ar nahme plädiert werden...N a m e n t l i c h die Verwendung der Reparations gelder zur Stärkung der neuen Bank, wodurch besondere Stabilisierungsanleihen unnötig werden, ist eine sehr glückliche Kombination..."(VZ.R.L.-n,3.5.M.)

.....hervorgehoben. War vom BT. bei allem transfertechnischen Erfüllungsoptimis mus doch gelegentlich die Erkenntnis angedeutet worden von der "kindlichen Au fassung", (Bonn, 13.4.M.) dass ein wesentlicher Unterschied zwischen Sachbezüge und Barzahlungen bestünde und daher die Beschränkung der Vollmachten des Tran ferkomitees im Interesse erweiterter Sachlieferungen scharf bekämpft worden, l so hat die VZ. diese Durchbrechung des Transferschutzes kaum beachtet, vielmehr die "ungleich g ü n s t i g e r e Formulierung der Transferbestimmungen" Londoner Protokoll (VZ.M.R.,18.8.A.) betont.

Angesichts der entscheidenden Bedeutung der Goldnotenbank und des Transferm chanismus als Instizutionen mit dem Zweck, Höchstleistungen o h n e die G e f a h r einer neuen I n f l a t i o n zu ermöglichen, haben die Blätter d Forderung der A u s l a n d s k r e d i t e vor allem im d e c k u n g s - u t r a n s f e r t e c h n i s c h e n Sinne verstanden, wie er auch von den Sachverständigen gemeint war. Eine Erörterung von Wirtschaftskrediten war im Ra men der Diskussion des Dawes-Planes unmittelbar nicht gegeben, da dieser Pl derartigen Kredit selbst nicht, höchstens die Voraussetzung für ihn im Falle d Verwirklichung, brachte. Immerhin ist von den Blättern gerade in den Tagen d

letzten Entscheidung deutlich an das Kreditinteresse der Wirtschaft appeliert,75) d.h. im Falle der Annahme des Planes besonders vom BT. die Deckungsgrundlage für einen "ausreichenden Notenumlauf".....

"...Hat es bei den von aus als sicher angenommenen Golddeckungsmitteln der Notenbank in Höhe von einer Milliarte sein Bewenden, so wird der Gegenwert der darin enthaltenen 800 Millionen-Anleihe freilich zum grössten Teile bereits für die Deckung des alten in Goldnoten umgetauschten Geldes beansprucht und höchstens ein Rest von vielleicht 200 Millionen, aufgrund dessen bei einer etwa 40 %igen Deckung neue Noten im Betrage von 500 Millionen ausgegeben werden könnten, bliebe für Finanzierung von Sachleistungen neuen Geld übrig..

Schon aus dem, bei unserer bisherigen Berechnung ganz ausser Betracht gelassenen Aktionskapital der Goldnotenbank in Höhe von 400 Millionen Goldmark müssen, wenn sich das Notenbankprojekt überhaupt realisieren soll, unter Umständen weitere Deckungsmittel über den bisher angenommenen Betrag von einer Goldmilliarde hinaus der Bank zufliessen, selbst, wenn man annimmt, dass der nach Abzug der Garantiereserve für die Dollarschatzanweisungen noch verfügbare Goldbestand der Reichsbank (der mit 200 Millionen Goldmark schon in der oben erwähnten Goldmilliarde enthalten war) der neuen Goldnotenbank in Form von Aktien (nicht in Form von Einlagen) zufliessen wird. Gehen die Dinge wunsch- und plangemäss, so wird sich der Gold-, bezwecks Devisenbestand durch Zuflüsse aus den inländischen Hamsterreserven soweit verstärken, dass B e f ü r c h t u n g e n w e g e n d e r D e c k u n g e i n e s a u s r e i c h e n d e n N o t e n u m l a u f s n i c h t g e h e g t zu werden brauchen..." (BT.Pinner, 3.5.A.)

.....und die "theoretische Möglichkeit einer erweiterten Kreditgewährung von 2 Milliarden für gegeben erklärt,.....

"...Der Dawes-Plan und das im Zusammenhang damit in Kraft tretende Statut der neuen Goldnotenbank wird ja s o w i e s o für Deutschland die Möglichkeit einer erweiterten Kreditgewährung bieten. Erhält Deutschland die Reparationsanleihe von 800 Millionen Mark als Goldschatz für die neue Goldnotenbank, so wird sich aufgrund der in Aussicht genommenen Mindestdeckung (40%igen) für die Noten t h e o r e t i s c h die Möglichkeit bieten, den deutschen Zahlungsmittelumlauf, der jetzt etwas mehr als 3 Milliarden beträgt, um eine Summe zu vergrössern, die zwischen 1 1/2 - 2 Milliarden Goldmark liegt..." (BT.Pinner,16.8.A.)

.....im Falle einer Ablehnung aber dem Verlust der "Milliardenkredite" des Auslandes.....

"...Die Anleihe fliesst uns nicht zu, die M i l l i a r d e n k r e d i t e, die den blutleeren Körper der deutschen W i r t s c h a f t neu beleben sollen, kommen nicht, und was aus der Mark werden soll, weiss kein Mensch..." (BT.,T.W.,18.8.A.)

.....angekündigt worden 76).

Auch die VZ. hat - nachdem von ihr zunächst das geringe Aktienkapital der neuen Bank als eine der "auffallendsten Bestimmungen des Bankentwurfs" gekennzeichnet sowie Zweifel über das Ausreichen der von ihr errechneten Deckungsmittel von 1 1/2 Milliarden (800 plus 400 plus ca. 500 Reichsbankgoldbesitz) geäussert.....

"...Wie aber will nun die neue Bank den Bedarf an goldgedeckten Zahlungsmitteln - die Noten der neuen Bank sollen, wie die der Reichsbanknoten vor dem Kriege mit 33 L/3 v.H. goldgedeckt sein - befriedigen ?..."(VZ.R.L-n.,24.4.)

.....worden waren - später eine Vermehrung des Geldumlaufs " bis zur vollen Höhe der alten Friedensbedürfnisse " für möglich.....

"...Der eigentliche Wert des Dawes-Gutachtens wird mit Recht darin erblickt, dass es endlich den Weg zu einer friedlichen, wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblem weist. Es soll uns in erster Linie eine neue Gold-(und Devisen-) währung schaffen und verspricht uns zu diesem Zwecke eine ausländische Anleihe von 800 Millionen Goldmark. Sie würde die Grundlage zu einer Vermehrung des Geldumlaufs zu einer H ö h e , die den alten F r i e d e n s b e d ü r f n i s s e n gleichkäme, schaffen..."(VZ.G.Münch.6.7.M.)

.....gehalten.

Indessen waren sich VZ. und BT. deutlich darüber im klaren und haben die entsprechenden Forderungen vertreten, dass gerade die Verwendung der Währungsanleihe zur Finanzierung der Sachleistungen nur unter Einschränkung der Wirtschaftskredite und überhaupt das gesamte neue Währungs- und Transfersystem nur unter (bankmässig aufgefasster) Garantie öffentlicher und privater Pfänder und Kontrollem durchgeführt werden könne. Sie haben diese Forderungen umsomehr vertreten, als sie als unmittelbare Belastung eigener Interessen nicht erörtert worden sind.

Die restriktive Wirkung der Sachleistungen ist besonders vom BT. zum Ausdruck gebracht worden, das neben allem Optimismus der Krediterweiterung vor einer Verwechslung der Deckung mit dem Qualitätsprinzip gewarnt.....

"...Es muss aber von vornherein darauf hingewiesen werden, dass die sehr optimistischen Vorstellungen, die sich manche (gelegentlich auch das BT. und VZ., siehe oben - d.Verf.) Kreise über den Umfang der mit Hilfe der Goldnotenbank zu steigern- den Kreditwährung machen, bei einer gesunden Entwicklung des Geldwesens kaum realisiert werden können. Das gilt insbesondere von der Annahme, das die der deutschen Goldnotenbank in Form von Gold und Devisen zufliessenden Auslandsanleihe in Höhe von 800 Millionen Mark es "Selbstverständlich" zulassen werde, unter Zugrundelegung einer Dritteldeckung einen dreifachen Betrag von Goldnoten, also nahezu 2 1/2 Milliarden Mark(!Pinner - d.Verf.) sofort oder in doch verhältnismässig kurzer Zeit zu emittieren. Eine solche Argumentation würde, genau so, wie das bei der Ausgabe der Rentenmark der Fall war, das währungstechnische Deckungsprinzip mit dem währungspolitischen Qualitätsprinzip verwechseln..."(BT.15.7.A.)

Ebenso: Herrmann,23.7.A., der im Anschluss daran fortfährt:

"...Die Voraussetzung, die das "Wunder der Rentenmark" ermöglicht hat, der leere Raum, der die neue Papiermarkemission ansaugte, ist also für die Goldemission nicht gegeben. Diese Bedenklichkeit wird auch dadurch nicht gemildert, dass selbst nach der zusätzlichen Goldnotenemission der gesamte Geldumlauf der Vorkriegshöhe noch nicht erreicht haben wird. Aber das Vorkriegsniveau stellt kein Normalmass für die Gegenwart dar...

...Immerhin wird eine gewisse Steigerung des Geldumlaufs durch eine zusätzliche Goldnotenemission im Rahmen des Möglichen liegen. Denn einmal darf man das Quantitätsproblem nicht auf die Spitze treiben, es vielmehr nur ceteris paribus gelten lassen..."(BT.Herrmann,23.7.A.)

.....und bei entsprechender Einschränkung der Wirtschaftskredite.....

"...Sehr gefährlich wäre es aber, wenn durch diese 800 Millionen Goldnoten, deren Ausgabe bestimmt vorgesehen ist, die Deckungsgrundlage des Goldfonds von 800 Millionen in schematischer Weise dahin ausgenützt würde, dass weitere 1.6 Milliarden auf dem Wege über direkte Privatkredite der Wirtschaft zur Verfügung gestellt würden. Alles, was durch die Kreditrestriktionspolitik der Reichsbank in den letzten Monaten erreicht wurde, und was durch eine notwendige Stabilisierungspolitik noch erreicht werden muss, würde durch diese Einleitung einer neuen Kreditinflation wieder über den Haufen geworfen werden..."(BT.15.7.A.) - Ferner ebenso Pinner: 28.6.A.

.....eine inflatorische Wirkung der Sachlieferungen nicht befürchtet.....

"...Manche Volkswirte sind der Auffassung, dass hier bereits eine zusätzliche Schöpfung neuen Geldes vorliege. Theoretisch mag das richtig sein, in der Praxis aber wird sich diese zusätzliche Geldschöpfung deswegen nicht inflationistische auswirken, weil durch die verstärkte Produktion für Sachlieferungen und durch die psychologischen Wirkungen des Ueberganges zur vollen Goldwährung die Bahn für eine allgemeine Produktionsausweitung freigemacht werden dürfte, durch die die ursprünglich in der Tat zusätzliche Mehrausgabe an Banknoten in absehbarer Zeit kompensiert werden wird. Die 800 Millionen Goldmark, die auf dem Umwege über die Reparationslieferungen in den Verkehr gelangen, vermehren zwar zunächst das Kreditvolumen der Privatwirtschaft nicht,

trotzdem werden sie durch ihren Rundlauf durch die Wirtschaft und durch ihren ihren teilweisen N i e d e r s c l a g b e i d e m B a n k e n eine E r - l e i c h t e r u n g der Kreditverhältnisse schaffen..."(BT.15.7.A.) Ebenso : Pinner,3.5.A., ferner 28.6.A.

.....hat. Auch der Finanzierung der Sachlieferungen ist hier vom BT. eine Be - lebung des Bankgeschäfts erwartet worden, wie das Blatt naturgemäss grundsätz - lich das "Dazwischentreten der Banken" bei der Verteilung der Reichsbankkredite als das "unbedingte Erfordernis einer gewissenhaften Bankpolitik".....

"...Mit Vorliebe wird darauf hingewiesen, dass nur ein Teil der Reichsbank - kredite unmittelbar an den letzten Verbraucher gegeben würde, dass ein ande - rer Teil den Umweg über die Banken oder sonstige Kreditorganisationen nehme , die für ihr Dazwischentreten unberechtigt h o h e Z i n s a u f s c h l ä - g e bzw. P r o v i s i o m e n berechneten. Warum ist überhaupt, wird so mancher schlichte Kaufmann fragen, ein D a z w i s c h e n t r e t e n d e r B a n k e n bei der Verteilung der Reichsbankkredite n o t w e n d i g?.... Diese Argumentation, so bestechend sie zunächst anmutet, rechnet nicht mit gewissen Bedingtheiten des Notenbankwesens...Es gehört zu den unbedingten E r f o r d e r n i s s e n einer gewissenhaften B a n k p o l i t i k , dass die Reichsbank sich mindestens für einen erheblichen Teil der von ihr gewährten Kredite die Zwischengarantie der Privatbanken sichern muss..."(BT. Pinner.12.7.A.)

...verteidigt hat.

Mit dem Vorschlag der V e r p f ä n d u n g öffentlicher und privater S a c h w e r t e für die Reparationen hatten sich die Sachverständigen eine alte Forderung der Finanzinteressen zu eigen.....

"...Deutschland ist bereit...ü b e r d e m V e r s a i l l e r V e r t r a g h i n a u s Pfänder zu stellen, Pfänder allerdings, die nicht aus Land und Leuten, sondern wirtschaftlichen Werten bestehen. Diese Pfändertheorie machen sich auch die Sachverständigen zu eigen..." (BT.Dombrowski,10.4.M.)

"...Den Lesern wird erinnerlich sein, dass der Lintwin'sche Plan dahingeht , bestimmte deutsche Sachwerte in eine Reparationsbank einzubringen, die die Haftung gegenüber dem Ausland für die Verzinsung und Tilgung von Anleihen o- der Anuitäten übernimmt. Dieser Plan ist in Einzelheiten gewiss zu kritisie - ren, a b e r : gibt es denn einen vernünftigen Menschen in Deutschland, der glaubt, dass ausländische Anleihen für Reparationszwecke zu bekommen sind, o- der dass die Annehme deutscher Annuitätenzahlungen von den Alliierten zu er - reichen ist, ohne dass irgendwie Bürgschaften durch deutsche Sachwerte gelei- stet werden..." (VZ.Bernhard,20.1.)

.....gemacht. Zunächst allgemein als sozusagen bankmässige Sicherheiten für Re- parationsanleihen aufgefasst und konsequent vertreten, hat diese Forderung durch die Bestimmungen des Dawes-Planes ihre spezifische Bedeutung als eine über die Verpflichtungen der Versailler Vertrages hinausgehende, zusätzliche Garantie für das neue Goldwährungs-und Transfersystem der Reparationsstabilität erhalten, de- rem integrierender Bestandteil die Anleihe war.

Unter den von den Sachverständigen vorgeschlagenen Pfändern haben die Blät- ter den grössten Wert auf die R e i c h s b a h n gelegt als "das Objekt, das den Reparationshandel erledigen soll" (BT.T.W.,17.3.), als das beste Pfand für die Währungsanleihe, dessen spezieller Wert selbst n e b e n d e m R i s i k o d e r R ä u m u n g bestehen bleibe.....

"...Es kann schon jetzt für sicher gelten, dass der Bericht der Sachverstän - digen, der sich für die internationale Anleihe aussprechen wird, diese Anlei- he nur unter der Bedingung empfehlen wird, dass die deutsche Wirtschaftsein - heit wiederhergestelltwird. Die (gegen eine Beteiligung an dieser Anleihe gerichtete - d.Verf.) Darlegung der Hearst-Presse spricht mit keinem Wort davon, dass (abgesehen davon ?!- d.Verf.) die Anleihe durch ganz spezielle und reale Sicherheiten, an ihrer Spitze das auf 25 Milliarden Goldmark ge- schätzte deutsche Eisenbahnsystem garantiert werden soll...Das Argument des R i s i k o s fürfte gerade d a s l e t z t e sein, mit dem g e g e n

den A n l e i h e p l a n erfolgreich gearbeitet werden kann..." (BT.23.2.A.)

.....und dessen Verpfändung ausserdem für die V o r t e i l e d e s T r a n s f e r s "zur Not wird in Kauf" genommen.....

"...Die Vorteile des Transfers erscheinen uns so gross, dass man dafür die für Deutschland ungünstigeren Massnehmen, vor allem den bedenklichen Eisenbahnplan, zur Not wird in Kauf nehmen müssen..." (VZ.R.L-n.,3.5.M.)

.....werden müsse. Im Kampf um die Sicherung dieses wertvollen Reparationspfan - des hatten VZ. und BT., von jeher sein Verbleiben im Reichseigentum vor dem Zugriff der Privatwirtschaft verteidigt. Daher sind gelegentlich der während der pariser Verhandlungen vollzogenen "Privatisierung" der Reichsbahnen Ueberfrem - dungssorgen weniger gegenüber den Absichten der Reparationsgläubiger, als " dem Vordringen der fremden Teilhaber" geäussert.....

"...Man darf nicht übersehen, dass die Reparationsverpflichtungen letzten Endes nur durch Jahreszahlungen, nicht aber durch eine Eigentumsabgabe zu erfüllen sind. Deshalb kommt entweder eine Abgabe von Obligationen, oder die Bildung einer deutschen Betriebsgesellschaft mit eigener Tarifhoheit in Betracht. ..." (BT.Dombrowski,23.2.A.)

"...Aber die Sachverständigen tragen sich angeblich...auch mit dem Gedanken , die Reichseisenbahn in eine A k t i e n g e s e l l s c h a f t umzuwandeln , in der die Hälfte des Aktienkapitals den Gläubigerstaaten zugesprochen werden soll...Die Türe wäre dem V o r d r i n g e n d e r f r e m d e n T e i l - h a b e r nicht gerade geöffnet, aber sie wäre doch nur notdürftig zugesperrt ..." (BT.T.W.17.3.) - Ebenso : BT.Bernburg 23.3.

.....worden. Hinter diesen haben die Blätter wieder übereinstimmend die d e u t - s c h e S c h w e r i n d u s t r i e vermutet und daher nach Veröffentlichung des Gutachtens mit sichtlicher Befriedigung als "wichtigsten V o r t e i l " der Reichsbahnverpfändung ihr Verbleiben im Reichseigentum.....

"...Es lohnt sich, noch einmal auf die Pläne der Industrie zurückzukommen.Ihre Sachverständigen schlugen vor (Praktisch wäre das auf eine V o r h e r r - s c h a f t der S c h w e r i n d u s t r i e herausgekommen) auch das Reich und die Länder zu beteiligen. Auf einem Umwege wäre damit der L ä n - d e r p a r t i k u l a r i s m u s , der durch die Verreichlichung der Reichsbahn in dieser Frage glücklich beseitigt war, zur Hintertür wieder hereinge - kommen. D i e s e G e f a h r wird durch die Regelung des D a w e s - G u t a c h t e n s v e r m i e d e n..." (BT.22.7.M.)

M.Müller-Jabusch bezeichnete es daher als den "wichtigsten Vorteil, dass die Reichsbahn nicht in das Eigentum der Gegenseite übergeht, sondern nach einer gewiss nicht sehr kurz bemessnen Frist - man denkt an 40 Jahre - in das volle Eigentum des Reichs zurückgeht..."(BT.M.Müller-Jabusch,22.7.M.)

"...hat denn Dr. Helfferich ganz vergessen, von wem denn eigentlich der gefährliche Plan, die Reichsbahn zum Spezialpfand zu machen, herrührte ? Dr. Helfferich weiss doch genau so gut, wie alle anderen Leute in Deutschland,dass die Schwerindustrie die Reichsbahnen als internationales Pfand ausgeboten hatte in der Hoffnung, sich selbst dadurch von besonderen Garantien zu befreien . Der Unterschied zwischen dem schwerindustriellen Vorschlag und dem, was jetzt die Sachverständigen daraus gemacht haben, ist lediglich der, dass nach den Plänen der Schwerindustrie gewisse deutsche Industriegruppen an dem interna - tionalen Eisenbahngeschäft beteiligt werden sollten. J e t z t b e h ä l t wenigstens das R e i c h d e n B e s i t z d e r B a h n e n in der Han ..." (VZ.Bernhard,20.4.M.)

.....gekennzeichnet. Indessen ist im Interesse der R e p a r a t i o n s - g l ä u b i g e r (Anleihe - Geldgeber) deren Rücksichtnahme bei Gestaltung einer Deutschland wohlwollenden Tarifpolitik ebenso als "durchaus glaubhaft"....

"...(Zu der Behauptung, "dass nämlich eine rein nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten betriebene T a r i f p o l i t i k einzelnen Gewerbe ode die ganze deutsche Wirtschaft schwer schädigen kann...")...Den Sachverständi

gen liegt angeblich - u n d d a s i s t d u r c h a u s g l a u b h a f t! - eine derartige Absicht fern. Sie halten a b e r die reine b u s i - n e s s - M e t h o d e für n o t w e n d i g, um die Reichsbahnen zugunsten der Reparationsgläubiger rentabel zu machen... (VZ.R.L-n.,26.4.M.)

.....anerkannt, werden, wie auch die N o t w e n d i g k e i t, die Reichsbahn für den Reparationsdienst rentabel machen und evtl. v e r k a u f e n z u m ü s s e n.....

"...Wenn der rein kaufmännische Standpunkt, den das Gutachten so stark unterstreicht, zu stark zum Ausdruck kommen sollte, so ist das Reich eben verpflichtet, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten, s o w e i t sich das o h n e S c h ä d i g u n g der zur Befriedigung der O b l i g a - t i o n s g l ä u b i g e r nötigen Einnahmen durchführen lässt...

Nur, wenn der Zinsendienst gänzlich versagt, hat der Eisenbahnkommissar, der die Interessen der Reparationsgläubiger vertritt, im gewissen Umfange das Recht, im äussersten Notfalle die Gläubiger aus Verkäufen von Teilen der Reichsbahn zu befriedigen. D a r i n erblickt man v o r a l l e m bei den R e c h t s p a r t e i e n die grösste Gefahr. Die Gefahr ist gewiss nicht gering. J e d o c h, wenn sie einmal akut werden sollte, dann k ö n n t e man Quaatz und den Seinen immer noch entgegenhalten, dass dann ein V e r k a u f a u c h e i n e n a n g e m e s s e n e n B e t r a g b r i n g e n und so zur Abbürdung der Reparationslasten dienen würde..." (BT.M.M-J.,22.7.M.)

.....In diesem Sinne haben die Blätter den Wert des Eisenbahnpfandes ausführlich behandelt (BT.:Dombrowski,23.2.A.,Dernburg 23.3. - VZ.: R.L-n.,26.4.M.). Wenn von der VZ. die Subsidärhaftung des Reichshaushalts für die Eisenbahn - und Industrieobligationen als eine "besonders schwerwiegende Bestimmung" dargestellt worden ist (VZ.R.L-n.,22.8.M.), so hat das Blatt doch den Wert dieser Bestimmung mindestens als Rückversicherung für die Rentabilität des Reichsbahnpfandes,nicht unbeachtet gelassen.....

"...Sollte also, was durchaus nicht unwahrscheinlich ist, die Eisenbahn nicht so hohe Beträge herauswirtschaften können, wie sie nach dem Dawes- Plan notwendig sind, s o m u s s d e r S t e u e r f i s k u s h e r h a l t e n und aus eigenen Einnahmen Ersatz schaffen..."(VZ.R.L-n,22.8.M.)

.....Die Verpfändung der Zölle und Steuern ist in diesen Blättern keiner ernstlich-ablehnenden Kritik begegnet (BT.: Dombrowski 10.4.M., Pinner 10.4.A., Bonn 13.4.M. - VZ.R.L-n. 22.8.M.)

Danach haben die Blätter die Sonderbelastung der Industrie kaum beachtet und gelegentlich zustimmend bestätigt als "die Quittung für ihre falsche Taktik" (Bonn,B.T.) und den "zusammenhanglosen Unverstand der III. Steuernotverordnung " (Bonn,BT.13.4.M.)

Angesichts der von VZ. und BT. stets vertretenen Forderung nach Reparationspfändern ist die Frage ihrer Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit von untergeordneter Bedeutung gewesen. Sinn und Ziel der über den Vertrag von Versailles hinausgehenden Garantie- und Kontrollvorschläge der Sachverständigen sind von Georg Bernhard zusammengefasst worden.

"...Das Dawes-Projekt stellt eben eine M e t h o d e d e r E r f ü l - l u n g dar des Versailler Vertrages, von der die Urheber glauben, dass sie die richtige ist. Diese Methode besteht w e s e n t l i c h darin, p r i v a t r e c h t l i c h e F o r m e n für Pfand und Leistung zu finden..." (VZ.Bernhard 13.7.M.)

.....Dies war zugleich der wesentliche Inhalt der "Pfändertheorie" der VZ. und BT., die sich "auch die Sachverständigen zu eigen gemacht hatten. (BT.Dombrowski,10.4.M.)

b.

(Das Zugeordnete -) Nach den eben dargestellten wesentlichen Erörterungen der VZ. und des BT. ist hinreichend klar, dass die Blätter eine weitgehende und entscheidende Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit denen der Sachverständigen zum Ausdruck gebracht haben, Interessen, die durch die Vorschläge des Gutachtens mehr gefördert, als belastet wurden. In der Tat ist neben dieser grundsätzlich wohlwollenden Behandlung der Vorschläge eine Gefährdung eigener, wesentlicher Forderungen von den Redaktionen nicht erörtert worden.

c.

(Das Untergeordnete -) Das für VZ. und BT. entscheidende Motiv ihrer Einstellung und Zustimmung zum Gutachten war die Ueberzeugung gewesen, dass es eine ebanso schnelle, wie gründliche Beseitigung von Inflationsgefahren bei Durchführung der Reparationen garantieren und sich die Erfüllung im Wege der Anleiheoperationen ermöglichen lassen werde. Neben der Erörterung dieses unmittelbaren Effekts einer Stabilitätskontrolle haben die Blätter deutlich ihre Auffassung von dem p r o v i s o r i s c h e n W e r t d e s P l a n e s erkennen lassen und ebenso vorsichtig ein ausführliches oder verbindliches Urteil über die Tragbarkeit der materiellen Belastung vermieden, wie deutlich die Zurückhaltung der Sachverständigen bei der Organisation der Reparationskontrolle unterstrichen.

Das von den Sachverständigen für die Tragbarkeit der Belastung verwendete Argument der E n t s c h e i d u n g ist von den Blättern anerkannt worden,...

"...Dem deutschen Steuerzahler wird der am deutschen Gläubiger gesparte Betrag nicht geschenkt werden, er wird höchstens in die Reparationskasse gehen; denn als Hauptargument für die grosse steuerliche Leistungsfähigkeit Deutschlands ist von den Alliierten immer wieder betont worden, die deutschen ö f f e n t l i c h e n Körperschaften hätten infolge der Geldentwertung keine Zinsen und keine Tilgung auf ihre Schulden zu bezahlen, während die Staatsbürger der Alliierten mit schweren Anleiheverpflichtungen belastet seien. Diese Beweisführung vergisst vollkommen, dass es sich hierbei n u r e i n e E i n k o m m e n s ü b e r t r a g u n g handelt, bei der das Einkommen, das aus den öffentlichen Schulden stammt, gelöscht worden ist..."(BT.Bonn,12.)

.....zwar nicht im volkswirtschaftlichen Sinne, aber doch derart, dass die deutsche Industrie,.....

"...Die deutsche Industrie hat damit, was Einsichtige stets befürchtet haben, die Q u i t t u n g für ihre falsche Taktik in der Reparationsfrage erhalten...Jetzt wird sie wirklich herangezogen mit einer Summe, die ungefähr dem I n f l a t i o n s g e w i n n entspricht, den sie auf Kosten ihrer Gläubiger gemacht zu haben glaubte..."(BT.Bonn 13.4.M.)

.....die öffentlichen Körperschaften, Reich, Länder und Gemeinden.....

"...Die Sachverständigen sind aber von der Voraussetzung ausgegangen, dass das deutsche Reich, die deutschen Staaten und die deutschen Gemeinden, durch die Geldentwertung ihre sämtlichen S c h u l d e n l o s g e w o r d e n sind...

Auch hier zeigt sich wieder der zusammenhanglose Unverstand, mit dem in der III. Steuernotverordnung diese Fragen geordnetwurden, indem die deutsche Regierung von sich aus, ohne Druck der Alliierten, die Verpflichtungen von Reich Staat und Gemeinden zeitweilig strich und hinter die Ansprüche der Reparationskommission zurückstellte..."(BT.Bonn,13.4.M.) - Ebenso: BT.Pinner,10.4.A., Hirsch 12.6.N. und 17.6.M.

.....sowie die Reichsbahn, j e d e f ü r s i c h , ihre Ablösungsgewinne gemacht.....

"...Ob die Voranschläge der Sachverständigen sich werden durchführen lassen, ist recht zweifelhaft. Gewiss haben die deutschen Eisenbahnen vor dem Kriege dreiviertel Milliarden Goldmark im Jahre Ueberschuss gebracht. Gewiss ist die Eisenbahn durch die Geldentwertung ihre Schulden losgeworden und braucht nicht mehr, wie die ausländischen Bahnen, ihr Anlagekapital zu verzinsen...." (VZ.R.L-m. 26.4.M.)

.....Wenn bei solcher Darstellung der Blätter die neue Reparationsbelastung als eine nicht unerwartete, bzw. unberechtigte hervorgetreten ist, (Die Neubelastung durch die Aufwertung ist nicht beachtet worden !) so sind sie doch keineswegs zu einer optimistischen Beurteilung der allgemeinen Leistungsfähigkeit gekommen. Abgesehen von dem ersten, durchweg als tragbar bezeichneten Moratoriumsjahre ist von den Blättern zwar gelegentlich die Produktion eines Ueberschusses der Normalleistung von 2 1/2 Milliarden bezweifelt,.....

"...Im ersten Jahre sollen zur Bestreitung der Jahresrate 800 Millionen Goldmark einer ausländischen Anleihe aufgebracht werden, 200 Millionen aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen. Das wird sich machen lassen, sofern das Ausland tatsächlich einen solchen Kredit zur Verfügung stellt. Schwieriger wird die Sachlage schon im folgenden Jahre, wo eine ausländische Mitwirkung nicht vorgesehen ist. Wir glauben denn auch nicht, dass die so schwer mitgenommene Staats- und Privatwirtschaft schon nach Ablauf von 12 Monaten imstande sein wird, eine Summe von über 1200 Millionen und später laufend von 2500 Millionen als U e b e r s c h u s s (ungeborgten ? - d.Verf.) an die deutschen Gläubiger abzugeben...Notwendig ist unseres Erachtens also eine Ueberprüfung dieser viel zu hohen Jahresleistungen..." (BT.Dombrowski,10.4.M.)

"...Einmal ist die Schätzung des Gesamtwertes der Eisenbahnen doch reichlich hoch...Sodann wird man wohl auf lange Zeit hinaus, wenigstens bei hohen Tarifen, nicht mit einem so starken Verkehr rechnen können, wie vor dem Kriege. William Acworth hat sich schon einmal...als ein grosser Optimist erwiesen..." (VZ.R.L-,26.4.M.)

.....aber eine irgendwie exaktere Behandlung der Leistungsfähigkeit bzw.der Belastung als einen Steuerproblems vermieden worden.

Im Grundegenommen einer solchen vorwiegend produktionspolitischen Sorge fremd, haben VZ. und BT. derartige Betrachtungen über die Auswirkung der Verpflichtungen - besonders durch den "Wohlfahrtsindex" - als eine "Konstruktion im Irrealen" abgelehnt.....

"...Das erste Jahr scheint tragbar...Aber...diese volle oder besser normale Zahlung nach Beendigung des Moratoriums- und Uebergangsjahres kennzeichnet noch nicht das Maximum der von Deutschland evtl. zu leistenden Zahlungen...Ob durch ein so mechanisch zusammengesetztes Indexsystem ein Steigen der deutschen Leistungsfähigkeit wirklich organisch gemessen werden kann, möchten wir bezweifeln. Zumindest müsste aber angesichts der hohen Jahresnormalleistung von 2.5.Milliarden Goldmark auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass dieses Indexsystem die deutschen Zahlungen auch nach unten revidieren kann,(Pinner hat am 19.4.A. eine solche Revision "nach unten" in der Suspendierung infolge Uebertragungsunmöglichkeit gesehen - d.Verf.) denn die Festsetzung einer J a h r e s l e i s t u n g in solcher Höhe, die erst n a c h v i e r J a h r e n auf Grund einer gänzlich veränderten, heute noch nicht sichtbaren W i r t s c h a f t s e n t w i c k l u n g in Erscheinung treten soll bedeutet eine K o n s t r u k t i o n i m I r r e a l e n ..."(BT.Pinner 10.4.A.)

.....in der ihnen geläufigen Ueberzeugung, dass der von den Sachverständigen vorgeschriebene Zahlungsplan als provisorisch anzusehen sei und sich die t a t s ä c h l i c h e deutsche L e i s t u n g s f ä h i g k e i t "gewissermassen e x p e r m e n t e l l " aus den T r a n s f e r e r f a h r u n g e n e r g e b e n .....

"...An und für sich weichen die Jahreslasten, die Deutschland durch das Dawes-Abkommen auferlegt werden, garnicht wesentlich von den Annuitäten des Londoner Ultimatums ab. Es handelt sich bei den J a h r e s l e i s t u n g e n des Dawes-Vertrages nämlich g a r n i c h t um das E r g e b n i s e i n e r n e u e n P r ü f u n g d e r L e i s t u n g s f ä h i g k e i t , sondern man hat vielmehr aus sehr begreiflichen politischen Gründen die Londoner Jahresleistungen zunächst einfach übernommen. Der Unterschied zwischen den Londoner Zahlungen und dem Dawes-Projekt aber besteht darin,dass der Schwierigkeit Rechnung getragen wird, unbegrenzte Summen deutscher Mark in fremde Währung zu Zahlungszwecken umzuwandeln, ohne die Grundlagen der deutschen Währungsstabilisierung zu zerstören und damit auch die internatio -

nalen Markt wieder in Verwirrung zu bringen. Aus der Prüfung dieser sogenannten T r a n s f e r i e r u n g m ö g l i c h k e i t wird sich schliesslich gewissermassen e x p e r i m e n t e l l die t a t s ä c h l i c h e deutsche L e i s t u n g s f ä h i g k e i t feststellen lassen ... "
(VZ.Bernhard 20.4.M.)
.....werde. So war schliesslich die optimistische Auffassung Bernhards zu verstehen, die Sachverständigen "hätten ein Urteil gefällt, für dessen Richtigkeit Deutschland nicht einzustehen braucht..."(VZ.20.4.M.). Indessen ist von Dernburg unter dem Eindruck des provisorischen Charakters der ganzen Regelung, bzw. der nicht festgesetzten Endsumme, gelegentlich der für das entscheidende Kreditvermittlungsinteresse der Blätter wichtige Gedanke ausgesprochen worden, dass gerade eine vorläufige Festsetzung der Verpflichtungen die Möglichkeiten l a n g f r i s t i g e n Kredits erheblich vermindere.(BT.3.2.) Damit war die Erfüllung des Planes im Sinne der Argumentation der VZ. und des BT. auf kurzfristigen Kredit angewiesen.

Wie oben dargestellt worden ist, hat die R e p a r a t i o n s k o n t r o l l e als eine Sicherung der Währungs- und Stabilitätsinteressen der VZ. und des BT. eine entscheidende Bedeutung gehabt. Damit war für die Blätter - ebenso, wie bei der Erörterung des Problems: wie die Belastung zu produzieren und erübrigen sei- zugleich der u n t e r g e o r d n e t e W e r t bzw. eine wohlwollende Behandlung der Frage gegeben: wieweit belastet diese Kontrolle die Selbständigkeit der Produktionsinteressen, vor allem in Bezug auf die Reichsbahn und den Reichshaushalt ? Die Blätter haben denn auch, teils im Ton, teils im Inhalt ihrer Ausführungen den für sie nebensächlichen Charakter dieser Frage erkennen lassen.

Hatte zwar während der pariser Verhandlungen T. Wolff einen "fremden Ueberwachungsonkel" (BT.28.1.) abgelehnt, so ist doch von den Blättern sofort und allgemein auf die Notwendigkeit einer Kontrolle hingewiesen und nach der Veröffentlichung des Planes, bzw.des Londoner Protokolls wohl die Tatsache einer "schwerwiegenden" Kontrolle zugeben, aber grundsätzlich hervorgehoben worden, dass die Sachverständigen sich auf indirekte Beobachtung beschränkt.....(gerade bei der Tarifhoheit)

"...Die Kontrollmassnahmen sind mehr i n d i r e k t e r , als direkter Art. Sowohl die künftige Notenbank, als auch die Reichsbahnaktiengesellschaft erhalten neben der deutschen Leitung aus ländliche Organe, die gewissermassen als B e o b a c h t e r gedacht sind und nur dann eingreifen dürfen, wenn die Interessen der Gläubiger gefährdet werden..."(BT.Dombrowski,10.4.M.)

"...Auch ist z u g e g e b e n , dass die Sachverständigen v e r s u c h t haben, bei der Konstruktion der Eisenbahnaktiengesellschaft die ausländische K o n t r o l l e und Beteiligung mit Rücksicht auf die E r h a l t u n g der deutschen E i s e n b a h n h o h e i t nach M ö g l i c h k e i t e i n z u s c h r ä n k e n..."(BT.Pinner,10.4.A.)

"...In dem für die Oberleitung zuständigen Verwaltungsrat kann die Zahl der deutschen Mitglieder zwischen fünf und vierzehn schwanken. Allerdings muss der Präsident, der über eine Zusatzstimme verfügt, ein Deutscher sein. Da die wichtigsten Entscheidungen mit dreiviertel Mehrheit gefasst werden müssen, hat Deutschland i m m e r d i e q u a l i f i z i e r t e r M i n d e r h e i t . Auch der Generaldirektor muss ein Deutscher sein. Von diesen Deutschen im Verwaltungsrat sind fünf immer Regierungsvertreter. Somit bleibt die qualifizierte Minderheit s c h o n den vom R e i c h ernannten M i t g l i e d e r n ....."(BT.M.Müller-Jabusch 22.7.M.)

" Ausdrücklich wird erklärt, dass jedes System, das mittelbar oder unmittelbar die t a t s ä c h l i c h e K o n t r o l l e über Deutschlands Einnahmen und Ausgaben in sich schliesse, als u n e r w ü n s c h t für das Ziel, das elle im Auge hätten, abzulehnen sei..."(BT.4.7.A.)- Ferner:BT. Dombrowski 23.2.A., T.Wolff 13.7., Dernburg 23.3.
.....und eine Ueberfremdung vermieden hätten. Im übrigen müsse man sich - besonders angesichts der unerlässlichen ausländischen Beteiligung - nach dem

"Gundsatz des kleineren Uebels" mit der "Sachlage...zufrieden geben".....

"...Zwar bleibt die Verwaltungshoheit als solche unberührt, es kommt also nicht, wie von der Rechten behauptet wird, eine "Ueberfremdung" der deutschen Verwaltung in Frage, etwa nach dem Vorbild der dette publique ottomane oder auch nur eine Abhängigkeit, wie sich Deutsch-Oesterreich von dem Generalkommissar des Völkerbundes gefallen lassen muss. Deutschland behält seine Etat-, seine Tarifhoheit, sowohl auf dem Zollgebeit, wie auch bei den Eisenbahnen und es kann auch künftig eine eigene Devisenpolitik treiben. Doch wird sich, wenn der Dawes-Plan in Kraft tritt, ein gnazes Netz von Kontrollorganen über die deutsche Verwaltung spannen, ein sehr komplizierter Apparat, der zum Teil neben den deutschen Verwaltungsstellen arbeiten wird, zum Teil in diese Stellen selbst eingegliedert ist...(Folgt Darstellung der "Dawes-Hierarchie" -d.Verf.)...Eine besonders schwerwiegende Bestimmung ist die, dass die verpfändeten Einnahmen und Zölle subsidär auch für die Verzinsung der Eisenbahnen- und Industrieobligationen haften...

...Gehen die Einnahmen aus den verpfändeten Steuern aber so zurück, dass in drei Monaten nicht wenigsten insgesamt dreizehntel der Jahreszahlung abgeliefert werde, so tritt das grosse Strafgericht ein... Nach dem Grundsatz des kleineren Uebels wird man also auch diesen peinlichsten Teil der Londoner Beschlüsse mit in Kauf nehmen müssen..."(VZ.R.L-n. 22.8.M.) - Ferner: 24 & 26.4. 20.4.M,20.8.M.

"...Auf der anderen Seite ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, dass die Goldnotenbank ein wichtiges Instrument der Reparationspolitik und Reparationskontrolle darstellt, und dass ihre baldige Errichtung mit Hilfe ausländischen Kapitals möglichst. Bei dieser Sachlage muss sich der deutsche Standpunkt damit zufrieden geben, dass die geschäftliche Leitung (insbesondere die Währungs-,Diskont-und Kreditpolitik) der Bank, die sich beim Präsidenten und beim Verwaltungsrat konzentriert, ausschliesslich in deutschen Händen liegen soll, und dass auch in dem aus sieben Deutschen und seiben Ausländern... gebildeten überwachenden Generalrat einen Majorisierung der deutschen Mitglieder nicht möglich ist, da die Beschlüsse des Rates regelmässig nur durch eine Stimmenmehrheit von zen Mitgliedern, durch eine einfache Stimmenmehrheit aber nur dann gefasst werden können, wenn der deutsche Präsident (neben dem ausländischen Kommissar)der Mehrheit angehört..."(BT.Pinner.3.5.A.)

.....In der Formulierung : "das grosse Strafgericht" scheint dem Fall eines Verzuges keine ernsthafte Bedeutung beigelegt worden zu sein. Diese allgemeine Anerkennung des guten Willens der Sachverständigen gerade bei der Behandlung der Reparationskontrolle hat naturgemäss ganz der im Rahmen internationaler Interessen gegebenen Verständigungstheorie entsprochen.

Sozialpolitische Gesichtspunkte haben bei der Stellungnahme von VZ. und BT. keine Rolle gespielt. Wenn die Blätter auch gelegentlich angedeutet haben, dass die Mehrleistungen nicht durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, sondern Betriebsverbesserungen erzielt werden müssten,...

"...Von der Arbeitszeit selbst ist jedoch im Dawes-Plan nicht die Rede. Es ist nicht ganz sicher, ob es sich um einen blossen Zufall handelt, oder ob die Sachverständigen es absichtlich vermieden haben, die heikle Frage der Arbeitszeit zu berühren. Was ihnen vorschwebt, ist jedenfalls, dass Deutschland die Mehrleistungen, zu denen es sich durch Annahme des Dawes-Planes verpflichtet, durch rationellere Betriebsführung erreicht. Der schematische Acht-Stundentag darf nicht durch einen neun - oder zehnstündigen Arbeitstag ersetzt werden, wenn nicht die Antriebe zur Verbesserung der Betriebsführung erlahmen soll. Das ist die Grundlage, auf der die Frage der Arbeitszeit und der Reparationsleistungen in Zukunft gelöst werden muss..." (VZ.R.L-n.5.7.A.)

.....so ist doch von der VZ. sehr deutlich die nebensächliche Bedeutung sozialer Ansprüche den Stabilitäts- und Währungsinteressen 77) .....

"...Es ist ein sehr gefährlicher Gedanke, der hier entwickelt wird. So begreiflich das Streben der Sozialdemokratie nach einer gerechten Verteilung der Lasten ist, die sich aus dem Dawes-Plan für Deutschland ergeben, so ist es doch eine politische Unmöglichkeit, zwischen den Ausführungsgesetzen und den Problemen der inneren Lastenverteilung eine enge Verbindung herzustellen, d.h. die Zustimmung der Sozialdemokratie abhängig zu machen von rein innerpolitischen und s o z i a l e n Fragen. Die Regelung der Reparationen, die Freimachung des Ruhrgebiets, die S i c h e r u n g d e r S t a b i l i t ä t unserer Währung, sind Forderungen, die w e i t ü b e r a l l e m stehen, den u n b e s t r i t t e n e n V o r r a n g haben müssen..."(VZ.22.7.A.)

.....gegenüber ausgesprochen worden.

3.

D i e I d e e d e s S c h i e d s g e r i c h t s i n d e r "G e r m a n i a".

(Zusammenfassung-) Sieht man die finanzielle und kulturelle Sicherung von Erziehung und Gottesdienst als die in erster Linie - jenseits aller nationalen Primate - entscheidenden Gruppeninteressen an, so sind diese, parteipolitisch vorwiegend in der G e r m a n i a vertretenen Interessen durch die neue Reparationsregelung u n m i t t e l b a r überhaupt nicht berührt gewesen. Da indessen die G. im Interesse des im gemeinsamen Bekenntnis gegebenen Zusammenhaltes Wirtschaftsfragen und Gegensätzen gegenüber den A u s g l e i c h s g e d a n k e n als die entscheidende Formel und Taktik gekennzeichnet hatte, so ist das im Dawes-Plan vorgeschlagene und im Londoner Protokoll teilweise verwirklichte S c h i e d s g e r i c h t s v e r f a h r e n von dem Blatte als wesentlicher Vorteil und Fortschritt am ausführlichsten behandelt worden.

Danach hat das Blatt die Belastung eigener Interessen nicht zum Ausdruck gebracht. Prinzipiell-ökonomischen Erwägungen fremd, hat die Redaktion sich in der Kritik des Gutachtens auf das unter allen Blättern geringste Mass beschränkt und in den wenigen, zwischen bank- und produtionspolitischen Prinzipien schwankenden, bzw. übernommenen und schliesslich im Sinne von V., VZ. und BT. entschiedenen Ausführungen ein nur untergeordnetes Interesse gezeigt.

a.

(Das Wesentliche -) Es muss als eine gerade zeitungssoziologisch wesentliche Tatsache bezeichnet werden, dass die G. vom Januar bis August 1924 nicht einmal 1/2 Dutzend redaktionelle Aeusserungen über ihre Stellung zum Dawes- Plan und seiner Durchführung gebracht hat, die durch Umfang, Ausführlichkeit grundsätzliches Interesse verraten. Lediglich wenige Tage vor der letzten Entscheidung über das Gutachten, als mit der Veröffentlichung des Londoner Protokolls die Einführung des Schiedgerichtsverfahren in bestimmten Fällen bekannt geworden war, hat das Blatt den Schiedsgerichtsgedanken ausführlich gewürdigt.

Hatte schon der Weg einer "sachverständigen" Entscheidung der ausschliesslich auf friedliche Verständigung gerichteten Aussenpolitik des Blattes und seiner Kreise entsprochen, so ist von ihm die Einführung der Schiedsgerichte in die Reparationspolitik als erster grosser Fortschritt gegenüber dem im Vertrag von Versailles einseitig und radikal verkörperten nationalen Machtgedanken dargestellt worden. Hierbei hat das Blatt weder in Fragen bank- oder transfertechnischer, noch steuer- oder produktionspolitischer Durchführung, sondern gerade in der "konsequenten Weiterentwicklung" des Schiedsgerichtsverfahrens "alle Voraussetzungen für eine wirkliche Lösung des Reparationsproblems" gesehen. " D i e s e ihnen zugrunde liegende wirtschafts-psychologische Einsicht wird der Gegenseite das an Reparationen bringen, was sie sich selber durch Zwangsmethoden versperrte. Der G e i s t, d e r die S c h i e d s g e r i c h t e schuf, ist auch h i e r d a s E n t s c h e i d e n d e .....

"...So ist in überraschend schneller Folge ein Gedanke zur Reife gekommen, der bei seiner konsequenten Weiterentwicklung a l l e Voraussetzungen für eine wirkliche Lösung des Reparationsproblems schaffen wird. Es ist ein a u s - s e r o r d e n t l i c h w e r t v o l l e r G e w i n n , wenn Nationen , wie es in London geschehen ist, das nindende Versprechen abgeben, S t r e i t - f ä l l e auf dem friedlichen W e g e d e s S c h i e d s g e r i c h t s zum Austrag zu bringen..."(27.8.M.) -

"...Für die praktische Beurteilung des neuen Systems ist die Art der Zusam - mensetzung und der Aufgabe der vorgeschriebenen Schiedsgerichte von entscheidender Bedeutung. Hatte das Sachverständigengutachten zumeist dem Völkerbund, sei es unmittelbar, sei es als Instanz, die den Schlichtungsausschuss er - nennt, den Vorzug gegeben, so entscheiden sich die von den Organisationskomitees formulierten Gesetze zumeist für den wirkungsvolleren Weg der Erennung des Schiedsrichters durch freie Wahl der Parteien bzw. durch den Präsidenten des ständigen, internationalen Gerichtshofes im Haag. Es sollen nicht nur die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und der Gegenseite, sondern auch die Zwistigkeiten zwischen den Alliierten, bzw. ihrer Organisa - tionen selber der schiedsrichterlichen Entscheidung unterliegen...(Nach aus - führlicher Darstellung:) ...Fürwahr, eine verwirrende Fülle von Schiedsge - richtsbestimmungen. Sie sind zweifellos mehr das Ergebnis des guten Willens , als ein organisches Ganzes...Sie, oder vielmehr noch, die ihnen zugrunde liegende wirtschafts-psychologische Einsicht, werden der Gegenseite das an Re - parationen bringen, was sie sich selber durch Zwangsmethoden versperrte. Der Geist, der die Schiedgerichte schuf, und ohne den sie zu kraftlosen Formeln herabsinken würden, ist auch hier das Entscheidende. Die Beteiligung Amerikas und der Neutralen wird eine wertvolle Bürgschaft für die Verwirklichung sein. ..." (27.8.A.) -

.....Daher ist von dem Blatte die Durchsetzung der Verständigungspolitik als das wesentliche Motiv der Annahme des Gutachtens und die Reichstagsratifikation als der Sieg der letzten Endes religiös empfundenen Friedens-Idee.....

"...Die Verständigungspolitik hat gestern einen grossen Sieg erlebt und damit hat sich auch die seit 1 9 1 7 von der Zentrumspartei klar und b e w u s st durchgeführte A u s s e n p o l i t i k ü b e r l e g e n...durchgesetzt.." (30.8.M.)

.....gefeiert worden.

b.

(Das Zugeordnete -) In ihren wenigen redaktionellen Aeusserungen zum Dawes-Plan hat die G. eine Belastung e i g e n e r , wesentlicher Gruppeninteressen 78) nicht zum Ausdruck gebracht, was bereits dadurch erklärt worden ist , dass die wesentlichen Bedingungen des katholischen Gruppenzusammenhalts durch die Forderungen der Reparationspolitik unmittelbar garnicht berührt wurden.

c.

(Das Untergeordnete -) Wie bereits angedeutet, hat die Redaktion die untergeordnete Bedeutung einer grundsätzlich-ökonomischen Orientierung zum Dawes - Plan allgemein in einer - im Vergleich zu anderen Blättern - überraschenden Z u r ü c k h a l t u n g erkennen lassen, deren wenige Aeusserungen und Argu - mentation zudem ein bestimmtes Prinzip der Orientierung nicht zeigen. Die meist vor der Veröffentlichung der Gutachten auftretenden Ausführungen schwanken zunächst zwischen den Gesichtspunkten bank- , oder produktionspolitischer Interessen, um sich dann der Argumentation von V. VZ., und BT. anzuschliessen. Nach Bekanntgabe der Vorschläge hat das Blatt auf eine irgendwie ausführliche Würdigung - bis auf den "Fortschritt des Schiedsgerichtsgedankens" - der neuen Regelung selbst verzichtet 79) .

Diese Unsicherheit in einer ökonomischen Orientierung ist am deutlichsten in der W ä h r u n g s f r a g e hervorgetreten, sowohl in dem gewissermassen wenig "fachlichen" Ausdruck, als auch in der Vermeidung einer Beweisführung .

Schon sehr früh: 1.Januar, hatte das Blatt die Notwendigkeit einer ausländischen Kreditbeteiligung und daher Unvermeidlichkeit einer Finanzkontrolle betont und danach die Bank zwar "grundsätzlich" als eine deutsche aufgefasst, in deren Aufsichts- und Verwaltungsrat "wiederum...andererseits der ausländische Einfluss vertreten sein müsse;.....

"...Grundsätzlich ist für uns von Bedeutung, dass die kommende Goldbank keine internationale, sondern eine d e u t s c h e Bank sein muss. A n d e r e r s e i t s ist es w i e d e r u m selbstverständlich, dass diese Bank sich nicht allein mit deutschem Kapital etablieren kann, sondern dass sie im w e i t e s t e n Umfange ausländisches Kapital benötigt...

Dass bei einer s o l c h e n Sachlage in dem Aufsichtsrat und Verwaltungsrat der Goldbank auch ausländische Vertreter sitzen müssen, braucht nicht erst betont zu werden..."(28.1.) -

.....Dabei hat die G. die Idee - der in keiner anderen Zeitung zugestimmt worden ist - das Kapital der neuen Bank im Ausland zu deponieren, angenommen.

Darauf ist von der Redaktion wiederum dem in der Rechtspresse massgebenden Argument, dass "die gute Deckung allein...kein Vorbeugungsmittel gegen die Inflation" sei.....

"...Unsere Aufmerksamkeit hat sich vor allem darauf zu richten, dass die Menge des umlaufenden Geldes im rechten Verhältnis zur deutschen Wirtschaftsintensität bleibt, dass durch A n l e i h e n und G o l d n o t e n b a n k e n n i c h t z u s ä t z l i c h e K a u f k r a f t geschaffen werde. Die gute D e c k u n g allein ist k e i n V o r b e u g u n g s m i t t e l g e g e n die I n f l a t i o n..."(20.1.) -

.....sowie der Schwierigkeiten und Bedenken Ausdruck gegeben worden: mit der Anleihe nicht nur die Währungsreform, sondern auch die Finanzierung des Moratoriums durchzuführen, ...

"...So innig die deutsche Währungsfrage mit der Reparationsfrage zusammenhängt, und so betimmt auch anzunehmen ist, dass Dr. Schacht in Paris betont und gesagt hat, dass ohne restlose Währungssanierung und damit verbundene Wirtschaftsbelebung jede Reparationsleistung Deutschlands ausgeschlossen sein dürfte, ebenso so sicher wird es sein, dass die pariser Sachverständigen die deutsch - internationale Goldnotenbank nach ihrem Gutdünken sanieren wollen und dass es Frankreich vor allem auf schnelle Reparationszahlungen auch in bar, in direktester Form ankommt...

G e r a d e d i e s e F r a g e einer Goldnotenbank als eine W ä h r u n g s - und n i c h t K r e d i t b a n k u n d der f r a n z ö s i s c h e n F i n a n z n o t in ihren Beziehungen zueinander dürfte den Sachverständigen und den Politikern diesseits und jenseits der Grenze noch manches Kopfzerbrechen machen. Sie muss mit grösster Voricht behandelt werden, da in ihr noch manche Gefahren einer neuen Inflation lauern..."(27.1.) -

.....Indessen: unter Zurückhaltung eigener Meinung oder Forderung war dies eine Sorge, über die man sich nicht selbst, sondern "die Politiker" den Kopf zu zerbrechen"hätten.

Schliesslich hat die G. jedoch alle Ueberfremdungsbedenken zurückgestellt und unter Anlehnung an die bankpolitischen Argumente die ausländische Beteiligung in Form einer G o l d w ä h r u n g s b a n k als die f i n a n z t e c h n i s c h ungefährlichste Art des Auslandskredits unter Ablehnung der Rentenbankwährung dargestellt.....

"...Auf der anderen Seite (gegenüber der finanziellen Versklavung - d.Verf.) muss man bedenken, dass die Gewährung von Auslandskrediten in Form der vorgesehenen Goldwährungsbank nach der finanztechnischen Seite hin die ungefährlichste Form ist. Gefahren einer neuen Inflation brauchen bei dieser Kreditgewährung am wenigstens befürchtet werden....."(17.2.)

"...Die endgültige Lösung soll...die internationale Goldwährungsbank für uns werden. Die Rentenmark war ein rein inländisches Zahlungsmittel, und wenn sie auch im Auslande höher bewertet worden ist, so kommt sie für internationale Geschäfte doch nicht in Frage..." (9.3.)

"...Die Gefahren, die Dr. Helfferich, j e t z t s e h r q u a n t i t ä t s t h e o r e t i s c h gesinnt, von dieser Notenausgabe (der Golddiskontbank

- d.Verf.) befürchtet, erscheinen u n s g e r i n g , denn es handelt sich bei solchen Noten nicht um eigentliches Geld, nicht um zusätzliche Kaufkraft, und dort, wo diese Devisenzertifikate eintreten, war schon bisher ein Geldumlauf da, der dann eingezogen würde: der Unterschied ist nur der, dass dieses bisher t o t e Fremdgeld (? also k e i n effektiver Geldumlauf - d. Verf.) jetzt zur Grundlage von Krediten gemacht werden könnte. ..."(Räu. 9. 3.)

.....oder a b g e d r u c k t als "sehr instruktiv" : die Argumentation A. Landsburgh's aus der "Bank" für die Goldnotenbank. Hierbei ist jedoch von der G. - wie es das BT. ausführlich getan hatte - weder die zeitweilig inflationistische Wirkung bei der Umwandlung von "totem Fremdgeld" in effektiven Geldumlauf hervorgehoben, noch die deflationistische Krediteinschränkung beachtet worden, die sich aus einer Verwendung der Anleihe, zur Bezahlung umfangreicher Sachleistungen ergeben musste.

In ähnlicher Art, wie die Währungsfrage, ist von der G. auch das Problem der P f ä n d e r und K o n t r o l l e n behandelt worden. Grundsätzlich zur Stellung von Pfändern für die Erfüllung entschlossen, hat das Blatt zwar einmal (5.1.) eine direkte Verhaftung der Industrie aus wirtschaftspolitischen Bedenken abgelehnt,.....

"...Es ist nicht gleichgültig, ob die Reparation eine Verpfändung von Staat zu Staat bleibt, oder nicht. Wenn die Pfandsicherheit der Reparationen durch die deutsche Privatwirtschaft geleistet werden soll, dann doch n u r a n d a s R e i c h , und nicht direkt an den fremden Staat. Es wäre doch ein Novum in der Wirtschaftsgeschichte, wenn die Privatwirtschaft formal indirekt, in Wahrheit aber direkt an Frankreich zinste...Die Ergänzung der deutschen und französischen Wirtschaft darf nicht über die Reparationsverpflichtungen erfolgen, sondern ist eine privatwirtschaftliche Angelegenheit....." (5. 1.)

.....indessen bei der R e i c h s b a h n belastung die Sicherung des Reichseinflusses vor allem vor dem Zugriff der deutschen Industrie (gleich V. VZ.BT.) hervorgehoben.....

"...Vor allem wäre damit auch (Loslösung aus dem Etat - d.Verf.) die Unterlage für weitgehende Kredite geschaffen, deren die Reichsbahn bedarf, um Reparationsleistungen des Reichs sicher zu stellen. Das Unternehmen wäre durch das bevorstehende Gesetz dem Handelsrecht zu unterstellen und würde wirtschaften genau, wie eine Aktiengesellschaft. Der einzige Unterschied gegenüber einer Aktiengesellschaft wäre der , dass es keine Aktien gibt, weil eben die Reichsbahnanlagen, die das Kapital darstellen würden, unveräusserliches Reichseigentum bleiben. Für das Ausland, z.B. für die Reparation, liegt darin durchaus kein Nachteil, denn dem ausländischen Gläubiger kommt es vor allem darauf an, dass er, in dem Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat, seinen Einfluss geltend machen kann und vielleicht auch noch b e s o n d e r s durch ein Vetorecht oder s o n s t w i e die Sicherheit erhält, dass die Reichsbahn ihren Zinsverpflichtungen sicher nachkommt...Für das Reich passt die Rolle eines Reichsbahnaktionärs garnicht. Sie würde dem Reich von vornherein eine falsche Einstellung gegenüber den Reichseisenbahnen geben..... ...Unleidlich wäre es dagegen, wenn darüber hinaus (über Reichsbahnverpfändung und Reparationsleistung als Preis für Rhein und Ruhr - d.Verf.) auch noch das Reich selbst als Aktionär die Reichsbahn wie ein Finanzobjekt ausbeuten wollte...Und wer steht dafür ein, dass nicht übermorgen dem Reiche ein K ä u f e r für R e i c h s b a h n a k t i e n sich anbietet ? Ein Käufer, der schon einen schönen Preis dafür zahlt, weil er mit den Aktien auf dem Wege über die Generalversammlung der Reichsbahn, z.B. in den Tarifen, eine Interessenpolitik treiben kann, die seiner W i r t s c h a f t s g r u p p e draüssen in unserer allgemeinen Volkswirtschaft vielfältig das an Profit hereinbringt, was beim Aktienkauf, weil die Reichsbahn mässig,oder garnicht rentiert, zugeschossen wird? D a liegen die G e f a h r e n !..." (19.3.)

.....und in einer einzigen, durch die Ausführungen Dr. Helfferichs veranlassten allgemeinen Kritik des Planes die Gefahr einer Ueberfremdung durch die Re-

parationsgläubiger als nicht vorliegend dargestellt. (19.4.)

Sind in diesen, den entscheidenden Interessen gegenüber untergeordneten Ausführungen des Blattes in erster Linie gewerkschafts- und bankpolitische Gesichtspunkte, wie sie in V. VZ. und BT. ausführlich begründet worden sind, zu Worte gekommen, so hat die G. auf eine irgendwie produktionspolitische Erörterung der Fragen der Höhe und Tragbarkeit der Belastung unter dem Prinzip der L e i s t u n g s f ä h i g k e i t völlig verzichtet. Die Wiederherstellung der W i r t s c h a f t s e i n h e i t als deren Voraussetzung ist zwar ale eine Selbstverständlichkeit erwähnt, indessen redaktionell nicht besonders, d.h. als Bedingung derart behandelt worden, dass das Blatt unter Vertretung einer konsequenten "Taktik der Bedingslosigkeit" die militärische Räumung garnicht zum Gegenstand eine Bedingung und die wirtschaftliche zu einer "Schlussfolgerung" des Planes gemacht hat.

Von vornherein zur Annahme der Londoner Beschlüsse entschlossen.....

"...Die Beschlüsse des I. Komitees über das Verfahren bei Feststellung deutscher Verfehlungen dürften bei den kommenden Verhandlungen mit Deutschland nicht unüberwindliche Schwierigkeiten abgeben..." G.Pfafferot,5.8.A.) - Ferner: Siehe: Bedingungen -

.....hat die G. ein Urteil über die Tragbarkeit der Lasten vermieden.....

"...Die Lasten, die die Verwirklichung des Planes mit sich bringen, sind ausserordentlich gross. Ob sie in dieser Höhe überhaupt tragbar sind, ist ausserordentlich zweifelhaft. Anscheinend haben die Experten mit einer steigenden Blüte der deutschen Wirtschaft gerechnet. Dass der ganze Zahlungsplan auf der Voraussetzung basiert, dass die finanzielle und wirtschaftliche Einheit des Reichs wiederhergestellt wird, betont der Bericht mehrfach mit erfreulicher Deutlichkeit. Eine E n d l ö s u n g können diese Vorschläge deshalb n i c h t bringen, weil auch hier wieder eine Endsumme nicht genannt wird..."(10.4.M.)

.....und dafür die V o l l ä u f i g k e i t der ganzen Lösung als eines "E x p e r i m e n t e s grösseren Stils".....

"...Man darf ferner niemals ausser acht lassen, dass die Durchführung des Sachverständigenberichts bis jetzt nur ein wirtschaftliches Experiment grösseren Stils darstellt, für das nur ganz grobe Erfahrungen vorliegen..." (G. Pfafferot, 5.8.M.)

.....hervorgehoben, wie ja letzten Endes vor dem vorwiegend religiösen Blick des Blattes alle ökonomischen Interessenkämpfe nur Experimente grösseren oder kleineren Stils bedeuteten.

4.

D a s P r i m a t d e r P r o d u k t i o n i n d e r R e c h t s p r e s s e .

(Zusammenfassung -) Unter dem Primat freier Produktionsfähigkeit orientiert, die vor allem durch den unmittelbaren Druck der Micumlasten und einer restriktiv gehaltenen Kreditpolitik als unerträglich begrenzt empfunden wurde, sahen die in der D e u t s c h e n A l l g e m e i n e n Z e i t u n g dem T a g , dem B e r l i n e r L o k a l a n z e i g e r , und der D e u t s c h e n T a g e s z e i t u n g vorwiegend vertretenen Interessen der Industrie und Landwirtschaft in der Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit den unmittelbaren Vorteil einer Annehme des Dawes-Gutachtens und als dessen wesentliche Folge die Möglichkeit baldiger und grösserer Auslandkredite. Die übrigen Vorschläge der Sachverständigen wurden direkt oder in ihrer mittelbaren Wirkung als Belastung eigener Gruppeninteressen angesehen - soweit von ihnen nicht - wie im Transfer - Schutz - eine Suspendierung der Verpflichtungen, vielleicht ein Scheitern ihrer Durchführung, oder - wie in der Subsidärhaftung des Reichs -eine Rückversicherung erwartet werden konnte.

Abgesehen von der konsequent vertretenen Forderung, die Wirtschaftseinheit wiederherzustellen, sind von den Blättern diese, ihre Haltung entscheidenden Motive positiv kaum zum Ausdruck gebracht worden, vielmehr überwiegend indirekt in einer zwar ausführlichen, scharfen, aber die Gesamtlösung nicht ablehnenden Kri-

tik hervorgetreten. Unter den leitenden Gesichtspunkten der Autonomie und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ist in diesen Erörterungen die neue Reparationsregelung als ein Problem der Kontrolle und Besteuerung - nicht der Stabilität und des Transfers ! der Belastung also, behandelt. Die Höhe der Last erschien den Blättern neben dem materiellen Verpflichtungen umso grösser und gefährlicher als sie die neue Währungsregelung als Kreditverzicht, den Transfer-Schutz durchbrochen, die Gefahr der Ueberfremdung erkannten und in ihren Spalten eine Lösung durch Verschuldung nicht vertretbar war.

Das in den Vorschlägen der Sachverständigen sowie in V. VZ. und BT. beherrschende Motiv der Stabilität ist in der Kritik der Rechtspresse - soweit ihm nicht die Hoffnung auf ein Scheitern des Planes gestanden hat - insofern von untergeordneter Bedeutung gewesen, als man eine Rentenmarkstabilität als gegeben und den Ausbau der Rentenbank als erstrebenswert und möglich angesehen hat. Besondere sozialpolitische Gedankengänge sind nicht hervorgetreten.

a.

(Das Wesentliche -) Den Vorschlägen der Sachverständigen und dem Londoner Protokoll gegenüber befand sich die Rechtspresse im ebenso grossen Gegensatz der Interessen wie der allgemeinen Denkhaltung. Wieweit belastet - oder entlastet - die neue Reparationsregelung die Leistungsfähigkeit und Selbständigkeit der Wirtschaft war in DAZ., Tg., BLA. und DT. die entscheidende Frage, die teils deutlich an der Spitze, immer aber im Hintergrund aller Erörterungen gestanden hat. Die letzten Endes auf geborgte Ausfuhrüberschüsse gebaute Lösung der vorwiegend finanz- und bankpolitisch gebundenen Sachverständigen widersprach grundsätzlich dem produktionspolitischen Denken dieser Blätter. Die Reparationen zu borgen, statt zu erübrigen, wäre in diesen Spalten umso mehr eine gruppenfremde Argumentation gewesen, als in ihnen die sozusagen "soliden" Gedankengänge "immobilen" Wirtschaftsdenkens geläufig waren. In der Tat ist die Kritik dort am schärfsten gewesen, wo die Vorstellung von einer Erfüllung durch Verschuldung am wenigstens vertretbar war.

Es muss nun als eine zeitungswissenschaftlich wesentliche Tatsache festgehalten werden, dass diese nicht nur in den Finanz und Bank-, sondern auch führenden Wirtschaftskreisen teils als nötig, teils als unvermeidlich angesehene Lösung: durch Verschuldung zu erfüllen, sowie das grosse Kreditbedürfnis der Wirtschaft keine positiv - anerkennende, seiner Bedeutung entsprechende Behandlung erfahren hat. Zunächst standen die Blätter vor allem unmittelbar unter dem Eindruck der Tatsache, dass das Gutachten s e l b s t den erhofften W i r t s c h a f t s k r e d i t n i c h t bringe. Daneben ist das entscheidende Kreditbedürfnis nur gelegentlich und sehr zurückhaltend von den Redaktionen zum Ausdruck gebracht worden, und zwar verhältnismässig deutlich von DAZ., Tg. und BLA. in der Form.....

"...Auslandskapital brauchen wir zwar sehr dringend..."(Aber keinen Währungskredit - d.Verf.) (DAZ. F. S.24.2.) -

"...Im übrigen ist nach allen Gebiets- und Rohstoffverlusten für unsere verarmte Wirtschaft die Einfuhr erheblicher Rohstoffmengen, die wir nötig haben, im Augenblicke und wohl auch in absehbarer Zeit nur mit Hilfe langfristiger Auslandskredite möglich..." (Tg.16.7.)

"...Zusammenfassend kann man folgendes sagen: wird das Dawes-Gutachten angenommen, und werden, wie vorgesehen, grosse Summen in Deutschland angelegt, so wird das Ausland starken Einfluss auf die Wirtschaft gewinnen. Günstige Folgen werden sein: die Kurse der deutschen Wertpapiere, hinter denen sich gute Sachwerte verbergen, werden steigen, und die Effektenbörsen werden sich beruhigen. Ferner wird Geld zu produktiven Zwecken eher zu erhalten sein, wodurch das Wirtschaftsleben voraussichtlich leichter in Gang kommen wird....." (Tg.R.Findeisen, 4.7.)

"...Eine vorübergehende Erleichterung kann durch ausländische Kredite eintreten. Man muss aber nicht alles Heil von ausländischen Krediten erwaten....." (BLA.S.B.21.5.M.)

.....eines "Zwar - aber". Wenn auch die DT. Auffassungen von der Unentbehrlichkeit langfristigen Agrarkredits nicht unterdrückt hat,.....

"...Die Umwandlung in langfristige Realkredite kann aber heute ohne Auslandshilfe nicht vor sich gehen. Dieser aber steht vor allem der sonstige Kreditbedarf Deutschlands im Falle einer Durchführung der Reparationsvorschläge im Wege..."(DT."von besonderer Seite",18.5.)

"...Nur die Inlandsersparnis kann uns helfen ! ...Wir haben diese Ansicht (der Notwendigkeit von Auslandskrediten - d.Verf.) stets sehr bekämpft, weil wir keine Möglichkeit sehen, vom Ausland auch nur einen Bruchteil der Kredite zu bekommen, die unsere Wirtschaft braucht..."(DT. -m-,14.6.A.)

.....so ist von ihr die Kreditbeschaffung grundsätzlich als innerdeutsches Problem dargestellt worden.

Als einziges Blatt - wenn man von gewissen Erörterungen Dr. Helfferichs über die Transfergefahren absieht - hat die DAZ. unter den Rechtsblättern eine wahrscheinliche Lösung des in diesen Blättern allgemein als unlösbar erklärten Erfüllungsproblems verhältnismässig ausführlich dargestellt: 81).....

"...Sobald man nämlich den Zwang der Reichsbank, Gold anzukaufen, in Verbindung mit dem Transfer bringt, dann erhält das System eine fürchterliche Berechtigung. Denn nun ergibt sich...keine Verlegenheit mehr für den Reparationsagenten..." (DAZ.F.S.,24.8.M.) -

.....speziell unter dem Gesichtspunkt des Goldannahmezwanges der Reichsbank (§ 22 des Reichsbankgesetzes.)

Danach ist auch der in Wirtschaftskreisen im Zusammenhang mit der 5-Milliarden-Grenze so hoch geschätzte Transfer-Schutz als entscheidender Vorteil positiv wenig anerkannt worden und erst dann in seiner Bedeutung hervorgetreten, als man ihn durch das Londoner Protokoll durchbrochen sah. Die kapital-bewegli chen, also mobilem Wirtschaftsdenken am wenigsten zugängliche DT. hat sich, das formale Transfer-Prinzip wörtlich nehmend, am weitesten dem Transfer-Schutz anvertraut,.....

"...Es ist für uns gar kein Zweifel, dass man aus Deutschland die genannte Summe nicht herausschaffen kann (2 1/2 Milliarden- d.Verf.) Im Frieden war der Transfer-Ueberschuss vielleicht 1/2 bis 1 Milliarde jährlich, weshalb gerade die Lösung dieses Problems von besonders grossem Interesse für uns ist. Bisher hat man jedenfalls noch keinen Weg zu seiner Lösung entdecken können,. ..."(DT. Otto Flick, 13.4.)

.....ohne seine andere Seite und Aufgabe, die Erfüllung des Planes erst ermöglichen zu helfen, in ihren Spalten ahnen zu lassen. Wenn von der DAZ. die "verhältnismässig klare Lösung" des Transfer-Schutzes nach dem ursprünglichen Dawes-Plan zugegeben worden ist.....

"...Das Dawes-Gutachten enthielt eine verhältnismässig klare Lösung, indem die Entscheidung dem Transfer-Komitee oblag und dieses wieder an gewisse Normen gebunden war. Auch dann hing natürlich noch ungeheuer viel von der Entscheidung dieses Komitees ab..."(DAZ. F.S.,21.8.A.)

.....so war doch die "fürchterliche Berechtigung" dieses Mechanismus, wie oben gezeigt, klar gewesen. Indessen ist die allgemeine Wertschätzung des Transfer-Prinzips im Sinne einer Suspendierung der Verpflichtungen infolge der Erreichung der 5-Milliarden-Grenze sofort dann hervorgetreten, als es durch die Sachliefe rungsregelung und Beschränkung der Vollmachten des Transfer-Agenten nach dem Londoner Protokoll durchbrochen schien.

Die Subsidär-Haftung des Reichs für die Sonder-Pfänder der Industrie und Reichsbahn bedeutete für die unmittelbar verhafteten Interessen zunächst eine Rückversicherung von wesentlicher Bedeutung, letzten Endes aber im Falle ihrer Inanspruchnahme eine weitere, allgemeine Belastung. Auch hier ist der Wert dieser Rückversicherung für den Kreis der unmittelbar Belasteten positiv nur nebensächlich,.....

"...Für die Zahlungen der Industrie hat, wie gesagt, das Reich die Garantie zu übernehmen. Ganz abgesehen von dieser Tatsache erscheint es aber ausgeschlossen, dass die Industrie auch nur die Summe von 250 Millionen aus ihren Ueberschüssen wird entnehmen können..."(BLA., 21.8.M.) - Ebenso: Tg. 17.5. , DAZ.27.7.

.....aber indirekt ausführlich in der Art hervorgetreten, wie die Blätter gerade unter dem Eindruck dieser Subsidär-Garantie des Reichs das Erfüllungsproblem immer weiterer Besteuerung darstellen, wobei die DT. die Frage aufgeworfen hat: " Wie hoch kann diese Belastung des Volks überhaupt sein ? "

Als oberste der entscheidenden Bedingungen ist indessen die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit, mehr als selbstverständliche Forderung, denn Vorteil, konsequent erörtert worden 82, bis zu dem Grade, dass ihretwegen die Forderung nach sofortiger militärischer Räumung aufgegeben worden ist, und - wie aus den Erörterungen des 30. August hervorgeht - weniger aus aussenpolitischen , als aus innerpolitischen Gründen. (Auflösungsdrohung !)

Die in erster Linie entscheidende Sorge um die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit ist sogleich unter dem Eindruck der ersten Erklärungen der Sachverständigen hervorgetreten. Als Mr. Dawes in seiner Eröffnungsrede als ersten Schritt, der seiner Meinung nach unternommen werden müsste, Massnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung hingestellt und der 1. Ausschuss sich sogleich für eine, von der deutschen Regierung unabhängige Goldnotenbank mit internationaler Kredithilfe und Kontrolle ausgesprochen hatte (23.1.), ist von der gesamten Rechtspresse nicht nur aus taktischen, sondern auch grundsätzlichen Motiven sofort dieser Bevorzugung der Goldwährungsinteressen widersprochen worden.

Unter dem Postulat: Wirtschaft v o r Währung haben die Blätter deutlich auf die Lage des Ruhrbezirks und Reichsbudgets hingewiesen 83).....

"... mit grösstem Nachdruck (muss - d.Verf.) daraufhingewiesen werden, dass alle wesentlichen Schwierigkeiten in der Budgetfrage liegen und dass diese Budgetfrage unlösbar mit der Reparationsfrage verbunden ist..."(DAZ.F.S.,2311)

"...Kein verhängnisvollerer Irrtum ist in unserer Lage gegenüber dem Sachverständigenausschuss möglich, als dass die Krankheit, an der Deutschland leidet, darin bestehe, dass wir keine "Goldnotenbank" besitzen. Die Krankheit,an der wir heute leiden und die das deutsche Volk mit dem Untergang bedroht, hat ihren Sitz in den unsinnigen Lasten, die uns das Versailler Diktat, das Londoner Ultimatum und neuerdings die Industrieverträge, die Frankreich- Belgien der rheinischen Industrie aufgezwungen hat, auferlegt haben..."
(Tg. Helfferich 30.1.)

.....und sehr bald gezeigt, dass ihr Widerspruch weniger von einer ernstlichen Ablehnung der Goldwährungspläne der Sachverständigen, als der entscheidende Sorge um die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit, bzw. Vernachlässigung der Micumfrage durch den I.Ausschuss diktiert gewesen war.

Die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit als conditio sine qua non ist am frühesten in - der DT. 84), bald darauf am **ausführ**lichsten als unmittelbarer Druck der Micumlasten in der Scherlpresse zum Durchbruch gekommen. Merkwürdigerweise inmitten schärfster Kritik der "Versklavungspläne" hat die DT. bereits am 23.2.erkennen lassen, dass die einzige Rechtfertigung in der Preisgabe weiterer deutscher Souveränitätsrechte ausschliesslich in der Wiederherstellung des Ruhrgebiets gesehen werden könnte. Danach haben Tg. und BLA., das Goldnotenbankprojekt der Sachverständigen trotz der scharfen Kritik Dr. Helfferichs sogleich billigend.....

"...Voraussetzung für eine grosse Währungsanleihe, ohne die innerhalb Deutschlands oder in seinen Grenzen eine Zentralnotenbank nicht geschaffen werden kann, ist a b e r die Stabilisierung der p o l i t i s c h e n Verhältnisse..." (Tg.15.1.)

"...Die Sachverständigen werden in Berlin in den Funktionen der Rentenbank eine ausbaufähige Grundlage für die projektierte und bereits grundsätzlich g u t g e h e i s s e n e G o l d n o t e n b a n k kennen lernen und sie werden feststellen können, dass die deutsche Fähigkeit, Reparationen zu zahlen, abhängt von der freien Verfügung des Reichs über die Ausnutzung der Produktivstätten an Rhein und Ruhr..."(Tg.30.1.)

.....deutlich unter dem Druck der Micumlasten eine "Klärung der Gesamtlage..... bis 15.April" um der Rettung des Ruhrbergbaus willen verlangt,.....

"...Angesichts der Unmöglichkeit der Verlängerung der Micumverträge (ohne Reichszuschüsse -d.Verf.) kann nur erneut darauf hingewiesen werden, dass durch die Sachverständigenberatungen bis 15.April eine Klärung der Gesamt -

lage insoweit erfolgt, dass sich auch die weitere Gestaltung der Lieferungen der der Industrie übersehen lässt..." Tg.23.3.) - Ebenso: Tg.,BLA15.4.

"...Wird die Hoffnung auf Kredite (für den Ruhrbergbau angesichts der Sachverständigenvorschläge -d.Verf.) getäuscht, ist die E x i s t e n z d e s R u h r b e r g b a u s b e d r o h t . Die sich daraus ergebenden Folgen sind so fürchterlich, dass u n b e d i n g t auf die eine oder die andere Weise die K r e d i t f r a g e g e l ö s t w e r d e n m u s s." (Tg.und BLA.18.4 und 20.4.M.A. Heinrichsbauer, Essen.)

.....die naturgemäss nur bei grundsätzlicher Zustimmung zum Ergebnis der Beratungen erwartet werden konnte. Daher ist nach Veröffentlichung der Gutachten vom Tg. die Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit, die Dr. Helfferich zwar als "einziges", aber "prekäres und problematisches...Aktivum" (Tg.12.4.) bezeichnet hatte, schliesslich als der einzige "restlose Gewinn" gebucht worden: "So bliebe also nur die Befreiung der Industrie von den Micumverträgen als restloser Gewinn zu buchen." (Tg."Soll und Haben, ein "Kenner",1.8.)

S o u n m i t t e l b a r ist die Last der Micumverträge von der Redaktion der DAZ. nicht zum Ausdruck gebracht worden. Wenn sie auch das Zugeständnis hat veröffentlichen lassen, dass die "Micumtortur die deutsche Grossindustrie in den sauren Apfel zu beissen" zwingen,.....

"...In der Tat, das industrielle Unternehmertum wird an dem Dawes-Regime zu tragen haben, als an dem Wirtschaftsregime der Inflationszeiten, aber die Micumtortur zwingt die deutsche Grossindustrie, in den saueren Apfel zu beissen..."(DAZ. Dr. W. Zimmermann,11.7.A.)

.....so ist sie doch in der Anerkennung dieses entscheidenden Vorteils zurückhaltender.....

"...Nach dem unmissverständlichen Wortlaut des Berichtes ist aber eine unabweisbare Voraussetzung für die Durchführung des Planes eben die Wiederherstellung der steuerlichen und wirtschaftlichen Einheit des Reichs, der Fortfall der Behinderung und Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Tätigkeit durch fremde Organisationen, die "hinreichende Aenderung oder Rückgängigmachung der gegenwärtigen Massregeln, s o w e i t s i e d i e s e T ä t i g k e i t b e h i n d e r n ". Schon d i e s e r W o r t l a u t kommt einer endgültigen S a b o t i e r u n g der Gutachten gleich..."(DAZ.Dr.F.K.1.5.M.)

.....gewesen.

Der entscheidende Wert dieser Bedingung hat sich im übrigen in der ganzen Rechtspresse in den Tagen des 15.August gezeigt, wo die Blätter, besonders DAZ. Tg. und BLA. die Vertagung der Londoner Verhandlungen im Interesse einer sofortigen militärischen Räumung verlangt und diese Forderung erst unter dem Eindruck der Auflösungsdrohung des Kabinetts Marx aufgegeben haben.

Die allgemeine Zurückhaltung dieser Blätter in der Anerkennung der Vorteile, die das Gutachten brachte, hat überdies den Forderungen der "Erbfeindtheorie entsprochen 85).

b.

(Das Zugeordnete -) Fast der grösste Teil der Erörterungen der Rechtspresse über das Dawes-Gutachten und das Londoner Protokoll ist scharf kritischen, teilweise ablehnenden Charakters gewesen. Indessen ist der Rang dieser Meinungen, gewogen an ihrem Wert hinsichtlich der Entscheidung, schon dadurch bestimmt worden, dass sie zwar überall die Belastung eigener Gruppen-, also Produktionsinteressen, behandelt, aber um der wesentlichen Vorteile willen nirgends eine Ablehnung der neuen Reparationsregelung in ihrer Gesamtheit gefordert haben. Trotz ihrer Schärfe ist diese Kritik daher nur von zugeordnetem Rang gewesen und jeder Leser, die sich über d i e s e n Wert dieser Meinungen nicht im klaren gewesen ist, muss nach einer teilweise ausführlich vorgetragenen Ueberzeugung von der +Unerfüllbarkeit der Verpflichtungen" mit einigem Erstaunen jene Auffassungen gelesen haben, nach denen diese unerfüllbaren Verpflichtungen dennoch angenommen werden müssten.

Diese Kritik ist in erster Linie von der Sorge um die Selbständigkeit de

deutschen Wirtschaft vor dem Zugriff der Reparationsgläubiger, d.h. von der Erkenntnis der Wechselwirkung zwischen Belastung und Kontrolle, bzw. dem allen Ausführungen gemeinsamen Grundgedanken beherrscht gewesen, dass die Gefahr der Ueberfremdung umsomehr wachsen müsse, je weniger die, mehr oder minder gross dargestellten Verpflichtungen zu erfüllen seien, wobei die Ueberfremdung einerseits als Möglichkeit und Folge, andrerseits als Tatsache und Hauptzweck der Ueberlastung angesehen worden ist. Wie bereits angedeutet, ist die Auffassung von der Grösse der Gefahr des Verzuges dort am schärfsten vertreten worden, wo die bankmässige Vorstellung einer "mobilen", kredit-,bzw.transfertechnischen Durchführung des Planes auf dem Wege - "vorläufiger" -Verschuldung am wenigsten möglich war 86).

In der Tat sind die Unterschiede in der Gesanthaltung dieser Kritik - im Rahmen der grundsätzlich gemeinsamen Gedankengänge - zwischen den einzelnen Blättern vor allem darin hervorgetreten, wie sie - ihren Produktionsstufen und deren Interessen entsprechend - die Probleme mehr "mobil" oder "immobil" durchdacht, die Erfüllung mehr unter dem Gesichtspunkt e c h t e m oder g e b o r g t e m Ueberschusses und die Lösung als mehr v o r l ä u f i g e oder mehr e n d g ü l t i g e Lösung eingeschätzt haben.

In der Erkenntnis sowohl der bei Erfüllung gegebenen, als auch der bei sinkender Leistung vorgesehenen Kontrollrechte haben die Blätter vor allem übereinstimmend den Gedanken zum Ausdruck gebracht, dass die formal vorgeschriebene Belastung umso grösser sei, als das von den Sachverständigen vertretene Argument staatlicher und privater Inflations-Entschuldung volkswirtschaftlich falsch wäre und das Gutachten selbst der Wirtschaft keinen Kredit bringe. Infolge der Ueberschneidung aller Lasten und der Haftung des Reichshaushalts ist das Problem der E r f ü l l u n g grundsätzlich als eine F r a g e der B e s t e u e r u n g dargestellt worden. Darüber hinaus sind indessen bei den einzelnen Blättern Unterschiede in der bevorzugten Behandlung der ihren besonderen Produktionsinteressen entsprechenden Fragen deutlich hervorgetreten, angesichts deren es am besten ist, den Gedankengang jedes Blattes f ü r s i c h darzustellen.

D . A . Z .

Den Blick vor allem auf die Verpflichtungen der nächstliegenden Jahre gerichtet, hat die DAZ. sich ausführlich um den Nachweis bemüht, dass die tatsächlichen Lasten des "Moratoriums" schon im ersten Jahre 1.246 Milliarden Mk. betrügen.....

"...Noch heute, nachdem Monate zum Studium des Gutachtens zur Verfügung standen, wird in Deutschland das Märchen verbreitet, es seien in Wirklichkeit nur 200 Millionen Mk. zu bezahlen...

In Wirklichkeit ist die deutsche Wirtschaft im e r s t e n Jahre des sogenannten Moratoriums mit 1. 246 Milliarden Mk. voll belastet..."(F.S.8.7.M.) -

.....und nicht nur 200 Millionen, wie es von den Sachverständigen und der ihnen zustimmenden Presse behauptet worden sei. Diese Auffassung ergebe sich aus der Erkenntnis, dass die internationale Anleihe mit ihrer doppelten Verwendung (neben ihr: die Rentenbankliquidation - siehe unten.) einerseits als Deckungsfond der neuen Goldnotenbank verbraucht und deren Note kein Kreditmittel sei,.....,

"...Die 800 Millionen sind in die Notenbank abgeführt worden und ruhen dort . Die Anleihe ist verbraucht, aber nicht, um den Bedarf der deutschen Industrie an Auslandskrediten zu decken, sondern, um als Deckung für die Noten der neuen Bank zu dienen. Bei jeder Aufnahme einer Devisenanleihe besteht die Alternative: sie entweder zum Warenbezug, oder zur Notendeckung zu verwenden...Allerdings ist es möglich, z.B. einen Baumwollexporteur in den Vereinigten Staaten mit der neuen Note zu bezahlen. Aber die Hingabe der neuen Note bedeutet ja doch die Hingabe eines Anspruchs auf sofortige Zahlung. In den Inflationszeiten konnte man damit rechnen, dass deutsche Noten von den Empfängern im Auslande zu spekulativen Zwecken zurückgehalten wurden, um am Kurse zu verdienen. Aber diese Zeiten sind vorüber. Die Noten sind das, was die Noten in

Vorkriegszeiten immer waren: ein Zahlungsmittel, aber kein Kreditmittel. Der ausländische Exporteur, der Noten in Zahlung nimmt, will ja auch keinen Kredit geben, sondern er will sofort bezahlt sein. Er wird deshalb die Noten umgehend an solche verkaufen, die Zahlungsverpflichtungen an Deutschland haben. Sind solche Verpflichtungen in Deutschland nicht in genügender Höhe entstanden, um die ins Ausland geflossenen Notenbeträge glatt zu absorbieren, so wird der Kurs der neuen Note sinken. Ob das der Fall sein wird, oder nicht, ist eine Frage der Entwicklung des Aussenhandels, der jedenfalls ganz unabhängig vom 800 Millionenkredit ist. Sollte aber der Fall eintreten, dass der Kurs der neuen Note sinkt, so wird natürlich die neue Bank dem mit dem Mittel der Diskontpolitik entgegentreten können. Sie würde dadurch die Preise im Inlande senken und den Export forzieren und zwar solange, bis der Austausch : Importware gegen Exportware, Zug um Zug wieder hergestellt ist. Durch Hingabe von Noten kann eben unmöglich ein Kreditgeschäft zustande kommen, genau so wenig, wie eine Bezahlung durch Noten im Inlandsgeschäft eine Kreditgewährung in sich schliesst..."(F.S.8.7.M.) - Ebenso : F.S.8.6.M. und 22.7.A. u.bereits 24.2.-

.....sowie andrerseits die Finanzierung der Sachlieferungen zu einer zwangsläufigen Krediteinschränkung führen müsse.....

"...Man darf sich auch nicht dadurch täuschen lassen, dass für 800 Millionen neue Aufträge der Wirtschaft zugute kommen und darf nicht schliessen,dass die Wirtschaft deshalb 800 Millionen neue Zahlungsmittel aufnehmen können. Zunächst ist es zweifelhaft, wieviel von diesen 800 Millionen Mark n e u e Aufträge sind, und wieviel alte, nur mit dem Unterschiede, dass sie jetzt vom Auslande nicht bezahlt werden. Ferner aber: es ist natürlich irrig, zu glauben, dass in eine Wirtschaft für 800 Millionen Mark neue Zahlungsmittel d a u e r n d hineingepresst werden können, weil ein e i n m a l i g e r Auftrag in dieser Höhe vorliegt, zumal, wenn dieser Auftrag ein Tributauftrag ist, der W a r e n u m l a u f also durch ihn n i c h t v e r m e h r t wird, da er ja unbezahlt über die Grenze geht..." (F.S.8.7.M.)

"...Das geschieht auch garnicht, sondern die Sachleistungen werden so finanziert, dass denjenigen, die bisher für 800 Millionen Mark Kredite bezogen haben, diese Kredite gekündigt werden. Man kann sich das einfach s o vorstellen, dass die so aus dem Verkehr gezogenen Summen der Reparationskommission übergeben werden, die mit ihnen jetzt die Sachleistungen bezahlt, nachdem sie sie in neue Noten umgewandelt hat..." (F.S.8.6.A.) -

.....Denn Sachleistungen bedeuteten keine Erweiterung des Warenumlaufs und ihre Bezahlung einen Kreditverzicht.

Darüber hinaus hat sich die DAZ. von allen Rechtsblättern am deutlichsten gegen jene, teilweise weitgespannten Hoffnungen gewandt, die, ausgehend vom Prinzip und Umfang der Deckung, nach Annahme des Gutachtens eine Erhöhung des Zahlungsmittelumlaufs in erheblichem Masse erwarteten. Diese Hoffnungen wären umso weniger berechtigt, als die neuen Notenbank vor allem die Stabilität bei Durchführung der Reparationen, zu garantieren habe.....

"...Die Aufgabe der neuen Bank ist es, über die Stabilität der von ihr in Umlauf gesetzten Noten zu wachen...Dies ist die Aufgabe jeder Notenbank, und dabei spielt das Prinzip der Drittel-Deckung nur die Rolle, das mit ihr die oberste Grenze für den Notenumlauf gezogen ist. Wieweit die neue Bank an diese oberste Grenze herangeht, das ist eine Frage, die sie unter rein w ä h r u n g s p o l i t i s c h e n Gesichtspunkten im Hinblick auf die aufrecht zu erhaltende Stabilität der Währung entscheiden wird. Die Bank wird also zu prüfen haben, ob die Währungsstabilität es verträgt, dass die 800 Millionen neue Noten in den Verkehr setzt und auf diese Weise die Kreditlage erleichtert.

Was berechtigt aber zu der Annahme, dass die Bank diese Frage im bejahenden Sinne entscheiden wird? G a r n i c h t s ! Denn das Quantum der Umlaufsmittel, das die deutsche Wirtschaft v o r Unterzeichnung des Abkommens ohne Erschütterung der Währung ertragen kann und das ihr durch die Reichsbankpolitik zugebilligt wird, wird ja doch d e s h a l b nicht ver-

grössert werden können, weil das Abkommen unterzeichnet ist. Die Unterzeichnung des Abkommens bedeutet ja doch keineswegs den Umschlag der Konjunktur und n u r ein Umschlag der Konjunktur könnte eine Ausdehnung des Zahlungsmittelumlaufs durch freigiebigere Kreditpolitik rechtfertigen..."(F.S.,8.7.M) .....und im übrigen den Kredit nur im Falle des Umschwungs der Konjunktur , nicht aber lediglich auf Grund der Annahme des Gutachtens, erweitern könne.

Im Kampfe gegen die als Währungskredit bzw. Wirtschaftsbelastung erkannte internationale Anleihe hat die DAZ. schliesslich diese Anleihe scharf abgelehnt, da sie - abgesehen von ihrem Zweck als Kompensationsobjekt - "die Ausplünderung" der Wirtschaft zugleich unter Aufrechterhaltung der Stabilität in einem Masse ermöglichte, das ohne diesen Fond zu sofortiger Zerstörung der Währung.....

"...Diese Anleihe wird zum grossen Kompensationsobjekt aufgeblasen, das Deutschland konzediert werden soll, wenn es nur im übrigen ohne weitere Vorbehalte alles schluckt, was man ihm zu kredenzen gedenkt. Man stellt so dar, als würde der angelsächsischen Kapitalmarkt durch die Anleihe eine gewaltige Last auferlegt, während sie in Wirklichkeit kaum mehr ist, als eine wohlfeile Drapierung politischer Wünsche und ein bequem zu handhabendes Verhandlungsmittel...

...Sie bringt keinen Pfennig neues Kapital nach Deutschland hinein, aber sie führt mit Hilfe eines Mechanismus, den wir des öfteren auseinander setzten,zu Störungen der deutschen Kreditwirtschaft, die alles andere, als einen Wiederaufbau einleiten.

...Soweit die Währungsstabilisierung in Betracht kommt, sind die 800 Millionen kein Schutz für Deutschland, das unerbittlich ausgeplündert werden kann, solange der Millionenschatz reicht, sondern ein Schutz für die Entente, der dieser Millionenschatz die Ausplünderung erst ermöglicht. Sofern die 800 Millionen zur Stabilisierung der Währung verwendet werden müssen, ist auch gleichzeitig dargetan, dass Deutschland von der Entente stärker geschröpft wird, als es geschröpft werden könnte, wenn dieser Interventionsfonf nicht zur Verfügung stände, um einen sofort einsetzenden Währungszusammenbruch zu vermeiden..."(22.7.A.) -

.....führen müsste. Wie man sieht, ist diese Schärfe bei der Kritik der Anleihe sichtlich von enttäuschten Kredithoffnungen diktiert gewesen.

Dementsprechend hat die DAZ. auch die neue Goldwährung - deren Vorausset - zung die Anleihe war - von den ersten, währungsprogrammatischen Aeusserungen des Dawes-Ausschusses an scharf und ausführlich kritisiert und zwar nicht nur - wie bereits gezeigt - als eine Bevorzugung von Goldwährungsinteressen vor Wirtschafts- und Budgetbedürfnissen, sondern auch bankingtheoretisch vom währungspolitischen Standpunkt aus. Unter dem leitenden Gedanken, dass die Währungsstabilität das Ergebnis einer primär produktiven Wirtschaft (sowie eines sanierten Budgets. 87) und praktisch durch den Seltenheitswert der Note,.....

"...Das Misstrauen Dr. Schacht's auf die Rentenmark stützt sich offenbar auf ihre Deckung, d.h.auf den Kurs der Rentenbriefe, dem er keine günstige Prognose steckt. Demgegenüber wird man einwenden müssen, dass die D e c k u n g einer Note k e i n e R o l l e spielt, wenn es gelingt, ihr den Seltenheitswert zu erhalten..."(F.S.27.1._ -

.....nicht aber ihre Golddeckung, gegeben und für die Zukunft durch eine entsprechende Kredit- und Diskontpolitik.....

"...(Das Gutachten - der Verf.) Es kommt immer wieder auf den Gedanken zurück, dass die Stabilität der Mark nur ein vorübergehender Zustand sei, der jeden Augenblick sein Ende nehmen könnte. Deshalb müsste alsbald eine neue Goldwährung geschaffen werden, weil man es nicht verstanden hat, den Sachverständigen die w a h r e deutsche Währungslage klar zu machen, weil man ihnen nicht auseinandersetzte, dass zur Sicherheit der Mark nichts anderes ermangelte, als eine energische S t ü t z u n g von Seiten der K r e d i t p o l i t i k her, um so gesund zu sein, wie die Lage irgendeiner Währung..." (F.S.1.6.M.) -

"...Entweder laufen diese Kredite (Auslandskredite - d.Verf.) in Form von Valuta um, oder sie werden bei der Reichsbank gegen Papiermark verkauft. Dann läuft ihr Gegenwert in Papiermark um. In beiden Fällen erhöht sich der Zah-

lungsmittelumlauf im Inlande. Genau dasselbe gilt von Auslandskapital , das sich in deutschem Besitz befindet und das in letzter Zeit in starkem Masse zurückgeströmt ist. So ergibt sich: so wünschenswert die Ausweitung der Kreditgewährung vom Standpunkte der Produktion aus auch ist, so vorsichtig muss doch operiert werden, wenn man diese ganzen Zusammenhänge von der Geldseite her überdenkt. Von einer I n f l a t i o n kann natürlich nicht gesprochen werden, solange nur wirkliche Warenwechsel diskontiert werden und der Absatz der Ware gesichert ist..."(3.2.) -

.....zu garantieren sei. Hierfür aber genüge völlig das System der Rentenbankwährung, die sich gut bewährt habe und in ihrer Stabilität n u r die Reparationsforderungen gefährdet.....

"...Es besteht um so weniger Veranlassung zu einem Aus-der Handgeben deutscher Interessen auf dem Gebiete des Währungswesens, als sich die zunächst als Zwischenlösung gedachte Rentenbank s e h r g u t b e w ä h r t hat.. ..." (F.S.27.1.)

"...Die deutsche Währung braucht nicht stabilisiert zu werden. Sie i s t s t a b i l . Nur gegen Zerstörung dieser, aus e i g e n e r Kraft erreichten Stabilisierung ist die Währung zu schützen. Von wem aber droht diese Zerstörung? Von den Forderungen der Entente !..."(22.7.A.) -

.....und dem für den Auslandverkehr eine "Devisenstütze" anzugliedern.....

"...Der n a t ü r l i c h e Weg, den wir zu gehen hätten, wäre der, eine D e v i s e n s t ü t z e für die Rentenmark zu schaffen. Ist das nicht erreichbar, so kommt die Errichtung einer reinen Gold k r e d i t bank in Frage.(Nicht aber Gold n o t e n bank - d.Verf.) ..."(F.S.2.3.)

.....sei. Hier hat unter allen Rechtsblättern die DAZ. am deutlichsten den Gedanken zum Ausdruck gebracht, eine Ablösung des Rentenmark- und Devisenumlaufs durch eine neue Goldnote zu verhindern, um die Kontrolle der Rentenmark- und hereinkommenden Auslandskredite durch die Produktionsinteressen zu sichern und den Kredit der Wirtschaft u n m i t t e l b a r zuzuführen.

Ueber ihre, den direkten Wirtschaftskredit einschränkende Wirkung hinaus hat die DAZ. - gleichfalls am deutlichsten unter den Rechtsblättern - die neue Währungsregelung zur Sicherung der Reparations-Stabilität vor allem deshalb abgelehnt, weil der verarmten deutschen Wirtschaft die Belastung mit einer zinslosen Währungsgoldreserve nicht zugemutet.....

"...Selbst wenn die Kommission die Voraussetzungen, die für ihren Plan unumgänglich sind, anerkennen würde, könnte man über d i e s e n P l a n s e l b e r streiten. Der erste Einwand ist der, dass er ausserordentlich t e u e r ist. Die Vereinigten Staaten, die im Golde ersticken, und die der Ueberfluss an diesem Metall mit einer neuen Inflation bedroht, mögen Interesse daran haben, sich von diesem Teil ihres Goldhortes zu befreien. Deutschland hat das Interesse, den billigsten Weg zu gehen, der eine zureichende Lösung verspricht. Dieser Weg schliesst an das historisch Gewordene (die Rentenbank - d.Verf.) an..." (F.S.11.2.) -

.....werden könne und die vorgesehene Liquidation der Rentenbank bereits im ersten Jahre eine Steuerbelastung.....

"...Legt man diesen Rückkaufsplan zugrunde, so ergibt sich für das Reich und die mit Rentenmarkhypotheken Belasteten die Notwendigkeit, 2 4 6 Millionen Rentenmark pro anno an die neue Bank zu übertragen, die sie vernichtet..... ...Der Staat kann seinen Anteil von 54 Millionen nur auf dem S t e u e r w e g e aufbringen. Die mit Rentenmarkhypotheken Belasteten haben die 6%ige Verzinsung für ihre Schuld von ca.3.2 Milliarden an die Rentenbank zu zahlen und diese liefert die neu einkommenden Beträge an die neue Bank ab. A u c h d a s ist nichts anderes als e i n e S t e u e r ! . Hier, wie bei jeder Steuer, findet eine Uebertragung von Kaufkraft durch Steuereinnahme einerseits und Ausgabe des Steuerertrages andrerseits, statt. Nur dass der Steuerertrag in diesem Falle nicht Beamten, Arbeitern oder sachlichen Fonds zufliesst, sondern eben der neuen Bank, die ihn ihrerseits verwendet....." (F.S.8.7.M.) -

.....bedeute. (Damit errechnet die DAZ. die Belastung des ersten Moratoriumsjahres auf 200 plus 800 plus 246 Millionen gleich 1.246 Millionen Mark.)

Dem finanztechnischen Verständnis von VZ. und BT. noch am nächsten stehend hat die DAZ. als einziges Blatt der Rechtspresse die "fürcherliche Berechtigung" erörtert, die der Fransfer in Verbindung mit dem Gold-Annahmezwang der neuen Goldnotenbank (§ 22 des Gesetzentwurfes) habe als eines Mechanismus, bei dem Deutschland unter stetigem Entzug des brauchbaren Gegenwertes seiner Ausfuhr steigend mit der für die USA. unerträglichen Goldreserve belastet und dabei die Reparationsleistung dennoch durchgeführt.....

"...In Zukunft wird also die Reichsbank dem Annahmezwang für Gold unterliegen , während der Zwang zur Ausgabe von Gold gegen Noten zunächst wenigstens nicht bestehen wird...In Zukunft wird bei jedem leichten Druck auf den Geldmarkt dem Golde die Wahl freistehen, entweder in die Tressors der Vereinigten Staaten, oder nach Deutschland abzufliessen. Wenn jemand im Auslande eine Schuld an Deutschland zu bezahlen hat, so kann er sich dieser Schuld dadurch entledigen, dass er in Ware zahlt. Sobald es billiger ist, in Gold zu zahlen, als in Ware, wird er Gold kaufen, nach Deutschland leiten und sich hier ein entsprechendes Guthaben schaffen, mit dem er zahlen kann. Deutschland geht des b r a u c h b a r e n Gegenwertes für seinen Export verlustig...Wie kann man einem derartig verarmten Lande eine derartige Belastung zumuten ? ...

...Für dieses ganze Arrangement gibt es allerdings eine Erklärung, und zwar eine, die bis jetzt mit keinem Wort in Deutschland gewürdigt oder kritisiert wurde. Sobald man nämlich den Z w a n g der Reichsbank G o l d a n z u k a u f e n , in V e r b i n d u n g m i t d e m T r a n s f e r bringt, dann erhält das System eine fürchterliche Berechtigung. Dann ergibt sich folgendes: Deutschland exportiert Ware, o h n e W a r e n l e i s t u n g e n zu erhalten. Es erhält dafür Gold, welches unmittelbar an die Reichsbank geht. Es erhält dafür Gold, welches unmittelbar an die Reichsbank geht. Dieses Gold kauft der Generalagent mit den ihm zur Verfügung stehenden Markbeträgen und überweist es zur Abgeltung unserer Reparationsverpflichtungen an die Entente. So gibt es k e i n e V e r l e g e n h e i t m e h r für den Generalagenten. Denn wenn der Generalagent z.B. an Frankreich Gold überweist, Frankreich aber nicht dieses Gold sondern Ware haben will, dann braucht es nur Gold wiederum der Reichsbank zu überweisen, sich dort ein Guthaben anzuschaffen und Ware zu kaufen, während der Generalagent abermals Gold transderieren kann..." (F.S.24.8.M.) - Ebenso: F.S.23.3.,21.8.A.-

.....werden würde.

Das Funktionieren dieses Mechanismus im Interesse der Reparationsgläubiger sah die DAZ. umso mehr gegeben, als nach ihrer Auffassung bei der Währungs- und Transferkontrolle die deutschen Interessen majorisiert seien und die Diskontpolitik sich den Transferzwecken unterzuordnen haben werde, eine Auffassung, in der sich das Blatt noch besonders durch das Recht des Transferkomitees, Regierung und Reichsbank von den Transfernotwendigkeiten" unterrichten".....

"...Es ist wirklich überaus peinlich, lesen zu müssen, dass die deutschen Zahlungen" den endgültigen Akt der deutschen Regierung zur Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen" bedeuten, während doch das Gutachten ausdrücklich feststellt, dass die deutsche Regierung und die Bank verpflichtet sind , die Arbeit des Komitees bei der Ueberweisung von Geldern in jeder angemessenen Weise, soweit es in ihrer Macht liegt, zu unterstützen, was nicht nur die Diskontpolitik, sondern die g a n z e W i r t s c h a f t s p o l i t i k unter a u s l ä n d i s c h e K o n t r o l l e bringen kann. An der gleichen Stelle, wo diese Pflicht von Regierung und Bank ausgesprochen wird (Anlage 6 Ziffer VII des Berichts) findet sich auch der Satz, dass das Transfer-Komitee den Bnakpräsidenten " davon unterrichten soll" wenn der Diskontsatz der Bank nach Meinung des Transferkomitecnicht im Verhältnis zur Notwendigkeit wichtiger Ueberweisungen steht. Aus diesem Zusammenhang erst lässt sich die Bedeutung des Wörtchens "unterrichten" erschliessen, dass nur in einer harmlosen Literatur harmlos aufgefasst werden kann...."(F.S.27.7.M) -

.....zu können, bestärkt gefühlt hat. Wenn die DAZ. in ihren transfer-technischen Erörterungen verhältnismässig eingehend argumentiert hat, so muss doch festgehalten werden, dass von ihr der Transfer als Mechanismus der Erfüllung nur im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Gold-Annahme-Zwang der Reichsbank behandelt, indessen nicht die Möglichkeit einer Erfüllung durch Verschuldung her-

vorgehoben worden ist.

Wenn auch die DAZ. die "fürchterliche Berechtigung" des Transfer-Systems besonders hervorgehoben hatte, so zeigte sie doch in der scharfen Kritik der D u r c h b r e c h u n g jener Vorschriften und Grundsätze des Dawes-Planes, von denen die Wirtschaft einen S c h u t z gegen Ueberlastung erwarten konnte, wie hoch das Blatt diesen Schutz gewertet hat. Mit den übrigen Rechtsblättern - wie auch von BT. und G. - von der DAZ. deutlich zum Ausdruck gebracht worden, dass die Vollmachten des nach dem Dawes-Plan nahezu autonomen Transferkomitees durch die Errichtung einer Berufungsinstanz.....

"...Damit wird die Autorität des Transferkomitees geschwächt und über die hervorragenden Sachverständigen, aus denen es bestehen soll, ein n e u e r S a c h v e r s t ä n d i g e r gesetzt. Schon das Vorhandensein einer solchen B e r u f u n g s i n s t a n z wird auf die Arbeit des Komitees Einfluss ausüben; denn man wird sich natürlich gegenseitig bis zum Aeussersten entgegenkommen, um die Anrufung des Schiedsgerichts und die völlige Ausschaltung der Kommission zu vermeiden. Auch das Gutachten ist sich darüber klar, was die Einsetzung einer solchen Appellationsinstanz für die Tätigkeit der Kommissare bedeutet...es bemerkt dazu: "Das Bestehen eines solchen Anrufungsrechtes wird auf die Beziehungen zwischen der Vermittlungsstelle und den einzelnen Kommissionaren einen heilsamen Einfluss ausüber"...Deutschlands Schicksal wird aber schliesslich von einem grossen Unbekannten abhängig, der ein Amerikaner sein wird...Die Vorgänge in London sind Beweis genug, dass zwischen Amerika und Frankreich die Beziehungen recht eng sind....." (F.S.4.8.A.) - Ebenso: F.S.27.7.: Illusion der 5-Milliarden-Grenze, ferner F.S.21.8.A.,16.3. und 22.7.A.: Sanktionen und Anleihe - Guggenheimer, 7.5.M.: Suspendierung.-

.....vorwiegend zugunsten der französischen Ansprüche auf möglichst hohe Sach - lieferungen (Kohle) eingeschränkt.....

"...Das Gutachten stellt von den Sachlieferungen fest, dass sie sich tatsächlich nicht von Barzahlungen unterscheiden und dass sie den wirklichen, für die Ausfuhr verfügbaren Ueberschuss der deutschen Produktion über den Verbrauch nicht übersteigen dürfen, wenn nicht die Währung in Unordnung geraten oder die Aufnahme weiterer ausländischer Anleihen notwendig werden soll. (eine Wahrscheinlichkeit, die vom Blatte nicht erörtert worden ist - d.Verf.)... Das Gutachten ist insbesondere für Deutschland ungünstig, als in ihm der unzweifelhaft falsche und nur aus politischen Rücksichten verständliche Standpunkt vertreten wird, dass Sachlieferungen, die nicht auf natürliche, im Friedensdiktat besonders vorgesehenen Erzeugnisse beschränkt bleiben (Kohle Koks, Farbstoffe.) unwirtschaftlich seien. Das gerade Gegenteil ist der Fall....." (F.S.4.8.A.) -

"...Das Dawes-Gutachten enthielt eine verhältnismässig klare Lösung, in dem die Entscheidung dem Transferkomitee oblag und dieses wiederum an gewisse G r e n z e n g e b u n d e n war. Auch dann hing natürlich noch ungeheuer viel von der Entscheidung dieses Komitees ab. Heute aber ist die Entscheidung von vornherein in eine ganz bestimmte Richtung, die für Deutschland wohl nicht gerade erfreulich genannt werden kann, abgedrängt. (Im Londoner Proto - koll - d.Verf.) Darauf, dass ein leichter Druck hinsichtlich Sachlieferungen die 5 - M i l l i a r d e n - G r e n z e völlig i l l u s o r i s c h machen kann, haben wir von Anfang an hingewiesen.

...Während f o r m e l l die Rechte des Uebertragungskomitees gewahrt bleiben, ergibt sich doch klar, dass das Transferkomitee gezwungen werden soll, in der Sachlieferungsfrage bis an die äusserste Grenze des Möglichen zu gehen. Die Absicht ist natürlich, die dauernde K o h l e n v e r s o r g u n g F r a n k r e i c h s zu erzwingen..." (F.A.21.8.A.) -

.....und die Erreichung der 5 - Milliarden - Grenze sowohl durch diese Sachlieferungsregelung, als auch besonders dadurch verhindert werden könne, dass die Anlage unübertragbarer Markbeträge in deutschen Werten möglich sei. Hierbei hat das Blatt zwar zunächst sowohl die Meinung vertreten lassen, dass diese Anlagen aus dem Reparationsfonds als billiger Kredit an die Industrie vorteilhaft sein könnten.....

"...Da nun ein stärkeres Arbeiten der Industrie und damit ein Verschwinden der ungeheuren Zahl der Arbeitslosen für Deutschland, wie für seine Reparationsgläubiger eine unumgängliche Notwendigkeit ist, dieses stärkere Arbeitan aber nur durch billige Kredite ermöglicht werden kann, so muss der Industrie anderweitig geholfen werden. Da liegt es nun nehe, an die Gelder zu denken , die auf Konto des Agenten für Reparationszahlungen einlaufen, aber nicht ins Ausland überführt werden können. Diese Summen, die in Deutschland in Schuld - verschreibungen oder Darlehn angelegt werden dürfen, sollten in e r s t e r L i n i e der I n d u s t r i e zur Verfügung gestellt werden nach Mass - gabe der Belastung, die sie im einzelnen übernommen hat und zu einem Zins - fuss, der jedenfalls die 5%,die die Industrie für die Zwangsobligationen auf Reparationskonto zu zahlen hat, nicht übersteigen darf..."(Dr.Karl Goldschmidt 6.6.M.)

.....als auch die Auffassung, dass diese Möglichkeit eine Ueberführung deutschen Eigentums in Höhe der unübertragbaren Beträge.....

"...Das Gutachten hat in wohldurchdachten Vorschriften (jeweils Ansammlung nicht über 5 Milliarden Mark, (dann Abdecken usw.) diese Ueberführung deut - schen Besitzes so klar geregelt, dass über die Absicht und Auswirkungen kein Zweifel sein kann. Das Ergebnis dieser scheinbar nur die Zahlungs t e c h - n i k betreffenden Vorschriften lässt sich folgendermassen zusammenfassen:

1) Leistungen der deutschen Volkswirtschaft sind nur aus Ueberschüssen durchführbar.
2) Diese Ueberschüsse werden 2 1/2 Milliarden nicht erreichen.
3) Die Zahlung des an den 2 1/2 Milliarden fehlenden Teils bedeutet Ueberführung deutschen Privateigentums in dieser Höhe an die Entente..." (Hippel, 31.5.A.) -

.....bedeuten würde. Indessen hat die Redaktion selbst unter dem Eindruck des Londoner Protokolls im Sinne der Bedenken Hippels hervorgehoben, dass der Erwerb deutscher Werte nicht mehr an die deutsche Zustimmung gebunden, sondern dem Schiedsgerichtsbeschluss überantwortet.....

"...Ein besonders harter Kampf hat sich in London um Ziffer VI der Anlage 6 des Sachverständigenberichts abgespielt. Dieser Paragraph gibt dem Transfer - komitee die Befugnis, Privatpersonen der Gläubigerstaaten Markbeträge zu überweisen, um in Deutschland Einkäufe zu machen. Diese Anlagen sollten aber keinen vorübergehenden Charakter tragen und über die Kategorien der Vermö - gensgegenstände, die erworben werden dürfen, sollte eine Einigung zwischen Komitee und Regierung erfolgen. Dabei sollte die deutsche Regierung die Notwendigkeit, Höchstzahlungen ihrer Gläubiger überweisen, gebührend berücksichsichtigen, sie sollte aber auch das Recht haben, die Aufrechterhaltung der Verfügungsgewalt über ihre eigene innere Wirtschaft zu vertreten. Ueber diese lebenswichtige Frage wird nach londoner Uebereinkunft in Zukunft die im Da - wes-Plan vorgesehene Zustimmung Deutschlands n i c h t m e h r n o t w e n - d i g sein. Ein Schiedsgericht wird nötigenfalls entscheiden...Jetzt ist man auf Gedeih und Verderb auf den Schiedsrichter angewiesen....(F.S.21.8.A.) -

.....sei.

Unter den vorgeschlagenen P f ä n d e r n hat die DAZ. gleich den anderen Rechtsblättern ihre besondere Aufmerksamkeit der Reichsbahngarantie und Kontrolle zugewandt und, überzeugt von dem Tatbestand majorisierter deutscher Interes - sen, dabei weniger die Leistungsfähigkeit des Pfandes selbst, als den Verlust der Tarifhoheit, behandelt. Zunächst bekannte das Blatt - unter den Rechtsblät - tern am deutlichsten - , dass von jeher das Ziel seiner Bestrebungen auf Privatisierung der Reichsbahn gewesen sei, dieses Objekt dem Zugriff der Entente zu entziehen,.....

"...(Nach Art.248 des VvV, haftete aller Staatsbesitz - d.Verf.) Solange aber die Bahn im Staatsbesitz blieb und solange der Wiedergutmachungsausschuss eine solche Ausnahme nicht statuierte, blieb sie dem Zugriff der Entente offen. Was war also neheliegender, als den Versuch zu machen, den Status der Bahnen zu ändern, sie aus dem Reichseigentum, dem sie erst vor kurzer Zeit eingegliedert worden war, wieder herauszulösen...

...Unsere Gedankenfolge war für jeden klar, der "die neue Zeit" und die " neue Lage " überhaupt verstand und zwischen den Zeilen lesen konnte und wollte. War die Bahn nun erst einmal "privatisiert", so konnte sie auch "private" Bahnverträge mit den Privatbahngesellschaften unserer Nachbarstaaten schliessen...so bestand dann vielleicht die entfernte Hoffnung und die Möglichkeit, sie vor dem Zufriff unserer Feinde zu retten, die T a r i f h o h e i t w e n i g s t e n s für das deutsche Wirtschaftsleben zu b e w a h r e n. ..."(25.8.A.) -

.....um wenigsten die Verfügung über die gerade für die deutschen Exportmög - lichkeiten so wichtige Tarifpolitik der Wirtschaft zu erhalten.

Nach den Vorschriften des Gutachtens ist jedoch die Regelung der deutschen Exportfähigkeit "bis auf den Millimeter" in die Hände der Reparationsgläubiger gelegt,.....

"...Aus den Berichten selber hat sich ergeben, dass die Tarifhoheit der deutschen Eisenbahnen von der Entente abhängen wird. Damit ist aber die ganze deutsche Wirtschaft unseren Feinden ausgeliefert, die mit Hilfe der Tarifhoheit die Exportmöglichkeiten Deutschland bis auf den Millimeter regulieren können. Und der zu steigernde Export ist bekanntlich die erste Voraussetzung unserer Leistungen für die sogenannten Reparationen, sodass hier die braven Sachverständigen der Entente eine wunderhübsche Zwickmühle in die Hände gespielt haben: bemüht sich Deutschland die Reparationsforderungen durch Sachleistungen zu erfüllen, so werden sich sehr bald die Klagen der fremden Industriekreise über deutsches "Dumping" erheben.Dann wird man zur Tarif - schraube greifen und die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten auf jenes Mass her - unterschrauben, das den Interessen unserer Feinde entspricht. Lässt infolgedessen die Lieferung an Reparationsgütern nach, so hat Poincaré sofort wieder den erwünschten Vorwand zu neuen "Sanktionen". Was auf diesem Gebiet geplant wird, spricht der Bericht mit aller Deutlichkeit aus in dem Satze: "Wir machen z.B. darauf aufmerksam und fragen, ob die stark herabgesetzten deutschen Ausfuhrtarife vernünftig sind. Es ist klar, dass die Alliierten ein Recht haben, zu beanspruchen, dass die Netto-Einnahmen der deutschen Eisenbahnen nicht geschmälert werden, um deutschen Waren einen unvernünftigen Vorsprung auf den ausländischen Märkten zu geben..."(Odysseus,20.4.M.) -

.....was die These von der Erfüllung durch Exportüberschüsse wertlos mache.Ausser der wahrscheinlichen Belastung des Haushalts durch Inanspruchnahme seiner Generalgarantie für die Reichsbahnobligationen hat die DAZ. schon für das zweite "Moratoriumsjahr" eine zusätzliche Steuerbelastung in der Annahme vorausgesagt, dass die zu verkaufenden 500 Millionen Mark Reichsbahnvorzugsaktien nicht unterzubringen sein würden und wegen der ihnen zustehenden Stimmrechte vom Reich übernommen werden müsste,.....

"...Was die Begebung von Reichsbahn- und Industrieobligationen überhaupt mit der Kreditfrage zu tun haben soll, ist unerfindlich. Bei ihr handelt es sich einfach um die Schaffung neuer Wertpapiere, deren Kapitalwert, falls sie überhaupt unterzubringen sein sollten, Deutschland nicht zugeführt wird. Die Begebung der Eisenbahnobligationen liegt ebenfalls im weiten Felde. Mit ihnen ist die Herrschaft über das deutsche Eisenbahnwesen im hohen Masse verbunden und es wird schon deshalb zweckmässig und notwendig sein, sie in Deutschland selber, nicht aber im Auslande unterzubringen zu versuchen....." (F.S.8.6.A.)

"...Bekanntlich soll Deutschland im zweiten Jahre 500 Millionen Mark Eisenbahnvorzugsaktien verkaufen...Nun ist es ja vonvoernherein fraglich gewesen, zu welchem Preise und überhaupt Eisenbahnvorzugsaktien auf dem Weltmarkt zu plazieren sind. Das Dawes-Gutachten hatte deshalb vorgesehen, dass evtl.dieser Betrag durch eine innere Anleihe aufgebracht werden soll, aber es war ebenso zweifelhaft, wie der innere Markt eine solche Last übernehmen soll.... Damit erhält das zweite "Moratoriumsjahr" einen wesentlich anderen Charakter da für den Fall, dass Anleihen nicht unterzubringen sind, d e u t s c h e S t e u e r l e i s t u n g e n a u f d e r g a n z e n L i n i e einzuspringen haben..."(F.S.20.8.A.) - Ebenso:F.S.27.7.M. -

.....um eine weitere Ueberfremdung zu vermeiden.

Während die Redaktion der DAZ. die Kritik der Währungsregelung und Reichsbahnbelastung selbst vorgenommen hatte, ist die Sondergarantie der Industrie nur von Mitarbeitern erörtert worden, die ihrerseits die - in der Scherkpresse besonders ausführlich beachteten-Auswirkung dieser Belastung nur insofern angedeutet haben, als von ihnen die Neubelastung durch die III. Steuernotverordnung sowie Vorbelastung der Kreditgrundlagen hervorgehoben.....

"...Die Annahme, dass die Schuld durch Zahlung in entwertetem Gelde so gut wie getilgt sei, ist angesichts der Aufwertung durch die dritte Steuernotverordnung unrichtig. Dazu kommen noch viele andere Lasten, die seit dem Kriege auf der Industrie ruhen, die im einzelnen aufzuführen, hier zu weit führen würde. Jedenfalls erschwert eine derartige Belastung zugunsten von Reparationszahlungen es der Industrie, die Kredite zu erhalten, deren sie nach Verlust ihres Betriebskapitals jetzt dringender, denn je, bedarf..."
(Dr. K. Goldschmidt 6.6.M.) -

.....und zum Ausgleich dieser Belastung eine entsprechende billige Kreditgewährung aus dem Reparationsfond (siehe oben!) und eine Umlage dieser Sonderlast auf alle Gewerbe gefordert.....

"...Die deutsche Industrie hat allen Anlass, jede einseitige und durchaus ungerechte Belastung abzulehnen. Sie wird und darf nicht noch neue n u r s i e auf Grund irriger Betrachtungsweise der Sachverständigen betreffende Lasten übernehmen und wird meines Erachtens v o r A n e r k e n n u n g der "geeigneten Grundlage" mit allem Nachdruck zu e r f a h r e n bestrebt sein müssen, w i e sie für diese Belastung gegenüber der Entente in Deutschland s c h a d l o s g e h a l t e n wird. Dann erst wird sie sprechen können, sprechen dürfen..." Dr. Gugenheimer, 7.5.M.) -

.....worden ist. Hierbei hat die DAZ. vor einer Ausdehnung der hypothekarischen Industriebelastung auf die Schiffahrtsbetriebe warnen lassen,.....

"...Mit diesen Feststellungen entfällt eigentlich schon primär die Frage, ob die deutsche S c h i f f a h r t oder der einzelne Reedereibetrieb, wie dies aus einem Satz in Anlage V herausgelesen werden k ö n n t e, als Teil "der deutschen Industrie" obligationspflichtig ist. Hier liege wohl nur eine missverständliche r e d a k t i o n e l l e U n k l a r h e i t vor. Die Verteilung der Obligationslast...bliebe bei Annahme des Gutachtens a m b e s t e n der deutschen R e g i e r u n g ü b e r l a s s e n, die die Sonderlage der deutschen Schiffahrt kennt und s e l b s t v e r s t ä n d l i c h b e r ü c k s i c h t i g e n würde..."(V-Admiral Hollweg,24.7.M.).

.....da sie bereits besonders vorbelastet seien und eine neue Hypothek lediglich zu einer weiteren Erhöhung der Frachten, bzw. Beschränkung der Exportfähigkeit führen müsste.

Wie schon angedeutet, hat die DAZ. die steuerliche Auswirkung einer Inanspruchnahme der Generalgarantie des Haushalts nicht so ausführlich behandelt,wie die Scherlpresse. Das Blatt hat zwar eine exakte Darstellung der "Haushaltskontrolle nach dem Protokoll" (F.S.,20.8.A.) gegeben und dabei auf "die zusätzliche Sicherheit" (!) der verpfändeten indirekten Steuern für den Dienst der Eisenbahn - und Industrieobligationen hingewiesen. Indessen: die Auswirkung ist nur in Bezug auf die wahrscheinliche Uebernahme der 500 Millionen RM. Eisenbahnvorzugsaktien erörtert. (und dabei als "einziger Erfolg " der deutschen Delegation " in punkto Haushaltskontrolle" die Einfügung eines Schiedsgerichts hervorgehoben.)

In der Tat hat die Redaktion bei dieser Kritik vorwiegend die "augenblickliche" Leistungsfähigkeit, bzw. Belastung der Moratoriumsjahre im Auge gehabt. Dabei ist von ihr der Verlust der Eisenbahntarifhoheit besonders in seiner Wirkung auf die Exportfähigkeit der deutschen Industrie behandelt, eine Erörterung der Frage der späteren Erfüllungsmöglichkeit der Höchstverpflichtungen vermieden worden. Das Blatt hat zwar erkannt, dass dem "Steigerungsindex" kein Minderungsindex" gegenüberstehe, indessen war seine Auffassung über die von der DT.exakt gestellte) Frage: aufgrund welcher Berechnungen ist der Plan durchführbar?, ver-

mutlich in der Meinung eines führenden Mitarbeiters gegeben: das kann niemand sagen,.....

"...Es bedürfte geradezu eines prophetischen Geistes, um mit Sicherheit sagen zu können, ob Deutschland die Fähigkeit haben werde, diese Leistungen zu tragen oder nicht. Natürlich verspricht im Vergleich zu der Leistungsfähigkeit der verflossenen Jahre eine Summe von Gründen dagegen, dass die A u f b r i n g u n g solcher Belastungen denkbar sei. Auf keinem Gebiete haben sich in den letzten Jahren solche U e b e r r a s c h u n g e n ergeben, wie auf dem der Wirtschaft..." (Dr. Guggenheimer,6.5.A.)

.....eine Meinung, die in der Ueberzeugung vertreten worden ist, dass die neue Reparationsregelung eine v o r l ä u f i g e und bald zu ändern sein werde.

T g . und B L A .

Hatte sich in der DAZ. gerade die Redaktion besonders mit der Kritik der Anleihe und Währungsregelung als einer Hauptlast der Moratoriumsjahre befasst,so ist in der Scherlpresse die Wirkung der Währungsreform in den Hintergrund getreten gegenüber einer ausführlichen Behandlung der B e l a s t u n g der I n d u s t r i e als einer a l l g e m e i n e n W i r t s c h a f t s - und S t e u e r l a s t . Ohne sich besonders um das Moratorium zu kümmern haben Tg und BLA., ausgehend von der Höchstlast der Normaljahre, unter selbstverständlicher Inanspruchnahme der Haushaltsgarantie die Frage der Erfüllung am deutlichsten von allen Rechtsblättern als ein Besteuerungsproblem dargestellt, und zwar so weitgehend, dass ihnen Steuerleistungen als das P r i m ä r e.....

"...Der Bericht sieht vor, dass Deutschland seine Zahlungen aus folgenden Quellen leiste: 1. aus seinem ordentlichen Haushalt, 2. aus Eisenbahnobligationen und Verkehrssteuer, 3. aus Schuldverschreibungen der Industrie. Es sei zunächst, ehe auf die Bedeutung der Zahlungen aus dem ordentlichen Haushalt eingegangen wird, festgestellt, dass nach Annahme der Sachverständigungsvorschläge durch die deutsche Regierung die Einnahmen aus der Eisenbahn, wie aus der Verkehrssteuer dem Reich nicht mehr zustehen. Hierüber hat die im "Tag" veröffentliche letzte Kundgebung Dr. Helfferichs völlige Klarheit gebracht... ...Die Lage ist daher folgende: F e s t s t e h e n d ist die S u m m e v o n 2 1,2 M i l l i a r d e n j ä h r l i c h , die an die Alliierten abzuführen ist. Als S i c h e r h e i t für d i e s e n Betrag (nicht umgekehrt ! - d.Verf.) dienen teilweise, (soweit nicht bereits Zahlungen aus dem Haushalt vorgesehen sind) die Obligationen der Eisenbahn und Industrie. Ergeben diese nicht die erwartete Verzinsung, so tritt die Reichsregierung für den Fehlbetrag ein, der dann durch e r h ö h t e S t e u e r l e i s t u n g e n aufzubringen ist...Die S t e u e r l e i s t u n g e n sind demnach tatsächlich d a s P r i m ä r e , auf denen sich er Reparationsplan der Sachverständigen aufbaut. Die sogenannten Sicherheiten sind n u r dazu bestimmt, die Leistungen aus Steuern, s o w e i t d i e s m ö g l i c h ist, zu ersetzen..."(Tg.17.5.) -

"...So stellt sich das E r f ü l l u n g s p r o b l e m vorwiegend als ein s t e u e r l i c h e s dar..."Forts. Tg. 24.5.) - Ebenso: Tg.24.8.

.....erschienen sind. Wenn die Industrie überhaupt leistungsfähig bleiben solle, müsse daher das Reich, um eine Inanspruchnahme seiner Garantie zu vermeiden, die Industriebelastung bereits im zweiten Jahre einem S t e u e r f a l l von 360 Millionen gleichsetzen,.....

"...Für die Zahlungen der Industrie hat, wie gesagt, das Reich die Garantie zu übernehmen. Ganz abgesehen von dieser Tatsache erscheint es aber ausgeschlossen, dass die Industrie auch nur die Summe von 250 Millionen aus ihrer Ueberschüssen werde entnehmen können. Wenn die Industrie überhaupt leistungsfähig bleiben soll, so wird es nicht anders möglich sein, als dass die Z i n s z a h l u n g der Obligationen ganz oder mindestens zum grössten Teil von den ö f f e n t l i c h e n A b g a b e n , die zu leisten ihr

sonst obliegen, a b g e z o g e n werden. Es würde sich also schon nach 2 Jahren ein Steuerausfall für das Reich von etwa 360 Millionen jährlich ergeben...(Tg.24.8.) -

"...Es bedarf keiner weiteren Frage, dass die Durchführung des Gesetzentwurfs grosse Steuerausfälle zur Folge haben muss, da das Erscheinen der I n d u s t r i e b e l a s t u n g u n t e r d e n P a s s i v e n automatisch zu U n t e r b i l a n z e n oder zu wesentlicher Beschränkung der Gewinne führen muss..." (BLA. 21.8.M.) - Ebenso: Tg.17.5. -

.....da sie automatisch zu Unterbilanzen führen werde (Demgegenüber hatte die DAZ. wie erinnerlich, nur von einem "Schadlos-Halten" der Industrie gesprochen.)

Von dieser Notwendigkeit einer Entlastung der Industrie durch das Reich sind die Blätter umsomehr überzeugt gewesen, als sie sowohl das Sachverständigen-Argument eines Ausgleichs des Inflationsgewinnes besonders angesichts der Aufwertung durch die III. Steuernotverordnung als "objektiv falsch" abgelehnt,.....

"...Es ist ein Widerspruch in sich selbst - unbeschadet dessen, dass man ihm häufigbegegnet - einerseits die verflossene Inflationsperiode richtigermassen als schweres wirtschaftliches Unglück zu bezeichnen und andrerseits zu behaupten, dass in solcher Zeit Gewinne i n s o l c h e m A u s m a s s gemacht worden seien, dass ihre Besteuerung ernstlich zur Sanierung der Finanzen beitragen könne. Es muss wahrheitsgemäss festgestellt werden, dass die Inflation - im ganzen gesehen - zu einer geradezu beispiellosen Verarmung geführt hat. Selbst die Industrie würde, sofern sie die ihr, in den Obligationen erwachsende Last tragen müsste, kaum noch zu weiteren Steuerleistungen, als den bisherigen, imstande sein. Denn, wenn sie auch vielfach unter Benutzung der Geldentwertung von den ihr obliegenden Schulden sich befreien konnte, so ist einerseits zu bedenken, dass ein Teil des Gewinnes, den die Industrie aus billiger Schuldentilgung gemacht hat, durch die Obligationssteuer der dritten Steuernotverordnung bereits erfasst ist. Andrerseits aber stehen diesen Gewinnen aus vorzeitiger Schuldentilgung, die naturgemäss n u r für die g r ö s s t e n B e t r i e b e in Betracht gekommen sind, die allgemeinen Verluste der Inflationszeit und Einbussen der Auslandsguthaben gegenüber..." (17.5.Tg.) -

"...Objektiv falsch ist das Urteil der Sachverständigen sogar insofern, als die 15%ige Aufwertung einen Teil des Ablösungsgewinnes aufgezehrt hat....." (Tg.24.8.) - Ebenso: Tg. Neumeister 24.6.- Tg. Schoenthal 28.6. -

.....als auch in dieser Sondergarantie eine V o r b e l a s t u n g der Grundlagen s p ä t e r e n K r e d i t s erkannt haben: durch "Das System der kreditvernichtenden Obligationen",.....

"...Wenn man die Opfer bewerten will, die der Industrie durch Belastung mit Obligationen auferlegt werden, so ist in erster Linie wohl zu bedenken, in wie hohem Masse die K r e d i t f ä h i g k e i t der Industrie durch eine so ungeheure dingliche und persönliche Schuld eingeengt wird...Ein sehr erheblicher Teil der Kreditfähigkeit...dürfte aber d u r c h V o r b e l a s t u n g zugunsten der Reparationen a u f g e z e h r t s e i n..." (Tg. 24.8.) - Ebenso: Tg. 1.8. "Soll und Haben". -

.....abgesehen von der allgemeinen Vorbelastung der Exportfähigkeit durch Löhne, Steuern und Frachten.....

"...Bei Annahme des Gutachtens hat also die deutsche Industrie bestimmt mit einer Steigerung der Löhne, Vermehrung der Steuerlast und Erhöhung der Frachtraten zu rechnen. Es erscheint äusserst fraglich, ob unter solchen Umständen die deutsche Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt aufrecht erhalten kann. Er liegt aber, wie mit grosser Wahrscheinlichkeit im Gegensatz zu den Erwartungen der Sachverständigen anzunehmen ist, der Export den durch das Gutachten herbeigeführten ungünstigen Einwirkungen, so ist eine Erfüllung schlechthin unmöglich..."(Tg.24.5.) - Ebenso: BLA. 21.8.M. "Die Schwere Last", und 2.8."Exportlähmung". -

.....usw.

Angesichts dieser so ausführlich dargestellten Belastung ist der in der DAZ besonders erörterte Gedanke, der Ondustrie durch billigen Kredit aus dem Repara-

tionsfond einen Ausgleich zu schaffen, in Tg. und BLA. nur gestreift worden. (Siehe unten: Transfer.) Auch haben die Blätter die Frage der Majorisierung deutscher Interessen bei der Industrie- und Haushaltskontrolle nicht besonders gewürdigt.

Nicht nur im Zusammenhang mit der Industriebelastung, sondern auch wie in DAZ. und DT. - als die unmittelbar erheblichste Belastung und Kontrolle der Wirtschaft hat die Verpfändung der R e i c h s b a h n in der Scherlpresse eine ausführliche Behandlung erfahren. Hierbei haben die redaktionellen Erörterungen stark unter dem Eindruck der Artikel Dr. Karl Helfferichs gestanden-(wie auch in der DT.)-, indessen nicht, wie dieser, eine Ablehnung des ganzen Planes vertreten.

Dr. Helfferich hat die Möglichkeit eines Verzuges für umso wahrscheinlicher erklärt, als von ihm die jährliche Belastung ohne Verzinsung der Vorzugsaktien von 950 Millionen RM.....

"...Insgesamt beträgt also die der Reichsbahn zugedachte Last abgesehen von den festen, aber in ihrer Höhe noch nicht bestimmten Zinsen auf die Vorzugsaktien, 9 5 0 Millionen jährlich... (Tg.Helfferich,27.4.) -

"...Das ist also...erheblich mehr, als der gesamte Reinertrag der deutschen Eisenbahnen in den besten Vorkriegsjahren. Auch wenn nach der Forderung der Experten mit der "alten Ueberlieferung", nach der die deutschen Eisenbahnen in erster Linie als Unternehmen von öffentlichem Nutzen betrieben wurden, völlig gebrochen wird, sehe ich keine Möglichkeit, in absehbarer Zeit aus den deutschen Eisenbahnen die ihnen auferlegten Lasten herauszuwirtschaften, selbst wenn man die Beamten und Arbeiter durch chinesische Kulis ersetzen wollte..."(Tg.Helfferich 12.4.) - Ebenso: Quaatz, Tg. 3.6. -

.....errechnet (in der DT. hat Helfferich eine Gesamtbelastung der Reichsbahn von 2 Milliarden festgestellt !) und das deutsche Reichsbahninteresse als majorisiert angesehen worden ist.....

"...Der von der deutschen Regierung veröffentlichte Auszug sucht den Anschein des Dominierens des deutschen Einflusses zu erwecken, indem er schreibt :

"der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft ist deutsch, ebenso der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Der Verwaltungsrat besteht im übrigen aus 18 Mitgliedern, von denen je die Hälfte von der deutschen Regierung und von einem Treuhändler der Obligationen bestellt wird. Von den vom Treuhändler zu bestellenden 9 Mitgliedern sollen 5 Deutsche sein, sodass also im ganzen der Verwaltungsrat aus 14 deutschen und 4 nichtdeutschen Mitgliedern besteht. "

Hiervon ist n u r richtig, dass man für den Generaldirektor, dessen Funktionen jedoch durch den Verwaltungsrat und vor allem den Kommissar stark eingeengt sind, die deutsche Staatsangehörigkeit zugestanden hat. N i c h t r i c h t i g ist, dass man für den Vorsitzenden des Verwaltungsrates, der im Falle von Stimmengleichheit die entscheidende Stimme hat, gleichfalls die deutsche Staatsangehörigkeit vorgesehen habe. N i c h t r i c h t i g ist ferner, dass von den vom Treuhändler der Obligationäre der übrigens seinerseits von der Reparationskommission bestellt wird, zu ernennden 9 Mitgliedern des Verwaltungsrates 5 Deutsche sein sollen. Es ist vielmehr nur vorgesehen, dass 5 von diesen Mitgliedern Deutschen sein k ö n n e n , wenn dies nämlich dem von der Reparationskommission bestellten Treuhändler so gefällt. Was für "Deutsche" der Vertrauensmann der Reparationskommission sich auswählen wird, kann man sich ohne grosse Phantasie vorstellen ! N i c h t r i c h t i g ist schliesslich, dass die andere Hälfte des Verwaltungsrates von der deutschen Regierung ernannt wird. Da die Vorzugsaktien in der Hauptsache für den internationalen Markt vorgesehen sind, ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, dass die Vorzugsaktionäre ausländische Vertreter wählen werden. Der Präsident des Verwaltungsrates ist aus den von den Vorzugsaktionäre gewählten Mitgliedern zu wählen. Im Gegensatz zu der von der deutschen Regierung verbreiteten Darstellung kann also der Fall sehr wohl eintreten, dass 13 von den 18 Mifliedern des Verwaltungsrates einschliesslich des Prä-

sidenten Ausländer sind. In jedem Falle wird die deutsche Regierung, auch wenn sie dauernd die 13 Milliarden Goldmark Stammaktien behält, im Verwal - tungsrat in der Minderheit sein..." (Tg.Helfferich 21.4.) -

.....Wenn auch die weiteren redaktionellen Erörterungen der Reichsbahnverpfän - dung über die Ausführungen Hellferichs hinaus nichts zu sagen hatten und sich ihnen allgemein angeschlossen und gleich ihm den Verlust der Tarifhoheit sowie die Möglichkeit eines Verkaufes von Teilen des Objektes im Falle des Verzuges hervorgehoben worden (BLA: 15.A., Mühling 20.5.?., Heinemann 15.7., 2.8.M. und Tg.: 24.5., Quaatz 3.6., "ein Kenner" 2.8.), so sind sie ihm doch nicht in den Konsequenzen (Ablehnung!) gefolgt.

Auch in der Kritik der neuen W ä h r u n g s r e g e l u n g sind die Erörterungen der Redaktionen selbst weder so ausführlich (im Sinne unmittelbaren Kreditverzichts, wie in der DAZ.), noch von der kritischen Schärfe Dr. Helffe - richs gewesen. Zwar waren sich die Blätter im klaren, dass die A n l e i h e und ihre Verwendung "raffiniert" sei und Deutschland "an sich nicht reicher ma - che", indessen haben nur Mitarbeiter die Bedeutung des Rentenmarkgedankens und die Auffassung zum Ausdruck gebracht, dass die Finanzierung der Sachlieferungen einem Kreditverzicht, andernfalls aber Inflation, bedeute.

Wie schon erwähnt, ist die währungspolitische Kritik - hier unter allen Rechtsblättern am deutlichsten - hinter den Druck der Micumlasten zurückgetreten. Im Gegensatz zu den scharf ablehnenden Ausführungen Dr. Helfferichs, die der Tg. am 30.1. und noch am 12.4. veröffentlicht hat, ist von Schwarzer die Rentenbank schon am 21.1. nur noch unter dem Gesichtspunkt innerpolitischer Ansprüche (als "die sozusagen höchste und letzte Kraftanstrengung...der positiv schaffenden Stände" (die daher an der Regierung beteiligt werden müssten)) verteidigt und am 30.1. als "eine ausbaufähige Grundlage für die projektierte und bereits grund - sätzlich gutgeheissene Goldnotenbank" aufgegeben worden. Als Motive hierfür sind dabei hervorgetreten die mit der Annahme der Goldwährung verbundene Wirtschafts - einheit (siehe unter "a.") sowie allgemein das Interesse an späteren Rohstoff - krediten.....

"...Währungstechnisch liegt ein Vorzug in der Anleihe, dass die deutsche Re - gierung nicht als Devisenkäufer aufzutreten braucht.

Im übrigen ist nach all den Gebiets- und Rohstoffverlusten für unsere ver - armte Volkswirtschaft die Einfuhr erheblicher Rohstoffmengen, die wir nötig haben, im Augenblick und wohl auch in absehbarer Zeit nur mit Hilfe langfri - stiger Auslandskredite möglich. Darum ist auch im Interesse der Sicherung der Auslandskredite, die man bereits gegeben hat, oder n o c h g e b e n w i l l , die Stabilisierung unserer Währung dem Auslande so wichtig. Durch die Bereitstellung grösserer Gold- und Devisenmengen will man uns eine effek - tive Goldwährung geben, eigentlich nur wieder "ersetzen", um den währungspoli - tischen Wirkungen von aussen einen festen Widerstand entgegen setzen zu kön - nen.

Die neue Goldnotenbank wird möglicherweise eine L o c k e r u n g der K r e d i t s c h r a u b e ermöglichen. Die hier vorgeschlagene Rückkehr zur Goldwährung bedingt n i c h t , wie man sich vielfach vorstellt, einen b e s o n d e r e n R e i c h t u m . Der Uebergang zur effektiven Goldwäh - rung fordert nur einen s t a b i l e n G e l d w e r t , und der ist bei uns dank der R e n t e n m a r k , bereits v o r h a n d e n ..."(Tg.16.7.)

.....die das Blatt nach Annahme der Goldwährung erhalten zu können glaubte. Im Gegensatz zur DAZ. hat die Scherlpresse die Auffassung, dass die Anleihe eigent - lich eine Belastung für die Wirtschaft bedeute, nur sehr zurückhaltend zum Aus - druck gebracht, wie es scheint in erster Linie deshalb, weil die Redaktion so - wohl in der Bestimmung, die Sachleistungen während des Moratoriums zu finanzie - ren.....

"...Das Bemühen der deutschen Regierung, ihr Budget zu balanzieren, ist jedoch nicht allein durch die Neubelastung der Bevölkerung mit Steuern bis zum Zer - springen des Bogens zu stützen, sondern es bedarf auch hier der H i l f e einer internationalen A n l e i h e , die uns f ü r s e r s t e einen Teil der unerschwinglichen R e p a r a t i o n s v e r p f l i c h t u n -

gen und die Tragung der Besatzungskosten a b n i m m t ..."(C.St.9.2.Tg.) -

"...Jetzt verlangt aber der Plan der Sachverständigen für das "erste Moratoriumsjahr" eine Reparationsleistung von einer Milliarde Gold von uns, davon 800 Millionen S a c h l e i s t u n g e n . Wenn wir diese ohne fremde Hilfe finanzieren sollten, wären uns unseren ganzen Gold- und Devisenbestände mit einem Schlage genommen, damit auch die Möglichkeit, die Spitzenbeträge im internationalen Zahlungsverkehr in Gold und Devisen zu begleichen.

Darum gibt man und, man darf wohl sagen, in ziemlich raffinierter Weise erdacht, eine 800 Millionen- A n l e i h e, welche einen doppelten Zweck erfüllen soll. Sie dient der neuen Reichsbank zur Deckung der Notenausgabe . Die Bank kann die Anleihe fruktifizieren und evtl. den d r e i f a c h e n N o t e n b e t r a g darauf a u s g e b e n . G l e i c h z e i t i g sollen aber auch mit den 800 Millionen die von uns geforderten S a c h l e i s t u n g e n des ersten Jahres finanziert werden. Deutschland wird durch diese A n l e i h e an sich n i c h t r e i c h e r..." Tg.16.7.) - Ebenso : BLA.C.St. 24.8. über die "mehr oder weniger geringe Bedeutung" der Anleihe.-

.....als auch in der Möglichkeit, auf Basis der Anleihe des Notenumlauf evtl. verdreifachen zu können, einen Vorteil erkennt. Dabie ist der Tg. mit seinen Kredithoffnungen "theoretisch" soweit gegangen, unter Einrechnung der Anleihe 1 5 0 0 Millionen Deckungsmittel festzustellen (300 R- Bankkapital plus 800 Anleihe plus 400 Reichsbankdevisen und Silbergeld), "sodass wir unter Umständen alles in Allem mit ca. 5 Milliarden Umlaufsmitteln rechnen könnten."(Tg.116.7.)

Immerhin ist sich das Blatt klar gewesen, "dass der an sich mögliche Goldnotenumlauf nicht im vollen Masse wird ausgeschöpft werden können." Tg.16.7.) Aber den Gedanken, dass die Finanzierung der S a c h l e i s t u n g e n entweder inflationistisch oder krediteinschränkend wirken müsse, haben erst Mitarbeiter (Neumeister, Schoenthal.).....

"...Es kann, um Irrtümern vorzubeugen, nicht genug wiederholt werden, dass die D e c k u n g v ö l l i g n e b e n s ä c h l i c h ist. Es ist gleichbedeutend, ob die ausgegebenen Banknoten durch Gold, oder (wie zum Teil der kommenden Goldnotenbank vorgesehen) mit Devisen, oder (wie bei der Rentenbank) in Sachwerten (Grundschulhaftungen und dergl.) oder - überhaupt nicht gedeckt sind. Wesentlich ist nur, dass die Summe der umlaufenden Noten den Bedarf des täglichen Barzahlungsverkehrs nicht übersteigt...

...A b e r : w o liegt die G r e n z e des Z a h l u n g s m i t t e l b e d a r f s ? In dieser Frage die schwierigen Anwendbarkeit der Theorie enthalten...Die landläufige Meinung, dass sich bei der A n n a h m e des Dawes-Planes irgendetwas in der deutschen Kreditlage änern würde, muss mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. Ob Annahme oder Ablehnung des Dawes Planes : der N o t e n u m l a u f wird f ü r K r e d i t z w e c k e n i c h t e r h ö h t werden können..." (Tg.Dr.Schoenthal, 3.8.) -

"...Jedenfalls dürfte aber das eine feststehen, dass die Notenbank mit jedem Pfennig, den sie aus Bezahlung der von den deutschen Industrieunternehmungen bewirkten S a c h l i e f e r u n g e n verwendet, I n f l a t i o n treibt. Denn dann gelangen Noten in Verkehr, ohne dass ein anderes, älteres Geld verschwindet..." (Es sei denn: der Kredit an die Wirtschaft wird eingeschränkt - d. Verf. Siehe DAZ.) BLA.,Dr. Schoenthal, 9.7.A.) -

.....ausführlich zum Ausdruck gebracht.

Darüber hinaus hat Dr. Schoenthal ausführlich das Ziel der Rentenbankwährung als eines Geldes der p r i v a t e n W i r t s c h a f t und eines Instrumentes währungs- und wirtschaftspolitischer Selbsthilfe gegenüber der Entente erörtert. Wenn auch die Redaktion die Auffassung, dass die Währungshoheit verloren sei, als leitenden Gesichtspunkt ihrer Kritik hatte erkennen lassen, (Tg.1.8. , "ein Kenner"), so ist doch nur von Helfferich der Tatbestand der Majorisierung der deutschen Währungsinteressen und die Bedeutung des Verlustes der Rentenbank und alten Reichsbank.....

"...Mit der Errichtung der Deutschen Rentenbank hat die deutsche Wirtschaft in schwerster Not den Beweis erbracht, dass sie unabhängig von fremder Hilfe im-

stande war, dem Verfall unseres Geldwesens Einhalt zu tun. Sie hat damit eine Tat vollbracht, wie sie noch niemals einem Lane in ähnlicher Lage aus eigener Kraft gelungen ist. Mit der Opferung dieser Institute soll das deutsche Finanzwesen unter internationale Vormundschaft gestellt werden. Der deutsche Präsident und die deutsche Direktion der neuen Emissionsbank unterstehen der Kontrolle des aus 7 Deutschen und 7 ausländischen Mitgliedern bestehenden Generalrats und eines Kommissars, der bei seiner Wahl mindestens 6 ausländische Stimmen des Generalrats auf sich vereinigen muss...

...Der Kommissar bekommt also nicht nur Einblick in alle Einzelheiten des Geschäftsbetriebes der künftigen deutschen Zentralbank und damit in die Verhältnisse aller mit dieser Bank arbeitenden Unternehmern, sondern er ist auch Herr über die Notenausgabe und damit die oberste Instanz für die deutsche Geld- und Kreditpolitik..."(Helfferich, Tg.12.4.)

....exakt dargestellt worden.

Ebenso haben die Ausführungen Dr. Helfferichs über den T r a n s f e r - h e c h a n i s m u s , den dieser als Kontrollinstitution und "Geldtrust von phantastischen Dimensionen."......

"...Da auch die denkbar günstigste Gestaltung aller Verhältnisse nur ein bescheidener Teil der Deutschland zugedachten Jahresleistungen in Form von Waren und Devisen wird nach dem Ausland gebracht werden können, müssten sich, wenn Deutschland den ihm auferlegten Verpflichtungen nur einigermassen gerecht werden sollte, bei der Emissionsbank innerhalb weniger Jahre M i l l i a r d e n b e t r ä g e a n s a m m e l n , über die das von der Reparationskommission zu bestellende Komitee die unbedingte Verfügung hat. Das Komitee würde damit nicht nur über die Bank, die sich damit immer mehr an die Reparationskommission verschulden würde, sondern auch über die deutsche Währung und die gasamte deutsche Wirtschaft eine Macht gewinnen wie sie in der Wirtschaftsgeschichte aller Völker ohne Vorbild ist. Das Komitee würde zu einem Geldtrust von geradezu phantastischen Dimensionen werden. Jeden Augenblick würde die Kündigung seiner Guthaben die deutsche Währung und die mit seinen Geldern arbeitenden deutschen Unternehmen und Grund und Boden ruinieren können. Die Verschuldung der deutschen Wirtschaft würde automatisch in geometrischer Progression wachsen. Das von den Experten vorgeschlagene System, als dessen Zweck die Schonung der deutschen Valuta verkündet wird,, ist also die Organisation zur Ueberführung der deutschen Wirtschaft in die Hände der Reparationsgläubiger, die O r g a n i s a t i o n der U e b e r f r e m d u n g v o n i n n e n heraus..."(Tg.Helfferich 12.4.) - Ebenso: Tg. Meissinger 12.8. - Aehnlich BLA. v.Kemnitz, 12.8.

.....gesehen hat, abseits der redaktionellen Auffassungen gestanden, von denen zwar auch "Das Kapital- und Kreditmonopol der Reparationsgläubiger in Deutschland "festgestellt (Tg. "ein Kenner" 1.8.) und die begrenzte Geltung des Transfer-Schutzes gezeigt.....

"...Das ist der Köder, mit dem man die grossen Massen Deutscher für den Dawes-Bericht gefangen hat.. Leider weist aber die Rechnung verschiedene, sehr erhebliche Fehler auf. Sieht man genauer hin, so heisst es in dem Bericht nicht etwa allgemein, dass nach Ansammlung von 5 Milliarden die Zahlungen des Reichs herabgesetzt werden müssen, sondern die Bestimmung geht nur dahin,dass die Beiträge aus dem Haushalt und der Beförderungssteuer unter die Grundbeträge des Dawes-Planes herabzumindern seien. Das ist etwas wesentlich anderes und bedeutet, dass der Z i n s e n d i e n s t d e r O b l i g a t i o n e n unter allen Umständen w e i t e r l ä u f t...

...Es genügt die Behauptung, dass "irgendeine Gruppe" durch F i n a n z m a n ö v e r die Uebertragung der Entschädigungszahlungen ins Ausland zu verhindern suche, um den ganzen berühmten "Sicherheitskoefizienten" einfach hinweg zu dividieren....." (BLA.,v.Kemnitz,12.8.A.)

.....indessen auch sein Wert für die deutschen Interessen angedeutet worden ist.

Abgesehen von der, durch die Formel und den Vorbehalt der "Finanzmanöver ", sowie die Begrenzung der im Falle der Erreichung der 5-Milliarden-Grenze herab -

setzbaren Beträge beschränkten Geltung des Transferschutzes hat mit den übrigen Blättern auch die Scherlpresse die hohe Wertschätzung dieser Suspendierungsmöglichkeit zum Ausdruck gebracht, vor allem angesichts des im londoner Protokoll festgesetzten Sachlieferungsreglements und Transferschiedsgerichts.....

"...Vom deutschen Standpunkt müssen zu den vorläufigen Beschlüssen dieses Ausschusses in der Sachlieferungsfrage die schärfsten Bedenken geltend gemacht werden. Die Franzosen verlangen darin eine sehr weitgehende Freiheit in der Bestimmung der Art und Menge der deutschen Sachlieferungen, und zwar in solchem Masse, dass die deutsche Industrie wahrscheinlich garnicht in der Lage sein würde, diese Forderungen jederzeit zu erfüllen, ohne dass dabei sehr leicht tatsächliche "Verfehlungen" festgestellt werden können. Andrerseits würde die Industrie in ihren Dispositionen aufs schwerste behindert. Man müsste, wenn derartige Vorschläge durchdringen, geradezu eine Gefährdung der deutschen Währung befürchten und man muss feststellen, dass dadurch den Sachverständigenberichten derart zuwider gehandelt wird, als der T r a n s f e r a g e n t in einer seiner wesentlichsten Funktionen a u s g e s c h a l t e t werden würde. Vom deutschen Standpunkt aus kann jedoch eine derartige sachliche Aenderung des Gutachtens keinesfalls in Kauf ... genommen werden..." (BLA.2.8.) - Ebenso: BLA. 8.8.M. -

Immerhin haben die Blätter nicht - wie die DAZ. - als Folge dieser Durchbrechung des Transfers die Möglichkeit der Krediteinschränkungen behandelt.

Wenn auch neben den Ausführungen Dr. Helfferichs die redaktionellen Aeusserungen des Tg. und BLA. gerade über die währungs- und transferpolitische Ueberfremdungsgefahr sehr zurückhaltend gewesen waren, so haben die Blätter ... doch grundsätzlich die Belastung unter dem Gesichtspunkt der Kontrolle, bzw. des Tatbestandes zum Teil v ö l l i g e r Ueberfremdung.....

"...Eisenbahngesellschaft, Währungsbank, Staatshaushalt, die in Deutschland angelegten Reparationsgelder stehen nur stark oder v ö l l i g u n t e r f r e m d e n E i n f l u s s . Dies ist die Soll-Seite unserer Bilanz, die sich im grossen und ganzen in folgende Gesichtspunkte zusammenfassen lässt: Verlust der Steuer- und Zollhoheit,...der Währungs- und Tarifhoheit, Kapital- und Kreditmonopol der Reparationsgläubiger in Deutschland. Unter d i e s e n Gesichtspunkten wollen wir sie später zu b e u r t e i l e n s u c h e n..."(Tg.1.8.)

.....gesehen, indessen den "bösen Willen, der Gegner nicht unbedingt vorausgesetzt, insofern die Wirkung des Berichtes letzten Endes in den Händen der Persönlichkeiten läge, die ihn für Deutschland wohlwollend oder verhängnisvoll .....

"...Die Wirkung des Berichts hängt völlig von den Persönlichkeiten ab, die seine Ausführung beeinflussen. Handhaben sie ihn im Geiste der Loyalität gegenüber Deutschland und mit Vorsicht können sie alle Störungen der einzelnen alliierten Politiker fernhalten, so mag er für uns von gewissem Vorteil sein, geschieht das nicht, so ist er unser Verderben..."(Tg.1.8.) - .....durchführen könnten.

Ueber die Zurückhaltung der DAZ. hinaus und in Uebereinstimmung mit Helfferich sowie der DT. ist jedoch von der Scherlpresse besonders unter dem Eindruck der letzten Endes alle, sich volkswirtschaftliche überschneidenden Lasten tragenden Haushaltsgarantie deutlich die Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht worden, dass die Reparationsverpflichtung von 2,5,Milliarden jährlich u n e r f ü l l b a r.....

"...Ich sage mit derselben, unbedingten Gewissheit, mit der ich seinerzeit das Londoner Ultimatum für unerfüllbar erklärt habe, dass die von den Experten vorgeschlagenen Jahresleistungen schlechthin u n e r f ü l l b a r sind. Werden sie trotzdem von einer deutschen Regierung als bindende Verpflichtungen übernommen, so muss sich das deutsche Volk darüber klar sein, dass es mit allen an die Nicht-Erfüllung im Expertenbericht geknüpften Folgen schon heute als mit von ihm selbst anerkannten Rechtswirkungen zu rechnen hat..."(Tg.Helfferich, 12.4.) -

"...Was...die einzelnen Posten anbetrifft, aus denen sich die späteren 2.5.Milliarden zusammensetzen wollen, so gilt für jeden, was für die Gesamtheit gilt...Wird jeder dieser Zweige als Selbstzweck angesehen, so können aus ihm zeitweise beträchtliche Summen herausgepresst werden, aber binnen kurzem müssen sich im deutschen Wirtschaftsleben die schwersten Störungen ergeben, wenn z.B. Zölle und Bahnen lediglich vom Standpunkt des grössten Ertrages bewirtschaftet werden..." (Tg.2.8.) -

"...Die gesamten Einnahmen des Reichs aus Steuern und sonstigen Abgaben belaufen sich zurzeit jährlich kaum mehr, als 6 Milliarden. Jedermann weiss, dass die deutsche Steuerlast sich auf die Dauer wird nicht aufrechterhalten lassen können. An eine erhebliche Steigerung der Einnahmen wäre aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen garnicht zu denken. Denn schon zurzeit entnimmt das Gewerbe den grössten Teil der ihm abverlangten Steuern aus der Substanz. Auch grössere Ersparnismöglichkeiten bestehen nach Durchführung des Abbaues der Behörden bei Reich und Ländern nicht mehr. Schon die genannten 360 Millionen würden also ein Opfer für Deutschland bedeuten, dass ihm den Verzicht auf die Erfüllung sämtlicher kulturellen Aufgaben auferlegen würde. Einige Jahre später aber wird von Deutschland eine jährliche Zahlung von 2.5 Milliarden verlangt werden. Es ist- bei Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse - auch bei Aufbietung aller Phantasie nicht möglich, zu erkennen, wie eine Summe solcher Art in absehbarer Zeit von uns aufgebracht werden soll, ohne dass eine gänzliche Verelendung des ganzen Volkes stattfindet..."(Tg.24.8.) - Ebenso: Tg.17.5.,24.5.,2.8., und BLA.21.8.

.....sein würde oder zu einer Verelendung des ganzen Volkes führen müsse. Hinter diesen Ausführungen hat, wie man sieht, die Auffassung gestanden, dass es zu einem Versuch, die unerträglichen Jahreszahlungen durchzuführen, kommen könne.

D. T.

Darüber hinaus ist die DT., deutlich im Banne des Gedankens, dass der Verzug das Ziel der Ueberlastung, also die Ueberfremdung die eigentliche Absicht des Planes sei, in ihrer ganzen Kritik vonvornherein von der Auffassung der Unerfüllbarkeit ausgegangen,.....

"...Wir fragen uns: hat Respondek wirklich nicht erkannt, dass die Unerfüllbarkeit der von den Sachverständigen geforderten Zahlungen der selbstverständliche und notwendige Ausgangspunkt der gesamten deutschen Kritik am Sachverständigengutachten gewesen ist? Respondek wird schnell mit dieser Frage fertig: "Es ist nicht leicht, wie die Ausführungen gezeigt haben dürften, die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft unter Berücksichtigung der natürlichen Existenzgrundlagen von ihr selbst und des ganzen Volkes auf lange Zeit hinaus zu bestimmen. Hier ein apodiktisches Urteil abzugeben, würde vermessen sein..."(30.7.M.)

.....angesichts deren der Kontrollapparat in ganz unerträglicherweise in Erscheinung.....

"...Schon die mehr als wahrscheinliche Unerfüllbarkeit lässt der vorgesehenen Kontrollapparat in einer für das deutsche Ehrgefühl ganz unerträglichen Weise in Erscheinung treten..."(23.5.A.)

.....trete. Hier ist das Verhältnis von Belastung un Kontrolle am klarsten gekennzeichnet worden.

Eine soclhe Einstellung der Kritik war für das Blatt umsomehr gegeben, als es, am weitesten einem immobil-ökonomischen und sozusagen "soliden" Denken verhaftet, als einziges unter allen behandelten Blättern seine Stellungnahme zur Frage der Erfüllbarkeit unter dem Gesichtspunkt vollzogen hat: auf Grund welcher Berechnung wäre angesichts der damaligen deutschen Wirtschaftsbasis die Zahlung überhaupt möglich.....

"...Ganz abgesehen von der Lüge, die diesem Vertrage von Versailles zugrunde liegt und von der unabweisbaren Notwendigkeit der endlichen Klärung dieser Lüge, muss man sowohl von der Regierung, wie auch von allen denen, die die Erfüllung der Forderungen für möglich halten, eine Erklärung abgegeben werden:

1) Auf Grund welcher B e r e c h n u n g e n ist die Zahlung möglich?
2) Ist die heutige Wirtschaftsbasis genügend tragfähig, um dem deutschen Volke überhaupt noch eine kümmerliche Existenz zu gewähren ?..."
(v.R.-B. 24.4.M.) -

.....gewesen ? Diese Frage stellen hiess nicht nur : sie verneinen, sondern auch als Prinzip einer bestimmten Einstellung kennzeichnen. Aufgrund der über die ökonomische Situation verfügbaren Wirtschaftszahlen hätten "Berechnungen " über die Durchführbarkeit natürlich zu dem Ergebnis der Unerfüllbarkeit und bei einer "logischen" Entscheidung zu einer Ablehnung des ganzen Planes führen müssen. Da indessen die Blätter - einschliesslich der DT ! - ebenso wie die Sachverständigen von der p o l i t i s c h e n Notwendigkeit einer Annahme dieser mehr oder weniger als vorläufig angesehenen Lösung überzeugt waren, haben sie diese Berechnungen vermieden mit Ausnahme der DT., die als einzige sich zu der relativ ausführlichen Erörterung der Wirtschaftsbasis und effektiven Leistungsfähigkeit veranlasst gesehen hat.

Bei der Betrachtung der Erfüllungsgrundlage hat sich die DT. vor allem um den Nachweis bemüht, dass in dem, von den Sachverständigen in erster Linie für die deutsche Leistungsfähigkeit angeführten Argument von der E n t s c h u l d u n g der "Grundirrtum" ihrer Rechnung zu sehen sei, wobei von ihr besonders die Tatsache bedauert worden ist, dass sich die Sachverständigen garnicht mit dem Verlust der Privatgläubiger beschäftigt.....

"...Es ist doch nur scheinbar richtig, wenn das Gutachten diese Erledigung der Ansprüche der inneren Staatsgläubiger Deutschlands mit einer auf Schuldentilgung gerichteten Kapitalabgabe vergleicht. Eine wirkliche Kapitalabgabe leitet eben das Kapital, das der einen Seite entzogen wird, anderen Teilen der Volkswirtschaft zu...In diesem Falle ist das K a p i t a l v ö l l i g v e r s c h w u n d e n, wie bei einem völligen Staatsbankrott...
...Aus dieser Betrachtung ergibt sich schon, dass auch die andere These nur eine S c h e i n w a h r h e i t ist, dass nämlich (fehlt: der Verlust... d.Verf.) der Staatsgläubiger durch einen der G e s a m t h e i t der S t e u e r z a h l e r zufallenden G e w i n n genau ausgeglichen werde. Die darin liegende Auffassung kann zutreffen, soweit es sich um ähnliche Vorgänge viel kleineren Masstabes innerhalb einer Volkswirtschaft handelt..
...Eingeschaltet sei hier nur, dass das Gutachten in diesem grundlegenden Kapital nur den Verlust der deutschen Staatsgläubiger durch die Geldentwertung behandelt, nicht den der deutschen P r i v a t g l ä u b i g e r, der ungefähr ebenso gross ist: 6 0 - 7 0 M i l l i a r d e n Goldmark. Die g e r i n g f ü g i g e nachträgliche Aufwertung können wir hier wohl beiseite lassen. Diese Lücke der Betrachtung der Sachverständigen ist nicht nur deshalb von grosser Bedeutung, weil solche Kapitalvernichtungen umso weniger durch Entlastungen auf der anderen Seite ausgeglichen werden können, je grösser sie sind und je verheerender sie deshalb die Gesamtwirtschaft treffen müssen, die eben Betriebskapital braucht..."(P.B.15.4.A.) - Ebenso : P.B.16.4.A. und 13.6.A. (Sparguten.)

.....hätten. Dieser Grundirrtum wäge von den Sachverständigen auch der Landwirtschaft gegenüber (neben städtischen und industriellen Grundbesitz) begangen worden, deren Ablösungsgewinn durch die Substanzverluste voll ausgeglichen sei.....

"...Beispielsweise durch die teilweise Entlastung des ländlichen Grundbesitzes von hypothekarischen oder sonstigen Verpflichtungen ist die Landwirtschaft tatsächlich nicht gestärkt worden. Vielmehr hat sie, gerade durch die Folgen der Geldentwertung, in Wirklichkeit S u b s t a n z v e r l u s t e erlitten, welche diese Verluste nicht nur ausgleichen, sondern beträchtlich überwiegen..."(P.B.15.4.A.) -

.....und deren von den Sachverständigen so optimistisch beurteilte Lage eine

e u b e l a s t u n g durch ("geringfügige") - Aufwertung, Rentenbankhypothek nd Kreditgewährung erfahren habe,.....

"...Die deutsche Landwirtschaft war vor dem Kriege in einer Höhe von 15 Milliarden Goldmark belastet. Eine 15%ige A u f w e r t u n g bedeutet eine Belastung von 2.25 Milliarden Mark. Dazukommen eine R e n t e n m a r k h y p o t h e k in Höhe von ungefähr 1.2.Milliarden Mark und schliesslich eine h e u t i g e K r e d i t g e w ä h r u n g an die Landwirtschaft von 800 Millionen Mark...zusammen eine Belastung von 6.15 Milliarden, gegenüber 15 Milliarden im Frieden...Grund und Boden besitzen heute einen Wert gegenüber dem Frieden von 1/3, höchstens 2/5, sodass bei dieser Betrachtung die Belastung der Landwirtschaft der des Friedens gleichkommt. Eine Verbesserung der Lage der Landwirtschaft gegenüber dem Frieden, die das Sachverständigengutachten uns nicht nur in diesem Satz vorspiegeln will (dass die landwirtschaftlichen Schuldner Inflationsgewinn erzielt hätten - d.Verf.), sondern auch in seiner Einleitung betont, indem es behauptet, dass auch die Entwicklung in der Landwirtschaft auf "fortschrittlichen Bahnen" "einen hoffnungsvollen Ausblick auf Deutschlands zukünftige Produktion gestattet", beruht daher auf einem grundlegenden I r r t u m..."(v.Bismarck 3.7.M.) - Weitere Belastungsmöglichkeiten: Steuern, Rentenbankliquidation und Reichsbahntarife.

.....sodass unter Berücksichtigung der gefallenen Bodenpreise ihre Last der Vorkriegsverschuldung gleichzusetzen wäre. Abgesehen von weiteren Belastungsmöglichkeiten ist das Blatt schliesslich zu der Auffassung gekommen, dass angesichts der Minderung des Volksvermögens von 350 auf 150 und des Einkommens von 42 auf 20 Milliarden.....

"...Infolge der geschilderten Substanzverluste, der direkten Folgen von Versailles auf der einen, der Kapitalvernichtung auf der anderen Seite, ist die Wirtschaftsgrundlage des deutschen Volkes von 350 Milliarden vor dem Kriege auf schätzungsweise nur noch 150 Milliarden Goldmark zusammengeschmolzen, da jede jener hauptsächlichen beiden Verlustquellen unserer Wirtschaft rund 100 Milliarden entzogen hat. Die Zahl der im heutigen Deutschland lebenden Menschen steht nur noch um einige Millionen hinter der Bevölkerungszahl Deutschlands vor dem Kriege zurück. Von den 43 Milliarden Volkseinkommen der Vorkriegszeit würden mindestens 40 Milliarden heranzuziehen sein, wenn man die Lebensmöglichkeiten des heute im Reich lebenden deutschen Volkes gegenüber der Vorkriegszeit vergleichen will. Heute ist unser Volkseinkommen auf schätzungsweise 20 Milliarden Goldmark, also, da wir für die weitere Darstellung die Bevölkerungs- und Gebietsveränderung nicht mehr in Betracht zu ziehen brauchen. Ziehen wir die Ueberschüsse unserer Wirtschaft, auf denen aber auch die ganze Möglichkeit ihres weiteren, schon um des Wachstums der Bevölkerung willen nötigen Ausbaus beruhte, von dem damaligen Volkseinkommen ab, so ergibt sich,dass uns für den blossen Konsum heute nur noch 3/5 dessen zur Verfügung steht, was wir früher dafür verbraucht haben.

Auch die Sachverständigen werden nicht bestreiten, dass damit nach allem menschlichen Ermessen bei dem heutigen Zustande unserer Wirtschaft h ö c h s t e n s das E x i s t e n z m i n i m u m s unseres Volkes gedeckt ist..." (P.B.18.4.M.) - Ebenso: P.B.10.4.M. und v.R.-B.24.4.M.:"Erfüllung - Vernichtung" -

.....gerade das Existenzminimum des deutschen Volkes gedeckt sei.

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen hat die DT. unter den P f ä n d e r n die Reichsbahngarantie gleich den anderen Blättern als unmittelbar schwerste Belastung der Wirtschaft ausführlich behandelt. Diese Belastung ist von dem Blatte als umso grössere Gefahr dargestellt worden, als es bei Berechnung ihrer tatsächlichen Höhe die höchste Ziffern unter allen behandelten Blättern festgestellt....

"...Das Gutachten geht mit seinem Vorschlage weit über das Angebot der Cuno'schen Regierung hinaus, das 500 Millionen vorschlug. Dieser Betrag war das denkbar höchste, was ehrlicherweise überhaupt angeboten werden konnte. haben wir doch Ueberschüsse in manchen Jahren von nur rund 600 Millionen Mark bei einem wesentlich grösseren Netz der deutschen Bahnen aufzuweisen gehabt.....Es muss als eine geradezu unglaubliche Leistung der deutschen Stelle bezeichnet

werden, die das Material für die Sachverständigen über "Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen" zusammengestellt hat, dass sie ausgerechnet das Jahr 1913 mit 1 Milliarde Ueberschuss herangezogen hat, wo wir noch in einer Konjunktur sondergleichen lebten. Wenige Jahre vorher war der Ueberschuss der deutschen Eisenbahnen nur 6 - 700 Millionen..."(P.B.13.4.)

"...Das Gutachten spricht von rund 1 Milliarde Goldmark, rechnet aber nur mit 660 Millionen für Verzinsung und Tilgung der Obligationen und mit 290 Millionen Verkehrssteuer. Es rechnet n i c h t mit der festen D i v i d e n d e für die 2 Milliarden V o r z u g s a k t i e n (bei 8% 160 Millionen) und mit R ü c k l a g e n in einen Rücklagefond (jährlich 100 Millionen.) Das würden z u s a m m e n m e h r a l s 1 1/4 M i l l i a r d e n sein...Kein Sachverständiger wird aus den vorliegenden Unterlagen die Ueberzeugung gewinnen können, dass ein Reinertrag von 1 Milliarde zukünftig jährlich, also auch in Jahren schlechter Konjunktur, herausgewirtschaftet werden kann..." (Franke 3.6.A.)

"...Die von der Reichsbahngesellschaft zu bezahlende Verkehrssteuer und der Obligationendienst erfordern, wie oben dargestellt, jährlich 950 Millionen Goldmark. Rechnet man auf die 2 Milliarden Vorzugsaktien 8 % Dividende, auf die zunächst dem Reich verbliebenen 1 3 M i l l i a r d e n gewöhnlicher A k t i e n 3 % Dividende, so sind das weitere 550 Millionen Goldmark jährlich. Die von den Eisenbahnen nach dem Expertenbericht aufzubringende J a h r e s l a s t wächst damit auf 1.5 Milliarden Goldmark. Durch die geforderte Reservedotierung und die Kapitalamortisation steigert sie sich auf 2 M i l l i a r d e n Goldmark..."(Helfferich 21.4.)

.....: Franke 1 1/4 und Helfferich 2 Milliarden Jahresverpflichtung, und den Tatbestand der Majorisierung des öfteren genau nachgewiesen hat,...

"...Aber nicht die matarielle Last ist das Schlimmste, sondern der Verlust der Tarifhoheit. So wird ein fremder Kommissar eingesetzt, der sich einen grossen Stab angliedern und die ganze Verwaltung kontrollieren soll. Wohl das Tollste aber, das einem grossen Volke zugemutet werden kann, ist , dass er das Recht haben soll, die deutsche Reichsbahn selbst in Betrieb zu nehmen, zu verpachten oder zu verkaufen, sobald auch nur in einem Jahre der Eisenbahntribut nicht bezahlt wird...Dieses eine Recht genügt vollkommen, um die Unmöglichkeit der Sachverständigenvorschläge zu beleuchten. Diesem Recht des Kommissars gegenüber sind es leere Worte, wenn das deutsche Reich das Recht haben soll, die Eisenbahnen nach Erledigung der Tributverpflichtungen in durchaus gutem Zustande und frei von allen Lasten zurückzuerhalten..." (Quaatz 16.5.M.) -

"...Die Deutschen haben also mindesten 5 von 18 Sitzen, höchstens aber 14 , (im Verwaltungsrat - d.Verf.) letztere Zahl aber mit der unwahrscheinlichen Voraussetzung, dass sowohl der Treuhändler 5 Deutsche ernennt, wie auch die Inhaber der Vorzugsaktien allen ihnen gebührenden Sitze mit Deutschen besetzen..." (Franke 3.6.M.)

"...Da Dreiviertelmehrheit mit 18 Stimmen, also 13 1/2 Stimme zur Beschlussfassung nötig sind, sieht es zunächst aus, als fehlt der internationalen Finanz 1/2 Stimme und als könnte Deutschland mit seinen 5 Stimmen einen ausschlaggebenden Einfluss retten. Dem ist aber nicht so. Denn der Vorsitzende

> "wird zusätzlich zu seiner Stimme als Ratsmitglied eine zweite oder entscheidende Stimme haben."

Der Vorsitzende wird aber von den durch die Inhaber der Vorzugsaktien gewählten Direktoren, also von der internationalen Finanz gewählt, die demnach 14 auf sich vereinigt, sodass der deutschen Regierung nach Ausgabe der Vorzugsaktien, die natürlich in Händen der internationalen Finanz verbleiben , stets überstimmt werden wird..."(v.Horst 3.7.A.) - Ebenso: Helfferich: siehe Zitat aus dem "Tag".

.....wobei bei von dem Blatte, ähnlich, aber nicht so ausführlich, wie in der

DAZ., als Ziele der Privatisierungspolitik gleichfalls : Schutz vor dem Zugriff der Reparationsgläubiger.....

"...Man erinnert sich des wilden Sturmes, der von der offiziellen Presse gegen die Vorschläge der deutschen Wirtschaft im März 1922 entfesselt wurde,als diese eine Reform der deutschen Reichsbahn an Haupt und Gliedern befürworten. ...In einer Weise, die jedes Gefühl für Verantwortung vermissen liess, trug man die Propaganda in die Massen der Beamten und Arbeiter unter dem unwahren Stichwort: "Die Sachverständigen (der deutschen Wirtschaft - d.Verf.) wollen die Eisenbahnen dem deutschem Privatkapital ausliefern !".

Ich erwähne diese Dinge nur deswegen, weil sie in einem schwer fassbaren G e g e n s a t z stehen zu dem, was wir h e u t e beobachten. Das Gutachten der Sachverständigen, das sich in vielen Punkten auf die Auskünfte der deutschen R e g i e r u n g beruft, liefert die Eisenbahnen nunmehr dem P r i v a t k a p i t a l aus, allerdings nicht dem deutschen, sondern dem a u s l ä n d i s c h e n..."(Quaatz 16.5.M.) -

.....angedeutet worden ist.

Demgegenüber hat die DT. die Industriebelastung lediglich mit der Meinung gewürdigt, dass auch die Industrie eines nicht allzu fernen Tages den "Kontrollspion auf dem Nacken".....

"...Wenn weiterhin gesagt wird, auch für die Industriebelastung solle "nötigenfalls" - also auch wohl dann wenn sie nicht genügend ergibig wird - ein Kommissar bestellt werden, dann ist auch 1000 : 1 zu wetten, dass die Industrie eines nicht allzufernen Tages diesen Kommissar, besser Spion, auf dem Nacken haben würde..."(P.B.10.4.M.) -

.....haben würde, eine Ansicht, aus der immerhin hervorgeht, wie das Blatt die Kontrollabsichten der Entente als das Primäre gegenüber einer Erzielung von Reparationsleistungen vorausgesetzt hat.

Diese Auffassung der DT. ist am deutlichsten bei der Behandlung der Haushaltsgarantie hervorgetreten. Während das Blatt, ausgehend von der selbstverständlichen Generalhaftung des Reichshaushalts für sinkende Sonderverpflichtungen und im Bewusstsein seiner "Berechnungen" über die Untragbarkeit es aufgegeben hat, die Frage zu beantworten: w i e h o c h denn die Belastung n u n ü b e r h a u p t sein könnte ? .....

"...Es soll nämlich nicht die Steuer auf Zucker, Tabak, Bier und Alkohol als besondere Garantie abgegeben werden, sondern die an den vorgeschlagenen Leistungen fehlende Summe - sie beginnen mit 1 Milliarde und erreichen 2 1/2 Milliarden innerhalb 5 Jahren - soll s t e t s aus Haushaltsmitteln ersetzt werden. In dieser Beziehung ist nun die Frage aufzuwerfen: wie hoch kann die Belastung des Volkes überhaupt sein ?..."(O.F.13.4.) -

.....(Die Verelendungsmöglichkeit war ja ein Unsicherheitsfaktor in jeder Berechnung !) ist von ihm deutlich bei den Kontrollorganen "die volle Absicht.... zu immer weirerer Zerstörung der Scheinhoheit" vorausgesetzt.....

"...Von der Empfehlung einer mittelbaren oder unmittelbaren Kontrolle der g e s a m t e n deutschen Finanzgebahren nimmt das Gutachten allerdings Abstand, fügt aber auch hier hinzu, es sei denn, dass ein beabsichtigter Verstoss Deutschlands gegen die übernommenen Verpflichtungen vorliege. Seit der Begründung des räuberischen Ueberfalls in das Ruhrgebiet wissen wir, wie man "beabsichtigte" Verstösse Deutschland konstruiert und da die Kommissare, die zur...Kontrolle fast aller wichtigen Zweige unserer Finanzgebahrung und Wirtschaft bestellt werden sollen, in erster Linie vermutlich Franzosen und Belgier sein werden, so wissen wir auch, dass mit diesen Kontrollorganen in v o l l e r A b s i c h t Hintertüren geschaffen werden sollen, durch die man zu immer weiterer Zerstörung der S c h e i n h o h e i t gelangen will, die man vorläufig im allgemeinen Deutschland auf dem Gebiete der Wirtschaft und Finanzen lässt...

Diese Hintertür zeichnet sich schon in klaren Umrissen ab: in der Bestimmung, dass die Befugnisse des Kommissars, der die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauch zu kontrollieren hat, nach dem Gutachten "zurückhaltend" ausgeübt werden sollen, solange die Einkünfte zureichen, aber im Falle eines verringerten Betrages - also in dem nach allem Ermessen einmal s i c h e r eintre -

tenden Falle - Eingriffe j e d e r A r t gestatten..."(P.B.10.4.M.) -
.....worden. Hierbei hat das Blatt noch besonders die Z o l l a u t o n o m i e bedroht.....

"...Dies gilt nicht bloss für die Einnahmen aus Steuern, sondern auch für die Zolleinkünfte. Es entsteht nun die Frage, ob man darunter auch die Einwirkung auf den Zolltarif anzunehmen hat. Bezüglich der Branntwein, Bier und Zucker steuern kann es keinem Zweifel unterliegen, dass sich die Sachverständigen einen Eingriff in die Sätze (Tarife) dieser Steuern vorbehalten haben, und zwar soll die deutsche Regierung veranlasst werden, die Sätze unter besonderer Berücksichtigung der in anderen Ländern bestehenden Sätze zu erhöhen. Ueber Zolltarife ist im allgemeinen nichts gesagt. Aber man kann aus der Aeusserung, "dass die deutsche Regierung die Sätze seiner übrigen Einkünfte nicht ohne die Einwilligung des Kommissars herabsetzen darf", den Schluss ziehen, dass sich bei einer Aenderung des Zolltarifs der Kommissar seine Einwilligung vorbehalten würde..."(O.F.11.6.M.) -
.....gesehen.

Auch in den Fragen der W ä h r u n g s r e g e l u n g ist es vor allem der Gedanke der Ueberfremdungsgefahr gewesen, der für die Behandlung der Anleihe und Goldnotenbank, sowie im Ausdruck des Kreditbedürfnisses bestimmend gewesen ist. Hierbei hat die Redaktion der DT. konsequent dem Standpunkt vertreten, -wenn sie auch Meinungen über die Notwendigkeit von Auslandkrediten nicht unterdrückt hat - dass allgemein die Vorteile der Auslandkredite die Nachteile des Gutachtens nicht aufwiegen könnten.....

"...Nur Inlandsersparnis kann uns helfen !...Wir haben diese Ansicht (der Notwendigkeit der Auslandkredite - d.Verf.) stets energisch bekämpft, weil wir keine Möglichkeit sehen vom A u s l a n d auch nur einen Bruchteil der Kredite zu bekommen, die unsere Wirtschaft braucht, auf der anderen Seite aber die Nachteile, die die uneingeschränkte Annahme des Gutachtens im Gefolge haben Vorteil der evtl. zu erwartenden Kredite nicht nur aufheben, sondern im Gegenteil durch die Auferlegung untragbarer Lasten die Ausblutung der Wirtschaft noch beschleunigen..." (-m- 14.6.A.)
.....und die Möglichkeit von I n l a n d s k r e d i t in der Ausnutzung der R e n t e n b a n k h y p o t h e k gegeben.....

"...Da sich die deutsche Wirtschaftsgrundlage durch des Dawes-Gutachten nicht irgendwie wesentlich erweitert und verstärkt, wenigstens zunächst nicht, so kann auch nicht die Rede davon sein, dass wir aufgrund dieser bereits doppelt in Anspruch genommenen Anleihe unsere Umlaufsmittel in irgendwie grösserem Masstabe vermehren und dadurch die Kreditlage unserer Wirtschaft erleichtern können. Als Grundlage für eine V e r m e h r u n g der U m l a u f s m i t t e l hätte auch die H y p o t h e k der R e n t e n b a n k noch ausgereicht, wenn eben unsere Wirtschaft nach ihrem gegenwärtigen Stande eine grössere Masse von Zahlungsmitteln noch vertrüge. Die neue Goldnotenbank kann also immer nur soviel Noten ausgeben, wie Rentenbank aus dem Verkehr gezogen werden...Herr Minister Dr. Stresemann aber verkündigt die umgekehrte Lehre: erst Vermehrung der Zahlungsmittel, dann infolgedessen neue Blüte der Wirtschaft !..." (P.B.12.7.A.) - Ebenso: Quaatz: "Kreditwahn" 4.7.M. - Ferner: O.F.17.5. -
.....wäre. Daher ist von der DT. vonvornherein die Goldnotenbank - mit deutlicher Spitze gegen die Bankinteressen - abgelehnt worden, da Deutschland währungspolitisch sich selbst helfen.....

"...Wenn wir eine Goldnotenbank errichten wollen, brauchen wir ü b e r h a u p t k e i n e f r e m d e H i l f e . Mit den vorhandenen 500 Millionen Goldmark können wir sie durchaus schaffen. Die Mark wurde stabilisiert ohne fremde Hilfe, und eine s t a b i l i s i e r t e Mark i s t G o l d m a r k ! Wenn wir unser Geldwesen vor Inflation verschonen, dann halten wir das Geld wertbeständig. Für den ausländischen Kredit wird Handel und Industrie selbst sorgen. Wenn die Unternehmungen kreditwürdig sind, werden sie Kredite erhalten, mit, oder sogar auch o h n e B a n k e n e n t w i c k l u n g ! ..." (O.F.10.3.) -

Ebenso; v.Heimburg 26.1. -
.....können, die kreditwürdigen Unternehmungen der Wirtschaft A u s l a n d s - kredit auch o o h n e B a n k v e r m i t t l u n g bekommen würden."

Wie die übrigen Rechtsblätter hat danach auch die DT. sich mit dem Nachweis beschäftigt, dass " die A n l e i h e in keiner Weise eine Kreditanleihe, sondern eine Währungsanleihe.....

"...Wie wir ja kürzlich schon sagten, ist es theoretisch möglich, dass diese Anleihe wenigstens unter gewissen Bedingungen die d o p p e l t e n Funktionen erfüllt, die das Gutachten ihr zuweist...Die Sachverständigen haben immerhin schon eine gewisse Einsicht in die Schwierigkeit dieser doppelten Funktion der Anleihe gezeigt, indem sie ausdrücklich betonen, dass sie neben ihrem eigentlichen Zweck der Notendeckung n u r zu Ausgaben dienen könne, die i n n e r h a l b Deutschland selber gemacht werden...Aber auch diese Deduktion der Sachverständigen trifft nur s c h e i n b a r zu; denn, wenn auch die zur Zahlung der Besatzungskosten und Sachlieferung benutzten Noten wesentlich im Inland bleiben, so fliessen doch...vor allem die sämtlichen Sachlieferungen ohne jeden Gegenwert in das Ausland ab, müssen auch unsere Zahlungsbilanz und rückwirkend auch unsere Währung beeinflussen. Wenn die Gutachten trotzdem diese doppelte Funktion für möglich halten, so wahrscheinlich deshalb, weil Deutschland ja auch gegenwärtig Besatzungskosten zahlt und auch sonst deutsche Wirtschaftswerte ohne Gegenwert nach dem Ausland abgibt, trotzdem seine Währung stabil hält. Die Gutachter glauben daraus offenbar schliessen zu können, dass Deutschland auch für den Abfluss der mit den 800 Millionen bezahlten Werte in das Ausland den zur Aufrechterhaltung seiner Währung nötigen Ausgleich werde beschaffen können...

G l e i c h v i e l , ob diese Auffassung der Sachverständigen richtig ist, oder nicht: soviel geht schon aus ihren eigenen Aeusserungen, aber auch aus den einfachsten fachlichen Betrachtungen hervor, dass mit der Erfüllung dieser zweiten Funktion aber auch die äusserste Grenze dessen erreicht ist, was diese Anleihe von 800 Millionen für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen leisten kann. Diese Anleihe, die doch, wie die Reichsregierung völlig ausser acht zu lassen scheint, in keiner Weise eine Kreditanleihe, sondern eine W ä h r u n g s a n l e i h e ist..."(P.B.12.7.A.) Aehnlich: Quaatz 4.7.M. - .....ist.", wobei das Blatt in seiner Argumentation - im Gegensatz zur DAZ.! - nicht ganz klar über die Wirkungen der Anleihe bei Finanzierung der S a c h l e i s t u n g e n zu sein scheint gewesen und einem entschiedenen Urteil ("Gleichviel..."!) ausgewichen ist. Hatte das Blatt schon die Industriebelastung kaum beachtet, so ist auch in dieser Frage der i n d u s t r i e l l e n Sachleistungen keine besondere Klarheit angestrebt, aber immerhin ihre schädliche Wirkung betont worden,.....

"...Es gehört zum ABC. der Lehre vom Gelde, dass Geld nicht in beliebigen Umfange gemacht werden kann, dass die Masse der Umlaufsmittel, welche normalerweise die Volkswirtschaft verträgt, vielmehr im unlöslichen inneren Zusammenhang mit den Kräften und dem Kreislauf der Wirtschaft selber steht. Wird diese Grenze überschritten, so beginnt die Inflation...Eine Stärkung der deutschen Wirtschaft gegenüber dem bisherigen Stande wird umso weniger erzielt , als es sich bei den S a c h l e i s t u n g e n überhaupt nicht um eine Stärkung der n o r m a l e n Zirkulation unsrer Volkswirtschaft handelt , vielmehr eine sehr schädliche Wirkung damit verbunden sein kann. Weder erhalten wir für diese Ausfuhr überhaupt Gegenwerte, noch können wir mit den hier in Frage kommenden Banknoten Rohstoffe aus dem Auslande kaufen, noch auch selber den gündtigsten Markt suchen..."(P.B.12.7.A.)

.....ohne indessen die Möglichkeit krediteinschränkenden Konsequenzen zu erwähnen. Soweit es sich um die internationale Dawes-Anleihe handelte, ist die Kreditfrage eben in erster Linie von den Kontrollbedenken bestimmt gewesen.

Umso eindeutiger hat sich die DT. zur R e n t e n b a n k l i q u i d a t i o n geäussert. Hier ist das landwirtschaftliche Kreditbedürfnis unmittelbar zum Ausdruck gekommen und die Liquidation zwar nicht, wie es die DAZ. gesehen hatte, als Steuerbelastung, sondern Kreditverzicht dargestellt worden, besonders,

weil durch den übrigen Reparationskreditbedarf die Möglichkeiten der Landwirtschaft vorbelastet seien. Dabei hat das Blatt die Neukreditierung der Tilgungssumme gefordert, sowie auch die Auffassung veröffentlichen lassen, dass die Umwandlung der als kurzfrtistigen Reichsbank-Wechselkredit gegebenen 800 Millionen in langfristigen Realkredit "nicht ohne Auslandhilfe" vollzogen werden könnte...

"...Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Sachverständigen den Agrarkredit absichtlich weggelassen haben, um das so schöne, knappe Liquidationsschema nicht zu stören...

...Die Sachverständigen rechnen also, dass man die Wirtschaftskredite (von ca.800 Millionen - d.Verf.) mit Leichtigkeit herausziehen könne und nur noch die Aufgabe bliebe, doe 1100 Millionen Rentenmark, die dem Reich vorgestreckt sind, zu tilgen, und zwar soll die neue Bank gegenüber den Inhabern dieser Rentenbankscheine die Verpflichtung übernehmen, sie schrittweise innerhalb 10 Jahren einzulösen...Allerdings könne (nach Auffassung Geheimrat Kisslers d.Verf.) theoretisch eine Amortisation der Rentenbank in 10 Jahren durchgeführt werden. Es fliessen der Rentenbank jährlich etwa 250 Millionen zu,nämlich 192 als Belastungszinsen und 60 als Zinsen für Reichsbankkredite...

...Was geschieht nun mit den mindestens auf 600 Millionen zu beziffernden landwirtschaftlichen Krediten, die nicht ohne weiteres mit Fälligkeitstermin herausgezogen werden können ?

Es ist bekanntlich eine von der Landwirtschaft am schwersten empfundene Verschlechterung des Helfferich'schen Planes gewesen, dass man zwischen Rentenbank und Landwirtschaft die Reichsbank eingeschaltet hat. Dadurch wurden die Kredite nicht nur verteuert, sondern sie mussten auch in die Form der bei der Reichsbank üblichen Kreditgewährung gepresst werden, d.h. grundsätzlich wurden auch den Landwirten nur Dreimonatswechsel gewährt...Deshalb ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass Mittel und Wege gefunden werden müssten, diese kurzfristigen Personalkredite in langristigen Realkredit umzuwandeln.Diese Umwandlung in langfristigen Realkredit kann heute aber ohne Auslandkredit nicht geschehen. Diesem aber steht vor aller der sonstige Kreditbedarf Deutschlands im Falle einer Durchführung der Sachverständigenvorschläge im Wege...Alle diese Versuche erfordern eine andersartige Regelung der Rentenbankliquidation. Gerechnet vom Tage, an dem die Liquidation in Kraft tritt, können unmöglich binnen drei Monaten sämtliche landwirtschaftlichen Rentenmarkkredite herausgezogen werden, weil keine Möglichkeit und Sicherheit gegeben ist, dass die Goldnotenbankkredite in eben solcher Höhe weitergewährt werden...Daraus ergibt sich die selbstverständliche Forderung, dass die Tilgungssumme von 1100 Millionen um die entsprechende Kreditsumme für die Landwirtschaft erhöht werden muss..."("von besonderer Seite", 18.5.) Ebenso: Kaiser, 8.6.Beilage. -

.....und ein dementsprechendes landwirtschaftliches Kreditinstitut unabhängig von der Entscheidung über das Sachverständigengutachten und der an ihm interessierten Kreise geschaffen - wenn auch zugleich mit der Rentenbankliquidation verabschieden.-

"...Die etwaige Absicht , die Rentenbank in ein landwirtschaftliches Kreditinstitut umzuwandeln, ist eine vollkommen innerdeutsche Angelegenheit, die mit dem Sachverständigengutachten als solchem (aber seiner Annahme ! - d.Verf.) nichts zu tun hat. Es ist daher als durchaus irreführend abzulehnen, wenn der Landwirtschaft die Annahme des Gutachtens mit dem Lockmittel empfohlen wird, dass ihr dann ein Kreditweg erschlossen würde..." (DT.v.Bismarck 3.7.M.) -

"...Zu den für die Durchführung des Dawes-Plan erforderlichen Gesetzen gehört auch das über die Auflösung der Rentenbank. Sie soll bekanntlich in eine Agrarbank überführt werden, die als Zentralinstitut für den landwirtschaftlichen Kredit wirksam werden soll. Diese Umwandlung soll auf Grund eines weiteren Gesetzes erfolgen, dass im Entwurd längst fertig ist, dem Reichsrat auch scon vorliegt, und dass natürlich zweck - und sinngemäss mit dem Gesetz über die Auflösung der Renten -

b a n k z u g l e i c h v e r a b s c h i e d e t wird. Dem mag nun sein, wie immer wolle: in den Reihen der heimlichen Gegner der Agrarbank findet man auch die Preussische Regierung, die nach Ausweis ihrer Haltung in der Z o l l - v o r l a g e völlig unter sozialistischem Kommando steht..." (19.8.A.) .....werden müsse.

War für das Blatt das Kreditproblem letzten Endes nur unter dem Gesichts - punkt des landwirtschaftlichen Bedürfnisses von ernstlichem Interesse, so ist in seinen Spalten der Gedanke einer Lösung durch Verschuldung völlig abgelehnt und kaum diskutiert und damit das T r a n s f e r p r o b l e m rein produktions - politisch gesehen worden als eine Frage e c h t e n Ausfuhrüberschusses. Daher ist das Blatt von der Unmöglichkeit des Transfers überzeugt.....

"...Es ist für uns gar kein Zweifel, dass man aus Deutschland die genannte Summe nicht herausschaffen kann. Im Frieden war unser Transferüberschuss vielleicht eine halbe bis eine Milliarde jährlich, weshalb gerade die Lösung dieses Problems von besonders grossem Interesse für uns ist (? - d.Verf.) Bisher hat man jedenfalls noch keinen Weg zu seiner Lösung entdecken können, es sei denn die grosse Verpflegung von Besatzungstruppen Frankreichs, Belgiens und Englands am Rhein und Ruhr, sowie von Ausländern in Deutschland und Verkauf von Wertpapieren und sonstigem Eigentum..." (Otto Flick, 13.4.) - .....als dem "fundamentalen Irrtum der Sachverständigen" (P. Lund, 31.5.A.), u. wenn das Blatt ein "besonders grosses Interesse" an diesem Problem behauptete, so hat es dies weder durch eine besondere Behandlung, noch durch eine Erörte - rung der von allen anderen Rechtsblättern deutlich beachteten Durchbrechung des Transfer-Schutzes zum Ausdruck gebracht 89).

So ausführlich in der DT. die Wirtschaftsbasis und die auf ihr möglichen Leistungen, bzw. Belastungen, "berechnet" worden sind, so wenig Beachtung hat sie dem Transferproblem geschenkt. Hiernach ist klar, dass besonders für dies Blatt der Rechtspresse die redaktionelle Haltung am meisten der Ueberzeugung Dr. Helfferichs entsprochen hat: "Die Sachverständigenvorschläge sind u n t r a g - b a r ! ", sodass für seine Grundeinstellung die Nicht-Erfüllung der selbstver- ständliche Ausgangspunkt der Kritik und die Ueberfremdung eine selbstverständli- che Folge gewesen ist.

c.

(Das Untergeordnete -) Aus den bisher dargestellten wesentlichen und zu - geordneten Erörterungen der Rechtspresse geht hervor, dass sowohl die S t a - b i l i t ä t, wie sie im Dawes-Plan, der Finanzpresse und dem V. aus repara - tions-, bank- und sozialpolitischen Gründen die Haltung entscheidend bestimmt hat, als auch bevorzugte " s o z i a l p o l i t i s c h e " A n s p r ü c h e, wie sie besonders für die Gewerkschaftsinteressen massgebend waren, in DAZ., Tg., BLA. und DT. von u n t e r g e o r d n e t e r B e d e u t u n g gewesen sind.

Dies ist so zu verstehen: mehr oder weniger deutlich haben die Rechtsblätter zum Ausdruck gebracht, dass eine Stabilitätspolitik, die in erster Linie der Durchführung der Reparationen zu dienen verpflichtet sei, restriktiv und defla - tionistisch orientiert sein müsste und diese Auffassung umso mehr als eine Bela - stung der Produktion dargestellt, als diese zu Höchstleistungen und ausserordent- lichem Kreditbedarf genötigt sein würde. Es ist nicht diese R e p a r a t i o n s - S t a b i l i t ä t für ihre Entscheidung von Bedeutung gewesen, sondern jene Stabilitätsgarantie des Transfer-Schutzes im Zusammenhang mit der 5-Milliarden - Grenze, von der man sich eine S u s p e n d i e r u n g der Verpflichtungen versprechen zu können glaubte.

Wenn nun die Blätter des öfteren, und zwar besonders bei Behandlung der Fi- nanzierung des Moratoriums, bzw. der Sachleistungen aus der 800 Millionen - An - leihe " die Dinge von der Geldseite her" betrachtet und die - gerade von den Sachverständigen und der Finanzpresse primär vertretene - Forderung nach Stabili- tät aufgenommen haben, so in der Absicht, das Prinzip der Sachverständigen gegen

die Anleihe zu kehren, deren Vermeidung von ihnen als Verzicht auf unmittelbaren Wirtschaftskredit erkannt worden war.

Ebenso sind sozialpolitische Forderungen, wie sie im V. von Gewerkschafts - interessen als bevorzugte und entscheidende Ansprüche vertreten worden sind, in der Rechtspresse von untergeordneter Bedeutung und nur dann wesentlich gewesen , wo sie eine Einschränkung der Sozialpolitik erörtert haben.

Gerade angesichts der notwendigen Leistungssteigerung ist von den Blättern der "schematische" Acht-Stundentag abgelehnt...
worden.....

"...Die von den Gewerkschaften gewünschte Klärung des innerdeutschen Lasten - ausgleichs kann nur durch ein verständiges Arbeitsabkommen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern herbeigeführt werden. Hierzu ist unbedingte Voraussetzung die von uns gewünschte Schaffung einer neuen Arbeitsgemeinschaft, mit der aber die Forderung einer Ratifizierung des Washingtoner Abkommens im schärfsten Widerspruch steht. Der Wunsch nach einer internationalen Arbeits - regelung, die bei der Einstellung des Auslandes unseren nationalen Bedürfnissen keine Rechnung trägt, muss die Arbeitsgemeinschaft zwischen deutschen Arbeitern und Unternehmern vonvornherein ausschliessen..." (DAZ.W.P.,2.8.M.) - Ebenso: DAZ. Dr. Tänzler 11.8.A. ! Der Acht - Stundentag als Grund lediglich eine "Schlussfolgerung" der SPD.

"...hoffentlich betrachtet sie (die von den Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften zur Prüfung des Gutachtens eingesetzte Kommission - d. Verf.) das Verhältnis der Arbeiterklasse zu der von dem Gutachten geforderten deutschen Ueberschusswirtschaft nicht bloss unter dem angekündigten steuerpolitischen Winkel der Lastenverteilung, sondern auch unter dem positiven Winkel, welchen Einfluss die Arbeiterschaft auf die S t e i g e r u n g der G e s a m t l e i s t u n g s f ä h i g k e i t der deutschen Wirtschaft entfalten kann... Mit der s t e r e o t y p e n F e s t l e g u n g auf das A c h t s t u n d e n p r i n z i p auch in solchen Notzeiten ist diese positive Seite des kommenden wirtschaftlichen Leistungsproblems für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft, die dreiviertel des deutschen Volkes ausmacht, noch nicht erledigt..." (DAZ. Dr. Zimmermann, 11.8.A.) -
.....in der Auffassung, wie sie die DT. erklärt," dass das fehlende Kapital durch Arbeitsmehrleistung ersetzt werden müsse."

In dem gleichen Sinne war für die Blätter die L o h n p o l i t i k eine Produktionsfrage, über deren Lösung nach Annahme des Gutachtens die Reparationsgläubiger die Entscheidung in der Hand.....

"...Der Reallohn ist eben abhängig von den Gütermengen, die das deutsche Vol unter sich zu verteilen vermag...
...Es ist daher also die Lohnfrage eine nationale Produktionsfrage...Es geht dem Arbeitnehmer zurzeit schlecht, weil es dem deutschen Volke schlecht geht Das feindliche Ausland diktiert heute den Lohn jedes Deutschen..."
(F.Geissler, Tg.16.8.) -
.... .hätten.

Im übrigen sind die sozialpolitischen Grundsätze und Ausführungen der Sachverständigen als Taktik und Heuchelei allgemein von der Rechtspresse gekennzeichnet.....

Durch ihr Gutachten klingt öfters ein gewisser Ton sozialpolitischer Rück - sichtnahme auf die unbemittelte Schicht der breiten Massen, gleichsam, als wolle man diese, der Erfüllungspolitik grundsätzlich günstig gesinnten Wähler - klassen durch die soziale Note des Gutachtens mit dessen Forderungen be sonders versöhnen..." (Dr. Zimmermann DAZ.,11.8.A.) -
.....worden.

B

Die taktische Haltung.

I

Allgemeine Orientierung während der pariser Konferenz.

1.

Taktik und Publizität des Dawes-Ausschusses.

"...Der erste Schritt, den wir meiner Meinung nach zu unternehmen haben,ist der, dass wir ein System finden, um Deutschlands Währung zu stabilisieren,sodass wir Wasser durch die Budgetmühle treiben können...", hatte Mr. Dawes als Vorsitzender der pariser Sachverständigenkonferenz seine Eröffnungsrede 90) beendet und nach dieser ersten, öffentlichen Sitzung die Verhandlungen des Ausschusses in das Geheimnis einer zweifelhaften Diskretion gehüllt. In dieser Rangordnung der Aufgaben war bereits sowohl die grundsätzliche - währungs - bank -politische Orientierung, als auch die vorgesehene Taktik des Ausschusses angedeutet und schon nach wenigen Tagen sah sich Mr. Dawes unter dem Eindruck der e n g l i s c h orientierten Währungspolitik Dr. Schacht's auf Veranlassung des a m e r i k a n i s c h e n Mitgliedes Owen D. Young.....91)

"...Da man in Paris hörte, dass Dr. Schacht, der neue Präsident der Reichsbank, mit ziemlicher Aussicht auf Erfolg, in H o l l a n d und E n g l a n d Kapital für die Errichtung einer neuen Notenbank suchte, lud ihn der Ausschuss nach Paris ein, damit er von seinem Gesichtspunkt aus die in Deutschland herrschenden Verhältnisse und seine Pläne zur Schaffung einer Währungsbank erklärte...(Seite 40)...Es wurde jetzt offenbar, dass er ernstlich vorhatte, eine Bank zu errichten und dass eine Auffassung von der Dringlichkeit der Lage oder sein Wunsch, die Bank g a n z nach seinen e i g e n e n Plänen zu bilden, ihn dazu verleiten könnte, selbständig und ohne Rücksicht auf den Ausschuss vorzugehen...(Seite 45)...Als man sich hierüber klar wurde, wurden die Mitglieder des Ausschusses vor die Frage gestellt : sollten sie ihre Pläne für die Gründung der Bank öffentlich ankündigen, oder es Dr. Schacht überlassen, seinen Plan öffentlich bekannt zu geben ?...(Seite 46)...Dieser Zwischenfall bewirkte, dass der Ausschuss in einer wichtigen Angelegenheit zu einer schnellen Entscheidung kam und gezwungen wurde, sich sehr rasch über die Einzelheiten der Organisation der Bank klar zu werden. ...Es war Herr Y o u n g (USA.-General-Elektric - d.Verf.), der aus einigen Aeusserungen Dr. Schachts den Verdacht schöpfte, dass es dessen Absicht sei , sofort mit der Organisationsarbeit zu beginnen und die Frage anschnitt, ob der Ausschuss dies ruhig mitansehen und geschehen lassen sollte..."
.....zur Veröffentlichung seiner Währungspläne genötigt.

Die Währungspolitik des neuen deutschen Reichsbankpräsidenten war nun keineswegs gegen eine Goldwährung, vielmehr angesichts "der Dringlichkeit der Lage" zunächst auf e n g l i s c h e Kredithilfe sowohl für Währungs-, als auch Wirtschaftskredit eingestellt, 91.....

"...Meine Absicht, u n t e r a l l e n U m s t ä n d e n zur r e i n e n Goldwährung zurückzukehren, wurde von allen Seiten gebilligt, sodass ich die Frage einer englischen Kredithilfe aufwerfen konnte. Wer sich in jene Tage zurück versetzt, in denen die Ruhrfrage noch immer keine Lösung gefunden hatte, der wirtschaftliche Einfluss der Franzosen an der Ruhr sich viel mehr zu erweitern drohte, der wird es als einen Beweis grossen Vertrauens ansehen müssen, dass nicht nur die Bank von England grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit zeigte, der Reichsbank zur Errichtung einer Goldbank mit Kredit zu helfen, sondern dass auch die Kreise der City sich zu einer Kreditaktion grundsätzlich bereit erklärten...(Seite 95)...Meine Pläne für die Errichtung einer

Goldbank erfuhren indessen bald darauf eine von mir am wenigsten erwartete S t ö r u n g durch den Zusammentritt des sogenannten D a w e s - K o m i t e e s , dessen Mitglieder offenbar von meinen Absichten erfahren hatten(96). Aus den weiteren Ueberlegungen des Komitees, die Rufus Dawees mitteilte, geht hervor, dass man einmal berechtigte Besorgnis hatte, ob die Rentenmark zu halten wäre, und ferner, dass man durch die Einführung einer Auslandskontrolle bei der Währungsbank die Befürchtung beseitigen zu müssen glaubte, dass die deutsche Regierung etwa zur Steuerung ihrer Finanznot einen Mehrdruck von Noten der neuen Bank veranlassen könnte. Diese beiden Gedankengänge sind bei den späteren Verhandlungen sehr bedeutend gewesen..." (Seite 105)

.....vor allem aber auf eine Ausschaltung der Rentenbankkredite und -interessen .....

Der eigentliche Sinn des Notenausgaberechts der Goldbank Dr. Schachts ("kleine", oder spätere Golddiskontbank), gegen das Dr. Helfferich scharfe Infla - tionsbedenken geltend gemacht hatte, war der :
"...Seine Bedenken wurden von der Mehrheit des Haushaltsausschusses nicht geteilt, obwohl ich die eigentlichen Gründe für mein Festhalten am N o t e n - a u s g a b e r e c h t nicht klar darlegen k o n n t e . Sie bestanden eben darin, dass ich die Möglichkeit haben wollte, unter B e n u t z u n g d e r G o l d d i s k o n t b a n k die R ü c k k e h r z u r G o l d w ä h - r u n g a u c h d a n n durchzuführen, wenn der Expertenbericht n i c h t zur A n n a h m e durch die deutsche Regierung führen sollte..."
(Seite 110)
.....gerichtet. Dr. Schacht musste seine Goldbank als die "kleine" und Vor - stufe der "grossen" des Dawes-Planes anpassen.

Infolgedessen verkündigte der Ausschuss v o r Veröffentlichung des gesamten Verhandlungsergebnisses seine Währungspläne in ihren Grundgesanken , dass eine, von der deutschen Regierung unabhängige, auf Gold basierte Währungsbank mittels Mobilisierung deutschen, sowie ausländischen Kapitals zu schaffen sei, das an der Leitung der Bank beteiligt werden müsste (23.1.), dass die Bank als eine definitive alle umlaufenden Papier- und Rentenmarkemissionen abzulösen (9.2.) und das Institut Dr. Schacht's in dem der Sachverständigen aufzugehen habe. (19.2.)

Mitte Februar wurde aus den pariser Indiskretionen klar, dass Pläne, die in erster Linie die deutsche Reichsbahn für den Währungskredit verpfändet wissen wollten 93), Gestalt gewonnen hatten. Mitte März tauchten Nachrichten über eine Sonderbelastung der deutschen Industrie, sowie die Meldung Reuters auf, dass die französische Regierung (nach Zusage von Franc-Stützungskrediten) ihre Zustim - mung zum Gutachten gegeben hätte. 94) Indessen waren die einzelnen Inhalte des Berichts noch - oder:gerade infolge dieser Zustimmung, bzw. Zusage - so um-

kämpft, dass der I. Ausschuss seine Beratungen am 23.3. wegen Unstimmigkeiten vertagen und noch am Tage der Veröffentlichung die Belastungsziffern korrigieren musste.

Die verschiedenen deutschen Kabinette hatten sich seit Beginn des Jahres 1923 - Cuno, Stresemann I und II, Marx - unter dem wachsenden Druck der Micumlasten und Währungssorgen einer Sachverständigen-Lösung gegenüber immer fester gebunden. Die Ablehnung einer solchen Lösung in ihrer Gesamtheit kam grundsätzlich nicht mehr in Frage. Indessen ist aus der Darstellung der "grundsätzlichen Ein - stellung" der Blätter zu ersehen, welche Inhalte und Vorschläge des Berichts für die einzelnen Gruppeninteressen die wichtigsten waren und die Taktik der ihnen verpflichteten Blätter musste und konnte die Veröffentlichkeit und Formulierung ihrer Entscheidung und Bedingung abhängig machen von den Chancen, die für die aussenpolitische Sicherung und innerpolitische Ausführung der entscheidenden Forderungen bestanden. Durch seine offizielle Publizität hatte der I- Ausschuss die G o l d w ä h r u n g s i n t e r e s s e n deutlich b e v o r z u g t , ohne sich gleich eindeutig für eine Räumung der Ruhr auszusprechen und bereits -

die später von der Reparationskommission vollzogene - Taktik erkennen lassen, angesichts der durch die bevorstehenden deutschen Wahlen möglichen innerpolitischen Verschiebung der Kräfte und Widerstände die d e u t s c h e E n t - s c h e i d u n g möglichst s c h n e l l z u b i n d e n .

2.

Die Haltung der Presse.

Im allgemein taktischer - wenn auch grundsätzlich verschieden motivierter - Uebereinstimmung mit den Publikationen des Ausschusses sowie Zurückhaltung in der Kritik der pariser Indiskretionen befanden sich V., VZ.,BT. und G. .

Prinzipiell von der Unumgänglichkeit der Erfüllungspolitik, der Notwendigkeit materieller Opfer"(Opferthese": durch Opfer zur Freiheit!) und besonders deutlich unter dem Druck der Micumlasten.....95)

"...Der Führer der Volkspartei, Dr. Stresemann, hat wiederholt als Kanzler und Minister die Idee vertreten, dass deutsches Gut hergegeben werden müsse, um die Freiheit wiederherzustellen. Diese Idee kräftig zu betonen, liegt jetzt, da die Sachverständigen in Berlin tagen, besonderer Anlass vor. M ö g e n s i e u n s O p f e r z u m u t e n , die wir tragen können, mögen sie uns aber auch von der F r e m d h e r r s c h a f t b e f r e i e n ... "(V.1.2.) -

"...Keine Regierung, welche im Laufe des Jahres ans Ruder kommen wird, wird um die Erfüllungspolitik herumkommen! Auch Herr Thyssen jr. will erfüllen,allerdings mit einer Rechtsregierung, die die ganze Last auf die Lohn- und Gehaltsempfänger abwälzt!..."H. Müller, Reichstag 27.2.

.....sowie von dem guten Willen der Sachverständigen (Verständigungstheorie") 92) überzeugt, hat der V. die Kommuniqués des I. Ausschusses sogleich zustimmend kommentiert und 3 Tage vor Veröffentlichung auf die Gefahren einer Ablehnung.....

d.h. im Kommentar des Kommuniquées vom 23.1. sind der " i n t e r n a t i o n a l e "Charakter der währungspolitischen Bemühungen der Sachverständigen im Gegensatz zu dem "etwas einseitig" in den Vordergrund geschobenen Projekt Dr. Schacht's betont: 25.1.

"...Solange die Berichte noch nicht vorliegen ist jedoch noch nicht zu sagen, wie die deutsche Regierung sich zu ihnen stellen soll. Umso b e d a u e r l i c h e r ist es, dass eine starke Stimmungsmache einer A b l e h n u n g der Berichte, auch ohne vorherige Kenntnisnahme und vorherige Prüfung ihres Inhalts, vorgearbeitet hat...

...Es ist denkbar, dass die deutsche Regierung nach einer solchen gründlichen Prüfung zum schweren Entschluss einer Ablehnung kommt. Aber es ist gewiss, dass diese Ablehnung von allen Gegnern Deutschlands mit Jubelgeschrei aufgenommen würde...

...Der Staat, der zuerst Nein sagt, wird sich vor der Welt mit einer schweren Verantwortung belasten, mag er Deutschland oder Frankreich heissen...(V.6.4.)

.....hingewiesen.

Von allen Blättern am frühesten und deutlichsten hat das Blatt dementsprechend unter dem Titel "Reichstagswahl am 4. Mai ! " jene Theorie als falsch abgelehnt, "die über das Verhältnis der äusseren und inneren Politik die absolute Vorherrschaft der äussern über die innere Politik behauptet", und das kommende - noch nicht bekannte - Verhandlungsergebnis z u r W a h l p a r o l e gemacht.

VZ. und BT., zwar grundsätzlich in ihren goldwährungs-, kredit- und kontrollpolitischen Auffassungen mit dem Ausschuss und seiner Taktik übereinstimmend 97) sowie von der Notwendigkeit der Pfänder überzeugt 98) , haben sich jedoch in der Behandlung der Bedingungen unterschieden. Während von der VZ. sofort und rückhaltlos den Forderungen der Sachverständigen zugestimmt und gleich ihnen Unerlässlichkeit der Wirtschaftseinheit unmittelabr redaktionell nicht gewürdigt worden ist 99), hat das BT. die einer Realisierung der "grossen" Goldwährungsbank entgegenstehenden Schwierigkeiten - wie auch Dr. Schacht - deutlich berücksichtigt, ...

"...Die Schaffung einer vollvalutarischen Goldnote ist aber eine Angelegenheit,

die, wie die letzten Vorgänge am Devisenmarkt zeigen, nicht allzu lange hinausgeschoben werden kann..." (BT. 10.2.)

"...Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird zweifellos von einer klaren Erkenntnis dieser Verhältnisse und Gefahren geleitet, wenn er unablässig auf die Schaffung einer Goldnotenbank (ohne die der Sachverständigen abzuwarten - d.Verf.) drängt...

...A b e r : der S a c h v e r s t ä n d i g e n a u s s c h u s s i s t n i c h t die R e p a r a t i o n s k o m m i s s i o n und die Reparationskommission ist n i c h t das i n t e r n a t i o n a l e K a p i t a l , das doch schliesslich die zur Schaffung der deutschen Goldwährung, d. h. zum Umtausch aller Papiermark und Rentenmarkemissionen die erforderlichen Goldmilliarden hergeben soll..."(BT.Pinner, 16.2.)

.....das Notenausgaberecht ausführlich verteidigt. Darüber hinaus ist von diesem Blatte die Ende März gemeldete Annuität von 2 1/2 Milliarden als "Versuchsballon" und zunächst untragbar bezeichnet,.....

"...Gegenüber diesen Meldungen , die sehr sicher auftreten, muss klipp und klar gesagt werden, dass die deutsche W i r t s c h a f t n i c h t i m s t a n d e ist, solche Summen a u f z u b r i n g e n , und dass das "Moratorium, bei dem Deutschland die Kosten der Besatzungsarmee und Sachliefe - rungen in Höhe von 400 bis 800 Millionen aufzubringen hat, mit der Atempause, die Deutschland braucht, soviel Aehnlichkeit hat, wie der Vertrag von Versailles mit einem wirklichen Friedensvertrag. W i r g l a u b e n n i c h t, dass die Sachverständigen, auch wenn man sie in Paris sehr beeinflusst hat, zu einem Gutachten kommen können, das die eben genannten Z i f f e r n enthält..."(BT.29.3.M.)

"...Erst nach solchem Moratorium werden wir solche Leistungen machen können, freilich n i c h t s o l c h e , wie man sie a u s P a r i s jetzt verbreitet, n ä m l i c h j ä h r l i c h 2 1/2 M i l l i a r d e n !..... Selbst, wenn die Belastung (des Volkseinkommens - d.Verf.) nur 35 % betrüge , wären die Folgen klar: Produktionsstockung, neues Gleiten der Währung....." (BT.M. Müller-Jabusch,29.3.A.)

.....jedoch diese Auffassung von Theodor Wolff am 31.3. dahin modifiziert worden, dass unter Voraussetzung der Befreiung des Ruhrgebietes - auch der militärischen ! - "eine ähnliche Summe, wie 2 1/2 Milliarden, aufzubringen".....

"...Deutschland wird jeden ausführbaren Vorschlag annehmen und ist bereit, die B e f r e i u n g des Ruhrgebietes d u r c h j e d e s O p f e r , das nicht ihm und dem Ruhrgebiet absolut tödlich werden müsste, z u e r k a u f e n ! Aber, wenn das Ruhrgebiet nicht befreit wird, sondern als Pfand unter fremder m i l i t ä r i s c h e r Bewachung und unter fremder Militärjustiz bleibt, sind wir nicht in der Lage, eine ähnliche Summe, wie 2 1/2 Milliarden, aufzubringen..." (BT.T.W., 31. 3.)

.....sei.

Eine bestimmte Orientierung hinsichtlich der innerpolitischen Durchführung des erwarteten Berichts haben die Blätter noch nicht zum Ausdruck gebracht.

Die beste Formulierung der - vom Kabinett Marx - vorgesehenen und später vollzogenen Taktik ist unter allen Blättern am frühesten und fast wörtlich in der G. vertreten worden. Hatte das Blatt bereits bei Behandlung des "Privatpolitik" Rechbergs sich in erster Linie gegen eine Vorwegnahme der Verhandlungsetappen.....100)

"...Von der Stresemannschen Pfandstellung der deutschen Privatwirtschaft bis zu diesem Plane (Rechbergs d. Verf.) ist ein weiter Weg. Einige Etappen dieses Weges wären zweifellos Verhandlungsgegenstand geworden. Umso bedauerlicher ist es, dass in Paris ein "deutscher" Plan vorliegt, der nicht nur diese E t a p p e n ü b e r b i e t e t , sondern ein für uns unerfüllbares Ziel aufrichtet..."(G.5.1.)

.....gewandt, so ist von ihm,- zwar unter Zurückhaltung und nach einigem Zögern mit den Forderungen des Ausschusses einverstanden 101) - ohne ein Für oder Wider zu formulieren, die "Politik der freien Hand", bzw. das kommende Gutachten als "Grundlage der künftigen, friedlichen Reparationsverhandlungen".....

"...Es kann sich ergeben, dass Frankreich dem Bericht der Sachverständigen, b

sonders im Hinblick auf die Ruhrbesetzung, völlig f r e i , ja oppositionell gegenübersteht. Wir wissen aus der gestrigen Rede (des Kanzlers - d.Verf.) , dass sich auch die deutsche Regierung f r e i e H a n d v o r b e h i e l t. ..."(G.28.3.)

"...Sollte es aufgrund dieser Beschlüsse zu Verhandlungen kommen, so werden die jetzigen Vorschläge in ihren E i n z e l h e i t e n sicherlich n i c h t d a s l e t z t e W o r t bleiben. Worauf es ankommt, ist , zu begreifen, dass die jetzt zur Veröffentlichung kommenden Gutachten der Sachverständigen sicherlich für die nächste Zeit in ihren G r u n d z ü g e n die G r u n d l a g e der künftigen, friedlichen Reparations v e r h a n d l u n g e n abgeben werden..." (G.Pfafferot aus Paris, 8.4.)

.....charakterisiert worden, eine Taktik des Verhandelns, die von ebenso hoher aussen-, wie innenpolitischer Bedeutung gewesen war, welch letztere die G. indessen nicht besonders erörtert hat.

Im Gegensatz zu V. VZ. BT. und G. und den Kundgebungen des Dawes-Ausschusses haben DAZ., Tg., BLA. und DT. unter Hinweis auf Ruhrbesetzung und Reichsbudget mehr aus Motiven taktischer, denn prinzipieller Orientierung (Die währungs- bankpolitische Einstellung der Sachverständigen konnte nicht überraschen) " E r s t d i e p o l i t i s c h e S t a b i l i s i e r r u n g ! " gefordert, d. h. sogleich (Januar-Februar) "Die Befreiung von Rhein und Ruhr" zur Mindestbedingung, bzw. "Voraussetzung " einer "Durchführung" , oder "Verständigung" (DAZ. : 23.1. F.S.,Tg.: Schwarzer 15. u. 21. 1.) 102) .....

"...Wenn es irgendeine Entschuldigung oder gar Rechtfertigung für die P r e i s g a b e w e i e r e r deutscher S o u v e r ä n i t ä t s r e c h t e auf finanziellem oder wirtschaftlichem Gebiet geben kann, so möchte sie ausschliesslich d a r i n gefunden werden, dass wir damit die S o u v e r ä n i t ä t über R h e i n und R u h r wieder erlangen. Wird uns aber auch das versagt, so hat die Regierung unter keinen Umständen das Recht, ihre Zustimmung zur Fesslung Deutschlands mit goldenen Ketten zu geben..."(DT.23.2)

"...Deshalb verwahren wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen, dass unsere b e d i n g u n g s l o s e Zustimmung zu dem gegeben wird, was die hohe internationale Finanz in Verbindung mit unseren sonstigen Zwingherren mögli - cherweise über uns beschliessen wird. Wir halten es durchaus nicht für ausgeschlossen, dass eine Regelung gefunden wird, die in rein wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht fundiert scheint, die aber den p o l i t i s c h e n N o t w e n d i g k e i t e n der deutschen Politik direkt z u w i d e r läuft und unsere Zukunft mal in ganz klarer Weise den V o r b e h a l t gemacht, dass Deutschlands Z u s t i m m u n g z u a l l e r m i n d e - s t e n s an die entscheidenden Konzessionen an Rhein und Ruhr g e b u n d e n sein muss..."(DT.29.2.)

.....gemacht und sowohl angesichts der noch keineswegs feststehenden Haltung der alliierten Kabinette, als auch der deutschen Wahlen eine v o r z e i t i g e , amtliche E n t s c h e i d u n g .....

"...dass die letzte Entscheidung ... unter allen Umständen bei den Kabinetten der Entente liegt..."(DAZ.Dr.F.K.30.1.)

"...Die Reichsregierung aber darf, so dringend und so drohend die Verbündeten auch von ihr verlangen mögen, dass sie aufgrund oder Verleugnung der Rat - schläge der Sachverständigen gefassten Beschlüsse annimmt oder ablehnt, das deutsche Volk n i c h t v o r e i n e v o l l e n d e t e T a t s a c h e s t e l l e n . Sie muss j e d e A e u s s e r u n g über die Beschlüsse bis zu dem Augenblick v e r t a g e n , wo der Reichstag zu ihnen Stellung genommen hat..."(BLA.Mühling,16.3.)

"...Ohne auf die Dinge im Einzelnen einzugehen, wird heute nur das Eine zu betonen sein, dass die m i l i t ä r i s c h e Freigabe der Ruhr die Voraussetzung einer Verständigung zu sein hätte...Die deutsche Politik ist demgegenüber in letzter Zeit sowohl vom Reichskanzler, als auch vom Aussenminister klar umrissen worden, nämlich: dass sich Deutschland gegenüber dem Sachverständigenbericht f r e i e H a n d behält. Unseres Erachtens muss es e r s t A u f g a b e der n e u e n , n a c h d e n W a h l e n gebilde-

ten Regierung sein, die endgültige Entscheidung zu treffen..."(Tg.Schwarzer, 6.4.)

.....abgelehnt. Daneben ist zunächst auch allgemein die Auslandkontrolle der Reichsbahn-, deren Privatisierung DAZ. und Tg. begrüsst hatten..... -

Am 1.2. hat DAZ. die "Emanzipation" der Reichsbahn "begrüsst" und vom Tg.ist die Auffassung als "wertvoller Beitrag" publiziert worden als Kernpunkt der ganzen Reichsbahnfrage: "...Die Reichsbahn muss in Wirklichkeit selbständig sein. Das ist der Kernpunkt der ganzen Reichsbahnfrage..."(Tg.Hoff,2.2.)

.....als "absolut unannehmbar" bzw. die innerpolitische Voraussetzung für ein derartiges Eisenbahngesetz bezweifelt.....

"...Die sogenannte Ueberwachung der Verwaltung der Reichsbahn würde in praxi deren Internationalisierung bedeuten, eine für uns absolut unannehmbare Forderung...Tg.21.2.) - Ebenso: DT.

"...Aber auch auf innerpolitischem Gebiet würde das, was jetzt geplant ist, nicht durchführbar sein. Denn zu einer Veräusserung und Verpfändung der Eisenbahnen bedarf das Reich der Zustimmung der Länder ein verfassungsänderndes Gesetz notwendig. Wer kann glauben, dass die innerpolitischen Voraussetzungen für diese aussenpolitische Vergewaltigung zu schaffen sein...? (DAZ.,F.S.,2.4.A.)

.....worden.

Wie in der Scherlpresse der Druck der Micumlasten am deutlichsten hervorgetreten war, 103) so hat sie der Taktik der Zwei-Phasen-Entscheidung, d.h.einer "vorläufig", vorwiegend aussenpolitisch, und einer "endgültig", vor allem innenpolitisch begründeten Entscheidung den besten Ausdruck gegeben. So haben Tg. und BLA. eingehend die Verhandlungstaktik der Micum, "Erhebliches aus der späteren Entscheidung vorweg zu nehmen", sowie die Vorauswirkung des Gutachtens kritisiert.....

"...Als vollkommen ausgeschlossen muss es angesehen werden, dass in dem Zwischenstadium eine einfache Verlängerung der Verträge Platz greifen könnte. Noch unmöglicher ist es, auf den Zustand zurückzugreifen, der vor dem Ruhreinbruch bestand...Die obige Meldung spricht von einer allgemeinen Regelung. Damit kann der Natur der Sachverständigenberichte nach nur die Regelung der Sachlieferungen in Anlehnung an die Gutachten der Sachverständigen gemeint sein...Wenn dies der Fall ist, so würde der Bericht der Sachverständigen schon vor seiner eigentlichen Verwendung eine wichtige politische Wirkung ausgeübt haben. Notwendig ist, dass die Reichsregierung grundsätzlich an dem bisher vertretenen Standpunkt festhält, dass Währung und Finanzen nicht durch unerfüllbare Zusagen erschüttert werden..."(BLA.5.4 M.) - Ebenso: Tg.5.4.: durch die französischen Micumverhandlungstaktik sei bereits Erhebliches aus der späteren Entscheidung vorweggenommen.

.....und dabei - eine weitgehende Festlegung ihrer Haltung im Sinne der Zustimmung erkennen lassen.

Bei allen Hinweisen darauf, dass die endgültige Entscheidung erst nach den Wahlen erfolgen könnte, ist von den Rechtsblättern das Gutachten als Wahlparole allgemein vermieden worden.Während sich hierbei die Scherlblätter die grösste Zurückhaltung auferlegt haben, ist sich die DAZ. immerhin über den erheblichen Einfluss der Politik der Alliierten auf die bevorstehenden Wahlen im klaren gewesen,.....

"...Die Wahlen stehen, wie nie zuvor, unter dem Druck der Auslandspolitik. Die gesamten Ententeländer blicken mit gespannter Aufmerksamkeit auf ihr Ergebnis; denn nicht an letzter Stelle wird es vom Ausfall dieser Wahlen abhängen, ob sie ihre Raubpolitik in den kommenden Jahren ebenso unbefangen werden fortführen können, wie bisher. Immer wieder muss betont werden, dass die Entente in einem Wahlausfall zugunsten eine Auffo rderung zur Fortführung der bisherigen Politik erblicken würde. Daher auch das verstärkt grosse Geschrei vom Westen herüber, dass man Rhein- Saar und Ruhr niemals räumen werde, daher die phantastischen Meldungen der französischen Presse über geradezu

phantastische Zahlen, die eine vollkommene Finanzkontrolle über Deutschland und eine völlige Verskla - vung der deutschen Arbeitskraft an das Weltkapital bedeuten würden..." (DAZ.,P.L.2.4.M.)

.....wenn ihr auch eine "Umstellung des Kabinetts Poincaré nicht unbekannt ge - blieben war,.....

"...Die Umstellung des Kabinetts Poincaré tritt langsam hervor in ihrer Bedeutung...Man scheint in Frankreich einzusehen, dass man sich einem einstimmigen Votum der Sachverständigen nicht wird widersetzen können..."(DAZ.,Odysseus, 6. 4.)

.....Die DT. hat schliesslich den Plan dem Fluch des Volkes ausgestzt.....

"...Es muss deshalb mit grösster Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht werden, dass, ganz einerlei, ob die gemeldeten Ziffern bis ins Einzelne stimmen, schon der ganze veröffentlichte Plan derart ungeheuer ist, dass es für jede deutsche Regierung, die nicht bei den nächsten Wahlen hinweggefegt werden will, überhaupt nicht diskutierbar ist. Will der Ausschuss uns verhöhnen, dass er von einem Moratorium spricht und gleichzeitig neben den Besatzungskosten (allermindestens 400 Millionen jährlich) noch Sachlieferungen im Werte 400 bis 800 Millionen Goldmark fordert?..."(DT.,W.H.29.3.)

.....zugleich eine Kritik, die die relativ schärfste Ablehnung und dabei grösste taktische Differenzierung von den selbst genannten Bedingungen 104) darstellt.

II.

Erste Entscheidung vor den Wahlen nach der Veröffentlichung.

1.

Die Taktik der Reparationskommission und die Antworten der Kabinette.

Ende März noch wegen Unstimmigkeiten vertagt, hatte sich Anfang April der Dawes-Ausschuss und die hinter ihm stehenden Kabinette grundsätzlich über die Annahme des Verhandlungsergebnisses geeinigt 105). Indessen waren die Fragen der sogenannten Voraussetzungen sowie Einzelgestaltung des Gutachtens der weiteren politischen Entwicklung überlassen.

Wenn Mr. Dawes bei Uebergabe der Pläne an die Reparationskommission 106) Deutschland gegenüber erklärt hatte: "Die Zurückweisung dieser Vorschläge durch die deutsche Regierung würde die absichtliche Wahl einer Fortdauer der wirtschaftlichen Zerrütung bedeuten, die dahin führen würde, ihr Volk in hoffnungs - loses Elend zu stürzen...", so war in der Antwort Barthou's: "Es ist natürlich nicht zu erwarten, dass alle Ihre Folgerungen, die mit Einstimmigkeit angenommen sind, nach der leidenschaftlichen Polemik über die einander widerstrebenden In - teressen auch eine einmütige Billigung finden werden...", die verschiedene Auffassung der einzelnen alliierten Regierungen - mindestens über den Weg zum Ziel - hervorgetreten. Danach machte die pariser offiziöse Presse unter der These des Kabinetts Poincaré : "Räumung nach Massgabe der deutschen Zah - lungen!" Vorbehalte über den Abbau der lokalen Garantien im Ruhrgebiet , denen englische Blätter und Politiker derart entsprachen, dass sie dem Plan-und zunächst nur diesem - als "unteilbarem Ganzen" zustimmten.

Diesen divergierenden Tendenzen unter den Alliierten standen ausserdem die Reichstagswahlen gegenüber, die zur Stärkung der deutschen Widerstandskräfte führen konnten. Daher entwickelte die Reparationskommission die bereits vom Dawes-Ausschuss geübte Taktik, die deutsche Politik vor den Wahlen zu binden, indem sie am 11.4. eine Stellungnahme des

Kabinetts Marx - Erklärung zur " M i t a r b e i t " - bis zum 17. April.....

"...Die Reparationskommission hat nach Kenntnisnahme der Berichte der Sachverständigen sich auf den Standpunkt gestellt, dass sie eine praktische G r u n d l a g e für eine rasche L ö s u n g des Reparationsproblems bilden. Sie ist deshalb geneigt, s c h o n j e t z t im Rahmen der ihr zustehenden Befugnisse die Schlussfolgerungen z u b i l l i g e n und die vorgeschlagenen Methoden anzunehmen.

Um die Durchführung der Vorschläge der Sachverständigen zu erleichtern und zu beschleunigen, beabsichtigt die Reparationskommission, den interessierten Regierungen die Entschliessungen der Berichte, die der Kompetenz der Regierungen unterstehen, zur Annehme zu empfehlen.

Jedoch sieht sich die Reparationskommission in die Notwendigkeit zurückversetzt, ihre Zustimmung aufgrund ihrer Initiative zurückzustellen, bis die deutsche Regierung bereit ist, ihre M i t a r b e i t an den Plänen der Sachverständigen s i c h e r z u s t e l l e n . Zu diesem Zwecke wird die Reparationskommission die Delegierten der deutschen Regierung am Donnerstag den 17. A p r i l anhören, es sei denn, dass die deutsche Regierung es vorzieht, eine schriftliche A n t w o r t zu erteilen..."

.....verlangte. Dieser Aufforderung stimmte das Kabinett Marx in einer am 16.4. in Paris überreichten Note im Sinne der "Bereitschaft zur Mitarbeit".....

"...Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der Note der Reparationskommission vom 11. April über die von den Sachverständigen erstatteten Gutachten zu bestätigen.

Auch die deutsche Regierung sieht in diesen Gutachten eine praktische G r u n d l a g e für die schnelle Lösung des Reparationsproblems. Sie ist deshalb b e r e i t , ihre M i t a r b e i t an den Plänen der Sachverständigen sicher zu stellen."

.....zu, eine Auffassung, die Dr. Marx am gleichen Tage als v o r b e h a l t l o s e Zustimmung.....

Interview an Karl von Wiegand: "Es ist nicht leicht für die deutsche Regierung , eine v o r b e h a l t l o s z u s t i m m e n d e Antwort abgehen zu lassen..."

.....erläutert hat. Zur gleichen Zeit waren die Micumverträge mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Einigung über das Gutachten um zwei Monate verlängert worden. Danach beschloss die Reparationskommission am 17.4. einstimmig, die V e r w i r k l i c h u n g der Pläne - abgesehen von den "Voraussetzungen"-...

1). Kenntnis zu nehmen von der Antwort, in der die deutsche Regierung den Folgerungen der Berichte beitritt, in den Grenzen ihrer Befugnisse die in diesen Berichten formulierten Entschschliessungen zu billigen und die Methoden anzunehmen, die darin enthalten sind.

2). Die Berichte der beiden Komitees den interessierten Regierungen offiziell zuzustellen, um ihnen die Folgerungen...anzuempfehlen, damit die vorgeschlagenen Pläne so rasch, wie möglich, ihre volle Wirksamkeit erlangen ,

3). Die deutsche Regierung zu ersuchen:

a) in kürzester Frist auf der Grundlage der Folgerungen und der Texte der Gutachten die gesetz- und verordnungsmässigen Entwürfe der Reparationskommission zu übermitteln, die dazu bestimmt sind, die Ausführung dieser Pläne sicher zu stellen,

b) der Reparationskommission die Namen der Mitglieder mitzuteilen, die die deutsche Regierung, bzw. die deutsche Industrie in die Organisationskomitees für die Eisenbahn und die hypothekarische Belastung der Industrie, die in dem Bericht der Sachverständigen vorgesehen sind, vertreten werden,

4). in einer der nächsten Sitzungen diejenigen Mitglieder der verschiedenen Organisationskomitees zu bezeichnen, deren Ernennung der Reparationskommission zusteht,

5). die Massnahmen vorzubereiten, deren Ausarbeitung das Gutachten vorbehalten hat.

.....zu veranlassen. Damit war die e r s t e Entscheidung über die Gutachten gefallen.

Am 26. und 29.4. veröffentlichte die Reparationskommission die Antworten der alliierten Kabinette, die alle dem Plan generell zustimmten, die französische jedoch mit dem Vorbehalt der Räumung nach Ausführung durch die deutsche Regierung, die englische im Sinne des "unteilbaren Ganzen", womit nichts Verbindliches über die Räumung gedacht war. So hatte man, mindestens den Zeitpunkt der Verwirklichung, der für Deutschland wichtigen Voraussetzungen der Zukunft überlassen. Immerhin hatten sich zur gleichen Zeit J.P. Morgan als Vertreter des Anleihe-Emissions-Konsortiums mit Bradbury und Barthou (26.4.) und die belgischen Minister Hymans und Theunis mit Mac Donald (2.5.) in Verbindung gesetzt.

2.

Die Haltung der Presse.

Wenn auch seit dem 8.April Telephone und Kabel der halben Welt für die Uebermittlung des neuen Reparationsvorschlages reserviert waren, so bedeutete seine Veröffentlichung - mindestens in der berliner Presse - keine Sensation im Sinne einer überraschenden Veränderung der bisherigen Einstellung. Durch die Politik der Publizierung, das "Gift tropfenweise" zu dosieren, allgemein vorbereitet, fand man die schon mehrere Tage vor Uebergabe in der parider Presse wiedergegebenen Auszüge nunmehr als weitgehend richtig bestätigt. Im übrigen konnten Einzelheiten der Inhalte, Schwierigkeiten exakter Uebersetzung und schneller Prüfung sowie ausführlicher Veröffentlichung naturgemäss die grossen Grundlinien der Orientierung nicht beeinflussen.

Wie zu erwarten war, fand sich in den behandelten Blättern keine Stimme, die für eine genau formulierte Ablehnung des Gesamtplanes eingetreten wäre. Indessen: die Reparationskommission hatte bis zum 17.April eine Stellungnahme des Kabinetts Marx verlangt und die Meinungen gingen vor allem in der Beurteilung der dieser Aufforderung gegenüber vorteilhaften Taktik bzw. Auslegung der Kabinettsthese: "Verhandlungsgrundlage", über die Behandlung der "Voraussetzungen" und die "Bindung der Entscheidung" auseinander, die besonders lebhaft mit dem Tage der deutschen Antwort einsetzte.

Mehr oder weniger deutlich, und mit der Abfassung der deutschen Antwort in wachsender Uebereinstimmung, fanden sich wiederum V., VZ.,BT. und G. auf der taktischen Linie "vorbehaltlosser" Zustimmung zum Gutachten als einem "unteilbaren Ganzen" zusammen, das im Wege der "Durchführungs-", bzw. "Ausführungs"verhandlungen zu verwirklichen sowie als Hauptobjekt des Wahlkampfes anzusehen sei.

Diese Richtung ist vom V. sofort eindeutig unter "taktischer" Differenzierung von VZ.,BT. und G. sowie ihrer These "Verhandlungsgrundlage".....

"...Von der deutschen Regierung ist zu verlangen, dass sie in glaubhafter, völlig überzeugender Weise ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gibt, das Ihre zur Erreichung dieses Zieles (eines Dauerfriedens - d.Verf.) beizutragen, und dass sie das nicht blos mit Worten tut, sondern auch mit entsprechenden Handlungen..."(V.10.4.A.) -

"...Den Sachverständigenbericht ablehnen, ist unmöglich! Was man nicht ablehnen kann, das muss man annehmen..."(V.11.4.M.) -

"...Die berliner Presse hat sich, mit Ausnehme der Rechtspresse gegenüber den Vorschlägen der Sachverständigen auf das Stichwort "Diskussionsgrundlage" geeinigt. Aus ihren Betrachtungen geht deutlich hervor, sie sachlich mehr oder weniger auf dem Standpunkt steht, der gestern abend und heute früh hier vertreten worden ist, dass sie es aber für undiplomatisch hält, die Bereitschaft zur Annahme schon jetzt auszudrücken. Wir erlauben uns, in dieser taktischen Frage anderer Meinung zu sein...Darum sind wir der Ueberzeugung, dass die deutsche Regierung den Vorschlägen der Sachverständigen, die ein unteilbares Ganzes

bilden, ihre Zustimmung erteilen muss..."(V.10.4.A.) -
.....unter Verzicht auf eine "formelle Bindung der Gegenseite" 107) eingeschlagen.....

"...Selbstverständlich gibt es keinen Deutschen, der nicht inbrünstig wünschte, dass mit der Annahme des Sachverständigengutachtens auch die R ä u m u n g des Ruhrgebiets formell und feierlich zugesichert würde. Leider aber konnten die Sachverständigen infolge der ihnen auferlegten Schranken zu dieser politischen Frage nicht direkt Stellung nehmen und so wird die d e u t s c h e Z u s t i m m u n g o h n e f o r m e l l e B i n d u n g d e r G e g e n s e i t e erfolgen müssen..."(V.12.4.) -
.....und konsequent durchgehalten worden.....

"...Da die Vorschläge der Sachverständigen ein unteilbares Ganzes bilden und als solches von der englischen Regierung und der ganzen englischen Oeffentlichkeit anerkannt werden, wäre es der schlimmste Fehler, der von deutscher Seite gemacht werden könnte, wollte man noch versuchen, irgendwie an ihnen herumzudoktern...Heute schon Abänderungen verlangen, hiesse die diplomatische Stellung Deutschlands bis zur Hoffnungslosigkeit verschlechtern und den französischen Wunsch nach Vereitlung des ganzen Planes unterstützen..."(V.1.7.4.M.)

"...Von den Vorschlägen als einer V e r h a n d l u n g s b a s i s " sprechen, heisst sie a b l e h n e n , da sie nur als unteilbares Ganzes anzunehmen oder zu verwerfen sind..."(V.24.4.M.) - Ebenso: 26.4.M. : es gäbe n u r D u r c h f ü h r u n g s verhandlungen ! -
.....mit der Begründung, dass durch den Aufschub einer klaren, zustimmenden Entscheidung sowohl die französische Absicht einer Verschleppung unterstützt.....

"...mit Diskussionen und Verhandlungen, während die französischen Pressionen weiter gehen, ist Deutschland noch nicht gedient. Die Aussicht, dass bei solchen Verhandlungen Verbesserungen herausspringen, ist gering. Dass die französische Regierung als Verhandlungspartner Deutschland mehr Zugeständnisse machen wird, als sie im Sachverständigenbericht enthalten sind, ist nicht anzunehmen. Dagegen besteht die G e f a h r, dass die französische Regierung, der die glatte Zustimmung zum Bericht äusserst unbequem wäre, sich gleichfalls auf die Formel "Diskussionsgrundlage" zurückzieht. Ihr könnte es nur passen, wenn die Vorschläge der Sachverständigen i m S u m p f e i n e r e n d l o s e n D i s k u s s i o n e r t r ä n k t würden..."(10.4.A.V.) - Ebenso: 12.4.M.,16.4.A., 18.4. -
.....als auch - was die Taktik der Reparationskommission habe vermeiden wollen- die Klärung der Lage vor den Wahlen verhindert und die Möglichkeiten künftiger Rechtskoalitionen offen gelassen.....

"...Jedenfalls geht es nicht an, dass man aus Angst vor der Verantwortung die Angelegenheit (Antwort auf die Note der RK. vom 11.4. bis zum 17.4. - d.Verf. dilatorisch behandelt und sich vor der Entscheidung bis nach den Wahlen herumdrückt. Dieser Gedanke mag zunächst in einzelnen Köpfen herumgespukt haben, die sich künftige Möglichkeiten einer Rechtskoalition nicht verbauen wollten. Aber die Reparationskommission hat einen Strich durch diese überschlaue Rechnung gemacht, indem sie eine Antwort Deutschlands binnen 8 Tagen verlangt ... hat. Dieses Vorgehen hat für das deutsche Volk den Vorteil, dass es eine klare Situation für die Wahlen schafft..."(V.12.4.) -
.....seien.

Demgegenüber äusserten VZ., BT. und G. ihre Zustimmung zunächst in teilweise sehr bedingter Form, bei der das BT. eine Nachprüfung der Verpflichtungen und d. militärische Räumung für erforderlich erklärte und die G. sogar eine Abänderung des als "unteilbaren Ganzen" abgefassten Gutachtens verlangte, 108).....

"...Dieses Gutachten bedeutet noch nicht die Lösung selbst. Denn die kann nur durch die Reparationskommission oder den obersten Spruch der Alliierten erfolgen...Dass es für eine der Haupt-Voraussetzungen jeder deutschen E r f ü l l u n g s m ö g l i c h k e i t die Wiederherstellung der unbedingten W i r t s c h a f t s souveränität auf dem ganzen Territorialgebiet vorsieht ist etwas Selbstverständliches...Deshalb wird auch der Plan von d e u t s c h e r Seite n i c h t a b g e l e h n t werden können. Er muss zu

Grundlage ernster Beratungen auch in Deutschland gemacht werden..."(VZ.G.Bernhard, 10.4.M.) - Ebenso: 10.4.M. Presseschau: der gerade Weg der Verhandlungsbereitschaft -

"...Die Reichsregierung will die Verantwortung dafür übernehmen, ihre Zustimmung zu den internationalen Sachverständigengutachten noch vor Zusammentritt des neuen Reichstages zu geben. Sehr vernünftig! Jede andere Haltung wäre vom Uebel...." (VZ.Bernhard, 13.4.M.) -

"...Dann müssten auch diejenigen Voraussetzungen nach jeder Richtung hin eindeutig geklärt werden, die die Sachverständigen selbst angedeutet haben...Wir halten weiter die Zurückziehung der französischen Truppen und die Rückgängigmachung der militärischen Sanktionen in Düsseldorf und Duisburg für erforderlich...Die Befugnisse der Rheinladkommission müssen auf diejenigen Grenzen zurückgeschraubt werden, die ihnen im Versailler Vertrag und seinen Ausführungsbestimmungen gesteckt sind. Unter diesen Bdingungen ist Deutschland bereit, finanzielle Opfer zu bringen...

"..Zusammenfassend kann man die Vroschläge der Sachverständigen als einer Grundlage bewerten, die zu Verhandlungen über eine Verständigung dienen kann. Vorerst wird man abzuwarten haben, wie sich die Reparationskommission, die allein für die Regelung all dieser Probleme zuständig ist, zu den Vorschlägen der Sachverständigen stellen wird..."(BT.Dombrowski, 10.4.M.) - Ebenso: BT.11.4.M. -

"...Die nur allzu berechtigten Bedenken gegen viele Einzelheiten müssen vorgebracht werden und eine Nachprüfung der Verpflichtungen muss gefordert werden, die man uns für Jahre des sogenannten Moratoriums auferlegt. Aber: Herr Barthou...darf nicht Gelegenheit haben, zu behaupten, die Aufzählung dieser Bedenken sähe einer Ablehnung gleich. Wir müssen nicht nur im Prinzip die "Schlussfolgerungen" des Gutachtens billigen, sondern wir legen auch auf die Prämisse den grössten Wert..."(BT.T.W.,14.4.A.) -

"... Ebenso deutlich (wie die Wirtschaftseinheit- d.Verf.) ist die zweite Prämisse des Sachverständigengutachtens herausgearbeitet. Bei dieser Voraussetzung erhabt sich allerdings die Frage, ob der Anleihemarkt der Welt diese 800 Millionen zur Verfügung stellen wird....." (BT.16.4.M.)

"...Die Sachverständigen erklären zwar ihre Pläne für ein einheitliches Ganzes. Wir aber glauben nicht, dass sie sie als unabänderliches Ganzes betrachten. Jedenfalls aber bieten sie die Grundlage einer internationalen Aussprache..."(G.10.4.M.)

"...Der Sachverständigenbericht ist ein Gutachten und soll eine Verhandlungsgrundlage bedeuten. Ihn annehmen heisst also zunächst nur erklären, dass amn auf dieser Basis verhandeln will und der Entente einen fertigen Plan vorschlagen. Das Geschrei der Rechtspresse, aus deren Reihen diemal bemerkenswerte Stimmen tanzten, war also voreilig..."(G.15.4.A.)

.....um mit dem 17. April jedoch auf die Linie vorbehaltloser Durchführungsverhandlungen zu schwenken,.....

"...Aber schon heute kann gesagt werden, dass die Regierung selbst verständlich diesem Ersuchen (der Reparationskommission: Gesetzentwürfe auszuarbeiten -d.Verf.), das übrigens nicht befristet ist, entsprechen und sofort an die Ausarbeitung der in Frage kommenden Entwürfe gehen wird. Das ergibt sich mit logischer Konsequenz aus der Erklärung der Bereitwilligkeit..." (VZ.18.4.M.)

"...Die Reichsregierung hat das Schema der Sachverständigen in seiner Gesamtheit akzeptiert. Nachträgliche Einwen -

d u n g e n gegen diese essentiellen Bestandteile sind daher a u s g e s c h l o s s e n , doch ist die Frage noch nicht entschieden, ob und welcher Form über die Einzelheiten verhandelt werden wird..."(VZ.19.4.N.) -
"...Das aber e r s c h e i n t sicher, dass keine deutsche Regierung ihre Unterschrift unter ein, dem Sachverständigengutachten entsprechendes Abkommen setzen wird, wenn nicht g l e i c h z e i t i g die w i r t s c h a f t l i c h e Freiheit an Rhein und Ruhr g e w ä h r l e i s t e t ist..."(VZ. 30.4.A.) - Ebenso : VZ. 25.4.A. -

"...Das deutsche Kabinett hat wohl daran getan, die Frage der Reparationskommission, ob nach deutscher Auffassung der Bericht als praktische Grundlage für eine schleunige Ordnung des Reparationsproblems angesehen werde, o h n e j e d e n U m s c h w e i f z u b e j a h e n , und damit den Weg für a l s b a l d i g e B e r a t u n g gewisser E i n z e l h e i t e n und den Meinungsaustausch der Alliierten zu eröffnen...(BT. B.Dernburg, 19.4.A.) -
"...Wir sind uns bewusst, dass wir ein Wagnis unternommen haben als wir uns zunächst v o r b e h a l t l o s auf den Boden der Sachverständigengutachten begeben haben. Wir...erwarten, dass nunmehr...nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete..., sondern eine Gesamtregelung der Reparationsfrage und damit der zusammenhängenden politischen Fragen gefunden wird..."(BT.Dr.Marx,20.4.M.) -
Der Reichskanzler dürfte hier vollkommen die Auffassung des BT. zum Ausdruck gebracht haben. -

"...Das Verhalten der Reichsregierung war in Würdigung aller Umstände das einzig Mögliche. Es wird ihre Aufgabe sein, bei der n ä h e r e n D u r c h s p r e c h u n g des Gutachtens die Reparationsbedingungen für uns so günstig, wie möglich zu gestalten..."(G.16.4.M.) -
"...Wenn in der deutschen Antwort das Wort "praktische Grundlage" gebraucht wird, so heisst das, dass das Schema, das in dem Gutachten der Sachverständigengen gegeben wird, angenommen ist. Wir können an diesem, also an der gesamten Konstruktion, der Verpfändung der Steuern, Zölle, Errichtung der Währungsbank, Umwandlung der Reichseisenbahnen, n a c h t r ä g l i c h k e i n e A e n d e r u n g e n anbringen..."(G.17.4.A.) - Ebenso: Pfafferot 23.4., der im übrigen erklärt, dass die Voraussetzungen v o r h e r (vor Annahme ? - d. Verf.) zu erfüllen sein.
.....eine Taktik der Bedingungslosigkeit, die aussenpolitisch weniger, wie im V. mit Verschleppungsabsichten der Franzosen, als vielmehr mit der Gefahr einer diktatorischen Durchführung des Gutachtens ohne Mitwirkung Deutschlands.....
"...Die Reparationskommission, die zweifellos im Einverständnis mit den alliierten Regierungen gehandelt hat, hätte von einem solchem Termin sicherlich abgesehen, wenn man in London und Paris damit einverstanden gewesen wäre, das die deutsche Regierung ihre Entscheidung bis nach den Wahlen hinauszöge...Man hat...gelesen, dass die Reparationskommission sich für den Fall des Ausbleibens der deutschen Antwort die "Entschliessungsfreiheit" vorbehält, d.h. di Reparationskommission, bzw. die Alliierten würden, wenn die Reichsregierung nach dem deutschnationalen Rezept verführe, n u r u n t e r s i c h , nich aber mit den Deutschen verhandeln und der Reichsregierung das Ergebnis ihrer Einigung in Form eines D i k t a t e s übermitteln..."
(VZ.G.Bernhard 3.4.M.) - Ebenso: 17.4.A. VZ. -

"...Eine weitere Frage wäre es allerdings, ob die Reichsregierung gut daran tat, s c h o n j e t z t die Sachverständigengutachten als Verhandlungsgrundlage zu b e j a h e n . Die Reparationskommission hat eine Stellungnahme bis 17. Alril verlangt. Nun wird von der "Kreuzzeitung" darauf aufmerksam gemacht, dass nach dem "Petit Parisien" die Reparationskommission b e r e i gewesen sei, falls die deutsche Regierung die Antwort nicht übernehmen wolle die U e b e r g a b e der Berichte an die a l l i i e r t e n R e g i e r u n g e n s o l a n g e h i n a u s z u s c h i e b e n, bis deutscherseits eine Antwort erfolgt sei.....Stimmt jene Meldung nicht.....dann würden wir uns wohl sehr bald vor einem D i k t a t sehen, auf dessen Form und I n

halt wir keinen Einfluss hätten, für oder gegen welcher aber eine Regierung , in der vielleicht die Deutschnationalen Sitz und Stimme hätten, sich in höchster Verantwortung und unter schwerster parteipolitischer Belastung entscheiden müsste..."(G.16.4.M.) -

.....motiviert gewesen ist.

Die innerpolitischen Motive für diese Taktik, d.h. zur Verhinderung parlamentarischer Rechtsbildungen aussenpolitische Forderungen zur Wahlentscheidung zu stellen und zur Basis der späteren Kabinettsbildung zu machen, sind nur im V. deutlich hervorgetreten, der die Wahlen zum "Volksentscheid" für oder wider das Gutachten gemacht und seine Sorgen vor einer "Bürgerblockerfüllung" eindringlich zum Ausdruck gebracht.....

2...Unter diesen Umständen gestalten sich die Reichstagswahlen am 4. Mai zu einem Volksentscheid über die Frage, ob der durch die Note vom 16.4. beschrittne Weg weiter gegangen oder durch sein Verlassen eine Fahrt in den Abgrund angetreten werden soll...Die Sozialdemokratische Partei hat als Erste auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Vorschläge der Sachverständigen auszuführen. Sie ist gewillt, im Reichstag dafür zu wirken, dass diese Ausführung im sozialen Geist unter Schonung der Interessen der arbeitenden Massen erfolgt..." (V.18.4.) Ebenso: 24.4.M. -

"...Nur mit tiefster Sorge kann man daran denken, was werden soll, wenn durch die Reichsragswahlen ein weiterer Ruck nach rechts erfolgen sollte und die Linke durch Zunahme der Kommunisten aussenpolitisch aktionsunfähig werden sollte..."(V.10.4.M.) - Ebenso: V.19.4.M.-

.....hat, dies umso mehr, als nicht die Gefahr einer "Fahrt in den Abgrund" , sondern Wahrscheinlichkeit der Annahme aus den Spalten der Rechtspresse erkenntlich war.

Diese Sorge haben VZ., BT. und G. nicht so deutlich gezeigt. Immerhin waren sie alle im Sinne des Wahlaufrufs des Kabunetts Marx geeint, der sich für die Durchführung des Gutachtens ausgesprochen und es zum Wahlobjekt gemacht hatte und somit der Tendenz entsprach, durch aussenpolitisch festgelegte Formeln eine bestimmte innerpolitische Kombination zu erzwingen. So wandte sich die G. zurückhaltend gegen die "phantastische Revanchepolitik der Rechtsparteien" und im BT . meinte Dombrowski (30.4.M.) : "eigentlich wäre die klare Wahlparole in dem Für oder Wider des Gutachtens gegeben...", Auffassungen, die A. Erkelenz dahin verstärkte (BT.23.4.M.) : "Seine Majestät der Wähler soll sagen, ob er wirklich im Juni oder Juli 1924 einen Krieg will..."

Auf der anderen Seite zeigte die Rechtspresse sofort die Tendenz, die deutsche - "definitive" - Entscheidung als Waffe zu verwenden, zwar nicht in der Annahme, die Gesamtlösung ablehnen,aber in der Absicht, die günstigste Regelung der Ruhr-Räumung, sowie teilweise Aenderungen des Gutachtens durchsetzen zu können . Daher formulieren DAZ.,Tg.BLA. und DT. ihre Stellungnahme unter der ausdrücklichen Voraussetzung der Erfüllung bestimmter Bedingungen - vor allem der Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit - als.."Bereitschaft zu Verhandlungen 107)...

"...Eine Forderung muss jedenfalls von Anfang an erhoben werden, die kommenden Verhandlungen dürfen nicht nur zwischen den Stellen der Entente geführt werden. Deutsche Vertreter müssen daran auf dem Fusse voller Gleichberechtigung teilnehmen..."

"...Ob unter den Bedingungen, denen die Wirtschaft unterworfen werden soll nach dem Bericht, eine solche Anleihe unterzubringen ist, erscheint uns fraglich, ebenso, wie die Konstruktion der übrigen Jahreszahlungen Bedenken erwecken muss...Der zweite Vorbehalt ist nach der ersten Prüfung gegenüber den Feststellungen über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des deutschen Gebiets zu machen..."(DAZ.Dr.F.K.9.4.A.)

"...Bei alledem kann für Deutschland eine glatte Ablehnung der Berichte nicht in Frage kommen. Man wird in ihnen eine vielleicht tragbare Grundlage für Verhandlungen zu erblicken haben..."(DAZ.Odysseus, 13.4.M.) -

"...schon die Tatsache, dass die Vorschläge der Sachverständigen eine Herabsetzung, und zwar eine sehr berächtliche, der Forderung des londener Ultimatums zur notwendigen Folge haben, macht es u n m ö g l i c h , dass wir die Vorschläge als v ö l l i g u n a n n e h m b a r ablehnen..."(Tg.Mühling 10.4.)

"...(Nach ausführlicher Gegenüberstellung der Micumlasten -d.Verf.) Diese Gegenüberstellung dürfte genügen, um zu eigen, dass der Sachverständigenbericht, bei allen E i n w e n d u n g e n , die ihm gegenüber zu erheben sind, d o c h immerhin a u f w e s e n t l i c h a n d e r e n G r u n d s ä t z e n beruht, a l s die, die der P o l i t i k des Herrn D é g o u t t e und den Seinen zugrunde liegen..."(BLA.10.4.M.)

"...Die Gegenwartsfolgerung, die aus dem Sachverständigengutachten unweigerlich zu ziehen ist, ist die, dass das Reichskabinett in der Frage der Micumverträge unbedingt festbleiben muss..."(BLA. 1 0 . 4 . M.) -

"...Wenn es...in dem Schreiben des Generals Dawes heisst, die Zurückweisung dieser Vorschläge durch Deutschland würde im Endergebnis das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend verstricken, so können wir uns sagen: ein grauenvolleres Elend, als Deutschland durch die Zustimmung zu derart wahnwitzigen Vorschlägen auf sich laden würde, ist nicht denkabr. Ihnen gegenüber kann es nur heissen : L i e b e r e i n E n d e m i t S c h r e c k e n, als ein Schrecken ohne Ende..."(DT.P.B.10.4.M.) -

Indessen war diese Auffassung s o zu verstehen:

"...Ebenso bedenklich ist es, dass sich die Reichsregierung auch jetzt noch nicht dazu aufraffen kann, bei der Meinungsbildung der Welt über die Gutachten zu ihrem Teile mitzuwirken und w e n i g s t e n s für die d r i n g e n d s t e n deutschen V o r b e h a l t Verständnis zu erwecken. Sie überlässt auch hier das Feld im weitesten Masse der französischen Propaganda. Selbst in England beginnt man, wenn auch etwas spät, die Gefahren zu erkennen, die sich aus einer b e d i n g u n g s l o s e n Annahme des so überaus auslegungsfähigen Gutachtens angesichts der politischen Absichten und Methoden Frankreichs ergeben müssten..."(DT.W.H.,12.4.A.) - Ebenso: DT.15.4.A.: Schacht's Vorbehalte noch nicht ausreichend! -

"...dass die Wiederherstellung der p o l i t i s c h e n Hoheit Deutschlands und Preussens in diesem Gutachten nicht gefordert wird, wollen wir hier nur streifen..."(DT.P.B.10.4.M.) -

.....eine Auffassung, die die Blätter nach dem 1 7 . A p r i l genauer in der Sinne kommentiert haben, dass sie keineswegs eine Bindung an den I n h a l t des Gutachtens bedeuten.....

"...Die Forderungen an die deutsche Regierung kommen nun derart überstürzt dass man glauben möchte, der berliner Standpunkt wäre in Paris missverstanden worden und solle eine Zustimmung zu dem I n h a l t des Sachverständigengutachtens bedeuten. Die Regierung aber hat ihre Auffassung in offiziösen Auslassungen aber dahin kommentiert, dass sie den Gutachten noch keineswegs zustimmen könne, sondern darin nur eine Basis für Auseinandersetzungen gegeben sehe ...Eine etwas grössere Präzision der Formulierung des deutschen Standpunktes wäre besser gewesen. Dann hätte die Reparationskommission wohl auch nicht da u n e r t r ä g l i c h e A n s i n n e n an die deutsche Regierung gerichtet, in kurzer Zeit die G e s e t z e n t w ü r f e und Erlasse vorzulegen. ...Diese Forderung geht weit über das hinaus, wozu diese nur noch geschäftsführende Regierung befugt ist...Ehe wir uns grundsätzlich über die für untragbaren Möglichkeiten der Reparationslösung mit den Alliierten auseinander gesetzt haben, kann gar keine Rede davon sein, dass die deutsche Gesetzgebung dem f ü r u n s v o r l ä u f i g g a n z u n v e r b i n d l i c h e n Gutachten angepasst wird...(Tg.18.4.)

"...Angesichts des stürmischen Tempos, in dem die Repko jetzt zu arbeiten begonnen hat, erhebt sich ganz von selbst die Frage, ob man auf der Gegenseite die deutsche Zustimmung zu dem Sachverständigenbericht etwa schon als die e n d g ü l t i g e...in der Tasche zu haben glaubt. Es ist offensichtlich, dass die Reichsregierung diese noch nicht gegeben zu haben w ü n s c h t,sondern, wie das hier bereits mitgeteilt wurde, sich l e d i g l i c h a u f d i e G r u n d l a g e des Gutachtens, sozusagen sein Schema, festgelegt

glaubt. Eine solche Gewissheit besteht n i c h t . Im Gegenteil muss die Frage als v ö l l i g o f f e n gelten..."(BLA.19.4.A.) -

"...Eine auffällige Eile der Reparationskommission hat nun eine leicht erkennbare Ursache. Ohne Zweifel soll die Zeit vor den deutschen Reichstagswahlen, solange noch nicht mit einer Reichsregierung gerechnet werden kann, die alles von Erfüllungspolitik erhofft, mit allen Mitteln ausgenutzt werden, um das deutsche Volk, soweit nur irgendmöglich, hinsichtlich des Sachverständigengutachtens und seiner Konsequenzen zu binden. Schneller, als man es erwarten konnte, zeigt sich, wie recht die deutschnationale Partei daran getan hat, die Reichsregierung v o r solchen B i n d u n g e n z u w a r n e n und ihr überhaupt die Kompetenz für grundsätzliche Entscheidungen unmittelbar vor den Wahlen zu bestreiten..."(DT.W.H.18.4.M.) -

"...Die Annahme des Sachverständigengutachtens als Verhandlungsgrundlage unter der Voraussetzung der E r f ü l l u n g b e s t i m m t e r B e d i n g u n g e n ist denn doch etwas anderes, als angesichts der innerpolitischen Situation Deutschlands die These aufstellen: entweder Annahme des Sachverständigengutachtens, oder unbedingte Unterwerfung mit Hinnahme neuer schwerer Demütigungen..."(DAZ.29.4.M.) - Ebenso: DAZ.18.4. u. 1.5. -

.....solle.

Im Gegensatz zu den von V., VZ.BT. und G. für eine Beschleunigung der Entscheidung angeführten Sabotage-, bzw. Diktat-Absichten der Alliierten ist die Rechtspresse bei der aussenpolitischen Begründung ihrer Haltung von der Annahme einer zielbewussten Nachgibigkeit der Entente ausgegangen, um Deutschland den letzten Trumpf seiner definitiven Entscheidung aus der Hand zu nehmen. Die Blätter glaubten durchweg, dass neben der englischen Regierung auch die französische dem Plan als einem "unteilbaren Ganzen" ehrlich zugestimmt hätten, aber mit dem Hintergedanken, die wirtschaftlichen Verhandlungen über den Plan selbst von den politischen über die militärische Räumung usw. zu trennen, Absichten, die · die DAZ. vorwiegend bei dem Kabinett Mac Donald .....

"...Die Möglichkeit des ganzen Planes hängt ja von einer ganzen Reihe anderer Fragen ab, mit denen er untrennbar verbunden ist und die zum Teil tief ins politische Gebiet hinübergreifen...Paris und London haben volle Bewegungsfreiheit, in den kommenden Verhandlungen ihrem Interesse entsprechend zu führen...Deutschland aber hat n u r e i n e W a f f e in der Hand, eben s e i n e Z u s t i m m u n g zu den rein finanziellen Forderungen. Es ist eine recht gewichtige Waffe, denn nicht nur in England, sondern, wie es scheint, auch in Frankreich ist man zu der Erkenntnis gelangt, dass o h n e f r e i w i l l i g e Z u s t i m m u n g und Mitarbeit Deutschlands weder dieser, noch irgend ein anderer Reparationsplan praktisch durchführbar ist . Aber, wie will Deutschland seine Waffe gebrauchen, wie will es seine Einflussnahme auf die grossen politischen Fragen sichern, wenn es vorzeitig und mit so bereitwilliger Eile auf die finanziellen Forderungen der Entente eingeht...?" (DAZ.aus London 18.4.) -

"...Die englische Auffassung von der Einheit des ganzen Berichtes geht dahin, dass nichts aus ihm herausgerissen, a b e r a u c h n i c h t s h i n z u g e f ü g t werden soll. Die V e r h a n d l u n g e n sollen sich l e d i g l i c h a u f d e n I n h a l t d e r B e r i c h t e b e s c h r ä n k e n , und alle Fragen, die dort nicht berührt werden, sollen auf s p ä t e r v e r s c h o b e n werden...Also gerade das, was D e u t s c h l a n d v e r m e i d e n muss: T r e n n u n g d e r p o l i t i s c h e n und w i r t s c h a f t l i c h e n P r o b l e m e....." (DAZ.aus London, 30.4.A.) -

.....BLA. und DT. beim Kabinett Poincaré vermutet.....

"...Es ist ein ganz irriger Glaube, wenn man annehmen wollte, Poincaré suche nach Vorwänden, um diesen ganzen Plan zu sabotieren. Nicht umsonst hat er schon in seinen letzten Reden bei Aufrechterhaltung seiner wichtigsten Forderungen g e w i s s e Z u g e s t ä n d n i s s e gemacht, die als Brücke zu den Gedankengängen der Sachverständigen dienen sollten. Es handelt sich vor allem um die b e d i n g t e B e r e i t w i l l i g k e i t , die w i r t-

schaftliche Ausbeutung besonderer Pfänder aufzugeben, falls allgemeine Pfänder von mindestens gleicher Ertragsfähigkeit dafür gestellt würden..."(DT.W.H.12.4.A.) -

"...Es wird immer klarer, worauf Frankreich hinaus will: erst soll Deutschland sich nicht durch Versprechungen, sondern durch Erlass von Reichsgesetzen und anderweitige Ausführung des Sachverständigenplanes, soweit er Verpflichtungen für Deutschland enthält, definitiv binden und seine letzten Trümpfe aus der Hand geben, dann erst will Poincaré seine Karten - vielleicht - aufdecken..."(DT.22.4.A.) - Ebenso: DT.29.4.M.: England entgegen, hätten sich Frankreich und Belgiern geeinigt, die militärische Ruhrbesetzung erst nach Durchführung des Planes aufzugeben..."

"...Ebenso wenig glaubt man hier verkennen zu können, dass die französische Politik nach entgegengesetzter Richtung (wie die englische - d.Verf.) ginge. Dahin deutet sowohl die Art und Weise, in der das Gutachten und die auf seiner Grundlage erfolgten Einzelschritte verschiedentlich von der halbamtlichen französischen Depeschenagentur ausgelegt worden sind, wie auch die unzweifelhaft bewusste Verfälschung des Gutachtens, die, wie unsern Lesern bekannt, Herr Poinvaré vorgenommen hat. (Immerhin sei angemerkt, dass es sich bei diesem Vorgehen der Franzosen auch um taktische Manöver handeln kann, die in Deutschland den Glauben erwecken sollen, Frankreich werde das Gutachten doch nicht annehmen (BLA. glaubt also positiv an die ehrliche Zustimmung Frankreichs - d.Verf. .) um dann, wenn in der Zuversicht auf solche Haltung Frankreichs das Gutachten von Deutschland vorbehaltlos akzeptiert wäre, plötzlich das überrumpelte Deutschland bei diesem Worte festzuhalten...") (BLA.17.4.A.) - Ebenso : BLA.18.4.M.

.....haben.

Bei allen aussenpolitischen Vorbehalten und Angriffen auf die Kompetenz des Kabinetts Marx für eine Zustimmung zum Gutachten vor den Wahlen waren die Blätter jedoch bemüht, nicht die Haltung zum Dawes-Plan, sondern die Bildung einer starken Rechten, also innerpolitische Gesichtspunkte zum Gegenstand der Wahlentscheidung zu machen. Dabei haben die Rechtsblätter durchweg scharfe Kritik an dem Wahlaufruf des Kabinetts und der von ihm gestellten Alternative "Annahme oder Ablehnung 2 " des Gutachtens, buw. "Krieg oder Frieden ? " geübt.....

"...Welcher vernünftige Mensch im In- und Auslande kann behaupten, dass eine bürgerliche Koalitionsregierung mit Einschluss der deutschnationaen Partei der fraglich auch ein Teil der jetzigen Minister angehören würde, einen neuen Weltkrieg oder das Ende des Reichs bedeute...?" (DAZ.27.4.M.) - Ebenso: Tg.3.5. -

"...Die Wahlpropaganda der in der Reichsregierung vertretenen oder deren Politik in den wichtigsten aussenpolitischen Fragen unterstützenden Parteien lässt immer deutlicher das Bestreben erkennen, das deutsche Volk in den Glauben zu versetzen, dass der 4 . Mai über Krieg und Frieden entscheiden werde...Dieser Widerstand eines 60-Millionen-Volkes gegen unerträgliche Zumutungen kann bei richtiger Geschlossenheit und Führung immer zu einer beträchtlichen Kraft werden. Es ist aber unwahr , dass eine solche Politik zum Krieg im herkömmlichen Sinne führen müsse. Auch Frankreich ist aus verschiedenen innen- und aussenpolitischen Gründen nicht in der Lage, jederzeit sein Heer gegen Deutschland zu mobilisieren... (DT.W.H., 29.4.M.) -

.....in dem Sinne, dass aussenpolitisch "alle Möglichkeiten...zwischen Extremen liegen...".....

"...Aus alldem ergibt sich, dass die Behauptung, eine Rechtsregierung nach dem 4. Mai würde das deutsche Volk entweder denselben Wegm wie die Regierung Marx-Stresemann, oder in einen neuen Krieg hineinführen, sinnloser Wahlschwindel ist. Es handelt sich vielmehr darum, dass dur

eine wirkliche Politik a l l e M ö g l i c h k e i t e n benutzt werden , die z w i s c h e n d i e s e n b e i d e n E x t r e m e n liegen....." (DT.P.B.,4.5.A.) -

.....eine Haltung, hinter der - wie beim V. - kurz vor dem Wahltage die tiefe innerpolitische Sorge um die A u s f ü h r u n g des Gutachtens hervorgetreten ist,.....

"...Nicht um Annahme oder Ablehnung des Sachverständigengutachtens geht es am 4.Mai, sondern darum, ob in Zukunft eine kraftvolle Regierung mit Würde und Ernst und frei von allem verderblichen Dilettantismus die n a t i o n a l e n I n t e r e s s e n Deutschlands einer feindlichen Welt gegenüber wahrnehmen wird..."(DAZ.,B.R.,3.5.A.) -

"...Es ist widersinnig, die Parole auszugeben, wer für das Gutachten der Sachverständigen ist, müsse für die alte Regierung sein, wer dagegen sei, müsse rechts wählen. Im Gegenteil: das Gutachten, ein Kind des Auslandes, ist in seinem ganzen Aufbau für uns belastend, zermürbend, zerrüttend. Lassen wir abermals die schädlichen Parteien der Linken ans Ruder, lassen wir sie für die Ausführung des Gutachtens wirken, so kommen wir noch tiefer in die Verstrikkung feindlicher Netze. A u f g a b e d e r n a t i o n a l e n R e g i e r u n g wird es sein, das Sachverständigengutachten in d e n F o r m e n d u r c h z u f ü h r e n, die für unser nationales, wirtschaftliches Leben annehmbar sind..."(Tg.Schwarzer, 3.5.) -

"...Nun liegt aber das Kernproblem schliesslich nicht in der negativen, sondern in der p o s i t i v e n A b w e h r eines zweiten Versailles, mit anderen Worten: in der Bildung einer Reichstagsmehrheit, die nicht nur unerträgliche und unwürdige Zumutungen abzulehnen, sondern auch alle nationalen Kräfte in dieser Abwehr zum Durchhalten zusammen zu fassen entschlossen und imstande ist...G e r a d e d i e L a n d w i r t s c h a f t aber ist , g l e i c h v i e l , w i e d i e E n t s c h e i d u n g e n der nächsten Zeit f a l l e n , auf das Dringendste daran interessiert, dass durch den neuen Reichstag eine Regierung zustande kommt, in der sie selber eine,ihrer Bedeutung entsprechende Stellung als S u b j e k t d e r G e s e t z g e b u n g und Verwaltung hat...(DT.P.B.27.4.) -

.....nicht Objekt, sondern Subjekt der Durchführung des Dawes-Planes zu werden.

III

Klärung nach den Wahlen für die Konferenz von London.

1.

Die Position der neuen Kabinette und die Erklärungen von Chequers und Paris.

Die Wahlen, die von so erheblicher Vorauswirkung gewesen waren, hatten in Deutschland (4.5.) zwar eine Stärkung der Rechten und in Frankreich eine Schwächung des nationalen Blocks (11.5.) gebracht, deren Ausmass indessen, hier wie dort, wesentliche Veränderungen der äusseren Politik nicht erwarten lassen konnte. Grundsätzlich von den interessierten Regierungen angenommen und in den Organisationsausschüssen zum Teil bereits verarbeitet, standen als ernsthafte Hindernisse - soweit allgemein erkennbar - nur noch die verschiedenen Auffassungen über Modalitäten und Termine der Ruhr - Räumung sowie Sanktionsmassnahmen einer vertraglichen Verwirklichung des Gutachtens entgegen. Indessen: schon in Lyon (26.5.) war von H e r r i o t als dem kommenden Chef des neuen französischen Kabinetts eine Räumung der Position Poincarés derart angedeutet worden, dass das Ruhr-Pfand bereits n a c h S t e l l u n g v o n G a r a n t i e n aufgegeben werden könnte. Diese Orientierung schien sich dem Standpunkt des nach den Wahlen erneut konstituierten Kabinetts M a r x 110).....

"...Die Reichsregierung hat durch ihre Note vom 17.4. die Anfrage der Reparationskommission dahin beantwortet, dass sie in dem Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems erblicke, und dass sie deshalb bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusichern...Im E i n k l a n g mit dieser Erklärung wird die j e t z i g e Reichsregierung die bereits im Gange befindlichen, und, wie ich ausdrücklich bemerken möchte, durch die Regierungsbildung n i c h t v e r z ö g e r t e n V o r a r b e i t e n zur Durchführung des Gutachtens fortsetzten... Die w i r t s c h a f t l i c h e und finanzielle Einheit Deutschlands u n d seine V e r w a l t u n g s e i n h e i t m ü s s e n g l e i c h z e i t i g wiederhergestellt werden, weil anders die Leistungen, die im Gutachten verlangt werden, nicht aufgebracht werden können...Das wird in sich schliessen, dass in dem altbesetzten Gebiet das Rheinlandabkommen wiederhergestellt und loyal gehandhabt wird und dass die über den Vertrag hinaus besetzten Gebiete geräumt werden..."

..... zu nähern, der die G l e i c h z e i t i g k e i t der Wiederherstellu von Wirtschafts- und Verwaltungseinheit forderte, aber noch unausgesprochen lie. was mit den französisch-belgischen Truppen, bzw. in dem Fall geschehen solle und werde, wenn sie nicht sofort zurückgezogen werden würden. 113) Auch als Führer d neuen französischen Regierung blieb Herriot bei seiner Forderung, dass D e u t s c h l a n d v o r leisten müsse, stehen ..... 111)

"... Wir sind erklärte Gegner jeder Politik der Isolierung, der Gewalt, die zu Besetzungen mit Pfandsicherungen territorialer Art geführt hat. Bei dem jetzigen Zustand Deutschlands und in Anbetracht der Notwendigkeit, nicht blo Frankreich, sondern auch andere Völker gegen das nationalistische Alldeutschtum zu schützen, glauben wir, dass es nicht möglich ist, das Ruhrgebiet zu r ä u m e n , e h e n i c h t die im Sachverständigengutachten vorgeschriebenen gerechten und wirksamen G a r a n t i e n g e s t e l l t und die zur weiteren Durchführung im Bericht vorgesehenen

...

Organisationen übergeben worden sind. Den Bericht nehmen wir ohne jeden Hintergedanken an..."

.....Immerhin schien diese Frage in der vom Mac Donald zur Vorbereitung der Konferenz von London veranlassten Zusammenkunft von Chequers (22.6.) bereits auf eine Differenz über die mehr oder weniger überflüssige "Weiterbesetzung strategisch wichtiger Bahnlinien" 112).....

Communiqué von Chequers: 1) dass die sofortige Ausführung des Dawes-Planes mit den Ergänzungen der Organisationskomitees vorgenommen, 2) die französisch-belgischen Lokalpfänder zugunsten der Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit aufgegeben werden sollten. 3) Bei der Frage der militärischen Räumung war man sich darüber nicht einig geworden, wieweit die von Herriot geforderte Weiterbesetzung strategisch wichtiger Bahnlinien, die von Mac Donald als überflüssig bezeichnet worden war, bestehen bleiben könne. 4) Schliesslich war der Beginn der Konferenz von London auf den 16.7. und ihre Aufgaben dahin festgesetzt worden, ein Schlussprotokoll abzufassen und zu unterteichnen und deutscher Vertreter zu seiner Unterzeichnung einzuladen.

.....beschränkt, die wirtschaftliche Räumung und die Einladung Deutschlands zu Verhandlungen beschlossen zu sein.

Mit dem Nahen der Konferenz waren aber die Ansprüche der Anleihe-Emissionäre immer stärker hervorgetreten und in dem Bestreben, "...ein Régime des Vertrauens zu schaffen, das den Geldgebern die Beruhigung gibt, aber den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht widerspricht..." 114), hatten Herriot und Mac Donald in einer zweiten Programmbesprechung in Paris (9.7.) sich allgemein über die Hauptfragen des Auslegungs- und Sanktionsrechtes für die Konferenz von London geeinigt,.....

Communiqué von Paris: 1) Die Kompetenzen der Reparationskommission sollten zwar nicht berührt, aber im Falle einer Verfehlungserklärung ein Amerikaner zum Schutze der Anleihe-Gläubigerinteressen, im Nicht'Einigungsfalle der Reparationsagent, der den USA. zu entstammen habe, hinzugezogen werden. 2)Sanktionen im Falle einer Verfehlungserklärung dürften nur von den Alliierten gemeinsam und unter Schutz der Gläubigerinteressen vorgenommen werden. 3) Massnahmen für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit Deutschlands seien auszuarbeiten und 4) Aenderungen des Dawes-Planes nur bei gemeinsamer Verständigung zu treffen, sowie 5) eine Instanz für die Auslegung des londoner Protokolls einzusetzen. -

.....wobei indessen von der militärischen Räumung und der Hinzuziehung deutscher Vertreter zu den Verhandlungen keine Notiz mehr genommen, aber die Möglichkeit gegeben war, dass "bei gemeinsamen Vorgehen" und "Schutz der Gläubigerinteressen" jede Sanktion durchgeführt werden konnte.

Inzwischen waren im Hinblick auf die zu erwartende Gesamtregelung die Micumverträge am 18.6. und 1.7. verlängert, aber 3 Tage darauf zum 31.7. wieder gekündigt worden.

2.

Die Haltung der Presse.

Nach den Wahlen ergab sich eine Klärung, bzw. Veränderung der Haltung der Blätter in der taktischen Behandlung des Gutachtens und seiner Voraussetzungen, deren Wendepunkte vor allem in den Tagen des Abschlusses der deutschen Kabinettsbildung und der Programmbesprechungen von Paris am Vorabend der Konferenz von London hervortraten. Die deutsche Rechte, in ihrer Stärke vom 4. Mai für die Ratifikation des Dawes-Gesetzes unentbehrlich, näherte sich langsam in dem Bestreben, eine massgebende Beteiligung an der Regierung und Führung der aussenpolitischen Geschäfte zu erreichen, 115) bis auf kleine, verhandlungstaktische Differenzen dem Standpunkt des Kabinetts Marx, indessen unter weiteren Vorbehalt ihrer letzten Entscheidung. Danach liess aber die - auch in der Rechtspresse, jedoch mit Misstrauen bestätigte - "neue Methode" Herriot's in dem Programm von Paris eine Behandlung der

deutschen Interessen in London erkennen, die selbst gewisse demokratische Blätter zur vertsärkten Betonung des deutschen "Verhandlungsanspruchs" , und zwar im Interesse des Anleihe-Erfolges, zwang.

Zwar allgemein weiterhin auf die "Taktik der Bedingungslosigkeit" eingestellt, zeigten V.,VZ.,BT. und G. doch immer deutlicher Differenzen in der Interpretation der "Verhandlungsgrundlagen" , bzw. des "Verhandlungsanspruchs " , die auf grundsätzlich verschiedene Motive zurückzuführen waren.

Immer intensiver forderte der V. die Ausschaltung j e d e r Bedingung gegenüber dem Gutachten - Verhandlungen"auf der Grundlage" des Gutachtens, Forderung der militärischen Räumung jede irgendwie geartete Einschränkung der deutschen Zustimmung ablehnend - .....

"...Dass über die Ausführung der Vorschläge nach ihrer grundsätzlichen Annahme als eines "unteilbaren Ganzen" verhandelt werden muss, dass Schwierigkeiten, vielleicht Unmöglichkeiten, die sich s p ä t e r einmal bei der D u r c h führung ergeben k ö n n t e n , gleichfalls auf dem Weg der Verhandlungen beseitigt werden müssen, das ist auch für diejenigen, die für eine glatte Annahme der Vorschläge eingetreten sind, selbstverständlich. Der Weg zu solchen Verhandlungen kann aber erst dadurch eröffnet werden, dass man die Vorschläge als ein Unteilbares Ganzes annimmt...Es kann sich in der Tat n u r noch um die Auslegung und die A u s f ü h r u n g der Vorschläge handeln, n i c h t um ihre A b ä n d e r u n g..."(V.7.5.M.) -

"...Die Befreiung der besetzten Gebiete von dem auf ihnen lastenden Druck ist k e i n "V o r b e h a l t " , der zu machen ist, sondern eine von den Sachverständigen selbst klar formulierte Voraussetzung für die Durchführung des Planes..."(V.9.5.A.) - Ebenso: 9.5.A. : Durchführungsverhandlungen!. -

"...Die "Vossische Zeitung" schreibt: "Sie werden zu erklären haben (die DNVP. - d.Verf.) ob sie gewillt seien, die Sachverständigenberichte als Grundlage für die Verhandlungen über die Reparationsregelung anzunehmen und an der Verabschiedung der Gesetze mitzuwirken, die sich aus dem Dawes-Plan ergeben."

Wenn d a s die Frage der Mittelparteien an die Deutschnationalen ist, so finden wir darin nicht die vollendete Klarheit und Eindeutigkeit, die im voraus dieser Frage nachgerühmt wird. Die Frage, die für das Geschick Deutschlands von grösster Bedeutung ist, heisst ohne Voraussetzung: ja oder nein? .

Denn: v e r h a n d e l n auf der G r u n d l a g e der Sachverständigenberichte wollen die Deutschnationalen, wenigstens die um Hergt und Westarp, schliesslich auch..."(V.18.5.) - Ebenso: V.5.6.M.: Zustimmung zur Regierungserklärung, die für bedingungslose Annahme und Durchführung sei. -

"...Die m i l i t ä r i s c h e Räumung ist von den Sachverständigen n i c h t a u s d r ü c k l i c h v o r g e s c h r i e b e n worden. Eine Regierung Millerand-Poincaré hätte sich nur sehr schwer dazu bewegen lassen . Die Tatsache, dass H e r r i o t diese militärische R ä u m u n g n a c h Beginn der D u r c h f ü h r u n g des Sachverständigenberichts feierlich v e r s p r o c h e n hat, ist ein ungeheurer Fortschritt..."(V.19.6.M.) - Ebenso: 3.7.M., 11.7.M. u. 11.7.A. -

.....eine Taktik, die das Blatt, wie eben schon ersichtlich, mit einem uneingeschränkten Vertrauen auf Herriot und Rücksichtnahme auf dessen und Mac Donalds Schwierigkeiten i m v o r a u s - Verständigungstheorie! - gerechtfertigt hat,

.....

"...In Deutschland ergibt sich aus den französischen Wahlen ins besondere für die Beurteilung des Problems der Bildung der Reichsregierung eine ganz neue Situation. Es wäre freilich ganz verfehlt, wollte man meinen, eine Linksregierung in Frankreich würde von heute auf morgen das Ruhrgebiet räumen. Aber die Atmosphäre, der Geist, in dem dies Problem behandelt wird, wird eine ganz andere sein, vorausgesetzt natürlich, dass nicht von deutscher Seite in solchen Situationen katastrophale Dummheiten geschehen..."(V.13.5.M.) -

"...S i c h e r ist soviel: die Aussicht auf eine l o y a l e Durchführung der Sachverständigenvorschläge von seiten Frankreichs ist durch den drüben erfolgten Umschwung ausserordentlich gewachsen..."(V.13.5.A.) -

"...W a h r s c h e i n l i c h w e r d e n w i r uns damit a b f i n d e r

müssen, was die deutsch-französischen Beziehungen angeht, dass sich Herriot (am Tage seiner Kabinettserklärung! - d. Verf.) auf einige allgemeine Wendungen beschränkt, die den guten Willen zur Verständigung betonen, aber gleichzeitig auch auf gewisse Hindernisse aufmerksam machen, die der vollständigen Bereinigung aller Streitfragen ... noch im Wege stehen...Von der Amnestie der Ruhrgefangenen und der Rückkehr der Vertriebenen wird wohl ebenso wenig geredet werden, wie von dem Termin oder den Terminen der Räumung des Ruhrreviers und das französische Ministerium mag sich wohl darauf berufen, dass Deutschland bisher nur grundsätzlich dem Bericht der Sachverständigen zugestimmt hat, die entscheidenden Ausführungsgesetze aber bisher noch nicht verabschiedet worden sind..." (V. Dr. Breitscheidt,17.6.M.) -

"...Es ist kein Zweifel daran möglich, dass die Konferenz von Chequers wirklich in voller Harmonie verlaufen ist: denn Herriot und Mac Donald sind in der Verteidigung der von ihnen proklamierten Politik darauf angewiesen, nicht nur zwischen den beiden Regierungen, die sie vertreten, die Methoden freundschaftlicher Verständigung anzuwenden. Sie müssen diesen Methoden in ganz Europa Geltung verschaffen, wenn sie nicht unter dem Hohngelächter ihrer Gegner vom Schauplatz abtreten wollen..." (V.23.6.A.) -

"...Es hat sich herausgestellt, dass die französische Regierung die Micumfrage zeitlich hinter die Frage der Ausführung der Gutachten zurückstellen will. Die Hoffnung, dass die französische Regierung mit Rücksicht auf die überaus schwierige Lage im besetzten Gebiete zu direkten Verhandlungen über die Micumverträge bereit sein würde, ist enttäuscht. Es stellt sich heraus, dass die deutschen Hoffnungen mit politischen Realitäten in Frankreich rechnen müssen, wenn sie nicht chimärisch werden wollen...(Auf den Einwand der Rechtspresse, dass mit dem Scheitern dieser Verhandlungen die Grundlage der deutschen Regierungserklärung nicht mehr und damit Unverbindlichkeit gegeben sei - d. Verf.)...Es handelt sich nicht um das Gutachten, sondern einen Versuch der deutschen Regierung, das Tempo der zu erwartenden Erleichterungen zu beschleunigen. Die Konsequenz des Misslingens dieses Versuches ist nicht der von den Nationalisten gewünschte Kurswechsel, sondern die Notwendigkeit einer beschleunigten Durchführung der Gutachten..." (V.27.6.M.) -

"...Dass Herriot (vor den Senatsausschüssen - d. Verf.) sich hinsichtlich der militärischen Räumung des Ruhrgebiets Mac Donald gegenüber volle Freiheit bewahrt hat, trifft zweifellos zu. Warum aber nicht gleichzeitig hinzufügen, dass er das Ruhrgebiet auch militärisch räumen will, wenn das Sachverständigengutachten von Deutschland angenommen und seine Durchführung in Angriff genommen ist.." (V.3.7.M.) -

"...Niemand wird es verwehrt werden können, zu bedauern, dass es Mac Donald nicht gelang (in Paris - d.Verf.), ausser der französischen Zustimmung zur Mitwirkung eines amerikanischen Sachverständigen (in der Reparationskommission - d.Verf.) auch noch die militärische Räumung durchzusetzen...Hätte Mac Donald abgelehnt, auf das Kompromiss einzugehen, so hätte das den Sturz Herriots bedeutet, die londoner Konferenz wäre ins Wasser gefallen, die Durchführung des Sachverständigengutachtens auf bestimmten Termin verschoben worden..." (V.14.7.A.) -

.....die aber vor allem unter dem Eindruck des Ausganges der Arbeitskämpfe im Ruhrgebiet die schnellste Annahme des Gutachtens anstrebte 116) und dabei soweit ging, eine "arbeiterfeindliche Durchführung" des Gutachtens als "verfehlte Aussenpolitik" zu bezeichnen,.....

"...Es ist höchste Zeit, dass eine Verständigung in der Reparationsfrage herbeigeführt wird. Das Vorgehen der Unternehmer im besetzten Gebiet muss die Erreichung dieses Zieles gefährden ...Hier wird praktisch der künftige Kurs der deutschen Politik bestimmt..."(V.18.5.) -

"...Es geht n i c h t u m d i e F r a g e d e r ä u s s e r n Politik! Es kommt nicht nur darauf an, dass die Gutachten angenommen und durchgeführt werden, sondern vor allem auch darauf an, w i e sie durchgeführt werden und in welchem Geiste. Ein Triumpf der Reaktion unter deutschnationaler Führung, eine Durchführung der Gutachten im Arbeitfeindlichen Geiste, wäre n i c h t m i n d e r v e r d e r b l i c h, a l s e i n e v e r f e h l t e A u s s e n p o l i t i k ! Die E r f ü l l u n g und S t a b i l i s i e r u n g a l l e i n a u f K o s t e n d e r A r b e i t e r h a t e i n e G r e n z e ! ..." (V.18.5.) -

.....d.h. die bis dahin als selbstverständlich angesehene Zustimmung der SPD. in Frage zu stellen.

Auch von VZ.,BT. und G. wurde der Standpunkt vorbehaltloser Zustimmung weiter vertreten, wobei die Blätter die Kompetenz der kommenden Verhandlungen unverändert in der A u s führung des Gutachtens sahen und festumrissene Bedingungen für die militärische Räumung vermieden.....

"...Deutschland braucht und darf keine Verhandlungen führen, um Ehrenpunkte oder politische Bedingungen durchzusetzen. Alles das setzt der Sachverständigenbericht, teils unausgesprochen, aber nicht minder deutlich, im gesamten Zusammenhang voraus..." (BT.Erkelenz, 25.5.M.) -

"...Für Verhandlungen über die Vorschläge des Gutachtens ist demnach nur insoweit Raum, als es sich um ihre Auslegung und A u s führung handelt.....Das Gutachten verlangt selbst also, um an die Ausführung seiner Vorschläge herantreten zu lassen, die Regelung der m i l i t ä r i s c h e n und p o l i t i s c h e n Fragen...Es macht Verhandlungen über sie und den glücklichen Abschluss dieser Verhandlungen zur Voraussetzung und Vorbedingung für die Annahme und Ausführung seiner Vorschläge..."(BT.Schiffer 29.5.M.) -

Ebenso: VZ.Bedingungslose Annahme als "unteilbares Ganzes" mit D u r c h führungsverhandlungen: Elbau 7.5.A., J.E.14.5.A. , 23.5.M.5.6.M. -

Ebenso: G. Für das aussenpolitische Programm der Mittelparteien. 22.5.M. und A., 31.5.M., 27.5.M. -

.....indem sie, die neue Räumungsthese Herriot's "gewissermassen wohlwollend" interpretierend, an den Rückzug der Truppen s o f o r t nach Stellung der Garantien.....

"...In Wirklichkeit kann gar kein Zweifel darüber bestehen, dass sich Herriot (in seiner Kabinettserklärung - d.Verf.) hier auf s o f o r t i g e Freigabe des Ruhrgebietes verpflichtet, nach dem der Dawes-Plan angenommen und die erforderlichen Gesetze deutscherseits durchgebracht worden sind...Denn es ist nicht die Rede davon , dass die Räumung abhängig sein soll von irgendwelchen Zahlungen und Leistungen und dergleichen, sondern von der Festsetzung und Uebertragung der von den Sachverständigen vorgesehenen "Pfänder" - ein Wort, das Herriot vielleicht besser vermieden und durch "gesetzliche Massnahmen ersetzt hätte...(VZ.18.6.A.) -

"...Ein zweiter Punkt (in der Kabinettserklärung Herriots - d.Verf.), der genau beachtet werden muss, ist die Formulierung der Ruhrräumung. Legt man s. g e w i s s e r m a s s e n w o h l w o l l e n d aus, und ein Anlass dazu liegt nach Herriots allgemeinen Ausführungen über die auswärtige Lage Frankreichs vor, dann ist die R u h r r ä u m u n g angekündigt für den Fall der A k t i v i e r u n g des Dawes-Berichtes..." (G.Räu,18.6.A.) -

"...Was aber die Betrachtung im Grossen und Ganzen angeht, so ist es jetzt e n d l i c h ü b e r f l ü s s i g geworden, die P o l i t i k H e r r i o t s v o r E n t s t e l l u n g durch eine ihre Leser verachtende Presse zu b e w a h r e n . ..." (G.Räu 24.6.M.)

"...Dass die Ruhr m i l i t ä r i s c h geräumt werden muss, steht wohl auch französischerseits ausser Zweifel. Man ist sich n u r über den Z e i t p u n k t noch nicht einig..."(G.Pfafferot aus Paris, 3.7.M.) -

Ebenso: BT. gleich VZ.,Feder 18.6.M.,Schwab 12.5.A. -

.....glaubten, wenn auch das BT. die Unnachgiebigkeit des französischen Gläubigerstandpunkts.....

"...Natürlich darf man sich vom deutschen Standpunkt nicht der Illusion hingeben, als ob ein Kabinett der Linken in Frankreich irgendwie von seinem Gläubigerstandpunkt in der Reparationsfrage abgehen würde..."(BT.Schwab,12.5.A.) - Ebenso:BT.T.W.19.5.A."...dass dieses Ereignis (Linkswahl -d.Verf.),wie jedes Blatt der Geschichte, z w e i Seiten hat..." -

.....gegenüber aufsteigenden Optimismus betont hat.

Angesichts der Besprechungen von P a r i s ist diese Haltung der Bedingungslosigkeit, soweit sie zwar eine vorbehaltlose Zustimmung zum Gutachten vertreten, aber bisher die Notwendigkeit von A u s führungsverhandlungen gefordert hatte, u n s i c h e r geworden. Dem Communiqué von Paris gegenüber, das die Möglichkeit einer diktatorischen Behandlung Deutschlands, bzw. die Hinzuziehung deutscher Vertreter lediglich zur Unterzeichnung des alliierten Kompromisses,zuliess, verzichtete die G. darauf, einen A n s p r u c h auf A u s führungsverhandlungen geltend zu machen,.....

"...Wenn der Reichskanzler die Taktik der Aufstellung festumrissener Bedingungen und Voraussetzungen für die Durchführung des Sachverständigengutachtens für nicht zweckmässig hält, so stimmen wir darin mit ihm völlig überein. Es hat keinen Zweck, und ist lediglich i n n e r p o l i t i s c h - psychologisch nicht aussenpolitisch-psychologisch gedacht, wenn man eine ganze Liste von Forderungen und Vorbehalten aufstellt, mit deren Aberkennung das Ausland von uns erst die Durchführung erkaufen muss..."(G.13.7.M.) - Ebenso:G.8.7.M.-

.....(der der Rechtspresse in der Meinung gegeben schien, dass das Gutachten über den Versailler Vertrag hinausgehe und eine besondere Mitarbeit und Zustimmung Deutschlands erfordere), und die VZ. warnte vor einer Einmischung in den Kampf der alliierten Interessen durch Aufstellung von Bedingungen sowie eines Verhandlungsanspruchs,.....

"...Was bedeutet denn diese "Handlungsfreiheit" in Wirklichkeit? Deutschland hat natürlich jederzeit das Recht, das Dawes-Projekt nicht anzunehmen . Aber es muss dann auch die Folgen dieser Handlung tragen...Es ist in Deutschland ganz mit Recht behauptet worden, dass die Verpflichtung, der Deutschland mit Annahme des Dawes-Projektes zustimmt, über den versailler Vertrag hinausgehe. A b e r e i g e n t l i c h d o c h n u r i n d e m S i n n e , wie jede D u r c h f ü h r u n g s b e s t i m m u n g über das Gesetz hinausgeht, das sie ausführen helfen soll...Wenn Deutschland sich in diesen Kampf entgegengesetzter Interessen hineinmischt, wird es nur den Erfolg davon haben, das es wieder einmal zum Blitzableiter wird. Und, s o m e r k w ü r d i g e s k l i n g t : genau so ist es mit der Frage, die die deutscheste Frage in dieser ganzen Angelegenheit zu sein s c h e i n t : die Räumung des Ruhrgebietes...Die Räumung ist mithin eine Angelegenheit, die sich ganz a u t o m a t i s c h abwickeln muss...Wenn diese Fragen jetzt von deutscher Seite als Prestigefragen behandelt werden, so erschwert sich Deutschland selbst die zu seinen Gunsten laufende Aktion.

...Auch wir sind der Auffassung, dass Frankreich deshalb die Verpflichtung h ä t t e , a n d e m T a g e die Ruhr m i l i t ä r i s c h z u r ä u m e n , an dem alle Voraussetzungen für die von Frankreich selbst w i r t s c h a f t l i c h begründeten S a n k t i o n e n w e g f a l l e n . A b e r a n d r e r s e i t s wissen wir genau so, wie alle anderen Politiker Deutschlands, dass Frankreich die Ruhe auch als Pfand gegen England in der Hand hält und dass es leider die Macht hat, seine Entschliessungen über die Räumung von der Lösung der Sicherheitsgarantien, die England gibt, abhängig zu machen..."(VZ.Bernhard,13.7.M.) -

.....da der Plan "...eigentlich doch nur im Sinne...einer Durchführungsbestimmung..." des VvV anzusehen und ausserdem die Uebermacht Frankreichs gegeben sei.

Demgegenüber sah das BT. im Falle eines Diktats und keiner Zusicherung "etappenmässiger" Räumung den "verständigungsbereiten Parteien in Deutschland... die Annahme der Dawes-Gesetzte f a s t zur Unmöglichkeit" gemacht.....

"...Jetzt, nach den pariser Besprechungen, sollen wir veranlasst werden , das Gutachten, soweit es u n s Verpflichtungen auferlegt, anzunehmen und inner-

politisch daraus sofort die notwendigen gesetzgeberischen Kosequenzen zu ziehen. Die anderen Kontrahenten, insbesondere Frankreich, lassen aber bisher d. die Frage vollkommen offen, wieweit sie nun auch ihrerseits, gewissermassen als Gebende, das Gutachten zu erfüllen gedenken. Die Räumung des Ruhrgebie - tes, die wirtschaftliche sowohl, als die militärische, wird hinausgeschoben, wird teils an die Reparationskommission, teils an den Völkerbund verwiesen , oder soll es wenigstens...Aber wir glauben, dass er (Mac Donald -d.Verf.) darin zu weit gegangen ist und die verständigungsbereiten Parteien in . Deutschland in eine Situation gebracht hat, die ihnen die A n n a h m e des Dawes-Gesetzes f a s t zu einer U n m ö g l i c h k e i t macht:" (BT . Dombrowski, 11.7.A.) -

"...Wenn uns die Ausführung des Dawes-Planes durch ein D i k t a t aufge - zwungen...werden sollte und wir keine bestimmten Z u s i c h e r u n g e n auf eine e t a p p e n m ä s s i g e A e n d e r u n g der Verhältnisse bekommen sollten,...dann lassen wir z u n ä c h s t die Hände davon und warten das Weitere ab..."(BT.Dombrowski,13.7.M.) -

.....Hiess das "Nicht-Einmischung" in die "laufende Aktion", oder : Keine Unterzeichnung eines Diktats! ? In jedem Falle zeigte dieser Standpunkt eine hohe taktische Bewertung mindestens von formellen Verhandlungen, wie sie die Finanzpresse später in den Tagen des Einspruchs der Bankiers bis zu deren Be - friedigung für notwendig erklärt hat. Immerhin ist die Sorge um die A n l e i - h e als das entscheidende Motiv dieser Taktik im BT. bereits in den Tagen der Besprechungen von Paris hervorgetreten, zu deren Erfolg eine ebenso umfangrei - che i n n e r p o l i t i s c h e G a r a n t i e im Sinne einer zahlenmäs - sig grössten,.....

"...Einmal wäre es aussenpolitisch, wie innerpolitisch unerwünscht, wenn so wichtige Beschlüsse auf eine Zufallsmehrheit begründet werden. Denn, abgese- hen davon, dass sich auf der vom Reichstag gegebenen G a r a n t i e der 8 0 0 - M i l l i o n e n k r e d i t gründen soll, ist es aus den eben gekennzeichneten innerpolitischen Gründen notwendig, diese Garantie s o u m f a n g r e i c h , w i e s o l i d e zu gestalten..."(BT.Steinborn , 3.7.A.) -

.....wie auch nach Verhandlungen freiwillig vollzogenen Zustimmung gehörte .

Diese Haltung von V.VZ.,BT. und G. war ebenso stark i n n e n p o l i - t i s c h begründet. Der nach dem 4. Mai im Falle einer Notwendigkeit der 2/3 Mehrheit für die Ratifikation unentbehrlichen deutschen Rechten gegenüber strebten die Blätter, nachdem sie das Gutachten zur Wahlparole gemacht hatten , die Bildung des neuen Kabinetts gleichfalls auf der Basis des aussenpolitischen Standpunktes der Regierung Marx zu vollziehen, um die, durch eine deutliche Schwenkung vor ihren stark gewachsenen Wählern diskreditierte DNVP. einer Neu- wahldrohung gefügig zu machen und an die zukünftige Regierungspolitik zu bin- den. Im Rahmen dieser allgemeinen innerpolitischen Taktik ergaben sich jedoch sogleich U n t e r s c h i e d e zwischen den Blätterm über die Auffassung: ob und in welchem Masse die Rechte an der Regierung zu beteiligen, kurz: von wem das Gutachten durchzuführen sei.

Der V., grundsätzlicher Gegner jeder Rechtsbildung bezweifelte die Notwen- digkeit einer 2/3-Mehrheit zunächst.....

"...Wenn das Wahlergebnis schliesslich die Bildung einer Regierung gestatten wird, die ihre Aussenpolitik unter dem Gesichtspunkt der Annahme des Gut - achtens betreibt, so ist doch das Zustandekommen einer 2/3-Mehrheit für das Eisenbahngesetz, das zur Durchführung des Sachverständigengutachtens nötig wäre, nicht möglich, wenn die Deutschnationalen ihre politische Haltung aus der Wahlzeit konsequent durchhalten werden...Das sind Fragen, über die nicht wir, sondern die Rechtspresse sich...den kopf zerbricht, wobei sie ausser acht lässt, dass die Frage, ob das Eisenbahngesetz einer 2/3 - M e h r - h e i t bedarf, noch n i c h t einmal g e k l ä r t ist..."(V.6.5.M.) -

"...Wäre das nicht der Fall - und diese Absicht ist hier i m m e r v e r - t r e t e n worden (dass eine 2/3-Mehrheit nicht notwendig ist - d.Verf.) - so stünde (nachdem die deutsche Kabinettserklärung gebilligt worden war - d. Verf.) der Durchführung auf dem Wege der Gesetzgebung nichts mehr im Wege.." (V.7.6.M.)

.....und forderte sofort einen V o l k s e n t s c h e i d über das Gutachten - der allerdings durch eine Reichstagsabstimmung vorher erledigt werden könnte! - ,.....

"...Entweder die Deutschnationalen müssen auf den Boden des Sachverständigengutachtens treten, oder das V o l k m u s s n o c h e i n m a l b e - f r a g t werden....."(V.6.5.A.)

"...Es ist möglich, dass die nedgültige Entscheidung im Sinne der Annahme s c h o n i m R e i c h s t a getroffen wird und dass sich die V o l k s a b s t i m m u n g dadurch v o n s e l b s t e r l e d i g t..."(V.9.5.A)

.....um dann den B ü r g e r b l o c k , weil für die Sozialdemokratie " viel g e f ä h r l i c h e r , a l s irgendeine, ihm f e i n d l i c h gesinnte , fremde R e g i e r u n g".....

"...Die Stellung der Sozialdemokratie zu einer Bürgerblocksregierung ist von vornherein gegeben. eine solche Regierung wäre die schlimmste Feindin des deutschen Volkes und sie wäre diesem viel gefährlicher, als irgendeine, ihm feindlich gesinnte, fremde Regierung ihm werden könnte..."(V.23.5.A.) -

.....abzulehnen und schliesslich "die Grundlage" für "verlassen" zu erklären , "aud der das Kabinett Marx um Zustimmung für sein aussenpolitisches Programm im Reichstag nachsuchte...",.....

"...Sie (die Regierung - d.Verf.) hat Zweifel daran geweckt, ob es ihr wirklich darum geht, zunächst die aussenpolitische Lage Deutschlands zu klären und zu bereinigen. Sie hat die G r u n d l a g e v e r l a s s e n auf der das Kabinett Marx um Zustimmung für sein aussenpolitisches Programm im Reichstag nachsuchte..."(V.10.7.A.) -

.....VZ.,BT. und G. zeigten sich aber mehr oder weniger schnell von einer qua - lifizierten Majorität überzeugt.....

"...Wer die Gutachten in dem einschlägigen Teil sorgfältig gelesen hat, wird schwere Zweifel daran haben, ob ein den Vorschriften des Gutachtens einiger - massen entsprechendes Gesetz wirklich ohne Aenderung der Reichsverfassung zu schaffen ist..." (VZ.,Bernhard, 29.6.M.)

"...Wenn die Eisenbahn Eigentum des Reichs bleibt, braucht man, um das Gesetz im Reichstag durchzubringen, die Z w e i d r i t t e l m e h r h e i t n i c h t m e h r und die zweifellos vorhandene einfache Majorität genügt.. ..."(BT.,T.W.23.6.) -

Indessen:

"...Wenn das Eisenbahngesetz mit einfacher Mehrheit verabschiedet würde, dann wäre es gegeben, dass die Deutschnationalen es den Regierungsparteien über - lassen, die Verantwortung für die Unterschrift zu leisten und dann wäre wei - terhin die deutschnationale Opposition in der bisher beliebten Form sicher gestellt. Man könnte dann nach der Auffassung der Herren Westarp und Hergt gleich n a c h h e r in Verhandlungen über den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung eintreten..."(BT.Steinborn, 3.7.A.) -

.....und einer Beteiligung der Deutschnationalen zunächst nicht abgeneigt. Die vorbehaltlose Zustimmung dieser Partei zum aussenpolitischen Programm des Kabi - netts Marx vorausgesetzt und fordernd.....

"...Die deutschnationale Partei hat zwar nicht den von ihr vorausgesagten "entscheidenden Sieg" erfochten, aber immerhin umfasst sie annähernd den vierten Teil der Abgeordneten, und ihre prinzipielle Bereitwilligkeit, die Verantwortung zu übernehmen, muss ernst genommen werden...Nur wenn die deutschnationale Partei v o r b e h a l t l o s bereit wäre, die bisherige Politik der Regierung fortzusetzen, könnte sie auf eine Unterstützung mindestens ei - nes Teils der Mittelparteien rechnen..."(VZ.Elbau 14.5.A.) -

"...Im Vordergrunde des nunmehr abgeschlossenen Wahlkampfes stand die Frage : soll die bisherige Politik weitergeführt werden, oder nicht?...Die jetzt vor - liegende Wahlziffern...geben darüber restlose Aufklärung, dass es dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes entspricht, dass der bisherige aussenpolitische Kurs in gleicher Richtung weiter inne gehalten wird...

...Mehrere wichtige Entscheidungen, die mit dem Reparationsgutachten zusammen-

hängen, bedürfen einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages, und dazu reicht die grosse Koalition nicht aus. Die Haltung der deutschnationalen Volkspartei ist dabei ein ausschlaggebender Faktor..."(G.6.5.M.) -

"...Wenn die deutschnationale Partei...sich also zu der früher von ihr bekämpften Politik bekehrt, dann bestehen wohl für die Zenrumspartei i m A u g e n b l i c k k e i n e B e d e n k e n grundsätzlicher Art, dem S t i m m e n z u w a c h s der Deutschnationalen R e c h n u n g z u t r a g e n..."(G.7.5.A.) -

.....haben VZ.,BT.und G. einen Bürgerblock zeitweilig für möglich gehalten, wobei vom BT. das Ziel dieser Taktik: Bindung an die Dawes-Politik durch Belastung mit der Verantwortung am deutlichsten formuliert.....

"...Wenig, oder nichts, lässt sich dagegen einwenden, dass das Kabinett Marx-Stresemann noch in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung vor den neuen Reichstag treten will. Die g r o s s e K o a l i s a t i o n kann sich bei irgendeiner Abstimmung (s p ä t e r einmal - d.Verf.) wieder zusammenfinden . Aber soll man denjenigen beipflichten, die in ihr die allein empfehlenswerte Regierungsbasis sehen? Es war ein s c h w e r e r F e h l e r , dass man am Ende des Ruhrkampfes das Kabinett Cuno durch ein Kabinett der grossen Koalition ablöste und so die wichtigsten politische R e s e r v e v e r b r a u c h t e , und es wäre eben mindestens so falsch, diese sehr geschwächte Mannschaft jetzt abermals vor die Bresche zu stellen...Sie (Zentrum, Volkspartei- d.Verf.) können nur einwilligen, wenn die Deutschnationalen bereit sind, den Erklärungen des Herrn Hergt zu folgen und eine Verständigung über das Gutachten der Sachverständigen zu suchen..."(BT.T.W.12.5.A.) -

"...F ü r d i e H e r a b z i e h u n g der Deutschnationalen zur Regierung s p r i c h t nämlich, von allem anderen ganz abgesehen, eine ganz bestimmte Erwägung. Es ist, soviel wir sehen, noch nirgends darauf hingewiesen worden , dass sich in den W a h l e n zum Reichstag neben anderem ganz unzweideutig die Tatsache ausspricht, dass in der Entwicklung a u f d e r R e c h t e n b e r e i t s e i n e r ü c k l ä u f i g e B e w e g u n g eingetreten ist. Die g r o s s e F r a g e i s t nur, ob die Deutschnationalen in Wirklichkeit so heftig nach dem Eintritt in die Regierung gieren, wie sie sich den Anschein geben. Nach der M a c h t j a , a b e r a u c h nach der V e r a n t w o r t u n g ? Aber das ist gerade der Punkt, auf den es ankommt! ..."(BT.Steinborn, 16.5.) -

.....und die G. besonders "die deutschnationale Taktik, bestimmte Persönlichkeiten in den Vordergrund zu schieben", (um eine aussenpolitische Festlegung zu vermeiden) abgelehnt worden.....

"...Es ist aber ausgeschlossen, dass das Zentrum die deutschnationale Taktik, bestimmte Persönlichkeiten in den Vordergrund zu schieben, mitmacht. Die Auffassung der Fraktion ist niedergelegt in dem zwischen den Mittelparteien vereinbarten aussenpolitischen Programm. N u r d i e s e s kann die G r u n d l a g e d e r V e r h a n d l u n g e n mit den Deutschnationalen bilden.. ..."(G.22.5.M.) - Ebenso: 22.5.A. und 31.5.N.: "Personen ohne Programm." -

.....ist.

Danach wollten VZ.,BT. und G. die vom V. taktisch forzierte Forderung nach sofortiger N e u w a h l - die er übrigens, wie erinnerlich, bald im Sinne der Mittelparteien eingeschränkt hatte - a u f g e s c h o b e n und a u f g e h o b e n sehen bis h i n t e r die l t z t e E n t s c h e i d u n g der DNVP., um möglichst a l l e bis dahin und durch eine Ablehnung ausgewirkten rückläufigen Tendenzen,.....

"...Man muss sie (die DNVP. - d. Verf.) unbedingt vor die Alternative stellen ...E r s t d a n n , dann aber auch mit aller Unzweideutigkeit tritt die Frage N e u w a h l e n in den Vordergrund..."(BT.9.5.A.) -

"...Das (eine Annahme durch Artikel 48 - d. Verf.) wäre...staatsrechtlich garnicht möglich. Findet sich i m R e i c h s t a g e k e i n e M e h r h e i t , d a n n bleiben zwei Mittel: der von der Sozialdemokratie beantragte Volksnetscheid oder die A u f l ö s u n g des Reichstages..."(VZ.,20 5.A.) -

"...Die Streitfrage des Sachverständigengutachtens muss z u n ä c h s t i m R e i c h s t a g e a u s g e t r a g e n werden, und zwar deutlich sichtbar vor den Augen des ganzen Volkes. Der sozialdemokratische Antrag (auf V o l k s e n t s c h e i d - d.Verf.) ist ein ü b e r e i l t e r S c h r i t t ..." (G.10.5.M.) -

.....die der Auflösungsdrohung e r s t d a n n den höchsten Wert geben konnten, voll ausnützen zu können.

Nach den Wahlen, sowohl mit gesteigerten, aber noch nicht erfüllten Hoffnungen und Forderungen auf die Führung der Regierung, als auch am Vorabend der entscheidenden Verhandlungen von London, setzten DAZ.,Tg.,BLA und DT. allgemein die Taktik fort, die endgültige Entscheidung vorzubehalten, da sie frühestens erst nach Kenntnis der Verhandlungsergebnisse.....

"...Die endgültige Entscheidung zu der Schicksalsfrage: Annahme oder Ablehnung, ist doch e r s t dann möglich, wenn wir das ä u s s e r s t e M a s s d e r Z u g e s t ä n d n i s s e kennen, die sich von der Entente bei den Verhandlungen herausholen lassen..." (Tg.7.5.) - Ebenso: BLA.:16.5.A.) -

"...Wenn die Leitung der Verhandlungen mit der Entente in die Hände von Personen gelegt wurden, zu denen auch die Deutschnationalen Vertrauen haben konnten, dann kam es schliesslich nicht viel darauf an, von welcher Formel die auswärtige Politik der Regierung ausging. Zumal...die deutschnationale Forderung, dass die w i r k l i c h e E n t s c h e i d u n g über Annahme oder Ablehnung des Gutachtens e r s t v o n d e m E r g e b n i s der Verhandlungen a b h ä n g i g s e i n d ü r f t e , tatsächlich Entgegenkommen gefunden hatte..."(DT.P.B.,10.6.A.) -

.....fallen könne. Im Sinne der vor den Wahlen zugegebenen, nur formellen Verhandlungszusage forderten die Blätter z u n ä c h s t mehr oder weniger deutlich - die DT. unter klarer Differenzierung von Dr. Hergt! - m a t e r i e l l e A e n d e r u n g e n des Gutachtens,.....

"...Das E i s e n b a h n p r o j e k t gefährdet unsere wirtschaftspolitische Selbstbestimmung derart, dass keine Partei mit deutschem Verantwortungsgefühl für die Annahme eintreten darf. Betrachtungen über parlamentarische Mehrheitsaussichten können nur unter der Voraussetzung praktischer Bedeutung haben, dass die R e f o r m e i n g ä n z l i c h a n d e r e s A u s s e h e n gewinnt..."(Tg.7.5.) - Ebenso: BLA.:16.5.A.) -

"...Unklar (in der Erklärung der DVP. - d. Verf.) wirkt die Formulierung des aussenpolitischen Ziels. Man kann im Zweifel darüber sein, ob sich die Währung der deutschen Interessen nur auf die "Ausführung" des Gutachtens beziehen soll, oder ob die V e r h a n d l u n g e n d i e d r i n g e n d n o t w e n d i g e U m g e s t a l t u n g des Gutachtens von Grund auf e r s t r e b e n s o l l...Von der A u s f ü h r u n g des Gutachtens zu s p r e c h e n , i s t jedenfalls v e r f r ü h t..."(Tg.15.5.) -

"...In Wirklichkeit hat der deutschnationale Parteiführer (zu Hergt's "unverzichtbaren Vorbehalten" - d.Verf.) n u r von der B e r e i t s c h a f t zur Verständigung, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Lebenswillen des deutschen Volkes unbedingt Rechnung träge, und zu V e r h a n d l u n g e n u n t e r V o r b e h a l t e n gesprochen, die "g a n z u n v e r z i c h t b a r 2 sind...Wir erinnern uns daran, dass der Reichskanzler Marx ausdrücklich im "Berliner Tageblatt" erklärt hat, die Annahme des Dawes-Gutachtens sei zunächst vorbehaltlos, erfolgt...Demgegenüber bleibt nach u n s e r e r Auffassung, und wir nehmen an, auch nach Auffassung der deutschnationalen Volkspartei, die im Gutachten zugemutete H ö h e d e r B e l a s t u n g , weil untragbar, die uns zugemuteten K o n t r o l l e n , wie namentlich die V e r z i c h t e auf die deutsche E i s e n b a h n h o h e i t , mindestens ebenso u n a n n e h m b a r , weil nicht nur mit unseren wirtschaftlichen Lebensinteressen, sondern auch mit unserer Würde als Volk und Staat unvereinbar..."(DT.,8.5.M.) - Ebenso:DT.W.H.23.5.A.: Kontrolle.

"...Wenn die "Zeit" noch schreibt, in den Erklärungen des Herrn Hergt selber suche man vergebens nach der Absicht, an dem Gutachten Aenderungen vorzunehmen, so müssen wir es dem deutschnationalen Parteiführer vorbehalten, zu dieser Auslegung seiner Worte selbst Stellung zu nehmen. F ü r u n s bleibt es selbstverständlich, dass das Gutachten o h n e m a t e r i e l l e A e n d e r u n g e n u n a n n e h m b a r ist..."(DT.9.5.M.) -Ebenso:DT...ck,17.5.A., und 10.5.A.: Begrenzung der Gesamtsumme notwendig -

.....eine Forderung, die jedoch im Verlauf der Kabinettsbildung hinter die Formel: P e r s ö n l i c h k e i t e n , nicht Programme !,.....

"...Wieweit das sogenannte aussenpolitische Programm der Mittelparteien annehmbar sein wird, lässt sich nicht voraussagen. K e i n e s f a l l s ist es z w e c k m ä s s i g , auf eine f o r m e l l e B i n d u n g an politische F o r m e l n entscheidenden Wert zu legen...Es steht nicht im geringsten fest, welche Haltung vor allem Frankreich zu den Sachverständigenberichten einnehmen wird. K e i n e Regierung kann m i t g e b u n d e n e n H ä n d e n z u d e n k o m m e n d e n V e r h a n d l u n g e n gehen.....(DAZ.,F.K.,23.5.M.) -

"...Nach dem nunmehr veröffentlichten sachlichen Programm der Mitte, ist auch nicht zu sehen, w o n o c h S c h w i e r i g k e i t e n der Zusammenarbeit zu suchen wären. Auch dieses Programm formuliert gewisse Punkte hinsichtlich des Sachverständigengutachtens, bei den Deutschnationalen Vorbehalte genannt..."(DAZ.27.5.M.) -

"...Selbstverständlich müssen die Gutachten als Grundlage der Verhandlungen anerkannt werden, und j e w e n i g e r m a n v o r h e r a n d e m D r u m u n d D r a n r e d e t , desto mehr wird man vielleicht aus den Verhandlungen herausholen können..."(DAZ.P.L.,4.6.) -

"...Der Beschluss der deutschen Volkspartei geht unseres Erachtens an der wirklichen Sachlage vorüber...In ihm zeigt sich wieder, w i e b e d e n k l i c h es ist, in gewissen politischen Fragen die E n t s c h e i d u n g a u f F o r m u l i e r u n g e n , und damit auf Worte z u s t e l l e n , deren sachlicher Inhalt im Grunde immer umstritten werden kann. Aus diesem Grunde hat ja auch die deutschnationale Volkspartei immer wieder vorgeschlagen, die E i n i g u n g i n d e r P e r s o n e n f r a g e z u r G r u n d l a g e d e r R e g i e r u n g s b i l d u n g zu machen. Wenn der Beschluss der deutschen Volkspartei die Forderung nach einer Kursänderung zum Anlass nimmt, ihre Rolle als ehrlicher Makler niederzulegen, so ist dabei völlig übersehen, dass auch die Deutschnationalen die E n t e n t e g u t a c h t e n z u m A u s g a n g s p u n k t der zu führenden V e r h a n d l u n g e n machen und mit dem Ziele fortentwickeln wollen, Bedingungen, die materiell und ideell für das deutsche Volk unerträglich sind, durch eine wirklich sachgemässe Regelung zu ersetzen..."(DT.1.6.M.) - Ebenso: DT.P.B.,10.6.A. -

.....zurückgetreten und mit der Billigung des aussenpolitischen Programms des neuen Kabinetts Marx' aufgegeben.....

"...dass Herr Dr. Stresemann uns durch sein übereiltes Entgegenkommen s o w e i t h e r e i n v e r h a n d e l t hat, dass a u c h w i r e n t s c h e i d e n d e V e r ä n d e r u n g e n h e u t e k a u m n o c h d u r c h s e t z e n können. Die Schuld für das zweite Versailles wird nicht erst übernommen, sondern sie ist schon übernommen durch Herrn Dr. Stresemann.....(DT.,Dr.Quaatz,4.7.)

"...Für die Annahme des Gutachtens haben Regierung und Reichstag nunmehr v i e l l e i c h t d e n W e g f r e i und die W i r t s c h a f t m a g a u f a t m e n, dass damit die V e r h a n d l u n g e n , wenigstens soweit Deutschland dabei in Betracht kommt, r a s c h e r f o r t s c h r e i t e n k ö n n e n..."(BLA.4.6.M.) -

.....worden ist.

Umso stärker betonten DAZ.,Tg.BLA. und DT. - die schon die neue Politik Herriot's mit verhaltenem Misstrauen - Erbfeindtheorie! - nur als einen Wechsel der

M e t h o d e , nicht aber des Ziels beurteilt hatten,.....

"...Es wäre trotzdem falsch, wenn man in Deutschland die Bedeutung der e n g l i s c h - französischen Annäherung unter der Aera Herrotz-Mac-Donald unterschätzen wollte. Wir sind uns zwar klar darüber, dass die l t z t e P r o b e aufs Exempel n o c h n i c h t g e m a c h t ist...Aber heute ist Ruhe und Ausgleich Trumpf..." (DT.,W.H.,23.6.A.) - Ebenso: DT.W.H.,2355. , 12.5.A.: Misstrauen gegenüber der Verständigungspolitik Herriots' -

"...Es ist nicht angängig, die "Massnahmen des Wohlwollens" am Rhein losgelöst von der französischen G e s a m t politik zu betrachten. Und da k o m m e n w i r n i c h t a n d e r T a t s a c h e v o r b e i , dass Herriot gerade in den entscheidenden Fragen...hinsichtlich der Ruhrräumung und der völligen Wiederherstellung der Souveränität auf der Grundlage des versailler Vertrages und...des Rheinlandabkommens seit seiner Kammererklärung t ä g l i c h i n t r a n s i g e a n t e r geworden ist..."(DT.W.H.27.6.A.) -

"...Die Bedenken, die von der nationalen Opposition gegen das Sachverständigengutachten, oder noch mehr gegen die im voraus zu sehende Art seiner Durchführung erhoben werden, gründen sich aber gerade darauf, dass durch diesen Plan in seiner heutigen Form t r o t z a l l e r O p f e r d i e B e f r e i u n g n i c h t e r r e i c h t wird..."(DT.W.H.,12.5.A.) - Ebenso: DT.W.H.23.5.A.-

"...Herr Herriot will unter dem Einfluss Nollets das Ruhrgebiet nicht räumen,". ...ehe die von den Sachverständigen vorgesehenen Pfänder und wirksamen Ausführungsgarantien festgesetzt und den internationalen Organismen übertragen worden sind, welche die Vollmacht haben, sie zu verwalten...". Diesen Feststellungen gegenüber ist die P h r a s e von der o h n e H i n t e r g e d a n k e n erfolgten A n n a h m e des Gutachtens b e l a n g l o s . Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit in allen besetzten Gebieten stellt nach dem unmissverständlichen Wortlaut des Dawes-Berichtes die V o r a u s s e t z u n g für seine Durchführung dar. Die E r k l ä r u n g e n H e r r i o t ' s sind in den meisten Punkten für Deutschland u n b e f r i e d i g e n d..."(DAZ.F.K.,16.8.A.) - Ebenso: DAZ. W.Bhg.10.7.M.: Misstrauen gegenüber Herriot-

Ebenso: Tg.und BLA.:Wechsel der Methode, nicht des Ziels: Tg: Hoetzsch 15.5., Schwarzer, 18.5.,BLA:S.B.13.5. -

.....unter dem Eindruck der Schwenkung Herriot's, bzw. Nachgiebigkeit Mac-Donalds in Paris im Vergleich zu den Hoffnungen von Chequers den A n s p r u c h Deutschlands a u f V e r h a n d l u n g e n soweit die C h a n c e e i n e r u n e r l ä s s l i c h f r e i w i l l i g e n Z u s t i m m u n g Deutschlands,.....

"...Die wirtschaftliche Einheit des Reiches, die im Bericht gefordert wird, bietet k e i n e G a r a n t i e f ü r s e i n e p o l i t i s c h e Einheit..."(DAZ.,21.5.M.) - Ebenso: DAZ.F.K.,5.6.M.-

"...Was man in C h e q u e r s verabredete, hatte k e i n e n s c h l e c h t e n K l a n g: die geplante Aufforderung an Deutschland, als Gleichberechtigter in London ein beide Teile gleich verpflichtendes Protokoll zu unterschreiben, das sich streng an die Bestimmungen des Gutachtens hielt, die Ersetzung der rein französischen Reparationskommission durch eine unparteiische, internationale Instanz, die Durchführung der wirtschaftlichen Ruhrräumung vor Inkrafttreten und der m i l i t ä r i s c h e n b i n n e n bestimmter , k u r z e r Frist nach Inkrafttreten, der Verzicht der Annahme der deutschen Ausführungsgesetze noch vor Protokollunterzeichnung in London - all das stellte ein Programm mit Hand und Fuss dar..."(DAZ.W.Bhg.10.7.M.) -

"...Will man die e i n z i g e V e r h a n d l u n g s c h a n c e , die darin liegt, dass das Gutachten V e r p f l i c h t u n g e n ü b e r V e r s a i l l e s h i n a u s einschliesst, corzeitig opfern, in dem lächerlichen Glauben, die innerpolitische Lage der Kontrahenten in London und Paris entspannen zu müssen?..."(DAZ. W.Bhg.,10.7.M.) - Ebenso:DAZ.18.6.A.: Voraussetzungen sind v o r h e r zu erfüllen. -

"...In der Tat bilden die Ergebnisse von Chequers und Paris einen vollendeten Widerspruch...Es bliebe, falls man wirklich in dem Geist verfahren wollte, der

so unheilvoll und charakteristisch ist für dieses Schriftstück (VvV. -d.Verf.) der deutschen Regierung i m g e g e b e n e n A u g e n b l i c k nichts anderes übrig, als a u s z u s p r e c h e n , w a s i s t : Die Dawes- B e r i c h t e e x i s t i e r e n n i c h t m e h r , die Ententemächte haben sie zerrissen!..." (DAZ.Odysseus, 13.7.M.) -

.....wobei die Scherlblätter die Notwendigkeit einer s o f o r t i g e n m i l i t ä r i s c h e n Räumung am schärfsten hervorgehoben.....

"...Ausserdem besteht zwischen der Forderung, die die Fraktion der deutschen Volkspartei über die Behandlung der Sachverständigengutachten gegeben hat, und den bisher bekannt gewordenen Aeusserungen von deutschnationaler Seite doch insofern ein U n t e r s c h i e d als, abgesehen von den allgemeinen politischen Vorbehalten, die Sicherung gegen eine Fortsetzung der französischen Gewaltpolitik und für die die s o f o r t i g e R ä u m u n g des Ruhrgebietes und Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes im Rheinland offenbar als s e l b s t v e r s t ä n d l i c h e V o r a u s s e t z u n g e i n e r E r ö r t e r u n g über die wirtschaftliche Seite der Reparationsfrage aufgrund des Sachverständigengutachtens hingestellt werde, - während von volksparteilicher Seite eine T a k t i k gemeint zu sein scheint, die diese Sicherungen und Voraussetzungen w ä h r e n d der Vorarbeiten und der Durchführung des Sachverständigengutachtens zu gewinnen h o f f t..."(Nachtausgabe 15.5.) - Ebenso:BLA.27.5.A.: gegen die "platonischen" Voraussetzungen der Mittelparteien -

"...Die Voraussetzung der vorbehaltlosen Annahme des Dawes-Gutachtens ist,dass sich Frankreich vorbehaltlos zum Dawes-Gutachten bekannt. Zweifellos ist die Rückkehr der Ausgewiesenen eine starke Entlastung auch für das besetzte Gebiet. Aber wir lehnen es ab, für diese selbstverständlichen Massnahmen neue Lasten auf uns zu nehmen. Die o b e r s t e F o r d e r u n g Deutschlands i s t u n d b l e i b t : die R u h r m u s s m i t s o f o r t i g e r W i r k u n g m i l i t ä r i s c h g e r ä u m t werden. Wir können uns auf nichts einlassen, was trotz der Annahme des Gutachtens auf eine Verzögerung ins Ungewisse hinauslaufen würde..."(Tg.,Schwarzer,29.6.)

Ebenso:DT.:11.7.M. und 14.7.A.: wirtschaftliche und militärische Räumung a l s V o r leistung. -

....haben.

Die Taktik, die letzte Entscheidung aufzuschieben, war von zumindest gleich grossem i n n e r p o l i t i s c h e m Wert. Nach dem 4. Mai im Besitze ca.eines Viertels der Reichstagsmandate, ist die Rechte und ihre Presse sofort von dem verfassungsändernden Charakter mindestens des Eisenbahn-Verpfändungsgesetzes überzeugt gewesen und hat unter Ablehnung aller auf Erübrigung dieser 2/3-Mehrhei abzielenden juristischen Auslegungen.....

DAZ.,3.7.A. und Kollreuter 12.7.A., Tg.:14.5, und 4.7.,DT: v. Freytagh-Lorringhoven 8.7.M. : alle gegen die Behauptung, dass die Dawes-Gesetze als Ausführungsgesetze des Vertrages von Versailles nach Art. 178 der Verfassung von der Verfassung nicht berührt werden. -

.....ihre ausführliche und sofortige Forderung des B ü r g e r b l o c k s auf der Unentbehrlichkeit der DNVP. für eine qualifitierte Majorität aufgebaut,..

"...Allein die verantwortliche Miarbeit der Deutschnationalen an entscheidende Stelle kann zu einer erträglichen Lösung der mit dem Sachverständigengutachten zusammenhängenden Fragen führen. Formell: da auf diesem Wege die notwendige Zweidrittelmehrheit für gewisse Gesetzentwürfe gesichert ist. Materiell: denn doch ein ausserordentlich grosser Spielraum zwischen glatter Annahme ur glatter Ablehnung des Gutachtens besteht..."(DAZ.F.K.,6.5.M.) - Ebenso: DAZ.5.5.A. -

"...Aus all diesen Gründen gewinnt es soch an Wahrscheinlichkeit, dass die bürgerliche Koalition gebildet werden muss, zumal diese auch für eine, aufgrund von eingehenden Verhandlungen vielleicht einmal mögliche Lösung der Reparatiorfrage die Zweidrittelmehrheit zur Verfügung haben würde..."(Tg.5.5.) -

"...Nun ist anzunehmen, dass die Schicksalsfrage, die durch die Vorschläge der Ententesachverständigen zur Aufrollung gebracht worden ist, für die Bildung einer solchen bürgerlichen Wahrheit ein sehr schweres, vielleicht das entscheidende Hinderniss sein wird...Beharren die Mittelparteien in dieser Frage bei der Stellung, welche gegenwärtig die von ihnen gebildete Geschäftsregierung einnimmt, dann ist allem Ermessen nach die Bildung eines nationalen Bürgerblocks unmöglich. A l l e r d i n g s dürfte dann auch die Regierung der grossen Koalition von kurzer Dauer sein. Ist schon fraglich, ob ihre knappe Mehrheit im allgemeinen ausreichen würde, um derartige Erfüllungspolitik durchzusetzen, so wird sie doch keinesfalls Gesetze durchbringen können, die , wie mindestens die zur Verwirklichung der Eisenbahnpläne der Entente nötigen Gesetzesvorlagen, eine Zweidrittelmehrheit erfordern..."(DT.,P. B., 6.5.M.) - Ebenso: DT.6.5.A., P.B.7.5.A.,26.5.A. -

.....und die Regierungsbildung unter i n n e r p o l i t i s c h e n Gesichtspunkten mit den Thesen: "Mit oder gegen den Marxismus, das war die Frage!" Persönlichkeiten, nicht Programme ! " .....

"...Wir sind der Meinung, dass die Reichstagswahlen nicht unter aussenpolitischen, sondern unter innenpolitischen Gesichtspunkten durchgeführt worden sind. Unter aussenpolitischen Gesichtspunkten gesehen, werden sich vielleicht manche Berührungspunkte ergeben. Aber der Kernpunkt der Wahlen und ihre Bedeutung war darin zu suchen, wie der innerpolitische Kurs gesteuert werden solle. M i t o d e r g e g e n d e n M a r x i s m u s , d a s w a r d i e F r a g e ! ..."(Tg.Schwarzer,6,5,) -

"...Unter Missbrauch des Schlagwortes vom "Primat der äusseren Politik" tut man so, als habe es sich bei den Wahlen gehandelt und handle es sich noch bei der Umgestaltung unserer Regierung und hoffentlich unseres politischen Lebens um sonst garnichts anderes, als um bedingungslose Annahme oder tollwütig-unbesehene Ablehnung des Sachverständigengutachtens. In Wirklichkeit ist doch diese Frage n u r z u f ä l l i g während des Wahlkampfes aufgetaucht und wurde für die versinkende Regierung zum Strohhalm..."(BLA.Hussong, 12.5. Montag) -

"...Der alte Reichstag ist aufgelöst worden, weil er der Regierung die glatte Zustimmung zu ihren inneren und wirtschaftspolitischen Massnahmen versagte.Im neuen Reichstag hat die Regierung noch ungleich weniger auf Billigung dieser, ihrer politischen Geschäftsführung zu rechnen...Statt dessen schiebt sie jetzt die Frage der Annahme oder Ablehnung der Sachverständigengutachten in den Vordergrund und behauptet, in d i e s e r Beziehung eine sichere Mehrheit hinter sich zu haben..."(BLA.16.5.A.) -

.....angestrebt.

Besonders offen hat der Tg. die auf Wirkung der N e u w a h l d r o h u n g angelegte Taktik der Regierungskoalition und ihrer Presse erörtert,.....

"...Die bisherige Regierungskoalition hat an sich n u r d a s I n t e r e s s e , die D e u t s c h n a t i o n a l e n zur Regierungsbildung heranzuziehen, um sie a u f E r f ü l l u n g s p o l i t i k und Annahme des Gutachtens f e s t z u l e g e n , damit die in den Wahlen stark gewordene Partei b e i i h r e n W ä h l e r n i n M i s s k r e d i t zu bringen und die k ü n f t i g e O p p o s i t i o n bei den Deutschnationalen b e i d e r D u r c h f ü h r u n g a u s z u s c h a l t e n . Auf diese Weise soll die bisherige Politik des Kabinetts aussenpolitisch nachträglich gerechtfertigt werden. Andrerseits fürchtet die bisherige Regierungskoalition durch die Einschaltung des deutschnationalen Einflusses die innerpolitische Verschiebung der Machtpositionen und namentlich Rückwirkungen auf die Koalition in Preussen ..." (Tg.Schwarzer, 25. 5.)-

.....eine Taktik, deren Wert von dem Blatte bei aller ausführlichen Kritik nicht abgestritten worden ist, was insofern auch garnicht überraschen konnte, als alle Rechtsblätter den von der SPD. beantragten Volksentscheid sofort aufs schärfste als "Kapitalunsinn", "Todesurteil des deutschen Volkes", Erübrigung jeder Aussenpolitik" (DAZ.F.K.10.5.M.,BLA.Hussong,12.5.Montag,DT.10.5.M.,26.5.M.) abgelehnt hatten.

IV

Die Entscheidung während der Konferenz von London.

1.

Kampf und Krisen um das Protokoll.

Die offizielle Aufgabe der Konferenz von London (16.7.bis 16.8.1924) bestand darin, Massnahmen und Abkommen über die Anwendung und Ingangsetzung des Dawes - Planes abzufassen und zu unterzeichnen. Hierzu hatte die Reparationskommission am Tage vor Eröffnung der Verhandlungen die Voraussetzungen für die "Feststellung " der "Inkraftsetzung" des abzuschliessenden Protokolls verkündet,114).....

1) Annahme und Verkündigung der Ausführungsgesetze durch die deutsche Regie - rung. 2) Einrichtung der Ausführungs- und Kontrollorgane. 3) Errichtung der neuen Bank und Reichsbahngesellschaft gemäss den Gesetzen. 4) Aushändigung der Zertifikate für die Reichsbahn- und Industrieboligation an die Treunändler der Entente. 5) Abschluss der Anleihe- und Emissionsverträge. -

.....und danach die in den Organisationskomitees beschlossenen Gesetzentwürfe (Industriebelastungs-, Reichsbahn- und Bankgesetz) erhalten.

Die Konferenz verlegte ihre Beratungen sofort in drei Ausschüsse (I. für"politische Fragen": Verfehlungen und Sanktionen, II. Wiederherstellung der Wirt - schaftseinheit bzw. Abbau der Micumverträge und III. Regelungen der Sachlieferungen und des Transfermechanismus.), von denen der zweite am frühesten zu einer Einigung (28.7.) 118) gelangte. Inzwischen hatten jedoch die Vertreter der An - leihe-Emissionshäuser (25.7.) E i n s p r u c h gegen die vom I. Ausschuss be - schlossene Sanktionsformel erhoben, da sie den I n t e r e s s e n d e r G e l d g e b e r keine genügende Sicherheit biete. Nach einigen Bemühungen,an - dere Emissionskonsortien zu gewinnen, einigte sich auch der II. Ausschuss auf eine Formel, mit der sich die Bankiers einverstanden erklärten. (31.7.) 119) Am längsten verhandelte der III. Ausschuss über die Regelung der Sachlieferungen und des Transfer, der nach gleichfalls krisenhaften Auseinandersetzungen am 2.8. zur Uebereinstimmung kam,120) sodass an diesem Tage alle Ausschussbeschlüsse in einer V o l l s i t z u n g der Konferenz a n g e n o m m e n werden konnten.

Nachdem die Alliierten sich untereinander geeinigt hatten, traten sie in Verhandlungen mit den Vertretern der deutschen Regierung ein, die am 5.8. in London eingetroffen waren und sogleich - neben Erstattung von Gegengutachten zu den Beschlüssen der alliierten Vertreter - die Forderung nach b e s c h l e u n i g - t e r m i l i t ä r i s c h e r R ä u m u n g vorbrachten. Als nach "privaten" ergebnislosen Unterhaltungen "ausserhalb" der Konferenz Herriot am 13.8. als weitgehendsten Zugeständnis der französischen Delegation vorschlug, die französisch - belgischen Truppen innerhalb einer F r i s t e i n e s J a h r e s von einem Stichtag ab zurückzuziehen, lehnten die deutschen Vertreter diesen Vorschlag zunächst ab und am 1 5 . A u g u s t schien die W e i t e r f ü h r u n g d e r V e r h a n d l u n g e n sowie die U n t e r z e i c h n u n g i n F r a g e g e s t e l l t .

Nach Rücksprache mit deutschen Stellen und dem Reichspräsidenten, sowie un - ter dem Einfluss vorwiegend der amerikanischen Bevollmächtigten, die zur Annahme rieten, stimmte die deutsche Delegation dieser Ein-Jahr-Räumung zu. 121) Da die übrigen Fragen der Konferenz keine wesentlichen Schwierigkeiten gemacht hatten, konnte das Protokoll von London am 16.8. unterzeichnet werden, wobei bestimmt wurde, dass die R a t i f i z i e r u n g durch den deutschen Reichstag b i s zum 3 0 . A u g u s t 1924 zu erfolgen habe, widrigenfalls alle Beteiligten von ihren Verpflichtungen entbunden wären.

2.

Die Haltung der Presse.

Unter den Eindrücken der Beratungen und Beschlüsse der Londoner Konferenz zeigten die Blätter zwar noch nicht auf allen Seiten die letzte Enzscheidung, aber mehr oder weniger deutlich die entscheidende Klärung ihrer aussenpolitischen Haltung. Vor allem aber gelangte in jenen Tagen des Kampfes um die Ansprüche der Geldgeber, dann der französischen Ein-Jahr-Räumungsforderung die charakteristische Differenzierung zwischen ökonomisch nur ausgleichend-taktisch und grundsätzlich-alternativ interessierten Blättern, und unter den letzteren die Bindung derjenigen zur vollen Auswirkung, die einerseits entscheidend an der Goldwährungsanleihe, andrerseits vor allem an der Befreiung des Ruhrgebietes auch von militärischer Besatzung orientiert waren. Angesichts der reifenden aussenpolitischen Entscheidung auf der Konferenz rückten diese Auseinandersetzungen mit wachsender Schärfe in das Stadium des innerpolitischen Endkampfes um die Ausführung des Protokolls.

Zwar waren V.VZ.,BT. und G. nach wie vor einig in der Auffassung der Vorbehaltlosigkeit, bzw. nunmehr der Formel: Keine Bedingungen ausserhalb des Planes! .....

"...Das Mindeste und Unerlässliche, was Deutschland als Zugeständnis in dem abzuschliessenden Vertrage verlangen muss, ist die Erfüllung der B e d i n g u n g e n , d i e d a s G u t a c h t e n s e l b s t s t e l l t..... A l l e a n d e r e n F r a g e n , die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Gutachten stehen, dürfen n i c h t z u r unerlässlichen V o r a u s s e t z u n g d e r A n n a h m e eines Vertrages über die Ausführung des Gutachtens gemacht werden..."(V.,20.7.) -

"...D e s t r u k t i v , vor allem auf die Kreise, welche sich noch hinsichtlich einer Neueinstellung schwankend zeigen, wirkten die verschiedentlich auftauchenden Nachrichten, dass man d e u t s c h e r s e i t s die V o t i e r u n g der deutschen Ausführungsgesetze v o n d e r Z u s i c h e r u n g einer m i l i t ä r i s c h e n Räumung an der Ruhe a b h ä n g i g zu machen gedenkt. Diese Gerüchte mögen nicht wenig zu der schwankenden Haltung Mac Donalds hinsichtlich der Einladung Deutschlands nach London beigetragen haben, da man sich nicht dem aussetzen wollte, dass auf der Konferenz B e d i n g u n g e n aufgestellt würden, welche a u s s e r h a l b d e s E x p e r t e n p l a n e s liegen und in dieser Form nicht einmal diskutiert werden können..."(G. Pfafferot aus Paris,15.7.A.) -

"...Die Zentrumspartei hat ganz genau dargelegt, was wir als selbstverständliche F o l g e d e r A n n a h m e des Sachverständigengutachtens erwarten müssen. Dazu gehört nicht zuletzt unser Verlangen nach m i l i t ä r i s c h e r R ä u m u n g der Gebiete, die vom Rheinlandabkommen nicht erfasst sind. Wir erreichen diese Forderungen n i c h t dadurch, dass wir sie in immer neuen Wendungen s c h a r f f o r m u l i e r e n , wohl aber dadurch, dass wir sie als selbstverständliche G r u n d b e d i n g u n g d e r D u r c h f ü h r u n g des Sachverständigengutachtens der Gegenseite d e u t l i c h m a c h e n ..."(G.16.7.A.) -

.....aber: während die G. ohne ökonomisches Interesse die Auseinandersetzungen um Sanktionen und Transfer kaum beachtete, ist am 14. August abends die "Räumung mit festen und m ö g l i c h s t k u r z e n Terminen" als ein "Anrecht Deutschlands" lediglich "betonte".....

"...Die deutsche Regierung hat gestern zum ersten Male einen wirklichen französischen Räumungsvorschlag gehört: Maximalräumungsfrist von einem Jahr.... Demgegenüber müssen wir betonen, dass Deutschland die Räumung der Ruhe mit allen Begleitmassnahmen eine Lebensfrage ist, dass ein A n r e c h t Deutschlands auf eine ganz genaue Regelung der Räumung mit festen und m ö g l i c h s t

kurzen Terminen besteht..."(G.14.8.A.) -
.....und am 15. August darauf verzichtete, "der Entscheidung der deutschen Vertretung vorzugreifen",.....

"...In s o l c h e r L a g e ist es u n m ö g l i c h , der vielleicht heute Nacht noch erfolgenden Entscheidung der deutschen Vertretung v o r z u g r e i f e n...Im September sollte ja eigentlich in Frankreich die Steuerfrage akut werden, die für die jetzige Minderheit gewisse Gefahren in sich birgt, ausserdem scheint man in der Schuldenfrage solche Schwierigkeiten für Herriot vorauszusehen, dass in der R ä u m u n g s f r a g e e i n Z u g e s t ä n d n i s H e r r i o t ' s den S t u r z herbeiführen könnte. An diesem Sturz hätte wohl n i e m a n d e i n I n t e r e s s e , und Mac Donald scheint sich deshalb entschlossen zu haben, Herriot in der Räumungsfrage rückhaltslos zu unterstützen..."(G.15.8.A.) -
.....liessen V.,VZ. und BT. deutlich "Die Ansprüche der Geldgeber" als das Mass ihrer Forderungen erkennen. Diesen entsprechend, hoben vor allem VZ. und BT. zunächst die Notwendigkeit formeller Verhandlungen und der Vermeidung eines Diktates im Interesse des späteren Anleihe-Erfolges hervor,.....

"...Den Plan selbst hat Deutschland vorbehaltlos angenommen. Aber natürlich nur den Plan, wie er aus den Berichten der Sachverständigen ersichtlich war... Eine Reihe von wesentlichen wirtschaftlichen Vorschriften des ursprünglichen Dawes-Planes wird erhebliche Aenderungen erfahren. Und über diesen sachlich g e ä n d e r t e n Plan zur Durchführung der deutschen Reparationsleistungen m u s s selbstverständlich v e r h a n d e l t werden mit Deutschland. Darüber kann s c h o n d e s h a l b k e i n Z w e i f e l s e i n , w e i l d i e G l ä u b i g e r der zukünftigen Reparationsanleihe s i c h m i t k e i n e m einseitigen D i k t a t b e g n ü g e n können. Eine g a n z a n d e r e F r a g e ist es, wieweit s o n s t n o c h Deutschland B e d i n g u n g e n stellen kann, unter denen allein es bereit wäre, auf das veränderte Dawes-Projekt einzugehen..."(VZ.Bernhard.20.7.M.) -

"...Die Notwendigkeit politischer Friedenssicherung ergibt sich also tatsächlich aus dem Z w a n g , die V o r b e d i n g u n g e n d e r Reparations-A n l e i h e - die Angel, an der die ganze Himmelstüre des Dawes-Planes hängt h e r z u s t e l l e n, oder auf die Anleihe, und damit auf alles übrige zu verzichten...Es versteht sich ganz von selbst, dass eine Abänderung des versailler Vertrages (hier: Sanktionskompromiss - d. Verf.) ohne Zustimmung des deutschen Vertragspartners, ohne V e r h a n d l u n g e n mit ihm, eine rechtliche Unmöglichkeit ist..."(BT.Schwab,19.7.M.) -
"...Die Reparationskommission ist für den Vertrag von Versailles zuständig.Mit der Reparationskommission haben wir trübe Erfahrungen gemacht, dass auch die Hinzuziehung der Amerikaner für uns keine genügende Sicherheit bedeutet..... W e n n d i e G e l d g e b e r und die Gläubigerstaaten wollen, dass das deutsche Volk die Lasten abtragen soll, so müssen dafür andere S i c h e r h e i t e n gegeben werden, die verhindern, dass eine neue Regierung in Frankreich unmögliche Zumutungen an uns stellt..."(BT.M.Müller-Jabusch,19.7.A). - Ebenso: BT.Feder 21.7.A.,M.Müller-Jabusch 24.7.A.,Dombrowski 25.7.A. (Begründung des Verhandlungsanspruchs). -

"...Wenn die Londoner Konferenz zu einer D i k t a t konferenz werden sollte, dann doch n u r in dem Sinne, dass es die künftigen G e l d g e b e r der Welt sind, nämlich die amerikanischen und englischen Finanzkapitalisten....." (V.19.7.) -
.....Dabei ist n a c h B e f r i e d i g u n g d e r B a n k i e r s V. und VZ. jede Gefährdung und Verzögerung der Annahme des reifenden Verhandlungsergebnisses duch Ansprüche auf eine baldige m i l i t ä r i s c h e Räumung vermieden,.....

"...Es ist von den obersten Alliierten ausdrücklich erklärt worden, dass Deutschland nicht zur blossen Annahme eines Diktates, sondern zu V e r h a n d l u n g e n nach London eingeladen wird. S e l b s t v e r s t ä n d l i c h ist der B e g r i f f von "Verhandlungen" ein etwas r e l a t i v e r....." (V.3.8.) -

"...Es ist anzunehmen, dass sich die Alliierten darauf einlassen werden, dass die deutschen Vertreter etwa die gesamten Ergebnisse ihrer langwierigen Verhandlungen durch einen ganz neuen deutschen Gegenvorschlag werden anfechten lassen. Insbesondere dürften sie sich auf den Standpunkt stellen, dass ihr mühsam zusammengezimmertes S a n k t i o n s kompromiss lediglich eine einseitige alliierte Vereinbarung mit den künftigen G e l d g e b e r n darstellte, die Deutschland völkerrechtlich nicht berühre. Zu einer V o r a u s s e t z u n g d e r A n n a h m e des Dawes-Programms und dessen in London vereinbarten Ausführungsvorschlägen wird diese Frage k a u m gemacht werden können..."(V.3.8.) -

"...Man wird sich der Tatsache nicht verschliessen können dürfen, dass dieses Problem (die m i l i t ä r i s c h e Räumung d.Verf.) w e d e r f o r m e l l zu dem absichtlich eingeengten Aufgabenkreis des Sachverständigenkomitees gehörte, n o c h z u r o f f i z i e l l e n T a g e s o r d n u n g der Konferenz..."(V.3.8.) -

"...Ihre(der deutschen Delegation - d.Verf.) Aufgabe ist es, s o z u e n t s c h e i d e n, w i e e s d e r v e r l a u f der internationalen A u s s p r a c h e g e b i e t e t. Ergeben sich s p ä t e r p a r l a m e n t a r i s c h e S c h w i e r i g k e i t e n, so müssen sie durchgekämpft werden. Es wird sich dann zeigen, dass v o l l e n d e t e T a t s a c h e n eine suggestive Kraft haben, die dem Mutigen R e c h t g e b e n ..." (VZ. 7.8.A.) -

"...Die Räumung des Ruhrgebietes hängt so eng mit den B e d i n g u n g e n zusammen, die jeder B a n k i e r als Voraussetzung für den E r f o l g d e r A n l e i h e fordern muss, dass man auf deutscher Seite gerade diesen Punkt der n a t ü r l i c h e n E n t w i c k l u n g hätte ü b e r l a s s e n können, vorausgesetzt, dass die deutsche Politik nicht durch parlamentarische Opposition gehändicapt wäre..."(VZ.9.8.A.) -

Und am 1 5. A u g u s t :

"...Diese E n t s c h e i d u n g muss natürlich von der G e s a m t h e i t der Probleme ausgehen, die in und n a c h London auf der Tagesordnung stehen. Es handelt sich n i c h t bloss um die Frage des l e t z t e n R ä u m u n g s t e r m i n s, sondern um den ganzen Komplex der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, deren Regelung nicht eine einzelne Konferenz in noch so bereitwilliger Zusammenarbeit von Politikern und Finanzleuten in wenigen Wochen erzielen kann...Die deutsche Meinung darf n i c h t darauf eingestellt werden, nur die deutsch-französische Auseinandersetzungen im Auge zu behalten und das französische Verhalten ausschliesslich aus P e r s p e k t i v e d e s R u h r k a m p f e s zu betrachten..."(VZ.15. 8.A.) -

.....indessen vom BT. "höchstens eine Hinausschiebung um g a n z w e n i g e M o n a t e " zugestanden und am 1 5 . August von Theodor Wolff gegenüber Herriot's Standpunkt eine V e r t a g u n g der Verhandlungen verlangt.....

"...In einem Augenblick, wo auf deutscher Seite noch kein endgültiger Beschluss gefasst worden ist, möchten wir noch einmal erklären, dass uns glatte Nachgiebigkeit gegenüber den Vorschlägen oder Forderungen Herriot's als ein schwerer Fehler, als unmöglich erscheinen würde, und dass unserer Meinung nach die deutsche Delegation es mit Bestimmtheit ablehnen muss, auf die ihr aufgedrängte Regelung der Räumungsfrage einzugehen. Kompromisslösungen sind denkbar und möglicherweise annehmbat, aber nicht annehmbar ist die Forderung, dass das ganze Ruhrgebiet noch ein Jahr lang unter dem Druck der französischen Militärherrschaft bleiben soll...Wenn Herriot...auf seinem Standpunkt unnachgiebig verharrt, s o b l e i b t n i c h t s w e i t e r e s ü b r i g, a l s d i e V e r h a n d l u n g e n s c h e i t e r n z u l a s s e n, und abzuwarten, was geschehen wird..."(BT.T.W.15.8.A.) -- Ebenso:BT.Dombrowski 25.7.A. und 14.8.M. Zusicherung nötig, die einen etwaigen Nachfolger Herriots bindet. -

Ebenso:BT. Schwab 4.8.A. und Dombrowski 9.8.M. sowie 3.8.M. : Gegen Ausschaltung der Transferagenten und unbegrenzte Sachlieferungsfinanzierung sowie Garantie der Sachlieferungen durch die Regierung. -

.....worden. Aber gerade - oder: auch - diesen Vorstoss hat Theodor Wolff bald darauf als eine nur taktische "Festigkeit des Tones" gekennzeichnet, dem prinzipiell nicht die Absicht, eine Unterbrechung der Verhandlungen in London herbeizuführen, vielmehr die Ansicht von der notwendigen Zustimmung vor allem im Interesse der Währungsanleihe und Kredite 122) .....

"...Solange man von der Heimat aus durch die F e s t i g k e i t d e s T o n e s auf die Entschliessungen in London einwirken und die Entscheidungen zugunsten Deutschlands beeinflussen konnte, haben wir uns bemüht, diese Aufgabe zu erfüllen...T a k t i s c h e Ueberzeugung gebot, auf die schweren Verpflichtungen hinzuweisen und nur leise von den wirtschaftlichen Vorteilen zu sprechen...Wenn der Vertrag abgelehnt wird, bleiben uns die Lasten und Bindungen erspart, die sich aus dem Dawes-Plan ergeben, bleiben aber auch die französischen Soldaten in Dortmund, Mannheim, Remscheidt und Königswinter.... Die A n l e i h e f l i e s s t n i c h t z u, d i e M i l l i a r d e n k r e d i t e, die den blutleeren Körper der deutschen Wirtschaft neu beleben sollen, kommen nicht und was aus der Mark werden soll, weiss kein Mensch. Eine Weigerung in London hätte nur zur U n t e r b r e c h u n g d e r V e r h a n d l u n g e n geführt. Sie w ä r e furchtbar und u n f r u c h t b a r gewesen. Aber jedenfalls hätte man den Faden schnell wieder angeknüpft ..."(BT.T.W. 18.8.A.) - Ebenso: BT. 16.8.M.) -

.....zugrunde gelegen hätte.

Im übrigen haben sich V.,VZ.,BT. und G. übereinstimmend mit der Regelung in London einverstanden erklärt und ihre Zustimmung zur Ruhrräumung innerhalb eines Jahres allgemein mit ihrer Ueberzeugung von der V e r t r a u e n s - und Rechts s i c h e r h e i t H e r r i o t ' s.....

"...Ist es trotz der Tatsache, dass als äusserster Termin der Ruhrräumung der 15. August 1925 festgesetzt worden ist, nicht wahr, dass Deutschland g e w a l t i g e E r l e i c h t e r u n g e n erfährt? H e r r i o t g i e b t u n s R e c h t s s i c h e r h e i t der Ruhrräumung!..."(V.18.8.A.)

"...Wenn Herriot trotzdem zu dem Entschlusse kam, den Räumungstermin um ein weiteres Jahr herauszuschieben, so liess er sich im wesentlichen von R ü c k s i c h t e n a u f d i e i n n e r p o l i t i s c h e L a g e F r a n k r e i c h s leiten...Auch heute ist es keineswegs über jeden Zweifel erhaben, ob er die kommende Kammersitzung überstehen wird (! -d.Verf.) und in den Kreisen der französischen Delegation ist man nicht ohne Besorgnisse...Dabei ist die Ruhr für die Mehrheit der beiden französischen Parlamente im Grunde genommen von untergeordneter Bedeutung...Blieb unter diesen Umständen den Deutschen etwas anderes übrig, als sich damit abzufinden?..."(V.Dr.Breitscheidt 19.8.A.) -

"...Dass die Frage des Räumungstermins zum Angelpunkt nicht nur der Verhandlungen, sondern auch der öffentlichen Erörterungen gemacht wurde, hat die Lage bis hart an die Zerreissungsgrenze gespannt...Jetzt, nachdem alles entschieden ist, kann man dich wohl sagen, dass die f e i e r l i c h e Z u s i c h e r u n g einer Maximal-Räumungsfrist ein Ergebnis ist, an das man noch im Mai nicht zu glauben gewagt hätte..." (VZ.J.E.17.8.M.) -

"...Man denke nur an die neue Fassung der Formel über "Verfehlungen", die praktisch gewaltsame "Sanktionen" für die Zukunft auch dann ausschliesst, wenn in Frankreich wieder ein Poincaré ans Ruder kommen sollte, und die Zuständigkeit der Reparationskommission ist nur noch ein Schatten dessen, was sie nach Absichten Poincarés hätte sein sollen...Man denke an die ungleich günstigere Formulierung der Transferbestimmungen. Kurz: der Dawes-Plan hat in London eine Gestalt bekommen, die für Deutschland wesentlich vorteilhafter ist..."(VZ.,M.R. 18.8.A.) -

"...Man würde der Bedeutung der Londoner Konferenz nicht gerecht werden,wollte man sie n u r nach ihrem m a t e r i e l l e n Ergebnissen beurteilen. ...Die Besetzung des Ruhrgebietes war ein grober Vertrauensbruch, und es wäre ein Gebot der Gerechtigkeit gewesen, dieses Unrecht s o f o r t wiedergutzumachen. Aber man weiss, welche i n n e r p o l i t i s c h e n S c h w i e-

r i g k e i t e n H e r r i o t an der Ausführung dieses Schrittes hemmten.. Eine besondere Bedeutung haben diese Räumungss i c h e r u n g e n noch dadurch erhalten, dass sie m i t e i n e r A r t i n t e r n a t i o n a l e r G a r a n t i e u m k l e i d e t worden sind..."(G.17.8.M.) - .....sowie Rücksichtnahme auf dessen innerpolitische Schwierigkeiten gerecht - fertigt.

Während der Verhandlungen über das Protokoll war der Blick der Blätter zunächst überwiegend nach London gerichtet und die Beobachtung der i n n e r p o l i t i s c h e n L a g e allgemein hinter die Kritik der Konferenzvorgänge gestellt. Immerhin ist schon Ende Juli vom V. die Auffassung vertreten worden , dass eine Z u s t i m m u n g d e r R e c h t e n d e n B e s c h l u s s d e s R e i c h s t a g e s über Annahme und Durchführung des Protokolls e n t w e r t e n.....

"...Wenn die Deutschnationalen zum Schluss doch noch den Ausführungsgesetzen zustimmen, dann werden sie zwar selber vor ihren bisherigen Anhängern blamiert dastehen, sie werden aber zugleich den B e s c h l u s s , den der Reichstag mit ihrer Hilfe fasst, kompromittiert und e n t w e r t e t haben. Die Regierung müsste doch rechtzeitig erkennen dass es n i c h t darauf ankommt, eine parlamentarische M e h r h e i t zusammenzuschieben, sondern darauf, eine als richtig a n e r k a n n t e Politik gegen alle Widerstände durchzusetzen..."(V.25.7.A.) - .....würde (in der Annahme, dass die DNVP. nur bei Zusicherung ihrer Beteiligung an der Regierung ihre Stimmen zur Verfügung stellen werde), und bald danach von der VZ. der "Bürgerblockgedanke...und der Konjunktur von g e s t e r n entstanden,...zu den Toten geworfen....."

"...Der "Bürgerblockgedanke" ist aus der Konjunktur von g e s t e r n entstanden. Je eher er zu den T o t e n g e w o r f e n wird, desto besser ist es für die Gesundung der deutschen Politik..."(VZ.7.8.A.) - .....worden, wenn auch das Blatt die von der SPD. vorgeschlagene Verbindung von Ausführungsgesetzen mit innerer Lastenverteilung grundsätzlich abgelehnt hat 123.)

Indessen schienen G. und BT., zur Durchsetzung der parlamentarischen Zustimmung entschlossen, dem Bürgerblockgedanken, dem beide Blätter in "der Konjunktur von gestern" und das BT. mit ganz besonderen Gründen! - nicht abgeneigt gewesen, noch nicht so entfremdet. Das BT., unmittelbar unter dem Eindruck der für die deutschen Hoffnungen allgemein entmutigenden Haltung Herriot's die Chancen einer N e u w a h l ernstlich überlegend, war unsicher.....

"...Soll Deutschland j e t z t , wo der Aufbau beginnen soll, in die U n r u h e e i n e s W a h l k a m p f e s gestürtzt werden?..."(BT.16.8.M.) - "...Ein a b l e h n e n d e s V o t u m des Reichstages oder d e r W ä h l e r s c h a f t , die auch befragt werden müsste, w ü r d e n i c h t e i n D r u c k m i t t e l , s o n d e r n d a s E n d e d e s g a n z e n V e r s t ä n d i g u n g s v e r s u c h e s sein..."(BT.18.8.) - .....und vermied, die Unentbehrlichkeit der Rechten und ihre Forderungen würdigend - denen zuliebe Theodor Wolff nicht zuletzt seinen Vorstoss unternommen haben dürfte - .....

"...Nehmen wir einmal den unmöglichen Fall an, dass die deutsche Delegation sich mit der weiteren militärischen Besetzung um ein Jahr abfindet. K a n n j e m a n d g l a u b e n , dass der Reichstag, wenn er die Dawes-Gesetze verabschieden soll, sich hinter diese Abmachungen stellen wird? Allein das Eisenbahngesetz bedarf, da es sich um eine verfassungsändernde Vorlage handelt, einer Zweidrittelmehrheit: mit anderen Worten, m a n i s t a u f d i e U n t e r s t ü t z u n g eines Teiles der D e u t s c h n a t i o n a l e n a n g e w i e s e n...Ohne Zusicherung einer schnellen militärischen Räumung kann die deutsche Delegation das Dawes-Gutachten nicht unterschreiben..." (BT.15.8.M.) - Ebenso:BT.14.8.M. - .....innerpolitische Kombinationen, in denen die G. durchweg noch zurückhaltender gewesen ist, wenn auch bei ihr über die Notwendigkeit einer Reichstagsauflösung im Falle der Ablehnung.....

"...Der Reichstag, der seine Zustimmung zum Londoner Pakt versagen sollte, hätte kein weiteres Recht mehr, die Zukunft des deutschen Volkes zu bestimmen. Es

müsste dann das deutsche Volk selbst über sein weiteres Schicksal befragt werden..."(G.17.8.M.) -
.....des Gutachtens keine Zweifel bestanden haben.

Im Gegensatz zu V.VZ.,BT. und G. - ausgenommen die Haltung des BT. am 15.8. - hat die R e c h t s p r e s s e neben ausführlicher, aber nicht entscheidender Kritik der Sanktions-,Transfer- und Sachlieferungen 124), ohne dabei die Voraussetzungen des Anleihe-Erfolges zu beachten, seit Beginn der Konferenz mit wachsender Schärfe die s o f o r t i g e m i l i t ä r i s c h e Räumung gefordert 125) .....

"...Man muss sagen, dass der erneute Versuch, zwischen Annahme des Gutachtens und Regelung der Räumungsfrage einen Trennungsstrich zu ziehen und gar einen zeitlichen Zwischenraum zu legen, vom deutschen Standpunkt aus g ä n z l i c h u n e r t r ä g l i c h ist. Muss man sagen, dass eine einjährige Fortdauer der Räumungsbesatzung, ja, selbst eine halbjährliche, eine vierteljährliche für Deutschland unvorstellbar und u n a n n e h m b a r ist?, gerade unter dem Gesichtspunkt dessen, was uns das Gutachten an wirtschaftlichen Opfern und Leistungen aufzwingt, die, wenn überhaupt, nur bei völliger Freiheit der deutschen Wirtschaft und ihrer Betätigung aufgebracht werden können ..."(DT. W.A. 11.8.A.) -

"...Eine Räumungsfrist von einem Jahr kommt für Deutschland nicht in Frage... Also: s o f o r t i g e r Beginn der militärischen Räumung, schnellste Durchführung, genau festgelegter, äusserster Enttermin ohne Hintertüren für französische Gelüste..."(DAZ.14.8.A.)
"...Es muss auch jetzt wieder gesagt werden, dass es gänzlich unmöglich ist , dass die deutsche Regierung das französische- englische-amerikanische Diktat annimmt und damit vor den Reichstag tritt, um die Durchführung des Dawes-Planes nötigen Gesetze bewilligt zu erhalten...Die deutsche Forderung ist klar , eindeutig und unverrückbar: feste Vereinbarung eines m ö g l i c h s t n a h e liegenden Termins für den Beginn der militärischen Räumung, der g l e i c h z e i t i g m i t Beginn der w i r t s c h a f t l i c h e n Räumung zusammenfällt..." (DAZ. 15.8.M.) -

"...Es kann gar kein Gedanke daran sein, dass die zum Gutachten gehörigen Gesetze im Reichstag mit 2/3 Mehrheit angenommen werden, wenn das londoner Schlussprotokoll nicht unter der Voraussetzung unterzeichnet würde, dass die Ruhrräumung s o f o r t erfolge..."(BLA. 14.8.M.) -
"...Die Franzosen verlangen einen Rechtstitel, um 12 Monate lang - mindestens - noch im Ruhrgebiet zu bleiben, jederzeit wieder die Hand an die Gurgel der deutschen Wirtschaft legen zu können. In 12 Monaten kann viel geschehen . Nun, wir wissen nicht, ob die Franzosen jetzt aus dem Ruhrgebiet herausgehen werden. Das wissen wir aber, dass sie diesen Rechtstitel einer deutschen Zustimmung zu ihrem Verbleiben nicht bekommen. N i e unter k e i n e n U m s t ä n d e n , von k e i n e r deutschen Regierung..."(BLA.14.8.A.) - Ebenso:BLA.15.8.A.)
.....und am 15. August abends - mit Ausnahme der DT. den Vorschlag der französischen Delegation, innerhalb eines Jahres räumen zu wollen, auf die Gefahr eines Scheiterns der Konferenz hin abgelehnt,.....
"...Die Reutermeldung, wonach im Falle eines deutschen "Non possumus" sich die Konferenz auf 2 bis 3 Wochen v e r t a g e n werde, um den verschiedenen Delegierten Gelegenheit zu geben, nach Hause zurückzukehren und sich mit ihren Regierungen ins Benehmen zu setzen, zeigt den W e g , d e r g e g a n g e n w e r d e n m u s s..."(DAZ. FK. 15.8.A.) -

"...Wir wissen uns eins, nicht nur mit der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands, sondern auch mit dem gesunden Urteil der gesamten Welt, soweit soweit sie nicht durch die französische Machtentfaltung eingeschüchtert und geblendet ist, wenn wir die Forderung der Franzosen r u n d w e g a b l e h n e n, selbst a u f d i e G e f a h r e i n e s S c h e i t e r n s der K o n f e r e n z. Wir hoffen, dass die Reichsregierung diesen Standpunkt teil

und sich nicht durch Drohungen einschüchtern lässt.

Es ist nicht wahr, dass bei einem Abbruch der londoner Konferenz eine sofortige Katastrophe der deutschen Wirtschaft unvermeidlich ist..."Tg.-Nacht - ausgabe, 14.8.) -

.....während von der DT. eine bestimmte Stellungnahme vermieden worden ist.

Nach der vollendeten Tatsache des Abschlusses der Beratungen und U n t e r z e i c h n u n g des Protokolls durch die führenden Mitglieder - nicht ihrer - Regierung liessen die Rechtsblätter ihre, bisher für d i e s e n Zeitpunkt angekündigte "endgültige" Stellungnahme überwiegend nur i n d i r e k t erkennen. Eigene Urteile und Forderungen in dieser Richtung allgemein zurückhaltned und hinter eine vorwiegend informatorische Betrachtung der parlamentarischen Verhältnisse - in denen die Rechte noch keineswegs an Einfluss gewonnen hatte - stel - lend, richteten die Blätter ihre aussenpolitische Kritik nunmehr nur noch g e g e n die R e c h t s s i c h e r h e i t H e r i o t ' s ,.....

"...Wer bürgt uns dafür, dass ein evtl. N a c h f o l g e r Herriot's sich an seine Abmachungen hält? Wer bürgt uns dafür, dass nicht wieder behauptet wird, die Räumungsfrist hätte noch garnicht zu laufen begonnen?...

...Wenn die Stellung der französischen Regierung ausserordentlich beschwert ist, so sind die Schwierigkeiten der deutschen noch grösser..."(DAZ. F.K.15.8. A.) -

"...Die tiefe Erbitterung wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, dass ein brutaler Gewaltakt trotz der Uebernahme unsagbar schwerer Lasten des Gutach - tens durch Deutschland um ein weiteres Jahr verlängert werden soll, das M i s s t r a u e n bleibt bestehen, dass durch einen S t u r z H e r - r i o t ' s oder andere politische Veränderungen sich die Gegner an dieses Abkommen n i c h t g e b u n d e n betrachten werden..."(DAZ. 19.8.M.) -

"...Die deutsche Delegation sollte sich weiter fragen, was selbst von einem internationalen Abkommen über die Räumung zu halten ist angesichts der Leich- tigkeit, mit der gerade die e n g l i s c h e R e g i e r u n g sich über die von ihr selbst aufgestellten Rechtsauffassungen hinweggesetzt...Man soll- te annehmen, auch die deutsche Delegation legen sich mit vollem Ernst die Frage vor, was eigentlich auf die feierliche Räumungsabkommen mit dem Franzo- sen für Häuser gebaut werden können? Wenn etwa in der Zwischenzeit bis zum Räumungstermin die R e g i e r u n g i n F r a n k r e i c h nach der Poincaristenseite w e c h s e l t und die Suche nach den so beliebten Vor- wänden wieder einmal vorgenommen wird..."(DT. WA. 16.8.M.) -

"...Vielleicht noch schwerwiegender, als die Hinausschiebung der Ruhrräumung, kann die als Folge zu erwartende Verlängerung der Besetzung des köllner Brük- kenkopfes sein. Schon aus diesem Grunde hätte sich die deutsche Delegation niemals mit einer Dauer der Ruhrbesetzung über den 10.Januar nächsten Jahres hinaus abfinden dürfen...Die vertragsmässige Befreiung des Rheinlandes wird als Folge der londoner Beschlüsse tatsächlich in Frage gestellt..."(DT. W.H. 18.8.A.) -

..... bzw. eines seiner N a c h f o l g e r , wobei sie sich mit der Regelung der Räumungs f r i s t zwar nicht einverstanden erklärten, aber abfanden.

Indessen ist hinter dieser Haltung teilweise schon ziemlich deutlich - und zwar am frühesten in der Scherlpresse - die W i r k u n g d e r A u f l ö - s u n g s d r o h u n g in der ablehnenden Warnung vor Neuwahlen sichtbar .....

"...Für den größten Teil des Volkes ist es heute klar, daß N e u w a h l e n k e i n e n S i n n haben, wie die V e r h ä l t n i s s e z u r z e i t liegen.Das parlamentarische System ist arbeitsunfähig... Vielmehr drängen die Verhältnisse, m i t d i e s e m S y s t e m e n d g ü l t i g z u b r e - c h e n und andere Wege zu inneren Regierungsverhältnissen zu suchen...

...Die S o z i a l d e m o k r a t i e b r a u c h t N e u w a h l e n . Eine Linksmehrheit im Reichstage, um die innerpolitischen Lasten i h r e r Gutachterpolitik auf die Schultern der a n d e r e n zu legen. Die Dinge sind doch so: das Gutachten bringt eine hochkapitalistische Welle über Deutsch- land, bringt ungeheure Lasten für das Volk...Die Lasten sollen nicht die tra- gen, welche die grössten Schreier für das Gutachten waren, sondern die ande - ren, die Kreise, die gewarnt haben...Was j e t z t nach dem Reichstag kommen

müsste, wäre eine D i k t a t u r auf ernsthaft g e m ä s s i g t e r , nationaler B a s i s , wäre eine Regierung, wie sie Frankreich nach 1870 hatte ..."(Tg. Schwarzer, 20.7.) -

.....geworden. Während noch - wenn auch schon unsicher- DT. und DAZ. ihre Ueberzeugung von der Gefährlichkeit einer "Zwei-Stadien-Annahme", bzw. Mit-, oder Vorbelastung der nationalen Opposition sowie Unwahrscheinlichkeit einer Zustimmung der DNVP. zum Ausdruck gebracht haben,.....

"...Die Politik der Z w e i - S t a d i e n würde als Deutschland auf einen sehr g e f ä h r l i c h e n Weg führen. Die nationale Opposition wird sich darum auf diesen Weg nicht locken lassen. Und nach allem Ermessen hat s i e es in der H a n d , sein Beschreiten zu v e r h i n d e r . Denn nicht nur das Eisenbahngesetz dürfte trotz allen Kopfzerbrechens gewisser Leute eine 2/3 Mehrheit des Reichstages zu seiner Annahme erfordern: auch für das gedachte E r m ä c h t i g u n g s g e s e t z , das den Reichstag bei einer wichtigen Entscheidung ausschalten würde, wäre selbstverständlich eine 2 / 3 M e h r h e i t n o t w e n d i g..."(DT. P.B. 16.7.A.) -

"...Die Deutschnationalen haben ganz bestimmte Voraussetzungen formuliert, die sich teile gegen Abänderung am Gutachten selbst, teils auf die Begleitumstände und Folgen (auch innerpolitisch !? - d.Verf. seiner Inkraftsetzung beziehen . Nachdem, was bisher in der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist, sind d i e s e V o r a u s s e t z u n g e n i n e n t s c h e i d e n d e n P u n k t e n n i c h t e r f ü l l t. Aufgrund dieser v o r l ä u f u g e n Kenntnis ist es schwer, sich vorzustellen, dass die deutschnationale Fraktion dem Gutachten ihre Zustimmung erteilen wird. A b e r schliesslich hat eine grosse und namentlich ausschlaggebende Fraktion die Verpflichtung, die ganz amtliche, authentische U n t e r r i c h t u n g a b z u w a r t e n...Endlich darf man annehmen, dass die Deutschnationalen ihre Stellungnahme selbst dann v o n W a h l a u s s i c h t e n n i c h t a b h ä n g i g machen würden, wenn ihnen eine sichere Niederlage in Aussicht stehen würde... E s i s t w i c h t i g , dass sie in ihrer nationalen O p p o s i t i o n f ü r d i e f e r n e r e E n t w i c k l u n g auch dem Ausland gegenüber i n t a k t bleiben, dass sie sich n i c h e ebenfalls v o r b e l a s t e n und korrumpieren..."(DT. W.A. 20.8.A.) -

"...Der Redner der Regierungsparteien, Abg. Fehrenbach, hat in seiner letzten Reichstagsdebatte folgende grundsätzliche Forderungen aufgestellt: "Das über den Vertrag von Versailles hinaus besetzte Gebiet muss wirtschaftlich und militärisch geräumt, der Vertragszustand im altbesetzten Gebiet wiederhergestellt die Gefangenen müssen befreit, die Ausgewiesenen müssen zurückgeführt, die deutsche Souveränität und die im Rheinlandabkommen anerkannten Rechte der Bevölkerung wiederhergestellt werden..."Unter solchen Umständen ist eine Zustimmung s o g a r d e r R e g i e r u n g s p a r t e i e n zu einer Verlängerung der Besetzung um mindestens ein Jahr nicht zu erwarten. K e i n e s f a l l s a b e r kommt eine B i l l i g u n g d u r c h d i e D e u t s c h n a t i o n a l e n in Frage. Eine Z w e i d r i t t e l m e h r h e i t für die notwendigen Gesetze g i b t e s n i c h t..."(DAZ. F.K. 15.8.A.) - Ebenso: DAZ. F.K. 17.8.M. -

.....ist zuerst vom BLA. der Regelung offen zugestimmt und von den Scherlblättern die Stellung der DNVP. als Frage offen gelassen.....

"...Etwas b e s s e r , a l s n i c h t s , mögen die Konzessionen, die man für die Zustimmung zu Herriot's Verlangen noch herausmarkten kann, sein. Wie wenig besser sie sind, lehrt jede nüchterne Ueberlegung, u n d t r o t z d e m ?...T r o t z d e m ! Und der Reichstag? Wird die Regierung dieser Taten sein Vertrauen erhalten?..."(BLA.16.8.M.) -

"...Es ergibt sich n u n die Frage, ob für den n o c h i m m e r h i n u n s i c h e r e n Fall, dass alle Forderungen Deutschlands durchgesetzt werden, dafür aber Herriot mit seiner einjährigen Räumungsfrist durchkommt,im Reichstage Aussicht auf eine 2/3 Mehrheit für die Annahme der Gesetze zum Dawes-Gutachten besteht...S t i m m u n g s g e m ä s s werden die Konzessionen der Regierung und der Delegation nicht nur in deutschen, nationalen Kreisen, sondern darüber hinaus nach links für unmöglich erklärt..."(Tg. 16.8.) -

Ebenso:Tg. Sch.- Pf. 16.8. -
.....worden.

Schliesslich muss zur Beurteilung der taktischen Festigkeit der DT. auf ihr grundsätzliches Interesse an der A g r a r b a n k hingewiesen werden,126) zu deren Legalisierung das Blatt in jenen Tagen zum ersten Mal hervorgehoben hat, dass sie "...natürlich zweck- und sinngemäss mit dem Gesetz über die auflösung der Rentenbank z u g l e i c h v e r a b s c h i e d e t wird...",eine Auffassung, die die Annahme des Rentenbankliquidationsgesetzes im Rahmen a l l e r Dawes-Gesetze zur Voraussetzung haben musste.

V

Ratifikation bis zum 30. August!

1.

Annahme oder Auflösung!

"Die Vertreter der beiteiligten Regierungen werden am 30. August d.J. in London zusammentreffen, um in einer einzigen Sitzung die formelle Unterzeichnung derjenigen Schriftstücke vorzunehmen, die sie betreffen und die noch nicht gezeichnet worden sind." Damit war nach Abschluss der londoner Verhandlungen das Schwergewicht der Ereignisse und das Schicksal des Protokolls nach Deutschland in die Hände des deutschen Reichstages gelegt, der die Ratifikation bis zum genannten Tage zu vollziehen oder zu verwerfen hatte.

Das Kabinett Marx, offiziell seit dem 16.April zur vorbehaltlosen Annahme des Gutachtens und mit dem 16.August zur Zustimmung zum Protokoll entschlossen, hatte seine Stellung inzwischen nicht geändert. Seiner Auffassung waren am 19.8. die Ministerpräsidenten der deutschen Länder und am 21.8. der Reichswirtschaftsrat beigetreten. Indessen hatte bis zum 28.8. die am 24. eröffnete parlamentarische Aussprache eine bestimmte Haltung der DNVP. nicht erkennen lassen.

Im Verlauf der ununterbrochenen Fraktions- und Plenarverhandlungen war schliesslich vom Reichskanzler angedeutet worden, dass er auch ohne eine Zweidrittelmehrheit zur Unterzeichnung des Protokolls am 30.8., zugleich aber auch z u r A u f l ö s u n g des Reichstages entschlossen sei, um die Ratifikation auf jeden Fall durchzusetzen. Da ermöglichte am 29.August eine für die qualifizierte Majorität notwendige Anzahl deutschnationaler Abgeordneter zusammen mit der SPD. und den Regierungsparteien in III. Lesung die Annahme der Dawes-Gesetze aufgrund des Londoner Protokolls, das am gleichen Tage noch vom Reichsrat verabschiedet und am nächsten Vormittag in London unterzeichnet worden ist.

2.

Die Haltung der Presse.

Nun, nachdem praktisch die aussenpolitische Entscheidung vollzogen, war die Haltung der Blätter in erster Linie darauf eingestellt, dem Endkampf der Interessen um die Sicherung der für die innerpolitische Verteilung der Belastungen günstigsten Positionen zu sekundieren. Das Charakteristische und besonders Sensationelle der Situation lag jetzt vor allem in der Methode der DNVP., ihre "endgültige" Entscheidung um der Garantie der ihr für die Zukunft wünschenswerten und noch erreichbaren Zusagen willen bis zum letztmöglichen Termin hinauszuzögern, wodurch auf beiden Seiten alle taktischen Mittel voll entwickelt wurden, um die Zustimmung dieser Partei einerseits zu erzwingen, andrerseits vorzubereiten.

Danach haben die Blätter die Ratifikation teils mit ausserordentlicher Befriedigung, teils sie rechtfertigend und sich ihr als unvermeidlich fügend, aufgenommen und dabei an jenem Tage erhebliche Offenheit in der Darlegung der für sie massgebenden Motive gezeigt.

Angesichts der ihre Entscheidung immer noch vorenthaltenden DNVP. ist von der,

das Kabinett Marx unterstützenden Presse die Auflösungsdrohung zur vollen Wirkung gebracht worden - indessen verschieden stark und motiviert, je nach dem Verhältnis der Blätter zum Bürgerblock. V.,VZ., und BT., deutlich gegen das Rechtskabinett eingestellt, haben mit voller Stärke auf die, nicht nur innerpolitische, sondern auch aussenpolitische Gefahr einer Durchführung der Dawes-Gesetze unter deutschnationaler Führung hingewisen.....

"...Neue Verhandlungen? Die Deutschnationalen können sie erzwingen, wenn sie die Verabschiedung der Dawes-Gesetze verhindern. Dann wird die Reichsregie - rung zwar noch in der Lage sein, am 30. August die Unterschrift unter das Londoner Protokoll zu setzen, die sie auch am 16.August hätte geben können . Aber die Fristen werden nicht laufen...Aber sie (neue Verhandlungen d. Verf.) werden nach Neuwahlen geführt werden müssen von einer Regierung der Mitte , aber nicht von einer des Bürgerblocks.... " (VZ. 26.8.M.) -

"...Wie wird man den deutschnationalen Wählern den Umfall über Nacht erklä - ren? Man wird ihnen sagen: die deutschnationale Fraktion sei vor eine vollendete Tatsache gestellt worden. Aber die Gefahren, die die londoner Vereinbarungen in sich schliessen, sind wesentlich gemildert dadurch, dass die Ausführung der Dawes- Gesetze jetzt in eine Regierung gelegt ist,in der die Deutschnationalen bestimmenden Ein - fluss hätten.

Begreift man nicht, welche Gefahr für Deutschland in der deutsch - nationalen Strategie liegt, dass den Alliierten förmlich erklärt wird: wir ratifizieren das londoner Abkommen, aber eine Regierung des Bürgerblocks wird dafür sorgen, dass die londoner Vereinbarungen vom deutschnationalen Geiste ausgelegt und ausgeführt werden? Von einer loyalen Ausführung ist im Brief Herriots an den Reichskanzler die Rede. Wer wird im Ausland glauben wollen an die Loyalität einer Regierung, in der die Deutschnationalen sitzen, die die londoner Vereinbarungen für unan - nehmbar und untragbar erklärt haben ?.."(VZ. 26.8.A.) -

"...Es wäre verhängnisvoll für die innere, wie für die auswär- tige Politik, wenn die grossen aussenpolitischen Entscheidungen mit den Bemühungen um den Bürgerblock verkoppelt würden. Welch unsinniger und schädli - cher Gedanke, dass zur Durchführung des Dawes-Planes seine deutschnationalen Gegner berufen sein sollten..."(BT.Feder , 27.8.A.) -

.....wobei vom V. sogar die Auflösung auch im Falle deutschnationaler Zustimmung .....

"...Wir möchten noch einen Schritt weiter gehen und sagen: selbst wenn die Deutschnationalen noch in allerletzter Stunde die Vor- sicht als der Weisheit bessres Teil wählen und durch irgendein parlamentari - sches Manöver das Zustandekommen der 2/3-Mehrheit ermöglichen würden, auch dann wäre die Auflösung unbedingt nötig! ...Es handelt sich nicht darum, den londoner Vertrag anzunehmen, sondern auch darum, eine Politik der Vertragstreue zu treiben!..." (V. 22.8.M.) -

.....verlangt worden ist, indessen die VZ. gelegentlich auch bereit war, der DNVP. eine "Rückzugslinie" zu ermöglichen,.....

"...Eine andere Frage ist, ob den Deutschnationalen, die sich allzu sehr ver- rant haben, eine andere Rückzugslinie eröffnet werden kann...Man könnte sich einen Beschluss des Reichstages denken , der festsetzt, dass Deutschlands Verpflichtungen aus den Dawes-Gesetzen und aus dem londoner Protokoll automatisch aufhören, wenn nicht bis zum 15. August 1925 die vollständige Räumung des besetzten Gebietes durchgeführt ist"(Zwei-Stadien-Annahme" -d.Verf.) Man kann sich auch noch andere Resolutionen ähnlichen Inhalts denken, durch die der Reichstag grössere Sicherungen schafft, ohne die Londoner Vereinbarungen zu tangieren..."(VZ. 26.8.A.)

.....Die G., aber zwar fest zur Auflösung im Falle der Ablehnung entschlossen, hat jedoch innerpolitische Erörterungen über die spätere Regierungsgestaltung

zurückgestellt, erkennen lassen, dass die Ratifikation des Protokolls die Voraussetzung einer fruchtbaren Behandlung der Z o l l v o r l a g e.....

"...Dem Reichstage ist bekanntlich das Schutzzollgesetz zugegangen. Es wird n a c h Erledigung der aussenpolitischen Verhandlungen wohl zunächst in den Ausschuss wandern. Wir gehen aber gewiss nicht fehl, wenn wir annehmen, dass man in der Regierung der Auffassung ist, n i c h t das Geringste zur F ö r d e r u n g dieser von der L a n d w i r t s c h a f t gewünschten Vorlage tun zu können, w e n n n nicht die in der deutschnationalen Fraktion vertretenen Wirtschaftskreise das Ihrige tun, um die durch die londoner Vereinbarungen zu erwartenden wichtigen Vorteile für die Landwirtschaft v o r h e r zu sichern..."(G.24.8.M.) -

.....sei.

Nachdem die Zustimmung der DNVP. erreicht war, bekannte der V. offen die vor allem taktische Bedeutung seiner forzierten Neuwahlforderung.....

"...Gewiss, sie (die SPD. -d.Verf.) hat die Auflösung sehnlichst gewünscht. Und sie wünscht sie noch. A b e r die Auflösung im gegebenen Augenblick hatte n u r dann Wirkung, wenn sie durch die S c h u l d d e r G e g n e r herbeigeführt war. Wenn diese vor einem Akt der letzten Selbstentwürdigung nicht zurückschreckten, nur um dem gefürchteten Urteil des Volkes zu entgehen, kann es uns, m u s s e s u n s r e c h t sein..."(V.31.8.)-

.....Indessen sah die Regierungspresse die Notwendigkeit einer Neuwahl noch keineswegs erledigt, V.VZ. und BT. immer noch sichtlich in der Sorge vor dem Bürgerblock,.....

"...Den grössten Teil dieser Lasten werden die Massen zu tragen haben, also gerade diejenigen Kreise , die zur demokratischen und sozialdemokratischen Partei zu zählen sind. Würde man versuchen, durch den B ü r g e r b l o c k diese Parteien nachträglich auszuschalten, so würde es einen Kampf auf Sein oder Nichtsein dieses Reichstages geben, und das Parlament, dessen A u f l ö s u n g man in diesem Moment mühsam verhindert hat, würde dann doch auffliegen..."(BT. 30.8.M.) - Ebenso: VZ. und V.

.....die G. zurückhaltend angesichts der "jetzt notwendig werdenden innerpolitischen Auseinandersetzungen, 127).....

"...Die Verständigungspolitik hat gestern einen grossen Sieg erlebt, und damit hat sich auch die seit 1917 von der Zentrumspartei klar und bewusst durchgeführte Aussenpolitik...überlegen...durchgesetzt...Der Reichstag ist gestern vor der A u f l ö s u n g bewahrt geblieben. Es ist aber n i c h t a u s g e s c h l o s s e n, dass die jetzt notwendig werdenden, innerpolitischen Auseinandersetzungen, die mit den Auswirkungen des Londoner Abkommens verbunden sind, neue Erschütterungen und Krisen im Gefolge haben...Mit der Möglichkeit, dass ein neuer Reichstag nötig sein wird, sollte man durchaus rechnen..."(G. 30.8.M.) -

.....die mit den Auswirkungen des Londoner Abkommens verbunden sind."

Zwar völlig im Klaren über die Bedeutung der vollendeten aussenpolitischen Tatsachen, aber nicht ganz sicher über den Verlauf der immer wieder ergebnislosen Fraktionsverhandlungen, haben die R e c h t s b l ä t t e r innerhalb der umfangreichen Berichte und Vermutungen ihre Meinung über das Notwendige keineswegs einheitlich zum Ausdruck gebracht.

Während vorwiegend die Scherlpresse unter Hinweis auf den "Umfall der R e g i e r u n g in London", der "s c h o n i n L o n d o n v e r l o r e n e n Schlacht", der gegenüber "auch andere Leute dem so oder so Rechnung tragen zu müssen etwa glauben könnten...",.....

"...Tatsächlich aber ist die Schlacht schon in London verloren und die berliner Krisengewitter können dem deutschen Volke doch keinen freien Atem verschaffen. Unsere Vertreter in London haben mit Genehmigung des Reichspräsidenten ihr Einverständnis dazu gegeben, dass das Ruhrgebiet noch ein Jahr lang besetzt bleibt. Diese furchtbare Tatsache lässt sich nicht aus der Welt schaffen..."(Tg.Sch.-Pf. 24.8.) -

"...Es gilt in dieser Stunde aussenpolitisch zu denken und zu erwägen, dass das Verhältnis von Risiko und Möglichkeit, das in London durchaus nicht ungünstig für uns war, durch den Umfall der Regierung in London,...der Demo -

kratie in Berlin, so furchtbar zu unseren Ungunsten gestört worden ist, dass auch andere Leute dem so oder so Rechnung tragen zu müssen etwa glauben könnten..."(BLA.Hussong, 24.8.) - Ferner:Tg.W.v.H. 25.8.-

Ebenso: DT.:W.v.M. 20.8.M.:Entscheidung schon in London gefallen.....ihre Auffassung von der Unvermeidlichkeit der Annahme gezeigt, danach aber mit positiver Stellungnahme zurückgehalten hat, sind von der DAZ. bereits am 22.Aufhebung des Fraktionszwanges bei der DNVP. gefordert und darauf tiefbesorgte Erwägungen über die Befestigung des sozialistischen Einflusses im Falle von N e u w a h l e n an diese Partei gerichtet.....

"...Aber die deutschnationale Partei wird bei der entscheidenden Abstimmung d. F r a k t i o n s z w a n g a u f h e b e n und es jedem Abgeordneten freistellen müssen, nach Pflicht und Gewissen vorzugehen. Sie wird das freilich n i c h t tun können ohne unverbrüchliche G a r a n t i e n, die zweifellos diesmal nicht in der Preussenfrage zu suchen sind und ohne ihre grundsätzliche Ablehnung der bisherigen Verhandlungsmethoden zum Ausdruck zu bringen..."(DAZ. F.K. 22.8.M.) -

"...Wir glauben, dass die nationale Opposition bei N e u w a h l e n keine wesentlichen Verluste haben würde...Eine klare Wahlparole könnte ihr sogar Vermehrung bringen. Trotzdem ist es möglich, dass eine 2 / 3 M e h r h e i t d e r G r o s s e n K o a l i t i o n zustande kommt.... Wenn die Berechnung der SPD. und der Mittelparteien stimmt, so wäre das Ergebnis die F e s t i g u n g d e s s o z i a l i s t i s c h e n und pazifistischen E i n f l u s s e s in der Führung der Reichspolitik, die nur mit grösster S o r g e betrachtet werden könnte..."(DAZ. F.K. 24.8.M.) -

"...Der londoner Pakt würde natürlich e r s t r e c h t a n g e n o m m e n, a b e r von Leuten d u r c h g e f ü h r t, deren katastrophale Politik das deutsche Volk seit 1918 in tausend Schmerzen gespürt hat..... D i e s e E r w ä g u n g e n m ü s s e n der deutschnationalen Fraktion vor Augen schweben, wenn sie sich definitiv e n t s c h e i d e t..."(DAZ. F.K. 24.8.M.)

.....worden. Nach diesen letzten Warnungen hat sich - gleich Tg. und BLA.- auch die DAZ. abwartend zurückgezogen.

Indessen hat die DT. unter dem Druck der Auflösungsdrohung diese Warnungen von Tag zu Tag zu Forderungen gesteigert. War das Blatt am 22. noch entschlossen, den Appell an das Volk mitzumachen,.....

"...wenn man das unabweisbare Bedürfnis spürt, in einfacher und doppelter Auflage an die Entscheidung des Volkes zu appellieren: sie (die Rechtsparteien- d.Verf.) sind bereit, diesen Appell m i t z u m a c h e n..."(DT.22.8.A.

.....so ist von ihm am 26. ein "Ausweg in anderer Richtung gesucht".....

"...Nach alledem...fühlt man sich mindestens zu der Frage versucht, ob die Regierungsparteien sich nicht schon darüber klar sind, dass der ganze Gedanke einer R e i c h s t a g s a u f l ö s u n g oder ähnlicher Experimente einen Ausweg aus der Regierungspolitik geschaffnen Sackgasse g a r n i c h t bieten kann, dass der Ausweg also in anderer Richtung gesucht werden muss..." (DT. P.B. 26.8.M.) -

.....und am Morgen des entscheidenden Tages die Neuwahl in schärfster Form abgelehnt.....

"...Ueber eine Frage sollte eigentlich kein Zweifel mehr bestehen, dass eine A u f l ö s u n g...unter allen Umständen zwecklos, vernunftwidrig und d i r e k t u n v e r a n t w o r t l i c h wäre..."(DT. P.B. 29.8.M.) -

.....worden.

N a c h d e r A n n a h m e haben DAZ.,Tg.BLA. und DT. allgemein den Entschluss der DNVP. gerechtfertigt und in den ausführlichen Erörterungen als die massgebenden Motive ihrer Haltung offen die Ueberzeugungen bekannt, dass die im Falle einer Ablehnung der Gesetze vollzogenen N e u w a h l e n "aller Voraussicht nach" eine S c h w ä c h u n g d e r n a t i o n a l e n O p p o s i t i o n bis zu ihrer Entbehrlichkeit für die qualifizierte Majorität, dafür aber eine von der SPD. beherrschte Grosse Koalition gebracht hätten. Von der dann gegebenen, noch nachgiebigeren Regierung wären un neuen V e r h a n d l u g e n m i t d e n A l l i i e r t e n k a u m V e r b e s s e r u n g e n

der londoner Abmachungen, aber eine Durchführung der Dawes-Gesetze zu erwarten gewesen mit unabsehbaren Gefahren.....

"...Wäre die Unterschrift verweigert worden, so wäre doch unser aussenpolitischer Erfolg bei neuen Verhandlungen mit der Entente sehr zweifelhaft , j a u n w a h r s c h e i n l i c h geblieben, zumal due Reichsregierung ent - schlossen war, sich auf die Ermächtigung des Reichspräsidenten hin völker - rechtlich zu binden...O h n e K o n t r o l l e d e r g r ö s s t e n n a t i o n a l e n P a r t e i wären allerdings die G e f a h r e n der erfolgten A n n a h m e u n a b s e h b a r..."(Tg. Sch.-Pf. 30.8.) -

"...Diese innerpolitische W e n d u n g in der Richtung auf einen B ü r - g e r b l o c k begrüssen wir..." (BLA. Hussong, 30.8.M.) -

"...W i r bleiben u n v e r ä n d e r t bei allen Auffassungen, die in der "Deutschen Tageszeitung" zum Dawes-Gutachten und seiner Behandlung zum Aus - druck gebracht worden sind, auch bei der U e b e r z e u g u n g , dass die A b l e h n u n g der Dawes-Gesetze a n s i c h b e s s e r gewesen wäre, als Annahme. So lag aber offensichtlich die Frage n i c h t mehr:

Es stand gestern ausser Zweifel, dass die Reichsregierung zur Auflösung des Reichstages schreiten würde, wenn die 2/3 Mehrheit für das Eisenbahngesetz nicht zustande kam. Was trat aber dann zunächst den ? Eine Z w e i d r i t - t e l m e h r h e i t h ä t t e n die N e u w a h l e n , wie wir wieder - holt darlegten, allem Ermessen nach n i c h t g e b r a c h t . Wohl beka - men wir dann eine Reichsregierung der grossen Koalition, b e h e r r s c h t v o n d e r S o z i a l d e m o k r a t i e und von den ausgesprochnen Linkskräften im bürgerlichen Lager...Diese Regierung hätte dann n e u e V e r h a n d l u n g e n gesucht, und gewiss auch erreicht: aber niemand kann wohl bezweifeln, dass eine solche Regierung, zumal die nationale Opposition aller Voraussicht nach mit einer gewissen Schwächung aus dem Wahlkampf herausging, keinen bessren, sondern eher n o c h s c h l e c h t e r e n P a k t mit nach Hause gebracht hätte, als wir ihn jetzt vor uns haben..Für vier Jahre herrschte dann ein Regiment in Gesetzgebung und Verwaltung (SPD). Sein Einfluss entschied massgebend über die vor der Tür stehende Neuregelung der deutschen Z o l l - und H a n d e l s p o l i t i k, über die Neuge - staltung unserer Wirtschaft und Finanzen. Und in einer solchen Regierung läge für Jahre die Führung der deutschen Aussenpolitik..."(DT. P.B. 30.8.M.) -

.....Ueberzeugungen, die sichtlich davon ausgegangen sind, dass die Voraus - setzungen für eine, von der nationalen Opposition mindestens kontrollierte Re - gierung gegeben und Neuwahlen zunächst vermieden seien.

II

F o l g e r u n g e n .

A

G r e n z e n ,

d i e d a s G r u p p e n i n t e r e s s e z i e h t .

I

Der Absolutismus der Gruppe.

Uebersieht man die Haltung der berliner Presse, d.h. des V., der VZ., des BT., der G., der DAZ. des Tg., des BLA. und der DT., zum Dawes-Plan 1924, so ist in jeder der Zeitungen, bzw. Zeitungsgruppen, für sich keinerlei im wissenschaftlichen Sinne logische Geschlossenheit der Argumentation, vielmehr eine grundsätzliche unveränderliche Stellungnahme stets zugunsten der gleichen bestimmten Interessen festzustellen 128).Diese interessengebundene Zweckeinheit bzw. Einseitigkeit der Gedankengänge bevorzugt oder vernachlässigt prinzipiell bestimmte, sich aus dem Problem ergebende Fragenkomplexe und würde, je umfassender sie die Fragen behandeln könnte (aus Raumgründen), doch die gegebene Orientierung nicht wechseln.

Den drei vorwiegend und dem einen, letzten Endes religiös bestimmten Primat der Blätter gegenüber ist ein übergeordnetes Zentrum der Interessen und Denkhaltung nicht zu erkennen, abgesehen davon, dass die Entscheidung dem Diktat der auswärtigen Gläubiger untergeordnet wird. Das Gruppeninteresse muss daher als die r i c h t u n g gebende Instanz für die Meinungsbildung der Blätter angesehen werden. 129)

Durch die Tatsache der Unversöhnlichkeit der Gruppeninteressen sind Einheit und Unterschied, Relativität und Unbedingtheit, also die Problematik der Meinungsbildung bestimmt. Gruppeninteressen aktualisieren die Ideen und die Kommentare des 30. August 1924 zeigen, was der Selbsterhaltungstrieb der Gruppe der Ueberzeugungstreue der Zeitungen zumuten kann. Eine Gleichheit aller Meinungen kann zwar in Bezug auf die Notwendigkeit einer unvermeidlichen EEntscheidung , nicht aber der massgebenden Motive bestehen.

II

Was heisst demnach "Allgemeinheit" ?

Aus der Ueberzeugung von der national-staatlichen Schicksals- und Zwangsgebundenheit, bzw. Gemeinschaft, sowie der Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Funktio ökonomischer Wirkungen ergibt sich für den Gruppenegoismus keineswegs ein absolutes, sondern nur in seinem Sinne bedingtes "überparteiliches" Denken und Fordern, höchstens noch eine taktische Paralelität der Entscheidung. Dass , einander überschneidend, Sonderbelastungen sich mittelbar auf die Gesamtheit und Reichslasten sich wiederum verschieden auf die einzelnen Gruppen auswirken, bestimmt weder die Arbeiter- und Angestelltenschichten, in erster Linie produk - tionswirtschaftlich, noch die Bank-,Handels-,Industrie- und Agrarkreise vorwie - gend sozialpolitisch zu denken. Die Selbstsucht der Gruppe ist deshalb unbegrenzt, besonders, weil sie in ihrem Individualismus das eigene Interesse als "objektiv berechtigt", "wahr" und als ein "öffentliches", "staatliches", " gesundes" usw. sieht, dies umso deutlicher, je mehr es - nicht zuletzt von den

Zeitungen-aktualisiert und vom Druck der Aussenpolitik getrieben wird.

Die Begriffe "Oeffentlichkeit" und "Allgemeinheit" können daher, soll ihr konkreter Inhalt erfasst werden, höchstens den Interessen- und Ideenkreis der Gruppe und ihrer Zeitungen in der jeweils organisatorisch erfassbaren Grösse, bedeuten. Die relativ allgemeine, von allen Blättern dem Dawes-Plan gegenüber gestellte Forderung, die deutsche Einheit wiederherzustellen, hat daher ihr spezifisches Gewicht erst unter Gesichtspunkten gewerkschafts-, bank- und handels-, oder produktionspolitischer Interessen erhalten, aus denen heraus auch erst Schlüsse über die Haltung der Blätter hätten gezogen werden können für den Fall, dass die Räumung in London nicht, oder erst nach Erfüllung der Verträge, zugestanden worden wäre.

B

Grenzen,

die die Zeitung zieht.

I

Ueberzeugungstreue gegen Gruppeninteresse.

Durch die Ueberzeugungstreue, bzw. Trägheit, d.h. den mehr oder weniger feststehenden, potentiellen Meinungsbestand der Zeitung und ihres Leserkreises sind der Vertretung gruppen- e i g e n e r Interessen, besser: gruppengünstiger Interessen dort die Grenzen gezogen, wo deren Erörterung zu einer Anerkennung gruppen- f r e m d e r Gedankengänge führen müsste. Die Tatsache, dass z.B. der V. die erhebliche Verbrauchsbelastung, oder die Rechtspresse ihr entscheidendes Kreditbedürfnis positiv kaum zum Ausdruck gebracht haben, zeigt deutlich, dass hier wesentliche (weil für die Gruppe günstige oder ungünstige) Interessen nicht ihrer Bedeutung nach behandelt worden sind, da sie in einem Gewerkschaftsblatt die Rechtfertigkeit "unsozialer" Tatbestände erfordert, in der Rechtspresse zur Anerkennung des ökonomisch "unsoliden" Gedankens einer Erfüllung durch Verschuldung geführt hätte. Um ganz klar zu sein: es handelt sich hier nicht um die Tatsache, dass die Blätter ihren Lesern ungeläufige Meinungen vermieden haben, weil sie f r e m d e n Interessen entsprochen hätten, sondern, dass sie sich in der Vertretung gruppen- g ü n s t i g e r I n t e r e s s e n zurückgehalten haben, da dabei um Verständnis für eine fremde, unbeliebte und zum Teil verhasste Denkhaltung hätte geworben werden müssen.

Diese Folgerung kann auch aus den unter "die taktische Haltung" gebrachten Erörterungen gezogen werden. Hier sind die Wirkungen der "Verständigungs-", bzw. "Erbfeindtheorie" vom "garnicht so bösen" und "unmöglich guten" Willen des Auslandes zum Teil deutlich hervorgetreten. Nicht nur die Bagatellisierung erheblicher Belastungen, wie im V., oder gewisser Vorteile, wie in den Rechtsblättern, sondern auch das unbedenkliche Wohlwollen, bzw. stets Misstrauen, mit dem die Blätter z.B. die Politik Herriot's einerseits mit Nachgiebigkeit, andrerseits Hartnäckigkeit beantwortet haben, zeigt, wie die Darstellung der variablen Interessenlage begrenzt ist durch Gebundenheit an unveräusserliche Ueberzeugungen.

II

Lesergläubigkeit erspart Argumentation.

Indessen: die Ueberzeugungstreue oder allgemeine Gläubigkeit des Leserkreises e r l e i c h t e r t zugleich die Vertretung dessen, was die Zeitung sagen kann. Die Wirkung der Zeitungsmeinung liegt ja - neben rechtzeitiger Veröffentlichung, fesselnder Formulierung und hämmernder Wiederholung - in erster Linie in der sicheren Art ihres gleichsam solistischen Auftretens als einer Autorität, die sich zwar generell hütet, zu befehlen, aber umso mehr fordert und dabei ihren Forderungen kaum zu begründen braucht, da wenige Leser, weder aus eigener Anschauung, noch der Lektüre anderer Blätter, grundsätzlich kritisch eingestellt sind.

Selbst, wenn man sich darüber klar ist, dass der Presse eine primär wissenschaftliche Argumentation unmöglich und ihre Meinungsbildung unter dem Gesichtspunkt der Wirkungslogik zweckgebunden ist, so bleibt doch die Tatsache auffällig, wie allgemein die Blätter einer so wichtigen Frage, wie der Annahme oder Ablehnung des Dawes-Planes gegenüber auf eine pseudo-wissenschaftliche Begründung selbst des eigenen Standpunktes verzichtet und es beim mehr oder weniger scharfen F o r d e r n gelassen haben.

Hierbei muss auch die Tatsache vermerkt werden, dass in der ganzen Zeit jener Diskussionen in keinem Blatte prominente, d e u t s c h e Gelehrte mit grundsätzlicher und ausführlicher Stellungnahme zum Dawes-Gutachten hervorgetreten sind. 130)

Allein: nicht nur Ueberzeugungstreue und Trägheit, allgemein die p o l i t i s c h begründete Notwendigkeit der ganzen Lösung liessen ernsthadte Bemühungen um irgendwie exakte Argumentation als überflüssig erscheinen. Denn: wie die Sachverständigen, war mehr oder weniger alle Welt, die es anging, in der Ueberzeugung einig, dass der Plan und seine Durchführung ein E x p e r i m e n t sei. Der Streit ging nur um die allerdings entscheidende Frage: w e r d i e F o l g e n dieses Experimentes zu tragen haben werde.

C

A n h a n g .

I

Literaturnachweis.

1.

(Zu Einleitung I.)

E. Everth: "Die Zeitung im Dienste der Oeffentlichkeit", Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsgraphik, 1928,4.S.17:
"...Es ist so grundfalsch, die Zeitung mit wissenschaftlichen Masstäben zu messen, von den ganz verschiedenen Arbeitsbedingungen auf beiden Seiten noch abgesehen. Es ist irrig, die Gesinnung des Wissenschaftlers von dem Redakteur zu verlangen und sein Arbeitsprodukt immer nur auf wahr und falsch zu prüfen. ..." - Hier sind wissenschaftliche Bearbeitung der Zeitung mit der Unwissenschaftlichkeit des Journalisten, die Methode mit dem Objekt verwechselt.

E. Dovifat: "Wege und Ziele der zeitungswissenschaftlichen Arbeit", Berlin 1929, S. 5/6.

H. v. Beckerath: "Der moderne Industrialismus", Jena 1930 (Gewerbepolitik) S.3:
"...Denn der Stil, in dem sich die Wirtschaft der Menschen unserem geistigen Auge darstellt, konstituiert sich nicht allein aus wissenschaftlich mehr oder weniger exakt feststellbaren Tatsachen und Tatsachenzusammenhängen, wie etwa Naturausstattung, Produktionstechnik, Wirtschaftsorganisation, Zahl und Aufbau der Bevölkerung usw., sondern auch aus gesamten Lebensideen, dem Glauben, dem Rechts- und Moralgefühl, den ästhetischen Bedürfnissen und dem politischen Wollen der Menschen..."

M. Weber: "Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre", Tübingen 1922,S. 146 :
"...Richtig ist, dass die persönlichen Weltanschauungen auf dem Gebiet unserer Wissenschaften unausgesetzt hineinspielen pflegen auch in der wissenschaftlichen Argumentation, sie immer wieder trüben, das Gewicht wissenschaftliche Argumente auch auf dem Gebiet der Ermittlung kausaler Zusammenhänge von Tatsachen verschieden einschätzen lassen, je nachdem das Resultat die Chancen der persönlichen Ideale: die Möglichkeit, etwas Bestimmtes zu wollen, mindert oder steigert..."

B. Croce: "Geschichte Italiens 1871 - 1915.", Berlin 1928. S.26:
"...Man muss darauf achten, das Urteil der politischen Presse nicht als historisches Urteil zu werten...Die Festlegung der dynamischen Geschichte in statistischen Schilderungen der Lage beweist schon, dass nicht Tatsachen um ihrer selbst willen dargestellt werden, sondern Tatsachen in Beziehung zu einem Wunsch, die in diesem mehr oder weniger negiert werden...Forderungen und Vorschläge der politischen Publizistik sind nicht Geschichtsschreibung, sondern wenig mehr, als Rohmaterial für den Historiker. Erfindet in ihm die Keime späterer Ereignisse aber auch viele Keime, die zugrunde gehen mussten, weil sie nicht fruchtbar waren, oder auf unfruchtbaren Boden fielen..."

W. Bauer: "Einführung in das Studium der Geschichte", Tübingen 1928, S.320:
"...Seitdem die grossen politischen Korrespondenzen und Telegraphenbüros die Berichte über alle wichtigen Ereignisse an ihre Abonnenten verkaufen...verschwindet immer mehr das individuelle Gepräge und es bleibt nur übrig, zu untersuchen, welche Stellung ein Blatt zu den, ihm gelieferten Nachrichten einnimmt, welche sie evtl. unterdrückte. Und damit ist auch auf die für die innere Kritik so wichtige Frage der Parteistellung eines Blattes hingewiesen. War der Verfasser in der Lage, die Wahrheit zu berichten, und hat er die Wahrheit auch berichten wollen? Gerade diese für die Kritik grundsätzliche Fragestellung kann nur aufgrund eingehender Kenntnis der Parteizugehörigkeit einer Zeitung befriedigende Antwort erhalten..."

M. Spahn: "Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte", Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik, 1908, 12.IX.S.1163:
"...So ist auch an dem Inhalte einer Zeitung das persönliche geistige Eigentum einer Zeitung, die Beiträge der Redakteure und der ständigen Korrespondenten von dem zu unterscheiden, was sie aus vervielfältigten Korrespondenzen aufnahm und aus anderen Blättern ausschnitt, sowie von dem, was ihr einerseits aus offiziösen Quellen im Verborgenen zufloss und was ihr andrerseits aus der Partei durch gelegentliche Mitarbeiten, vorzüglich aber durch führende Männer zukam...
...(S.1202) Je vollkommener eine Zeitlang gewissermassen in ihre Bestandteile aufgelöst werden kann, je besser es gelingt, jeden einzelnen zu isolieren, desto besser wird sie als geschichtliche Quelle..."

H. Traub: "Lessings Anteil am periodischen Schrifttum seiner Zeit", München 1929, S.2.:
"...Die Zeitungswissenschaft macht eine ähnliche Erfahrung, wie der Mann, welcher zum ersten Male einen Wassertropfen unter sein Mikroskop legte. Für das gewöhnliche Auge (Kollektiv-Auge - d.Verf.) bildet er eine abgerundete, durchsichtige Einheit (als Kollektivmeinung - d.Verf.) Mit einem Male erscheint um ihn eine Welt treibender und kämpfender Lebenselemente. Eine Gefahr besteht allerdings bei solchen Untersuchungen: Gewöhnt an das Okular der Vergrösserung darf die Zeitungswissenschaft nicht vergessen, dass die von ihr gefundene Vielheit dem gewöhnlichen Auge auch weiterhin als Einheit erscheint(! d.Verf.) und dass dieser Tropfen im Vergleich zu dem breiten Lauf des Stromes, aus dem er entnommen wurde, eine verschwindend kleine Einheit ist...
...(im Anschluss an B. Croce:) Analyse und Synthese dieser beiden Gliederscheinungen (Tatsachen und Wünsche in Bezug auf sie - d.Verf.) sind die Aufgaben der Zeitungswissenschaft. Ihr Ergebnis klärt den allgemein sichtbaren Vorgang durch Nachweis der Abhängigkeiten innerhalb einer Vielheit einer durch Rasse, Volk und Gruppen begrenzten Gemeinschaft, und zwar durch methodische Untersuchung eines bestimmten Ausdrucksträgers dieser Gemeinschaft, nämlich der Zeitung..."

H. Münster: "Görres' Rheinischer Merkur als Geschichtsquelle", Zeitschrift "Vergangenheit und Gegenwart", 1926
"...Zur Geschichtsschreibung, zur getreuen, wahren Ueberlieferung und genetischen Entwicklung dessen, was wirklich wahr, gehört nicht allein das Geschehene, der Erfolg äusserer Tatsachen, sondern auch das Gedachte, die inneren geistigen Potenzen, kurz das, was man Ideengeschichte nennt..."

K. d'Ester: "Das Zeitungswesen", Breslau 1928, Kapitel "Die Presse als Gegenstand der Forschung.

M. Weber: "Grundriss der Sozialökonomik", III. Tübingen 1925

L. Gumplowicz: "Grundriss der Soziologie", Innsbruck 1926

A. Vierkandt: "Gesellschaftslehre", Stuttgart 1928

O. Spengler: "Der Untergang des Abendlandes" I und II., München 1922

W. Rathenau: "Von kommenden Dingen"

L. Bernhard: "Der Hugenberg-Konzern", Berlin 1928

W. Carlé: "Weltanschauung und Presse", Leipzig 1931, S.52

Fr. Oppenheimer: "System der Soziologie", Jena 1923, S. 663

W. Sombart: "Der moderne Kapitalismus", München 1928

H. Traub: "Zeitungsleser und Zeitungswissenschaftler" in "Der Sammler",1930,33, Beilage der "München-Augsburger Abendzeitung", S.2

A. Hugenberg: Rede, gehalten in "Wirtschaftsvereinigung", zitiert von L. Bernhard, "Der H-K." S.59

A. Jux: "Der Kriegsschrecken des Frühjahrs 1914 in der europäischen Presse"

2.

(Zu Einleitung II)

L. Gumplowicz: "Die soziologische Staatsidee", Graz 1892, S. 132

W. Sombart: "Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert", Berlin 1921.

F. Somary: "Bankpolitik", Tübingen 1915

O. Jeidels: "Das Verhältnis der deutschen Grossbanken zur Industrie, Dissertation, Lpzg. 1905

W. Wygodzinski: "Agrarwesen und Agrarpolitik"

R.Lewinsohn: "Das Geld in der Politik", Berlin 1931

Die kurze Darstellung der reparationspolitischen Gruppeninteressen ist vorwiegend folgenden Verhandlungen, Protokollen, Kundgebungen von Parteien und Verbänden, sowie deren Verbandsorganen entnommen:

1. Lohn- und Gehaltsempfänger - "Konsumenten":

SPD. Parteitage:

Weimar	1919	15.-16.Juni
Kassel	1920	10.-16.Oktober
Görlitz	1921	18.-24.September
Augsburg	1922	17.-23.September
Nürnberg	1922	24. September (Einigung mit USPD.)
Berlin	1924	11.-14.Juni

ADGB. Sozialistische Gewerkschaftskongresse:

Nürnberg	1919	30. Juni - 5. Juli
Leipzig	1922	14.-24.Juni
Breslau	1925	31.August - 4. September

AFA.

Düsseldorf	1921	2.-3.Oktober
München	1925	15.Juni

DGB. Christliche Gewerkschaften:
Essen 1920 20.-23.November

2. Grossbanken und Grosshandel - "Vermittler"

DDP. Parteitage:
Leipzig 1919 13.-15. Dezember (2. ausserordtl.)
Bremen 1921 12.-14. November (3. ordtl.)
Elberfeld 1922 9.-10. Oktober
Weimar 1924 5.- 6. April

ZDBB. Tagungen:
Berlin 1920 25.-27.Oktober (V.Allg.Bankiertag.)
Berlin 1923 18.Oktober (Erweiterte Ausschussitzung)
Berlin 1925 14.-16.September (VI.Allg.Bankiertag.)

ZDG. Tagungen:
Hamburg 1919 2.Oktober
Frankfurt 1920 1.-2.Oktober
München 1921 15.November
Breslau 1922 28.-29.November
Berlin 1924 19.-21.November

3. Industrie und Landwirtschaft - "Produzenten" :

DVP. Parteitage:
Jena 1919 13.April
Leipzig 1919 18.-20.Oktober
Nürnberg 1920 3.- 4.Dezember
Stuttgart 1921 1.- 2.Dezember
Hannover 1924 29.-30.März

DNVP. Parteitage:
Berlin 1919 12.-13.Juli
Hannover 1920 25.-26.Oktober
München 1921 1.- 3.September
Görlitz 1922 26.-28.Oktober
Hamburg 1924 1.Mai

RDI. Tagungen:
Berlin 1920 14.April (i.ordtl. Mitgl. Vers.)
Berlin 1920 13.April (Hauptausschussitzung)
Berlin 1921 14.Juni (Hauptausschussitzung)
München 1921 27.-29.November (3.ordtl. Mitgl. Vers.)
Hamburg 1922 22.-23.Mai
Berlin 1923 3.September

RLB. Tagungen:
Berlin 1921 3.März (1.RLB.-Tag.)
Berlin 1921 10.Mai (Vorstandssitzung)
Berlin 1922 7.Januar (Vorstands.)
Dresden 1922 27.Januar (Reichsausschuss der Landw.)
Hannover 1922 18.Februar (2.RLB.-Tag.)
Frankfurt M. 1923 17.Februar (3.RLB.-Tag.)
Berlin 1923 5.Juni (Vorstands.)
Breslau 1924 26.Februar (4.RLB.-Tag.)

DZP.Parteitage:
Berlin 1920 19.-22.Januar (1.ordtl.)
Berlin 1922 15.-17.Januar (2.ordtl.)

M.Weber: "Sozialökonomik" III,2/634:

"...Ein ganz allgemeines Phänomen der durch die Marktlage bedingten Gegensätze ist es, dass sie am bittersten zwischen den wirklich am Preiskampf direkt als Gegner Beteiligten zu herrschen pflegen. Nicht der Rentner, Aktionär, Bankier ist es, welcher vom Groll der Arbeiter getroffen wird - obwohl doch gerade in seine Klasse teils mehr, teils "arbeitsloserer" Gewinnfliesst, als in die des Fabrikanten oder Betriebsdirektors - sondern fast ausschliesslich dieser selbst, als direkte Preiskampfgegner..."

AFA: "Angestelltenbewegung 1921 - 1925"

L.Heyde: "Abriss der Sozialpolitik"

DGB.: "Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften", 1920

DZP.: "Unterm Zentrumsbanner" Programme der DZP., Berlin 1926

Zeitschrift: "Die Hilfe" Jahrgang 1926

VZ., Jubiläumsnummer 1704 -1904
Mossekatalog, 1929
G., Jubiläumsnummer, Dezember 1920, Dr. Hommerich
O.Groth "Die Zeitung" II.

R. Liefmann: "Vom Reichtum der Nationen" Karlsruhe 1925, S.99:
"...(über die Notwendigkeit der Auslandskredite gelegentlich des Bankiertages 1925:) ...Man darf diese Frage aber nicht vom Standpunkt der Banken, der b l o s s e n K a p i t a l v e r m i t t l e r , betrachten, denen die Beschaffung ausländischer Kredite ein Geschäft, wie jedes andere ist. Schon vom Standpunkt der Zentralnotenbank stellt sich die Sache ganz anders dar..."

3.

(Zu Hauptteil.)

Zeitschrift: "Wirtschaftsdienst" Jahrgang 1924

Deutsche Wirtschaftszeitung "Die Sachverständigengutachten" Sonderheft,April 1924

Reichstagsdrucksache 1924 "Die Gesetzentwürfe auf Grund des Sachverständigengutachtens", Berlin 1924

Rufus C. Dawes: "Wie der Dawes-Plan zustande kam"

H. Schacht: "Die Markstabilisierung", 1928

Z i t a t e : entnommen den berliner Stadtausgaben der Blätter:
1) Vorwärts, 2) Vossischer Zeitung, 3) Berliner Tageblatt, 4) Germania, 5) Deutsche allgemeine Zeitung, 6) Der Tag, 7) Berliner Lokalanzeiger, (gelegentlich auch :Nachtausgabe des Tag und Montag, Montagszeitung der Berliner Lokalanzeigers.) , 8) Deutsche Tageszeitung, sämtlich Berlin.

Anmerkungen.

1) Im Gegensatz zur "mittleren" Stadt- und Provinz- sowie "kleinen" Lokal- und Heimatpresse. Siehe Seite 30 -
2) Im Folgenden: V., VZ.,BT., G., DAZ., Tg., BLA. und DT. -
3) E. Everth: Die Zeitung im Dienste der Oeffentlichkeit, siehe Anhang I,1.
4) E. Dovifat, Anhang I und M. Weber.-
5) H.v. Beckerath, M. Weber, W. Sonbart u.a., Anhang I.-
6) B. Croce, Anhang I.-
7) W. Bauer, Anhang I.-
8) M. Spahn, Anhang I.-
9) H. Traub, Anhang I.-
10) H. Münster, Anhang I.-
11) Karl d'Ester, Anhang I.
12) Max Weber: "Grundriss der Sozialökonomik ", III, Tübingen 1925, Seite: "Ge - sammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre", Tübingen 1922: Seite 146: " Die "Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis"
13) mit dem "immer wiederkehrenden Hinweis auf die Unwirklichkeit aller scharfen Begriffe." M. Weber.
14) Ludwig Gumplowicz: "Grundriss der Soziologie", Seite 172, siehe Anhang I,1.-
15) Alfred Vierkandt: "Gesellschaftslehre", Seite 323, siehe Anhang I,1.-
16) Alfred Vierkandt: "Gesellschaftslehre", siehe Anhang I,1-
17) Max Weber: Grundriss..." §9 -
18) M. Weber, "Grundriss" dto., siehe Anhang I,1-
19) O. Spengler: "Untergang des Abendlandes", II. München 1922, Seite 22/24, 204/06, 408/11 -
20) M. Weber: "Grundriss..."§§ 2-10.
21) A. Vierkandt, "Gesellschaftslehre" -
22) W. Rathenau: "Von kommenden Dingen", 155.
23) L. Bernhard: "Der Hugenberg-Konzern" S. 25
24) A. Vierkandt, auch M. Weber.
25) W. Carlé und Franz Oppenheimer: siehe AnhangI
26) Diese Differenzierung muss für die Zwecke dieser Arbeit vollzogen werden.
27) Die Freiheit oder der Zwang, sich zu koalieren, kartellieren, konzernieren und vertrusten.-
28) W. Sombart, Anhang I.
29) Hans Traub, Anhang I.-
30) Emil Dovifat und Alfred Hugenberg: AnhangI
31) die ja in der Zeitung selbst immer unter politischen und nicht wissenschaft - lichen Gesichtspunkten vollzogen wird.
32) Bei der Behandlung der Taktik und ihrer "Bedingungen", bei der Veränderung der Haltung also, müssen Wiederholungen berücksichtigt werden.
33) O. Spengler: "Der Untergang des Abendlandes" II.S.620
34) L. Bernhard: "Der Hugenberg-Konzern." Berlin 1928, S.25,ff.
35) W. Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, Berlin 1921, Seite 447 ff.
36) Robert Liefmann: Anhang I,2-
37) Felix Somary: Bankpolitik. Seite 203, 207, 255, 272, 275.-
38) Herbert von Beckerath: Der moderne Industrialismus: Seite 178 und Otto Jei - dels: Das Verhältnis der deutschen Grossbanken zur Industrie: Seite 109,182, 253,269.-
39) Da es sich hier nur um die Feststellung einer ganz allgemeinen, grundsätzliche Interessenorienteirung handelt, kann die Auswahl auf diese Verbände be - schränkt bleiben.
40) Ueber diese allgemein bekannte Interessenverteilung siehe ferner: R. Lewinsohn :"Das Geld in der Politik", Kapitel 2 und3, sowie Reichstagshandbücher-
41) Chronologie der Verhandlungen und Tagungen dieser Verbände und Parteien siehe Anhang I,2-
42) Max Weber: Sozialökonomik, Zusammentreffen der Arbeiter und Unternehmer auf dem Arbeitsmarkte, siehe AnhangI-

43) Siehe: das katholische Gruppeninteresse, "Germania", Einleitung II,2-
44) AFA: Angestelltenbewegung 1921-25" Seite 102-
45) L. Heyde: "Abriss der deutschen Sozialpolitik" -
46) Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften, 1920, Seite 23 und Hirtsiefer,Rede auf dem Kongress der Chr. Gew. Protokoll Seite 261.-
47) "Unterm Zentrumsbanner" Programme der DZP. 30.6.1918-
48) A. Stegerwald, Rede auf X. Kongress, s.o.-
49) Allgemein gegeben im Cuno-Angebot 1923.
50) Indessen auch mit der entsprechenden Begrenzung des Blicks für "Provinz- und Heimatbedürfnisse"-Daneben pflegen die Blätter ihre städtischen Lokalinteres-
51) und im übrigen allgemein bekannt ist.-
52) W. Carlé, Seite 84.
53) Anton Erkelenz in "Die Hilfe", 1926, Seite 533.-
54) A. Buchholz: in der Jubiläumsnummer der VZ. "1704 - 1904", Seite -
55) Georg Bernhard und Theodor Wolff mit H. Fischer (Diskonto-ZDBB.) und Keinath (ZDG.)u.Melchior(Warburg) - Verl. Ges. "Neuer Staat", gegr. 22.12.23, siehe L. Bernhard: "Der H.-K.")
56) W. Carlé, S.98.
57) Mosse-Katalog 1929, Seite 59 -
58) L. Bernhard: Der Hugenberg-Konzern, Seite 107 -
59) Germania, Jubiläumsnummer, Dr. Hommerich, Dezember 1920, Seite 2,9,10.
60) O. Groth: "Die Zeitung", II. Seite 440 ff.
61) Die Kenntnis des Dawes-Planes und des Londoner Protokolls muss vorausgesetzt werden.
62) Der Bericht des II. Ausschusses über die Kapitalflucht kommt hier nicht in Betracht.
63) Durch die Sachlieferungsregelung im Interesse franz. Budgetbedürfnisse.
64) Sachlieferungsregelung - Die Berufungsinstanz für den Transfer-Ausschuss.
65) Gustav Cassel: "Der Dawes-Plan", Wirtschaftsdienst, 7.11.24.- J.M. Keynes : Der Dawes-Plan und die deutsche Anleihe, Wirtschaftsdienst, 10.10.24
66) Der Dawes-Plan ist nur von 2 Blättern einigermassen vollständig veröffent - licht worden.
67) Siehe: Die taktische Haltung.
68) Siehe: Die taktische Haltung. Seite 169
69) Siehe: Die taktische Haltung: Seite 141
70) Ein Inflations-Dumping ist hier offensichtlich nicht gemeint.
71) Auch nicht bei Behandlung der Auslandskredite.
72) Siehe: Die taktische Haltung I.-
73) Diese These Währungsmassnahmen v o r Wirtschaftsgesundung ist als eine vorwiegend t a k t i s c h e erst mit der steigenden Inflation 22/23 aufgekommen, 1920/21 allgemein nicht vertreten worden: Resolution Bankiertag 1920 (Warburg II)
74) Siehe: Die taktische Haltung III.
75) Siehe: Die taktische Haltung IV. Seite 188
76) Siehe Seite 189
77) Siehe Seite 191
78) Es sei hier erinnert, dass als w e s e n t l i c h e Gruppeninteressen diejenigen bezeichnet worden sind, die den Gruppen z u s a m m e n h a l t bedingen. (Siehe Einleitung.)
79) Umso klarer und konsequenter ist das Blatt in der Behandlung der taktischen Bedingungen bis zur Ratifikation des Planes gewesen- Siehe "Die taktische Haltung".
80) Siehe "Die taktische Haltung: II,III,IV.
81) Ergänzung des Zitats siehe folgendes Kapitel b.(Das Zugeordnete).
82) Siehe auch: Entwicklung der taktischen Haltung: V.
83) Ergänzung dieser Zitate siehe: Die taktische Haltung: I.
84) Siehe Seite 144.
85) Jene Theorie, die im Gegensatz zur "Verständigungstheorie" ein grundsätzliches Misstrauen dem Ausland gegenüber verlangt.

86) Vor allem auch "hinter den Zeilen", innerhalb der betreffenden Interessen - kreise!
87) Ergänzung der Zitate: unter "a" und die taktische Haltung I.
88) Es ist hier von den Artikeln Dr. Helfferichs abgesehen, die als eine persönliche Autoritätsmeinung neben den Redaktionsmeinungen anzusehen sind.
89) Wiederum von den Ausführungen Dr. Helfferichs abgesehen.
90) und 91) Rufus Dawes: "Die Entstehung des Dawes-Planes"-
92) H. Schacht: Die Markstabilisierung.
93) Gleichzeitig waren Reichsbahn und Post aus dem Etat gelöst worden.-
94) Siehe auch "Daily Express", 2.5.:Geschichte und Bedingungen der Franc-Stützung.
95) siehe ferner Zitate Seite 45/46 -
96) ferner Zitat Seite 53
97) siehe ferner Zitate Seite 57-62-
98) ferner Zitate Seite 71-74 -
99) Vermutlich in Erinnerung an dieses Unterlassen ist später von Georg Bern - hard diese Forderung als eine "Selbstverständlichkeit" bezeichnet worden: 10.4.M.
100) siehe ferner Zitat Seite 87 -
101) ferner Seite 85,86
102) siehe ferner Zitate Seite 95-96 - Der Tg. hat genau zuerst die " m i l i - t ä r i s c h e F r e i g a b e " der Ruhr verlangt.
103) siehe ferner Zitate Seite 96.
104) Die Mindestbedingungen vom 23. und 29.2. Seite 144
105) Siehe "Daily Express", 2.5. Geschichte und Bedingungen der Zustimmung des Kabinetts Poincaré.-
106) Einzige zweite ö f f e n t l i c h e Sitzung des Ausschusses am 9.4.24.-
107) siehe ferner Zitate Seite 46 -
108) siehe ferner Zitate VZ. Seite 141 und BT. Seite 71 sowie G. Seite 89
109) siehe ferner Zitate: DAZ.Seite 97, Tg, und BLA. Seite 96
110) Regierungserklärung vom 4.6., nach dem BT. vom 5.6.M.-
111) Regierungserklärung vom 17.6.,nach dem BT. vom 18.6.M.-
112) Inhalt nach dem BT.,23.6.A.-
113) Diese Haltung Dr. Marx', festumrissene Bedingungen zu vermeiden, ist von der G als"Taktik der Bedingungslosigkeit" interpretiert worden.(13.7.M.) -
114) Nach dem BT., 10.7.M.-
115) Mit der Wiederbetrauung des Kabinetts Marx war bis zum 4.6. dies Ziel vorläufig nicht erreicht.
116) siehe ferner Seite 47
117) Nach Punkt 5) erschien die Verwirklichung der A n l e i h e zunächst als eine d e u t s c h e Vorleistung, eine Annahme, die sich als irrig her - ausgestellt hat.
118) Anlage III des Protokolls.
119) Anlage IV des Protokolls.
120) Anlage II des Protokolls.
121) Briefwechsel.
122) siehe ferner Zitate BT. Seite 68 ff.
123) siehe VZ. Zitat Seite 81-
124) Siehe Zitate DAZ.:Seite 101-102 u. 105-107,Tg. und BLA.: Seite 117-120 und DT.:Seite 130-.
125) Die wirtschaftliche war, wie erinnerlich, bereits am 28.7. zugestanden worden.
126) Siehe DT. Zitat Seite 132-
127) siehe G. Zitat Seite 84 -
128) In den Folgerungen ist keine Zusammenfassung des bereits gegebenen Inhalts der Meinungsbildung beabsichtigt.-
129) Wieweit der I n h a l t gegeben werden kann, zeigen:Folgerungen B,I.
130) d.h.Gelehrte, die einer parteipolitischen Orientierung nicht unmittelbar nahestanden.- Im übrigen sind hauptsächlich die Aeusserungen von Cassel und Keynes behandelt worden.-

L e b e n s l a u f .

Am 25. September 1901 wurde ich, der Verfasser dieser Arbeit, Karl,Heinrich W o l f g a n g G u b a l k e , als Sohn des Dr. med. Carl Gubalke, leitenden Oberarztes am städtischen Krankenhause, und seiner Frau Bianca, geb. Freiin von Fircks, zu Forst in der Lausitz geboren, wo ich auf der Bürgerschule und dem Realgymnasium meine erste Schulbildung erhalten habe.

Nach dem Tode meines Vaters nach Potsdam übergesiedelt, besuchte ich dort zunächst das Realgymnasium, trat dann im Herbst 1914 in das Kgl. Kadettenkorps ein, in dessen Anstalten Karlsruhe und Gross-Lichterfelde ich meine weitere Ausbildung erhalten und nach Umbildung der Hauptkadettenanstalt in die Staatliche Bildungsanstalt mit dem Reife-Examen eines Realgymnasiums Ostern 1921 abgeschlossen habe.

Danach in Berlin-Halensee wohnhaft, begann ich mein Studium an der Univer - sität Berlin zunächst vorwiegend juristisch und arbeitete daneben in den politischen Redaktionen der "Magdeburgischen Zeitung" und "Täglichen Rundschau".

Durch die fortschreitende Inflation und den Verkauf der "Täglichen Rundschau" zur Unterbrechung meines Studiums und meiner journalistischen Tätigkeit gezwungen, lernte ich 1923 und 1924 in der "Deutsch-Südamerikanischen Bank A.G., Berlin." das Bankfach, fand jedoch Anfang 1925 wieder eine Stellung in der politischen Redaktion des "Tag", in der ich bis zum Ende des Jahres tätig gewesen bin.

Seit dem Winter 1926/27 setzte ich bei wechselndem, meist journalistischen Nebenerwerb mein Studium volkswirtschaftlich-philosophisch-historisch an der Universität und zeitungskundlich am "Deutschen Institut für Zeitungskunde, Berlin", hauptsächlich in den Vorlesungen und Seminaren der Herren Professoren Dr. Ludwig Bernhard, Heinrich Maier, Friedrich Meinecke, Otto Hoetzsch und Emil Dovifat fort und habe mit Abschluss dieser Studien im Winter 1930 diese Arbeit begonnen, die ich nunmehr vorlege.

Berlin-Halensee, den 10. Januar 1933.

Wolfgang G u b a l k e
cand. phil.

Wolfgang
send, phil.